

Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen
1945 – 1963 – 2003



deutsches
historisches
institut
historique
allemand

paris

Pariser Historische Studien

herausgegeben vom
Deutschen Historischen Institut Paris

Band 71

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945–1963–2003

herausgegeben von
Corine Defrance und Ulrich Pfeil

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Pariser Historische Studien

Herausgeber: Prof. Dr. Werner PARAVICINI

Redaktion: Dr. Mareike KÖNIG

Institutslogo: Heinrich PARAVICINI, unter Verwendung eines Motivs am Hôtel Duret de Chevry

Anschrift: Deutsches Historisches Institut (Institut Historique Allemand)

Hôtel Duret de Chevry, 8, rue du Parc-Royal, F-75003 Paris

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2005 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Umschlagabbildung: »Gut ist beides, aber wie verträgt das zusammen mein Magen?«. Die Karikatur zeigt einen unentschlossenen deutschen Michel zwischen einer amerikanischen Whisky- und einer französischen Rotweinflasche. Als Korkenfiguren sind der »Atlantiker« Bundesaußenminister Gerhard Schröder und der »Gaullist« Bundeskanzler Konrad Adenauer zu erkennen. Quelle: Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung 12/13. Oktober 1963 (Karikatur von Herbert Kolfhaus) im Presseauschnittsarchiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: Druckhaus »Thomas Müntzer« GmbH, Bad Langensalza

ISBN 3-486-57678-X

ISSN 0479-5997

INHALT

Claudie HAIGNERÉ / Peter MÜLLER

Vorwort 7

Corine DEFRANCE / Ulrich PFEIL

Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen:
eine Einleitung 9

I. Auf dem Weg zum Élysée-Vertrag

Hans-Peter SCHWARZ

Der deutsche Weg zum Élysée-Vertrag 49

Jacques BARIÉTY

Der französische Weg zum Élysée-Vertrag 61

Henri MÉNUDIER

Adenauer, de Gaulle und der Élysée-Vertrag nach Alain Peyrefitte 81

II. Was der Élysée-Vertrag regelt

Ulrich LAPPENKÜPER

Auswärtige Angelegenheiten: auf dem Weg zu einer gleichgerichteten
Haltung in Fragen gemeinsamen Interesses? 101

Florence GAUZY

Die Verteidigung: von der Anpassung der Doktrinen zu
gemeinsamen Konzepten? 127

Ansbert BAUMANN

Erziehungs- und Jugendfragen: die Bande enger gestalten und das
Verständnis füreinander vertiefen? 147

III. Was der Élysée-Vertrag nicht regelt

Andreas WILKENS

Warum ist die Wirtschaft nicht Gegenstand des Élysée-Vertrages? 169

Werner BÜHRER

Wirtschaftliche Akteure und die deutsch-französische Zusammenarbeit:

Formen, Ziele, Einfluß 183

Corine DEFRANCE

Warum ist die Kultur nicht Gegenstand des Élysée-Vertrages? 197

Hans Manfred BOCK / Ulrich PFEIL

Kulturelle Akteure und die deutsch-französische Zusammenarbeit:

Formen, Ziele, Einfluß 215

IV. Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen aus heutiger Sicht

Robert FRANK

Der Élysée-Vertrag: ein deutsch-französischer Erinnerungsort? 237

Colette MAZZUCELLI

Der Élysée-Vertrag: Dreh- und Angelpunkt der deutsch-französischen

Beziehungen nach 1945? 249

Hans-Dietrich GENSCHER

Europa in einer neuen Weltordnung: Fragen an Paris und Berlin 267

Anhang 279

Dokument: der Élysée-Vertrag von 1963 279

Auswahlbibliographie 285

Personenindex 289

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 291

VORWORT

Frankreich und Deutschland haben den 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags mit besonderem Glanz gefeiert, die vollbrachten Leistungen gewürdigt und neue Ziele und Instrumente für die Zukunft festgelegt.

In dem Kolloquium, das aus diesem Anlaß am 19. und 20. Januar 2003 an der Sorbonne und am Deutschen Historischen Institut Paris stattfand, wurden die verschiedenen Etappen nachgezeichnet, die zur Annahme des Vertrags führten. Anerkannte Experten für die deutsch-französischen Beziehungen erläuterten, welche Wege zur Erreichung dieses Ziels auf beiden Seiten des Rheins in verschiedenen Bereichen – Politik, Wirtschaft, Verteidigung und Kultur – eingeschlagen wurden.

Diese Darstellungen, anhand derer sich die Vergangenheit viel besser verdeutlichen und verstehen läßt, bieten auch einen Anknüpfungspunkt für die Gestaltung von Maßnahmen für Gegenwart und Zukunft. Sie veranschaulichen zudem die Besonderheiten dieses Vertrags, in dem eine Reihe von Bestimmungen insbesondere zu den Themen Wirtschaft und Kultur gerade nicht enthalten ist, obwohl die Beziehungen in diesen Bereichen sehr im Vordergrund stehen.

Rückblickend erweckt der Vertrag den Eindruck, Ziel- und Startpunkt der deutsch-französischen Beziehungen zugleich zu sein.

In den beiden vom Krieg erschütterten Ländern, in denen jeweils tief verwurzelte Ressentiments gegen das andere Land herrschten, waren die nach Kriegsende von führenden Politikern, aber auch Verbänden oder einzelnen eingeleiteten Maßnahmen zur Förderung der Annäherung beider Völker Vorstufe des Abschlusses eines Freundschaftsvertrags. Aus dieser Sicht ist der Vertrag in erster Linie ein Zielpunkt.

Der Vertrag ist aber auch ein Startpunkt, weil er insbesondere für die Annäherung beider Zivilgesellschaften einen beschleunigenden Effekt hatte. So konnte die Zahl der Städtepartnerschaften in den Jahren nach seiner Annahme erheblich gesteigert werden, und auch der Austausch von Jugendlichen und Studenten wurde intensiviert.

Auf institutionellem Gebiet waren die Gründung des Finanz- und Wirtschaftsrats und des Verteidigungs- und Sicherheitsrats neue Etappen in der Zusammenarbeit zwischen Verantwortlichen in Politik und Verwaltung.

Durch das privilegierte Verhältnis, das sich zwischen Deutschland und Frankreich allmählich herausgebildet hat, gelang es, naturgemäß auftretende innere oder äußere Probleme stets zu lösen, sich zu erneuern und eine neue Dynamik zu finden. Trotz der eingetretenen Veränderungen wie vor allem der Wiedervereinigung wird dieses Verhältnis immer enger: Wir haben nun eine

gemeinsame Währung, einen umfassenden, vielfältigen Kulturaustausch und eine reibungslos funktionierende verteidigungspolitische Zusammenarbeit, und der Staatspräsident und der Bundeskanzler vertreten das jeweils andere Land im Europäischen Rat.

Welche Wege werden wir in Zukunft beschreiten? Mit der Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 2003 werden ehrgeizige Ziele für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen gesteckt: Der Deutsch-Französische Ministerrat tritt an die Stelle der Gipfeltreffen, jedes deutsch-französische Ministerpaar erstellt ein Arbeitsprogramm – eine »feuille de route« –, der Beamtenaustausch wird verstärkt und die dezentralisierte Zusammenarbeit im Rahmen des sogenannten »Poitiers-Prozesses« erfährt neuen Schwung. Hinzu kommt das Vorhaben des gemeinsamen deutsch-französischen Geschichtsbuchs, das vom Deutsch-Französischen Jugendparlament im Januar 2003 angeregt wurde. Es wird sämtlichen Schülern der Seconde, Première und Terminale in Frankreich und allen Oberstufenklassen in Deutschland zur Verfügung stehen und soll 2006 veröffentlicht werden.

Wir sehen daher der Fortsetzung unserer Zusammenarbeit in den kommenden Jahren gemeinsam vertrauensvoll entgegen. Zweifellos wird sie dieses einzigartige Verhältnis, das heute zwischen Frankreich und Deutschland besteht, noch mit vielen weiteren Erfolgen krönen.

Claudie Haigneré
(Ministre déléguée aux Affaires européennes)

Peter Müller
(Bevollmächtigter der Bundesregierung
für kulturelle Angelegenheiten mit Frankreich,
Ministerpräsident des Saarlandes)

DER ÉLYSÉE-VERTRAG UND DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN: EINE EINLEITUNG

Am 22. und 23. Januar 2003 begingen Deutschland und Frankreich in feierlichen Zeremonien den 40. Geburtstag des Élysée-Vertrages, den die Regierungen beider Länder zum Leidwesen des Politologen Werner Weidenfeld »in das hehre Pathos der internationalen Politik« einnebelten.¹ Nachdem die Parlamente beider Länder in Versailles zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengekommen waren, trafen sich am folgenden Tag 550 Jugendliche (Jugendparlament) im Bundeskanzleramt mit dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder, um über die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen zu diskutieren. Ein Strohfeuer deutsch-französischer Beweihräucherung stand zu erwarten, doch zeichnen sich heute, wie nicht unbedingt vorauszusehen war, bleibende Folgen dieser Feierlichkeiten ab, so der »Deutsch-Französische Tag«, der am 22. Januar 2004 zum ersten Mal begangen wurde und gerade in den Bildungseinrichtungen beider Länder zum Anlaß genommen werden soll, um über die unterschiedlichen Aspekte der deutsch-französischen Freundschaft zu diskutieren. Zwei Themen rückten die Initiatoren 2004 in den Mittelpunkt: die Gestaltung der europäischen Zukunft und den Abbau von Mobilitätshürden. Im 41. Jahr nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages zogen die Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Noëlle Lenoir und Hans Martin Bury, in einer gemeinsamen Mitteilung daher eine positive Bilanz: »Noch nie war die deutsch-französische Zusammenarbeit so eng wie im vergangenen Jahr.«²

Noch wenige Monate vor dem 40. Geburtstag war eine solche Entwicklung keineswegs vorauszusehen gewesen. Die einen sahen wieder einmal das »tandem en panne«,³ Joachim Fritz-Vannahme, Journalist der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit*, stellte sich im Juli 2002 auf ein Requiem ein,⁴ allgemein herrschte in der deutschen wie in der französischen Öffentlichkeit bis in den

¹ Werner WEIDENFELD, Die Väter des Vertrags. Wie de Gaulle und Adenauer die Partnerschaft besiegelten, in: *Süddeutsche Zeitung*, 22.1.2003.

² Pressemitteilung der Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Hans Martin Bury und Noëlle Lenoir, zum deutsch-französischen Tag am 22. Januar 2004; http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=5279 (Juli 2004).

³ France – Allemagne: un tandem en panne?, in: *Panoramiques*, 54 (2001) 3.

⁴ Vgl. Joachim FRITZ-VANNAHME, Requiem für eine Achse, in: *Die Zeit*, 30/18.7.2002.

Spätherbst 2002 der Eindruck vor, den Politikern in Berlin und Paris fehle es am Willen, die deutsch-französischen Beziehungen wieder auf eine neue solide Grundlage zu stellen.⁵ Doch bereits der Kopenhagener Gipfel der Europäischen Union (EU) im Dezember 2002 gab erste Anzeichen für eine neue produktive Beziehung zwischen Jacques Chirac und Gerhard Schröder, der die bundesdeutsche Außenpolitik ganz auf den Partner Frankreich ausrichtete; nicht zuletzt natürlich, um aus der verfahrenen Situation herauszukommen, in die der Kanzler sich mit seiner selbstbewußten Irak-Politik manövriert hatte.⁶ Für Chirac ergab sich daraus die Gelegenheit, mit den Deutschen an seiner Seite das Werk de Gaulles zu vollenden und sich auf Augenhöhe der Amerikaner zu profilieren. So kam es infolge der »amerikanische[n] Pressionspolitik zu einer lange nicht gekannten, wenn überhaupt je beobachteten außenpolitischen Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin«, ⁷ deren Tragfähigkeit sich zur Überraschung nicht weniger Beobachter auch nach der Überwindung der akuten Irak-Krise als stabil erwies. Ihre Krönung fand sie auf dem Brüsseler EU-Gipfel vom Oktober 2003, als sich der Kanzler wegen innenpolitischer Verpflichtungen vom französischen Staatspräsidenten vertreten ließ und ihm gewissermaßen seine Stimme delegierte. Daß er in Schröders Namen auch die deutsche Seite vertrete, sei ein Zeichen des »gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft«, erklärte Chirac, der zugleich nicht ausschließen wollte, daß Schröder in einer ähnlichen Situation auch in seinem Namen sprechen könne.

Der 40 Jahrestag des Élysée-Vertrages fiel in eine Phase außenpolitischer Neuorientierungen und weltpolitischer Veränderungen, die auch für die Situation im Jahre 1963 charakteristisch gewesen waren und die auf die permanenten wechselseitigen Verflechtungen zwischen internationalem Kontext und deutsch-französischen Beziehungen hinweisen. Freilich, die Grundkoordinaten waren noch andere: Eine bipolare Weltordnung bestimmte die internationalen Beziehungen, die Europäische Integration befand sich noch in ihren Kinderschuhen und die »deutsche Frage« war weiterhin offen.

Damals wie heute ordnen sich die deutsch-französischen Beziehungen in einen Rahmen ein, der weit über das bilaterale Geflecht hinausgeht. Bevor sich die einzelnen Autoren dieses Sammelbandes mit dem Zustandekommen, dem Inhalt und den Rückwirkungen des Élysée-Vertrages beschäftigen, soll

⁵ Vgl. Henri DE BRESSON, La France et l'Allemagne à pied d'œuvre, in: *Le Monde*, 23.9.2002; Rudolph CHIMELLI, Pariser Pragmatismus. Frankreich will aus dem Erfolg der Linken das Beste machen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 24.9.2002.

⁶ Vgl. Christian HACKE, Deutschland, Europa und der Irakkonflikt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 24/2003, S. 8–16; vgl. auch Hartmut KAEUBLE, Les relations franco-allemandes de 1945 à nos jours. Défis, acquis, options nouvelles, Sigmaringen 2004 (Conférences annuelles, 10).

⁷ Gregor SCHÖLLGEN, Die Zukunft der deutschen Außenpolitik liegt in Europa, in: *APuZ*, B 11/2004, S. 9–16, hier S. 12.

auf diesen einleitenden Seiten ein erster Versuch unternommen werden, das »deutsch-französische Epochenjahr« 1963 innerhalb des Systemwettstreits zwischen den Blöcken, den blockinternen Beziehungsgeflechten, des transatlantischen Verhältnisses und des »deutschen Sonderkonfliktes«⁸ zu verorten. Wenn wir Außenpolitik zudem als dynamischen Prozeß wechselseitiger Anpassung und Einwirkung zwischen innenpolitischen Antriebskräften und außenpolitischem Handeln verstehen, wirft der Élysée-Vertrag darüber hinaus die Frage nach den innenpolitischen Konstellationen und Reaktionen in beiden Ländern auf, die als Beurteilungskriterien in Rechnung zu stellen sind.

Durch die ausgeklügelte Symbolik der Inszenierung sowie die sich anschließenden Feierlichkeiten in Form von staatlichen Zeremonien und historischen Bilanzen in einem fünf- bzw. zehnjährigen Abstand hat sich das Abkommen in seiner geschichtspolitischen und historiographischen Behandlung⁹ als Zäsur über längerfristige historische Prozesse gelagert und die deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen zwischen 1945/49 und 1989/90 wie selbstverständlich in zwei Phasen gegliedert.¹⁰ Auch im Jahr 2003 drängte sich vielfach wieder der Eindruck einer »dunklen Vorzeit« auf, in die erst der Vertrag das Licht der Versöhnung brachte. Die Frage, ob der Vertrag und die beiden »Lichtgestalten« Charles de Gaulle (1890–1970) und Konrad Adenauer (1876–1967) am Anfang der deutsch-französischen Versöhnung und Kooperation standen, nahmen die Unité Mixte de Recherche »IRICE« (Paris I, Paris IV, CNRS) und das Deutsche Historische Institut Paris mit freundlicher Unterstützung durch die Universitäten Paris III, Lille 3 und Kassel sowie den DAAD Bonn/Paris am 20. Januar 2003 zum Anlaß für ein internationales Kolloquium, das am Tag zuvor durch einen feierlichen Vortrag des ehemaligen Bundesaußenministers Hans-Dietrich Genscher an der Sorbonne eröffnet

⁸ Vgl. Michael LEMKE, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001, S. 14f.

⁹ Vgl. die Liste der Publikationen im Jahre 2003 in: Documents, 58 (2003) 2, S. 78–81. Vgl. vor allem Ulrich LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«, München 2000; DERS., Primat der Außenpolitik! Die Verständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich 1949–1963, in: Eckart CONZE u.a. (Hg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln 2004, S. 45–63; Manfred STEINKÜHLER, Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969, Berlin, 2002; Ansbert BAUMANN, Die organisierte Zusammenarbeit. Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Élysée-Vertrags (1958–1962), Ludwigsburg 2002 (dfr compact, 1).

¹⁰ Vgl. Horst MÖLLER, Klaus HILDEBRAND (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963, 3 Bde., München, 1996/97 (BDFD); Pierre JARDIN, Adolf KIMMEL (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, Paris 2001; DIES., Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation, in Zusammenarbeit mit dem Deutsch-Französischen Institut, Opladen 2002.

worden war.¹¹ Wissenschaftler aus Deutschland und Frankreich referierten auf Grundlage neuer Archivfunde über die politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945 und gingen einem dreidimensionalen Fragenkomplex nach, um den Platz von »1963« in den deutsch-französischen Beziehungen zu bestimmen, zwischen »Erbfeindschaft« und Aussöhnung, zwischen Vollendung einer in den 1950er Jahren begonnenen bilateralen Zusammenarbeit und Ausgangspunkt für das zukünftige »couple franco-allemand«, zwischen Zäsur und Kontinuität.

I. Der Élysée-Vertrag zwischen internationalen Interessenkonflikten und innenpolitischen Rivalitäten

Der Kalte Krieg und der Élysée-Vertrag

Die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages fiel in eine Übergangsphase des Kalten Krieges, in der dieser »Aggregatzustand des Ost-West-Konflikts, der zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Dosierungen« aufgetreten ist,¹² nach einem Hitzeschub wieder einer Abkühlung entgegenging.¹³ Zwischen 1957 und 1962 hatte »die Sorge um Prestige, nationale Erniedrigung und Kontrollverlust« gerade in Moskau und Washington zu einer »hypertrophen Züchtung solcher Empfindungen«¹⁴ geführt, die zwar zu den Grundcharakteristika des Kalten Krieges gehörten, in diesen Jahren aber zwanghafte Züge annahmen. Amerikanische und sowjetische Panzer hatten sich an der Sektorengrenze nach dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 für

¹¹ Vgl. die folgenden Tagungsberichte: Corine DEFANCE, Ulrich PFEIL, 1963: année pivot des relations franco-allemandes?, in: CIRAC-Forum, 58 (2003), S. 5–9; DIES., Der Blick des Historikers auf den Élysée-Vertrag, in: Bulletin de la Société des Amis de l'Institut Historique Allemand, 8 (2003), S. 13–21; DIES., Les historiens et le traité de l'Élysée, in: Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin, 15 (2003), S. 177–184.

¹² Wilfried LOTH, Der Krieg, der nicht stattfand. Ursprünge und Überwindung des Kalten Krieges, in: Bernd WEGNER (Hg.), Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, Paderborn 2003, S. 285–298, hier S. 285.

¹³ Vgl. Georges-Henri SOUTOU, La guerre de Cinquante Ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990, Paris 2001, S. 425f.; Rolf STEININGER, Der Kalte Krieg, Frankfurt a. M. 2003, S. 35f.

¹⁴ Bernd GREINER, Zwischen »Totalem Krieg« und »Kleinen Kriegen«. Überlegungen zum historischen Ort des Kalten Krieges, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 12 (2003) 2, S. 3–20, hier S. 8; Pierre GROSSER, Les temps de la guerre froide, Brüssel 1995, S. 19f.

einige Tage gegenübergestanden,¹⁵ sowjetische Raketen sich auf dem Weg nach Kuba befunden und die USA direkt vor ihrer Haustür bedroht.¹⁶ Die Standhaftigkeit des Westens und der schließlich zur Raison kommende Generalsekretär der KPdSU, der für seine cholerischen Ausbrüche bekannte Kreml-Führer Nikita S. Chruschtschow (1894–1971),¹⁷ konnten eine planetare Katastrophe im letzten Moment abwenden.¹⁸ Nachdem die Welt am Rande eines atomaren Infernos gestanden hatte, waren beide Supermächte fortan um Konfliktregulierung und Détente bemüht, deren Grundbedingungen nach Werner Link die »allianzpolitische Stabilisierung« sowie der geopolitischen Status quo in Europa waren.¹⁹ Auf der Grundlage des von ihnen reklamierten nuklearen Monopols bemühten sich die USA und die UdSSR nach der Überwindung der Kuba-Krise um eine Konsolidierung der Bipolarität in den internationalen Beziehungen, die sie nicht durch Dritte gestört sehen wollten.²⁰

Zur Jahreswende 1962/63 waren die Wunden dieser Abfolge von Krisen noch nicht vernarbt, so daß die USA wie die Sowjetunion peinlich bemüht waren, die zarte Pflanze der Entspannung nicht aufs Spiel zu setzen. Besondere Sensibilität war bei der Kreml-Spitze zu beobachten, die mit dem Mauerbau nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 einen weiteren Mißerfolg ihrer Deutschlandpolitik wegzustecken hatte und die Kuba-Krise als erneuten Fehlschlag der eigenen Außenpolitik verstehen mußte. Daß der »antifaschistische Schutzwall« schließlich die DDR konsolidieren und der »deutschen Frage« seine Brisanz nehmen sollte,²¹ war zum damaligen Zeitpunkt

¹⁵ Vgl. Michael LEMKE, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995; Rolf STEININGER, Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963, München 2001.

¹⁶ Vgl. Maurice VAISSE (Hg.), L'Europe et la crise de Cuba, Paris 1993; Stefan BRAUBURGER, Die Nervenprobe. Schauplatz Kuba. Als die Welt am Abgrund stand, Frankfurt a. M. 2002; Christof MÜNGER, Die Berliner Mauer, Kennedy und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963, Paderborn 2003.

¹⁷ Vgl. Gerhard WETTIG, Chruschtschow, der Wettbewerb der Systeme und das Problem der intersystemaren Informationsverbreitung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 51 (2003) 4, S. 318–333.

¹⁸ Vgl. Michael R. BESCHLOSS, The Crisis Years. Kennedy und Khrushchev, 1960–1963, New York 1991; Harold BIERMANN, John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn 1997.

¹⁹ Werner LINK, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1988, S. 201.

²⁰ Vgl. Philippe MOREAU DEFARGES, Relations internationales, Bd. 2: Questions mondiales, Paris 1997, S. 18f.

²¹ Vgl. Thomas FLEMMING, Hagen KOCH, Die Berliner Mauer. Geschichte eines politischen Bauwerks, Berlin 2001; Hans-Hermann HERTLE u.a. (Hg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002; Heiner TIMMERMANN (Hg.), 1961 – Mauerbau und Außenpolitik, Münster 2002; Hope HARRISON, Driving the Soviets Up the Wall, Princeton, Oxford 2003; Matthias UHL, Armin WAGNER (Hg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, München 2003.

noch nicht abzusehen. So mußte der Sowjetunion in dieser Phase der politisch-ideologischen, ökonomischen, technologisch-wissenschaftlichen und kulturell-sozialen Auseinandersetzung daran gelegen sein, Zweifel an ihrer hegemonialen Stellung im östlichen Blocksystem gar nicht erst aufkommen zu lassen und sich weiterhin den USA als ebenbürtiger Gegner entgegenzustellen.

Auch wenn die vom »Eisernen Vorhang« und der »Berliner Mauer« symbolisierte bipolare Ordnung bis heute das Bild dieses Weltkonflikts bestimmt,²² blendet die Vorstellung von den jeweiligen Bündnissystemen als kongruente Blöcke jedoch die sich hinter der nach außen demonstrierten Einheitsfassade teilweise nur notdürftig versteckten Interessendivergenzen aus. Wie eng dabei Élysée-Vertrag, blockinterne Beziehungsverhältnisse in ihren Interdependenzen zum Globalkonflikt und die Beziehungen zwischen den Supermächten zusammenhingen, zeigte die Rede des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy (1917–1963) vor den Studenten der Washingtoner Georgetown-Universität am 10. Juni 1963, fünf Tage vor der Debatte im Bundestag über die Ratifizierung des Vertrages. Die sich in den Wochen zuvor bereits abzeichnende Präambel-Lösung konservierte zum großen Verdruß de Gaulles die bipolare Weltordnung und veranlaßte den amerikanischen Präsidenten, die Sowjetunion zur Wiederaufnahme des Dialogs aufzurufen, um einen neuen Geist in dem gegenseitigen Verhältnis der beiden Supermächte einzuläuten. Hatten in der Vergangenheit zumeist Drohgebärden die Beziehung zwischen ihnen bestimmt, machten sie ab 1963 mehr und mehr dialogischen Formen der Konfliktregulierung Platz, die ihren Ausdruck u.a. auch in der Installierung des »Roten Telefons« fanden. Mit der nun einsetzenden Détente war der Kalte Krieg zwar nicht beendet, in vielen Bereichen intensivierte sich sogar der Systemwettbewerb und suchte sich neue Felder. In einer Art von »common agreement« blieben Amerika und Sowjets jedoch in Zukunft bemüht, aus dem bipolaren keinen multipolaren Konflikt werden zu lassen.²³

Die USA und der Élysée-Vertrag

Der Marburger Historiker Eckart Conze weist zurecht auf die Tatsache hin, daß die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite in zahlreichen Studien behandelt worden sind,²⁴ wohingegen »Verflech-

²² Stanislas JEANNESSON, *La guerre froide*, Paris 2002, S. 3.

²³ Vgl. Bernd STÖVER, *Der Kalte Krieg*, München 2003, S. 85f.

²⁴ Vgl. u.a. Detlef JUNKER (Hg.), *Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges*. Ein Handbuch, 2 Bde., Stuttgart 2001; Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Stuttgart ²1997; Pierre MÉLANDRI, Serge RICARD (Hg.), *Les relations franco-américaines au XX^e siècle*, Paris 2003.

tung und wechselseitige Beeinflussung der beiden Bilateralismen selbst oft nur gestreift worden« seien.²⁵ Das Zustandekommen des Élysée-Vertrages wie auch seine Folgewirkungen sind jedoch nicht ohne das Wissen um die »konfliktvolle Interdependenz der beiden Beziehungsschienen« zu verstehen und werfen die Frage nach den Zielen und Interessen auf, welche die Akteure im Dreiecksverhältnis USA – Frankreich – Bundesrepublik verfolgten.

Auf den Ausbruch des Kalten Krieges im Jahre 1947²⁶ hatten die Verantwortlichen in Washington mit einem Integrationskonzept reagiert, das auf wirtschaftlicher Ebene zu einer Dynamisierung der westeuropäischen Staaten bei gleichzeitiger Ausrichtung ihrer Volkswirtschaft auf die westliche Hemisphäre führte. Die Errichtung eines Welthandelssystems sollte dabei sowohl eine liberale und freie Weltwirtschaftsordnung festschreiben, als auch die amerikanische Vorherrschaft in der westlichen Welt untermauern. Auf politisch-strategischer Ebene verfolgte die US-Administration das Ziel, über den Weg der Westintegration (West-)Deutschland zu kontrollieren und sowjetische Expansionsgelüste einzudämmen. Dieser amerikanische Schutz für Europa widersprach in den Nachkriegsjahren keineswegs den Interessen der Westeuropäer, war in der konzeptionellen Anlage und strukturellen amerikanischen Überlegenheit aber immer mit einer Dominanz gegenüber Europa gekoppelt. So eröffnete diese Integrationspolitik den USA die Möglichkeit, ihre Einflußsphären weiter auszubauen, bessere Voraussetzungen für ein amerikanisches Wirtschaftswachstum zu schaffen und einen Teil der Kosten dieser Sicherheitspolitik auf die Partner abzuwälzen.²⁷ Mit Blick in die Zukunft barg die Stärkung des europäischen Kräftepotentials jedoch auch die Gefahr, daß sich die Europäer eines Tages von den Amerikanern emanzipieren könnten, um als »Dritte Macht« zwischen den Supermächten aufzutreten. Europa als zweiten Pol in einer geschlossenen westlichen Allianz wäre Washington wohl bereit gewesen zu akzeptieren, eine Abkehr von der Atlantischen Gemeinschaft galt es jedoch zu verhindern.

Letztere Entwicklung zeichnete sich hingegen ab, als de Gaulle supranationalen Bestrebungen mit seinem »Europa der Vaterländer« ein Ende bereitete

²⁵ Eckart CONZE, Hegemoniale Selbstbehauptung oder partnerschaftliches Gleichgewicht? Frankreich als Problem der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1945–1990, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 51 (2000) 7/8, S. 449–463, hier S. 449. Hier auch das folgende Zitat.

²⁶ Vgl. Pierre DE SENARCLENS, De Yalta au rideau de fer. Les grandes puissances et les origines de la guerre froide, Paris 1993, S. 233f.; Jost DÜLFER, Jalta, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1998, S. 178f.; Saki DOCKRILL u.a. (Hg.), L'Europe de l'Est et de l'Ouest dans la guerre froide 1948–1953, Paris 2002.

²⁷ Vgl. Gunther MAI, Dominanz oder Kooperation im Bündnis? Die Sicherheitspolitik der USA und der Verteidigungsbeitrag Europas 1945–1956, in: Historische Zeitschrift, 246 (1988), S. 327–364.

und sich die in dem Vorschlag zur Gründung einer Europäischen Politischen Union (EPU) zum Ausdruck kommenden Europäisierungsbestrebungen immer prononcierter gegen die USA richteten. Der General nahm die Zündung der ersten französischen Atombombe im Februar 1960 zum Anlaß, den Nuklearmächten USA und Großbritannien auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten. Washington war nicht die von de Gaulle demonstrativ zur Schau gestellte Stärke Frankreichs suspekt, wenn er diese ohne Vorbehalt zu Diensten des westlichen Lagers eingebracht hätte. Daß er jedoch die nukleare Unabhängigkeit Frankreichs zur Staatsdoktrin machte und die deutsch-französische Partnerschaft nicht nur als Kern der europäischen Einigung ansah, sondern die Bundesrepublik als Mittel nutzte, um eine »staatenbündisch organisierte ›Dritte Kraft Europa‹« aufzubauen, die sich der Dominanz der USA entziehen sollte, nahm Washington nicht zu Unrecht als Herausforderung auf.²⁸ Als Affront mußte es Präsident John F. Kennedy verstehen, daß de Gaulle auf der sorgfältig inszenierten Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) öffentlich ablehnte. Damit war nicht nur die von Kennedy in seinem »Grand Design« skizzierte Vision von einer amerikanisch dominierten atlantischen Gemeinschaft zum Scheitern verurteilt; jetzt stand auch die Bipolarität als Prinzip des Kalten Krieges auf dem Spiel.²⁹

Da Washington nicht auf seine transatlantische Führungsrolle verzichten wollte, mußte es das in der Berlin-Krise verlorene Vertrauen in der Bundesrepublik zurückgewinnen³⁰ und dem Élysée-Vertrag durch subtilen Druck auf Bonn seine antiamerikanische Spitze nehmen. Die aufflammenden Diskussionen zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« innerhalb der CDU/CSU bestärkten die Amerikaner, die dann entscheidenden Einfluß darauf nahmen, daß der Deutsche Bundestag dem Vertragswerk in seiner Sitzung am 15. Juni 1963 eine Präambel voransetzte, wie Eckart Conze hervorhebt:

Washington hatte es verstanden, die Entstehung eines »geschlossenen deutsch-französischen Systems« (Rusk) zu verhindern und statt dessen dem Élysée-Vertrag die Funktion eines wichtigen Elements innerhalb der transatlantischen Beziehungen gegeben, die das Abkommen in französischen Augen wertlos machen mußte. Statt die europäische Rolle und Domi-

²⁸ Vgl. Eckart CONZE, *Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963*, München 1995, S. 63f.

²⁹ Vgl. Serge BERSTEIN, *Histoire du gaullisme*, Paris 2002, S. 298f.

³⁰ Vgl. Frank A. MAYER, *Adenauer and Kennedy. A study in German-American relations 1961–1963*, New York 1996; John C. AUSLAND, *Kennedy, Khrushchev, and the Berlin-Cuba crisis, 1961–1964*, Cambridge, M.A. 1996; Georg SCHILD, *Konrad Adenauer, John F. Kennedy und die Berlin- und Kuba-Krisen. Deutsche und amerikanische Interessen im Kalten Krieg*, in: Peter R. WEILEMANN u.a. (Hg.), *Macht und Zeitkritik*, Paderborn 1999, S. 147–156.

nanz der USA zu konterkarieren, unterstrich die Präambel diese. Die europapolitischen Ambitionen de Gaulles waren damit durchkreuzt.³¹

Welch sensiblen Charakter die Präambel im Verhältnis zwischen Paris und Bonn auch noch zum fünften Jahrestag des Élysée-Vertrages im Jahre 1968 besaß, geht aus den Gesprächen zwischen Bundespresseamt und französischem Außenministerium im Vorfeld dieses ersten ›runden‹ Jubiläums hervor, aus dessen Anlaß beide Seiten eine gemeinsame Veröffentlichung vorbereiteten. Der Quai d'Orsay lehnte es »offenbar auf höhere Weisung« ab, die Präambel in einem Dokumentationsteil abzudrucken, so daß sich die bundesdeutsche Seite dafür aussprach, auf eine Publikation des Vertragswerkes in dieser Broschüre gänzlich zu verzichten.³² Auch in der operativen bundesdeutschen Außenpolitik glich es in diesen Jahren weiterhin einer Quadratur des Kreises, den angemessenen Abstand zu den beiden Partnern in dem auch weiterhin durch enge Wechselbeziehungen charakterisierten Dreieck Bundesrepublik – USA – Frankreich zu finden, wie die Diplomaten im Auswärtigen Amt 1967 feststellten: »Schwierigkeiten treten bei der Frage auf, wie eng und herzlich das deutsch-französische Verhältnis sein kann, ohne die amerikanischen Interessen in Europa zu gefährden.«³³

Die Sowjetunion und der Élysée-Vertrag

In den Gedankenspielen der sowjetischen Spitze kam Frankreich nach der Machtübernahme de Gaulles im Jahre 1958 wieder stärker als zuvor die Rolle des schwachen Gliedes im intersystemischen Wettstreit zu, von dem sie sich eine Lockerung des westlichen Bündnisses versprach. Das Autonomiestreben des Generals innerhalb der NATO und seine Verweigerung gegen Washingtoner Monopolansprüche auf Beziehungen mit dem Osten, die immer wieder betonte Unabhängigkeit in den internationalen Mächtespielen und sein langfristiges Ziel der Überwindung der bipolaren Nachkriegsordnung durch eine Verständigung mit der Sowjetunion³⁴ nahm der Warschauer Pakt als Bestätigung für seine These wahr, nach der die wirtschaftliche Konkurrenz unter den kapitalistischen Ländern schließlich zu einer Konfrontation führe. Daß Moskau dabei die inneren Widersprüche im Westen überschätzte und sich von der

³¹ CONZE (Anm. 28), S. 337.

³² Aufzeichnung der Abt. I im Auswärtigen Amt (AA) über die gemeinsame Herausgabe einer Veröffentlichung über die Zusammenarbeit im Rahmen des Vertrages, 23.11.1967; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), B 24, Bd. 607, Bl. 467–470.

³³ Stellungnahme der Abteilung IA3 im AA »Betr.: Deutsch-amerikanische und deutsch-französische Beziehungen«, 30.3.1967; PA/AA, B 24, Bd. 607, Bl. 275.

³⁴ Vgl. Serge BERSTEIN, *La France de l'expansion. I. La République gaullienne 1958–1969*, Paris 1989, S. 245f.

Taktik des gegenseitigen Ausspielens der westlichen Regierungen untereinander nicht nur langfristigen Nutzen erwartete, gehört zu den für den Kalten Krieg so charakteristischen wechselseitigen Fehlperzeptionen, wie Paris und Bonn dem Kreml mit dem Abschluß des Élysée-Vertrages vor Augen führten.

Bereits am 5. Februar reagierte die Sowjetunion und veröffentlichte auch über »Radio Moskau« eine Note an die Bundesregierung, in der sie sich gegen die »offenbar irrealen und den Interessen des Friedens widersprechenden Linie« wandte.³⁵ Moskau war überzeugt, daß der Vertrag geheime Klauseln für eine militärische Zusammenarbeit enthielt, und warf de Gaulle und Adenauer vor, sich in ein Abenteuer zu stürzen.³⁶ Die Sowjets bezogen sich in ihren Kommentaren vor allem auf die außen- und verteidigungspolitischen Ziele des Abkommens (Art. II. A. und II. B.), in denen sich die Regierungen beider Länder zu enger Zusammenarbeit und wechselseitigen Konsultationen bei Fragen gemeinsamen Interesses verpflichteten. Sie warfen der Bundesregierung darüber hinaus vor, »im Namen ganz Deutschlands zu sprechen, obwohl neben der BRD ein anderer souveräner deutscher Staat steht, die DDR, sowie auch Westberlin, das faktisch eine gesonderte politische Einheit ist«.

Die harsche sowjetische Reaktion war nicht nur Ausdruck ihres Bedrohungsreflexes und deutschlandpolitischer Strategiespiele, sondern zudem von Enttäuschung dominiert. Durch den Abschluß des Élysée-Vertrages war der Moskauer Traum vorerst im Keim erstickt, de Gaulles eigenwillige Außenpolitik könne zu einer Schwächung des westlichen Lagers führen. Des weiteren zerstoben die Hoffnungen auf eine französisch-sowjetische Annäherung, »die sich vormals auf die deutsche Teilung bzw. ein gemeinsames Interesse an ihrem Fortbestand gegründet hatten«.³⁷ Der General hatte eine derartige Reaktion nicht unbedingt erwartet. Während er davon ausging, daß eine westdeutsch-französische Übereinkunft durchaus auch im Sinne Moskaus sein müsse, weil auf diese Weise der amerikanische Einfluß in Westeuropa beschränkt würde, sah die sowjetische Führung die Gefahr der Einkreisung gegeben. Für de Gaulle war der Vertrag ein Schritt zu einer neuen europäischen Gleichgewichtsordnung, während sich Moskau an die Münchner Konferenz von 1938 erinnert fühlte. Dazu trug in erheblichem Maße bei, daß Adenauer den Élysée-Vertrag als Grundlage für eine »antisowjetische Bastion« bezeichnete.³⁸

Aus einem Bedrohungsreflex heraus verstand die sowjetische Führung die westdeutsch-französische Übereinkunft als Versuch des Westens, die Kräfte in der Auseinandersetzung der konkurrierenden Systeme zu bündeln, um die

³⁵ Vgl. Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vom 5.2.1963; PA/AA, B 24, Bd. 473, Bl. 159f.; vgl. zur Veröffentlichung über Radio Moskau; Bl. 78f. Hier auch das folgende Zitat.

³⁶ Vgl. ZIEBURA (Anm. 24), S. 169.

³⁷ Knut LINSEL, Charles de Gaulle und Deutschland, Sigmaringen 1998, S. 209.

³⁸ Vgl. LINSEL (Anm. 37), S. 210.

Grundlage für ein neues europäisches Machtzentrum im Herzen des Kontinents zu legen. Besonders fürchtete Moskau dessen Ausstrahlungskraft nach Osteuropa, wo Anfang der 1960er Jahre u.a. in der CSSR eine politische und kulturelle Öffnung nach Westen zu beobachten war.³⁹ Aus Angst vor der Delegitimierung der eigenen Positionen und einem damit einhergehenden Kontrollverlust im eigenen Lager begann Moskau seine Attacken gegen den Élysée-Vertrag.

Die Bundesregierung reagierte in einer Antwortnote vom 29. März und verwahrte sich gegen den Vorwurf, »die DDR habe die Bundesrepublik absolut nicht zum Abschluß dieses Vertrages in ihrem Namen ermächtigt.« Sie bekräftigte zunächst, daß sich der Vertrag »gegen kein Volk und keinen Staat« richte und sie sich wiederholt verpflichtet habe, »alle zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten entstehenden Streitfragen mit friedlichen Mitteln zu lösen«. Welch große deutschlandpolitische Bedeutung sie aber selbst dem Vertrag beimaß, geht aus den ausführlichen Bemerkungen hervor, mit denen sie den Status von Berlin als »Teil Deutschlands« und ihren Alleinvertretungsanspruch untermauerte:

Hierzu möchte die Bundesregierung bemerken, daß sie, als sie den Vertrag der Freundschaft und der Versöhnung mit dem französischen Volk schloß, tatsächlich im Namen des ganzen deutschen Volkes gehandelt hat. Sie wäre durchaus bereit gewesen, auch die Deutschen in der sogenannten DDR zu fragen, ob sie diese Aussöhnung wollten, und sie ist sich völlig sicher, daß auch die überwältigende Mehrheit der dort lebenden Deutschen dem Vertrag ihre Zustimmung gegeben hätte. Leider ist eine Befragung der Deutschen in der sogenannten DDR unter dem von der sowjetischen Regierung gestützten Regime nicht möglich.⁴⁰

Der deutsch-deutsche Systemwettstreit und der Élysée-Vertrag

Daß der Élysée-Vertrag zu der gerade erst in ihren Umrissen deutlich werden- den deutsch-deutsch-französischen Beziehungsgeschichte gehört,⁴¹ unterstreicht die unmittelbare Reaktion der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in Ost-Berlin, die den Vertrag, so die Wiedergabe in der sowjetischen Note vom 5. März 1963, als »Komplott der Hauptkräfte der europäischen Reaktion gegen die Sache des Friedens und der internationalen Entspannung« verurteilte. Der Vertrag diene »zur weiteren Stärkung der friedensfeindlichen Achse Bonn–Paris«, schrieb am 24. Januar 1963 das *Neue*

³⁹ Vgl. Christoph KLESSMANN *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1997, S. 437f.

⁴⁰ Note der Bundesregierung an die sowjetische Regierung, 29.3.1963; PA/AA, B 24, Bd. 473, Bl. 154f.

⁴¹ Vgl. Ulrich PFEIL, *Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Köln 2004, S. 29f.

Deutschland, das Parteiorgan der SED, die umgehend Partei-⁴² und Massenorganisationen in Abstimmung mit Moskau mobilisierte,⁴³ um sich als bessere Sachverwalter deutscher Interessen in dem deutsch-deutschen Systemwettbewerb zu profilieren. Da sich die Parteiführung in den deutsch-französischen Beziehungen ein weiteres Mal nur in der Zuschauerrolle wiederfand,⁴⁴ blieb ihr nichts anderes übrig, als Frankreich und die Bundesrepublik als Gefahrenherde für den Frieden zu denunzieren:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik betrachtet es als ihre nationale Pflicht, mit allem Ernst auf die Gefahren zu verweisen, die sich aus der Verschwörung von Paris für das deutsche Volk und insbesondere für die Bevölkerung Westdeutschlands ergeben. Für die Bonner Regierung ist der Pakt in erster Linie ein Instrument zur Verfolgung ihrer Revanchepolitik, die aussichtslos ist und nur den Graben durch Deutschland vertieft. Mit dem Pakt will sie neue Hindernisse gegen die dringend notwendige Verständigung über die deutsche Friedensregelung und die Normalisierung der Lage in Westberlin auf türmen. Demgegenüber verfolgt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik konsequent die Politik des Friedens und der Verständigung, die in dem Vorschlag des VI. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für ein Abkommen der Vernunft und des guten Willens erneut bekräftigt wurde.⁴⁵

In gleichem Stil attackierte die SED de Gaulle, dem sie eine Verschärfung des »antidemokratischen militaristischen« Kurses vorwarf:

[Die französische Regierung] blieb jedoch neben Westdeutschland der unversöhnlichste Gegner einer europäischen Entspannung und jeder Abrüstung. Das enge Bündnis der französischen und westdeutschen Imperialisten begünstigte eine zügellose Haß- und Verleumdungspropaganda Westdeutschlands gegen die DDR, die von französischen Imperialisten kolportiert wurde.⁴⁶

Beißende Karikaturen ließen Bundeskanzler Konrad Adenauer als Vertreter militaristischer deutscher Traditionen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erscheinen,⁴⁷ die durch die explizite Bezugnahme auf die Symbolik der deutschen Wehrmacht auch in Frankreich die Angst vor einem neuen Krieg mit dem östlichen Nachbarn hervorrufen sollten. De Gaulle wurde die

⁴² Vgl. Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 1/63 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der SED, 29.1.1963; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch), DY 30/J IV 2/2/865.

⁴³ So stellte die französisch-ostdeutsche Freundschaftsgesellschaft EFA ihren ersten Kongreß am 1.12.1963 unter das Motto, daß eine wahre Aussöhnung nur durch die Einbeziehung der DDR möglich sei; vgl. *Combat*, 4.12.1963 und 17.12.1963.

⁴⁴ Vgl. Ulrich PFEIL, Die DDR und der Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963, in: Heiner TIMMERMANN (Hg.), Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001, S. 91–106.

⁴⁵ Erklärung der Regierung der DDR zum Abschluß des Élysée-Vertrags; Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 1/63 der Sitzung des Politbüros des ZK der SED, 29.1.1963; SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/865.

⁴⁶ Vgl. Jahresbericht der Deutsch-Französischen Gesellschaft der DDR (Deufra) für 1962, 6.2.1963; SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/465.

⁴⁷ Vgl. Neues Deutschland, 26.1.1963 und 27.1.1963.

Rolle des großen Bruders zugeschrieben, der den Bundesdeutschen bei der Verwirklichung ihrer »imperialistischen« und »aggressiven« Ziele hilfreich unter die Arme greift.⁴⁸

Diese Anschuldigungen verpufften jedoch umgehend wieder und konnten von der Bundesregierung eher als Bestätigung für ihren Entschluß aufgefaßt werden. Als Folge der vertraglich geregelten Aussöhnung mit dem ehemaligen »Erbfeind« konnte sie es sich an ihr Revers heften, die Bundesbürger mit ihrem eigenen Staat endgültig ausgesöhnt zu haben, während die SED auf die permanent anwachsende Ausreisewelle mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 reagiert hatte. Nach Jahrzehnten der Abgrenzung und der Konfrontation war es gelungen, eine Westpolitik mit steigender konsensueller innenpolitischer Absicherung zu führen, wie Ludolf Herbst unterstreicht:

Zum ersten Mal seit 1945 erfuhr das deutsche Volk die Anerkennung eines fremden Staatsoberhauptes, das ihm Tüchtigkeit und Organisationstalent bescheinigte und ihm das Attribut »groß« zu sein, zuerkannte. Dies war Balsam auf die Wunden und hat nicht wenig dazu beigetragen, die deutsch-französische Verständigung in Westdeutschland populär zu machen.⁴⁹

Neben dieser in den 1960er Jahren endgültig zur Bundesrepublik ausschlagenden Waage des »deutschen Sonderkonflikts« mußte die DDR zudem eine Veränderung in ihrem Verhältnis zu den östlichen Bruderstaaten befürchten, in denen das gemeinsame Feindbild der »militaristischen« und »imperialistischen« Bundesrepublik an ideologischer Bindekraft verlor. Der untadelige Antifaschist de Gaulle verschaffte der Bundesrepublik mit seiner Deutschlandpolitik quasi eine Absolution, die Bonn neue Handlungsspielräume gegenüber dem Osten ermöglichte, weil der General die Rolle des Garanten gegen neue politische Hegemonieambitionen des sich entwickelnden wirtschaftlichen Riesen spielte.⁵⁰ Die SED sah sich ihrerseits mit der Gefahr konfrontiert, ihre Partner könnten aus der internationalen »Klassensolidarität« ausseren und den wirtschaftlich potenten westdeutschen Konkurrenten im Osten hoffähig machen.⁵¹

⁴⁸ Einschätzung der Abt. Internationale Verbindungen des ZK der SED zur Lage in Frankreich [o.J./Dez. 1963]; SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/468.

⁴⁹ Ludolf HERBST, *Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag*, München 1989, S. 206.

⁵⁰ LINSEL (Anm. 37), S. 215.

⁵¹ Vgl. Jerzy HOLZER, *Polen und die deutsche Zweistaatlichkeit 1949–1989*, in: Arnd BAUERKÄMPER u.a. (Hg.), *Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 74–82.

Der Élysée-Vertrag in der bundesdeutschen Innenpolitik

Anfang der 1960er Jahre herrschte unter allen im Bundestag vertretenen Parteien ein außenpolitischer Konsens, der spätestens mit der aufsehenerregenden Rede von Herbert Wehner (1906–1990) am 30. Juni 1960 gefunden war, in der sich der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD auf den Boden der geschaffenen Realitäten stellte und die Westintegration akzeptierte. Nachdem Adenauer schon vor der Gründung des westdeutschen Teilstaates »jene große Alternative deutscher Außenpolitik wieder [aufgegriffen hatte], die eindeutige Option für die feste Bindung in einer Allianz«,⁵² und die Bundesrepublik erfolgreich in die Europäische Gemeinschaft und das Nordatlantische Bündnis geführt hatte, war das Bekenntnis zur Option für den Westen zu einer Art Glaubenssatz bundesdeutscher Außenpolitiker geworden. Daß die bundesdeutschen Parteien bis in die CDU hinein so heftig auf die Vertragsunterzeichnung reagierten, lag in erster Linie am allgemeinen Eindruck, daß de Gaulle Adenauer auf einen Weg mitgenommen habe, der die bisherigen Säulen bundesdeutschen Selbstverständnisses in Frage stellte: die (supranationale) europäische Integration und die transatlantische Bindung. Die nun einsetzenden Kontroversen vermitteln daher einen Eindruck von den unterschiedlichen Auffassungen, wie bundesdeutsche Interessen in den internationalen Beziehungen am besten zu vertreten seien.

Nachdem sich de Gaulle in seiner berühmten Pressekonferenz vom 14. Januar gegen die Aufnahme der Briten in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ausgesprochen und der französische Außenminister Maurice Couve de Murville am 29. Januar die Brüsseler Beitrittsgespräche abgebrochen hatte, womit Großbritannien endgültig der Weg versperrt war,⁵³ herrschte innerhalb der FDP Wut und Konsternation über die Bereitschaft des Kanzlers, dem französischen Staatspräsidenten auf diesem Weg zu folgen.⁵⁴ Daß Adenauer die französischen Protektionismustendenzen durch die Unterzeichnung des Vertrages sanktioniert hatte, ließ den liberalen Koalitionspartner zürnen, wie im Falle des vormaligen FDP-Parteivorsitzenden Thomas Dehler (1897–

⁵² Klaus-Jürgen MÜLLER, Außenpolitische Traditionslinien des deutschen Nationalstaats und die Wiedervereinigung, in: Gabriele CLEMENS (Hg.), Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2001, S. 331–347, hier S. 341.

⁵³ Vgl. Marie-Thérèse BITSCH, Histoire de la construction européenne, Brüssel 1999, S. 152f.; Gerhard BRUNN, Die Europäische Einigung, Stuttgart 2002, S. 148f.; Franz KNIPPING, Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas, München 2004, S. 127f.; Mareike KÖNIG, Matthias SCHULZ (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen, Stuttgart 2004.

⁵⁴ Vgl. Abgeordneter Margulies, Rede in der Sitzung des Bundeshauptausschusses der FDP, 2.2.1963; abgedruckt in BDFD III, Dok. Nr. 287a.

1967): »Dieser Vertrag ist ein Schlag gegen die Gemeinschaften. Daß zwei sich zusammenfinden und sich abstimmen in Gemeinschaften, ist doch in Wirklichkeit ein Bruch dieser Gemeinschaften.«⁵⁵ Mit erheblichen Teilen in der CDU und der SPD waren sich die Liberalen in dem Willen einig, im Ausland keinesfalls den Eindruck aufkommen zu lassen, die Bundesrepublik habe sich gegen die USA und Großbritannien verbündet.

Aus diesem Grund wandten sich auch die Bonner Sozialdemokraten gegen den Élysée-Vertrag und nicht weil sie gegen die deutsch-französische Freundschaft waren, für die sie immer eingetreten seien, so ihr Parteivorsitzende Erich Ollenhauer (1901–1963).⁵⁶ Die Vorwürfe der SPD richteten sich in erster Linie gegen de Gaulles Weigerung, Großbritannien in die EWG aufzunehmen. Die Ängste der EWG-Partner, die Bundesrepublik und Frankreich wollten innerhalb der Gemeinschaft privilegierte Beziehungen schaffen, gaben den Sozialdemokraten weitere Argumente gegen den Vertragsabschluß in die Hände. Sie warfen dem General vor, laufend gegen den Geist und den Inhalt der Römischen Verträge zu handeln. Den Kanzler beschuldigten sie, gegen die Erklärung des Bundestages vom Oktober 1962 verstoßen zu haben, »alles in ihren Kräften Stehende zu tun«, um den Beitritt Großbritanniens zur EWG zu fördern.⁵⁷ Sie wollten bei der anstehenden Ratifizierung nicht in den Verdacht geraten, Gegner der deutsch-französischen Verständigung zu sein, doch ihre Prioritäten waren eindeutig:

Sicherstellung, daß die Zusammenarbeit und die Erweiterung der EWG nicht beeinträchtigt und das Verhältnis zwischen uns und anderen europäischen Staaten und Amerika nicht berührt werden darf. Die Sicherheit Europas hänge von einer guten Zusammenarbeit mit Amerika ab.

Um diese Absichten in die Tat umzusetzen und die Risse in der CDU/CSU auszunutzen, galt es in den folgenden Wochen zu taktieren bzw. Zeit zu gewinnen, denn so könne die Regierungspartei gezwungen werden, wie der stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner voraussah, »eine Diskussion mit sich selber zu führen«.

Diese Vorhersage bewahrheitete sich, als die Ratifizierung des Deutsch-Französischen Vertrages im Bundestag anstand und sich in diese Debatte eine unionsinterne Frage mischte: die Nachfolge Adenauers. Hatte sich der Kanzler bei der Unterzeichnung des Vertrages noch über die Kritik aus den eigenen Reihen hinwegsetzen können und seinen ungeliebten »Kronprinzen« Ludwig Erhard (1897–1977) in der Union isoliert, so wurde in den folgenden Wochen sein Machtverlust immer spürbarer. Die Unionsparteien zerfielen zwischen-

⁵⁵ Mitglied des FDP-Parteivorstandes Dehler, Rede in der Sitzung des Bundeshauptausschusses der FDP, 2.2.1963; abgedruckt in BDFD III, Dok. Nr. 287b.

⁵⁶ Sitzung des Partei- und Fraktionsvorstands der SPD vom 5.2.1963, Protokoll; abgedruckt in BDFD III, Dok. Nr. 289. Hier auch die folgenden Reaktionen der SPD-Führung.

⁵⁷ Vgl. Bundestag, Stenographischer Bericht, Bd. 51, S. 1788f.; Umdruck 144.

zeitlich in zwei Lager, auf der einen Seite die »Gaullisten«, zu denen neben Adenauer auch die beiden CSU-Politiker Franz Josef Strauß (1915–1988), Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), Heinrich von Brentano (1904–1964) und der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues (1908–1971) zählten; auf der anderen Seite die »Atlantiker« mit Ludwig Erhard und Gerhard Schröder (1910–1989) an der Spitze.⁵⁸ Letztere galten als Befürworter einer privilegierten Beziehung mit den USA, während sich der Begriff »Gaullisten« für jene Politiker einbürgerte, deren kritische Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten zu einer engst möglichen Abstimmung mit Frankreich führte.⁵⁹ Berechtigterweise kritisiert Reiner Marcowitz die in dieser Etikettierung zum Ausdruck kommende Ausschließlichkeit, denn weder sprachen sich die »Atlantiker« gegen eine Vertiefung der westdeutsch-französischen Annäherung aus, noch dachten die »Gaullisten« daran, »die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA zugunsten eines deutsch-französischen *rapprochement* zu suspendieren«.⁶⁰ Gerade letztere wußten um ihre Divergenzen mit de Gaulle, der weiterhin in nationalstaatlichen Traditionen dachte, während Politiker wie Adenauer und Strauß für die europäische Integration optierten. Für keine der beiden Seiten stellte sich die Frage des Entweder-Oder, keiner wollte öffentlich de Gaulle und (aus innenpolitischen Gründen schon gar nicht) Adenauer brüskieren bzw. desavouieren, doch verweigerten sie sich gegen die vom französischen Präsidenten angestrebten strikt bilateralen Beziehungen. Auch wenn die Präambel dann zu einer »subtile[n] Form der Ablehnung«⁶¹ geriet, so war sie doch vielmehr Ausdruck einer Konstanten in der bundesdeutschen Außenpolitik, dem Lavieren in einer Dreiecksbeziehung.

Daß diese Kontroverse die CDU/CSU vor eine derartige Zerreißprobe stellte, lag nicht zuletzt an der im ersten Jahresdrittel 1963 noch ungeklärten Nachfolgefrage und dem Versuch Adenauers, den von ihm unerwünschten Ludwig Erhard »auf Null zu bringen«.⁶² Der nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene als liberal geltende »Vater des Wirtschaftswunders« entsprach so gar

⁵⁸ Vgl. Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996; DERS., *CDU/CSU, SPD et Charles de Gaulle (1958–1969)*, in: *Espoir*, 113 (1997), S. 59–64.

⁵⁹ Vgl. Manfred GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 386f.

⁶⁰ Reiner MARCOWITZ, *Wendjahre 1963/64. Die deutsch-französischen Beziehungen in der Endphase der »Ära Adenauer« und zu Beginn der Kanzlerschaft Erhards*, in: *Francia*, 22/3 (1995), S. 83–103, hier S. 90; vgl. Ansbert BAUMANN, »Ils ont, eux, la possibilité de s'exprimer...« Die französischen Parlamentarier der *Assemblée nationale* beneideten 1963 ihre Kollegen im Deutschen Bundestag, in: *Lendemain*, 29 (2004) 113, S. 66–85.

⁶¹ Peter GRAF KIELMANNSEGG, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 188.

⁶² *Der Spiegel*, 17.4.1963, S. 18.

nicht den Vorstellungen des noch amtierenden Kanzlers.⁶³ Adenauer verband mit freier Marktwirtschaft hedonistischen Materialismus und vermißte bei Erhard die konfessionelle Gebundenheit, die er als rheinischer Katholik vorlebte. Ihm blieb wirtschaftlicher Freihandel angelsächsischer Prägung fremd, so daß die enge vertragliche Bindung mit Frankreich für Adenauer nicht nur ein Mittel war, um seine Nachfolger außenpolitisch auf diese Linie festzulegen, sondern auch der Versuch, die abendländische Verankerung der Bundesrepublik über seine eigene Kanzlerschaft hinaus zu konservieren.⁶⁴ Daß sich Adenauer nicht mehr erfolgreich gegen die von den »Atlantikern« initiierte Präambel wehren konnte, war somit auch ein Zeichen für die nachlassende Bindekraft abendländischer Ideen mit ihrer »Wendung gegen die insbesondere von den Amerikanern symbolisierte Moderne«⁶⁵ zugunsten des »freien Westens«.⁶⁶

Der Élysée-Vertrag in der französischen Innenpolitik

Der Élysée-Vertrag löste auch unter den innenpolitischen Gegnern de Gaulles umgehend kritische Reaktionen aus. Für das SFIO-Vorstandsmitglied Claude Fuzier (1924–1997) war der Vertrag ein überflüssiges Spielzeug in den Händen von zwei alten Männern, das für die deutsch-französische Aussöhnung ohne Bedeutung bleibe. Vielmehr diene es dem General dazu, nach der Pressekonzferenz vom 14. Januar 1963 aus der selbstverschuldeten Isolierung herauszukommen, während sich der Kanzler mit der Unterzeichnung kurz vor seinem Abtritt einen krönenden Abschluß verschaffen wolle.⁶⁷ Einig war sich Fuzier mit François Mitterrand (1916–1996), die beide eine Erschütterung der bestehenden Bündnisse und Unverständnis bei den Alliierten im westlichen Lager befürchteten. Insbesondere die Zukunft der Europäischen Integration sahen sie durch die von Mitterrand als »entente particulière« bezeichnete Übereinkunft zwischen der Bundesrepublik und Frankreich gefährdet, so daß sich die französischen Sozialisten in den folgenden Wochen um eine einheitliche Front der »Europäer« bemühten. Der spätere französische Staatspräsident

⁶³ Vgl. Volker HENTSCHEL, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Berlin 1998.

⁶⁴ Vgl. zu Abendland und Adenauer: Guido MÜLLER, Vanessa PLICHTA, Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischem Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1923–1957, in: Journal of European Integration History, 5 (1999) 2, S. 17–47, hier S. 37f.

⁶⁵ Ulrich HERBERT, Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: DERS. (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002, S. 7–49, hier S. 21.

⁶⁶ Axel SCHILDT, Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre, München 1999, S. 20.

⁶⁷ Claude FUZIER, L'axe caoutchouc, in: *Le Populaire de Paris*, 23.1.1963; abgedruckt in BDFD III, Dok. Nr. 282.

brachte in die Diskussion zudem noch eine nationale Komponente ein, mit der er den General auf einem Feld angriff, das traditionell Kennzeichen gaullistischer Außenpolitik war, die »*indépendance nationale*«:

Durch diesen deutsch-französischen Vertrag, unter den von mir dargestellten Umständen unterzeichnet, machen Sie aus Deutschland einen Schiedsrichter für die mit den USA zu behandelnden Angelegenheiten, für den Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt, für die politische Integration Europas, d.h. allgemein für die Beziehungen Frankreichs mit seinen fünf Vertragspartnern. In dem Moment, in dem Sie Ihre Führungsrolle in Europa bekräftigen, geben Sie sie wieder her.⁶⁸

Drehten sich die unmittelbaren Reaktionen der französischen Sozialisten auf den Élysée-Vertrag um eine Verbindung von nationalen und europäischen Positionen, war die PCF bedacht, nationale mit internationalistischen Positionen unter einen Hut zu bringen. Wie die SED/DDR für Deutschland hatte die PCF für Frankreich von Moskau verordnete Vorgaben zu erfüllen, welche die nun einsetzende Polemik zwischen den beiden stärksten politischen Kräften Frankreichs, den Gaullisten und den Kommunisten, zu einem Aspekt der sowjetisch-französischen Beziehungen machten.

Die PCF hatte die um Versöhnung zwischen beiden Völkern bemühten de Gaulle und Adenauer bereits in der Vergangenheit wiederholt angegriffen und hinter ihren Gesten den Versuch vermutet, »ideologisch die neuen kriegerischen Aufgaben in Europa vorzubereiten«.⁶⁹ Als der Kanzler und der General am 22. Januar 1963 den Vertrag unterzeichneten, beschimpfte die kommunistische Parteipresse ihn als Gefahr für die Interessen des französischen Volkes und des Friedens im benachbarten Deutschland. Ihr Ruf richtete sich daher an die »Patrioten« in Frankreich, die sie zur Einigung gegen de Gaulle aufrief, um eine unabhängige nationale Politik zu »erzwingen«. Der Vertrag stelle eine »regelrechte Vormundschaft Westdeutschlands über die französische Diplomatie hinsichtlich der Ost-West-Beziehungen« dar und fessele Frankreich an den einzigen Staat des Westens, der offen territoriale Forderungen erhebe und sich einer Lösung der Berlin- und Deutschlandfrage in den Weg stelle. Er stärke den deutschen Revanchismus, welcher der eigentliche Nutznießer des Vertrages sei und Frankreich ein weiteres Mal ins Verderben stürzen werde. Die der Regierung Adenauer unterstellten »revisionistischen Gebietsforderungen« bezogen sich dabei nicht allein auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze; indem die PCF die DDR als souveränen Staat darstellte und in ihrer Argumentation die Zwei-Staaten-Theorie Ost-Berlins übernahm, konnte auch die Forderung der Bundesregierung auf Wiedervereinigung als Versuch bezeichnet werden, territoriale Ansprüche an einen anderen Staat zu stellen.

⁶⁸ Abgeordneter Mitterrand (Rassemblement Démocratique); Rede in der Assemblée nationale, 24.1.1963; abgedruckt in BDFD III, Dok. Nr. 285.

⁶⁹ La visite d'Adenauer une injure pour la France, in: Cahiers du Communisme, 7–8 (1962), S. 2.

Nach dem Muster der von Moskau mit Washington vereinbarten Status-quo-Politik in Europa präsentierte die PCF eine bilaterale sowjetisch-amerikanische Verständigung als die einzige Möglichkeit, den Frieden in der Welt langfristig zu sichern. Eine selbständige Atombewaffnung Frankreichs berge hingegen eine neue Gefahrenquelle, weil die Militärklauseln des Élysée-Vertrages den »deutschen Revanchisten« Wege finanzieller und technischer Beteiligung böten, um schließlich den Zugang zu den Produktionsgeheimnissen der Nuklearwaffen zu erhalten. Ähnlich wie die »Genossen« in Ost-Berlin waren die französischen Kommunisten besonders über den Imagegewinn der Bundesrepublik verärgert, wie die bundesdeutsche Botschaft in Paris folgte:

Die PCF ist insbesondere darüber empört und innenpolitisch gehandicapt, daß ausgerechnet das vom Ersten französischen Widerstandskämpfer gegen Hitler geführte Frankreich in wesentlichen aktuellen Fragen den Standpunkt der »deutschen Militaristen« teilt: Ablehnung jeder Entnuklearisierung des Gebietes der Bundesrepublik, Unantastbarkeit der westlichen Rechte in Berlin, Zurückweisung jeder Form der politisch-moralischen Aufwertung und völkerrechtlichen Stabilisierung des SBZ-Regimes, Forderung nach Freizügigkeit zwischen den beiden Teilen Berlins und Deutschlands; Unaufgebbare Selbstbestimmungsanspruchs der Bewohner der SBZ.⁷⁰

Trotz dieser heftigen Reaktionen war jedoch auffällig, daß sich die Propaganda der PCF gegen die »militaristischen Führer« richtete, während anti-deutsche Stereotype in den Hintergrund traten. Auch der PCF-Abgeordnete Léon Feix (1908–1974) gab vor der Nationalversammlung am 24. Januar 1963 ein Beispiel dafür ab, daß die PCF auf den Zug der deutsch-französischen Freundschaftsrhetorik aufzuspringen und den Eindruck zu vermitteln versuchte, Vorkämpfer einer »wahren« deutsch-französischen Verständigung zu sein. So erinnerte Feix an die Proteste seiner Partei gegen die französische Ruhrbesetzung im Jahre 1923, andere Politbüromitglieder differenzierten zwischen den Wirtschaftsinteressen und Parteien in der Bundesrepublik, die »nur Knechte des amerikanischen Imperialismus und des Monopolkapitals« seien, und den Massen des deutschen Volkes mit ihren Vorkämpfern in der DDR. Die bundesdeutsche Botschaft tat solche dialektischen Winkelzüge wohl nicht zu Unrecht als opportunistische Propaganda kommunistischer Provenienz ab: »Denn anti-deutsche Erklärungen bringen in Frankreich nichts mehr ein; die freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Deutschen ist im Volke populär.«⁷¹

Diese noch im Überschwange der Vertragsunterzeichnung vorgenommene Einschätzung soll nicht überschätzt und als ein geglücktes Produkt politischer Sinnstiftung durch symbolbeladene Inszenierung gewertet werden; nichtsde-

⁷⁰ Aufzeichnung der bundesdeutschen Botschaft in Paris »Betr.: Haltung der Kommunistischen Partei Frankreichs zum deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 = ein Spiegelbild der sowjetischen Sorgen um de Gaulles Deutschland-Politik, 2.3.1963; PA/AA, B 24, Bd. 473.

⁷¹ Ibid.

stotrotz widersprach die unter »kapitalistischen« Vorzeichen erfolgte Überwindung der (west-)deutsch-französischen Rivalität dem kommunistischen Dogma von dem geschichtsnotwendigen Auflösungsprozeß des Westens, so daß aus den Reaktionen in Moskau, Warschau, Ost-Berlin und in der Pariser Parteizentrale der PCF in erster Linie Enttäuschung herauszulesen war. Nachdem der Kreml Frankreich in seiner Westpropaganda immer wieder geschont und der PCF Mäßigung in seiner Gegnerschaft zu de Gaulle auferlegt hatte, schien nun eine Übereinkunft mit dem General in weite Ferne gerückt. Das Feindbild »Deutschland« bzw. »Bundesrepublik« war nun schwerer für innen- wie für außenpolitische Zwecke zu mobilisieren.⁷²

II. Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französische Versöhnung

Die Versöhnung besiegeln?

Versöhnung bzw. *réconciliation* wollten der Kanzler und der General besiegeln, wie sie in ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 1963 der Öffentlichkeit erläuterten. Obwohl von diesem Ziel in dem Vertragstext selbst nicht mehr die Rede ist,⁷³ sind das Bild und die Symbolik des Vertrages bis heute untrennbar mit diesen Begriffen verbunden, wie auch der vormalige französische Außenminister Dominique de Villepin in einer offiziellen Broschüre vom Januar 2003 nochmals zum Ausdruck brachte: »Der Élysée-Vertrag [...] hat die Versöhnung zwischen den beiden Ländern besiegelt und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden auf dem europäischen Kontinent gelegt.«⁷⁴ Versöhnung als politisches Ziel der deutsch-französischen Beziehungen ist in der Tat eng mit der Rückkehr de Gaulles an die Spitze des französischen Staates und der schließlich vertrauensvollen Beziehung zu Adenauer verbunden, nachdem in den politischen Diskursen bis in die 1950er Jahre fast ausschließlich von Annäherung und Verständigung gesprochen worden war.

⁷² Vgl. auch Aufzeichnung der Abt. I im AA »Betr.: Haltung der Kommunistischen Partei Frankreichs zum deutsch-französischen Vertrag und deren Hintergründe«, 4.4.1963; PA/AA, B 24, Bd. 473, Bl. 107f.

⁷³ Abgedruckt ist das Vertragswerk in: Die deutsch-französischen Beziehungen. Chronologie und Dokumente 1948–1999, hg. von den Zeitschriften *Dokumente* und *Documents*, Bonn 2000, S. 174f.

⁷⁴ Revue commémorative du 40ème anniversaire du Traité de l'Élysée – Magazin zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages, sous le patronage de la Commission Interministérielle de Coopération France Allemagne (C.I.C.F.A.) au Ministère des Affaires étrangères, Paris 2003, S. 2.

Erstmals in dieser Deutlichkeit tauchte in einem Dokument des französischen Außenministeriums aus dem Jahre 1959 der Satz auf, daß die deutsch-französische Versöhnung eine der charakteristischen und hervorstechenden Neuigkeiten der Nachkriegszeit sei.⁷⁵ Im Juni 1962 kam nach den Aufzeichnungen des engen Vertrauten von de Gaulle, Alain Peyrefitte, folgender Satz über die Lippen des Generals: »Wir werden die Versöhnung zwischen den beiden Völkern feierlich besiegeln.«⁷⁶

Auch wenn an dieser Stelle nicht ausreichend Platz für erschöpfende Überlegungen auf dem Feld der historischen Lexikologie ist, so erfordern politische Aufladung, Bedeutungsentwicklungen und der bisweilen ambivalente Gebrauch der Begriffe Versöhnung bzw. *réconciliation* doch eine semantische Klärung. Dabei zeigt es sich, daß sie in beiden Sprachkulturen eine spezifische Form von sozialen Beziehungen beschreiben, die sich nicht ausschließlich nur auf Individuen bezieht, sondern ihren Einsatz auch zwischen zwei und mehr Gesellschaften erhalten. Versöhnung als Verwirklichung eines friedfertigen Lebens zwischen Menschen, Gesellschaften und Staaten ist von wohlklingenden Konnotationen umgeben, suggeriert im persönlichen wie im politischen Bereich Friedenssehnsucht und ist damit im Imaginären verankert: »Sie ruft Bilder wach, die die Wiedervereinigung des Getrennten, die Aufhebung von Entfremdung, die Lösung von Konflikten und die Entstehung neuer, intakter Gemeinschaft zum Inhalt haben.«⁷⁷

Versöhnung impliziert keinen Zustand bzw. keinen einmaligen Akt, sondern in politischer und gesellschaftlicher Perspektive einen interaktiven Prozeß, der negative Gefühle wie Zorn und Haß durch ein zielgerichtetes, dynamisches Arbeiten zwischen kommunizierenden Menschen in positive Gefühle (z.B. Sympathie und Liebe) umwandelt (einen Streit beilegen, Frieden schließen, etwas in Einklang bringen).⁷⁸ So wie bereits Immanuel Kant (1724–1804) in seiner Schrift »Zum ewigen Frieden« darauf hinwies, daß der Friedenszustand unter Menschen, die nebeneinander leben, kein Naturzustand ist und gestiftet bzw. durch Menschen bewußt gesteuert werden müsse, ist auch Versöhnung als ein sukzessiver Vorgang zu verstehen, der über Struktur- und Einstellungsveränderungen sowie den Aufbau von neuen Beziehungen zum Ziel führen kann, trotzdem aber weiterhin permanenter Pflege bedarf.

⁷⁵ LAPPENKÜPER (Anm. 9), S. 1708, Anm. 10.

⁷⁶ ALAIN PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. 1: »La France redevient la France«, Paris 1994, S. 153.

⁷⁷ Hans-Richard REUTER, *Ethik und Versöhnung*. Prinzipielles zu einem aktuellen Thema, in: DERS., Gerhard BEESTERMÖLLER (Hg.), *Politik der Versöhnung*, Stuttgart 2002, S. 15–36, hier S. 15.

⁷⁸ Vgl. Wolfgang VÖGELE, *Versöhnung – Neutralität – Erinnerung*, in: Gerhard BEESTERMÖLLER, Hans-Richard REUTER (Hg.), *Politik der Versöhnung*, Stuttgart 2002, S. 155–168, hier S. 156.

So wie die semantische Bedeutung von Versöhnung eine theologische und eine moralische Komponente aufweist,⁷⁹ so speiste sich gerade in der Nachkriegszeit auch die Motivation vieler Akteure aus dieser doppelten Dimension, um den früheren Feinden Wege aufzuzeigen, ihre Konflikte künftig ohne Androhung und Anwendung von Gewalt mit rein zivilen Mitteln auszutragen und einverträglich zusammenzuleben. So finden sich bei Politikern wie dem stark in christlich-abendländischen Kategorien denkenden de Gaulle diese Überzeugungen wieder. Auch er schrieb der Vergebung eine aktive Rolle zu und sah in ihr eine Befreiung für Deutsche und Franzosen. Die Bereitschaft des Generals zum »pardon«, in der die Annahme eines asymmetrischen Verhältnisses als Grundlage seiner Deutschlandpolitik zum Ausdruck kam, läßt jedoch zugleich seine machtpolitischen Ambitionen zum Vorschein kommen, wie aus einem Gespräch mit Alain Peyrefitte vom 12. Januar 1960 hervorgeht:

Frankreich hat mehr als die anderen gelitten, weil es mehr als die anderen verraten wurde. So muß von ihm die Geste der Verzeihung ausgehen [...]. Nur ich kann Frankreich und Deutschland versöhnen, denn nur ich kann Deutschland vor seinem Niedergang bewahren.⁸⁰

Nachdem der feierliche Einzug des »Paares« de Gaulle/Adenauer in die Kathedrale von Reims und ihre gemeinsame Teilnahme am Gottesdienst im Juli 1962 die sakrale Richtung des Versöhnungsaktes vorgegeben hatte,⁸¹ wollte der General mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages eben diesen nun endlich auch vollziehen.

Versöhnung und Freundschaft zwischen Menschen lassen sich jedoch nicht »von oben« besiegeln, sondern basieren auf Vertrauen, das nur durch Interaktion gebildet und gesichert werden kann. Als kontraproduktiv erweist es sich dabei, wenn das Bekenntnis zur Versöhnung nicht von flankierenden gesellschaftlichen Aktivitäten begleitet wird, worauf die bundesdeutsche Botschaft in Paris noch Anfang 1971 hinwies:

Die immer wieder strapazierte »deutsch-französische Freundschaft«, die auch heute noch zwangsläufig Illusionen erzeugt, ist keine rationale Grundlage für eine solide, nüchterne Alltags-Zusammenarbeit, deren Notwendigkeit niemand bestreitet [...]. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir in Frankreich einen schwierigen und empfindsamen Partner haben und daß wir immer noch am Anfang unserer Bemühungen um unseren Nachbarn stehen.⁸²

⁷⁹ REUTER (Anm. 77), S. 22.

⁸⁰ PEYREFITTE (Anm. 76), S. 83.

⁸¹ Vgl. u.a. die Abbildungen in Rainer BÖLLING, *Deutschland und Frankreich. Vom »Erbfeind« zum Partner. Quellen zur Geschichte und Politik*, Stuttgart 1996, S. 86f.; Ulrich LAPPENKÜPER, *Auf dem Weg zur »Erbfreundschaft«: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich von 1949 bis 1963*, in: *Vis-à-vis: Deutschland – Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte, Bonn 1998, S. 111–120.

⁸² Kulturpolitischer Jahresbericht 1970 der bundesdeutschen Botschaft in Paris, 20.1.1971; PA/AA, B 97, Bd. 429.

Am Anfang waren Adenauer und de Gaulle?

Die Initiative, die General de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer ergriffen, war ein Akt des Mutes und der Vision. Diese beiden herausragenden Staatsmänner ermöglichten es unseren beiden Ländern, den Teufelskreis der Konflikte, des Hasses und der Rachgier zu durchbrechen, indem sie beide Länder aufforderten, sich ihrer Schicksalsgemeinschaft klar bewußt zu werden. In dem von ihnen vorgezeichneten Weg lernten Deutschland und Frankreich allmählich, sich zu verstehen, zusammenzuarbeiten und Bande einer wirklichen Solidarität zu knüpfen.⁸³

Mit diesen Worten gab Jacques Chirac wenige Tage vor dem 40. Geburtstag des Élysée-Vertrages die interpretatorische Richtung dieses Ereignisses vor und lieferte einen weiteren Hinweis, daß er nach seinem »furiosen Wahlerfolg« vom 18. Mai 2002 den inneren Drang verspürt, »eine historische Mission erfüllen zu müssen und gewissermaßen das Werk de Gaulles zu vollenden«.⁸⁴ Nun soll gar nicht in Abrede gestellt werden, daß dem charismatischen bzw. personellen Faktor in den deutsch-französischen Beziehungen weiterhin Wirkungsmacht zugemessen werden muß.⁸⁵ Gerade de Gaulle erfreute sich zur Jahreswende 1962/1963 wachsender Sympathiewerte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit,⁸⁶ die jedoch einen schweren Einbruch erlebten, als er sich am 14. Januar 1963 gegen einen britischen EWG-Beitritt aussprach, und durch die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages nur unwesentlich wieder anstiegen.⁸⁷

⁸³ Jacques CHIRAC, Mit gebündelter Kraft. 40 Jahre Freundschaft können den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der EU stärken, in: *Rheinischer Merkur*, 3/15.1.2003.

⁸⁴ SCHÖLLGEN (Anm. 7), S. 11.

⁸⁵ Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, Das Gesicht des Jahrhunderts, Berlin 1998, S. 214, 527.

⁸⁶ Das Emnid-Institut führte für das Bundespresseamt im Januar/Februar 1963 eine Meinungsumfrage zum »Frankreichbild der Deutschen« durch: Welcher Politiker hat Ihrer Meinung nach in den letzten 50 Jahren am meisten für eine deutsch-französische Verständigung getan? 1. de Gaulle (64%), 2. Robert Schuman (9%), 3. Aristide Briand (7%); Wie ist Ihr Eindruck: Unterstützt die gegenwärtige französische Regierung die deutschen Interessen? Ja (64%), Nein (7%); Fördert die gegenwärtige französische Regierung die deutsche Wiedervereinigung oder steht sie ihr eher ablehnend gegenüber? Fördert (54%), Eher ablehnend (12%); Aufzeichnung des AA, 29.4.1963; PA/AA; B 24, Bd. 473.

⁸⁷ Seit August 1962 fragte Emnid die bundesdeutsche Bevölkerung: »Wie stehen Sie zu de Gaulle: Glauben Sie, daß seine Politik – alles in allem gesehen – sich eher günstig oder eher ungünstig für uns auswirkt?«; BAK, B 122, Bd. 5516, Bl. 57–60.

	eher günstig %	eher ungünstig %	keine klare Stellungnahme %
August 1962	49	11	40
Oktober 1962	61	6	33
Februar/März 1963	28	33	39
November 1963	38	27	35
April 1964	32	38	30
August 1964	27	39	34

Doch erweisen sich auch – ganz im Sinne Leopold von Ranke (1795–1886)⁸⁸ und der *École positiviste française*⁸⁹ – bei der deutsch-französischen Versöhnung historische Persönlichkeiten als der eigentliche Motor historischen Wandels, liefert die Erforschung ihrer Motive den Zugang zum Verständnis dieses Prozesses? Ist der Élysée-Vertrag nur das Produkt eines Zusammenwirkens zwischen den Ideen einer Epoche und ihren großen Persönlichkeiten? Sollten wir uns bei der Suche nach Erklärung auf die »couples« Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Kohl und François Mitterrand, Gerhard Schröder und Jacques Chirac beschränken? Reduziert sich die Versöhnung auf einen von Staatsmännern vorangetriebenen Prozeß zwischen zwei – von Ranke als »historische Individualität« bezeichneten – Staaten und ihren Eliten?

Gegen diese Personalisierung historischer Prozesse wendet sich der Kasserer Politologe und Romanist Hans Manfred Bock: »Die fable convenue, daß am Anfang der deutsch-französischen Kooperation der Wille zweier Staatsmänner, nämlich Adenauer und de Gaulle, gestanden habe [...], muß revidiert oder zumindest neu redigiert werden.«⁹⁰ Sie blendet in der Tat aus, welchen wichtigen Beitrag u.a. Politiker wie Robert Schuman (1886–1963),⁹¹ Jean Monnet (1888–1979),⁹² Carlo Schmid (1896–1979)⁹³ u.a. für die deutsch-französische Annäherung leisteten, und welcher Lernprozeß auf beiden Seiten durchlaufen wurde, nachdem die deutsche und französische Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit am Rande eines vom Locarno-Vertrag symbolisierten Prozesses geblieben war, der gemeinhin als die Ära Briand-Stresemann bezeichnet wird. Trotz aller kultureller Zusammenarbeit zwischen gewissen deutschen und französischen Eliten (spricht man nicht auf symbolische Weise von einem »Locarno intellectuel« ?) blieb dieser von den Regierungen der beiden Länder veranlaßte Annäherungsprozeß nur eine zerbrechliche Fassade. Es gelang

⁸⁸ Vgl. Luise SCHORN-SCHÜTTE, Ideen-, Geistes-, Kulturgeschichte, in: Hans-Jürgen GÖRTZ (Hg.), *Geschichte. Ein Grundkurs*, Reinbek 2001, S. 489–515, hier S. 490f.

⁸⁹ Vgl. Guy BOURDE, Hervé MARTIN, *Les Écoles historiques*, Paris 1983, S. 163; Corine DEFANCE, *Le renouveau de la biographie dans les historiographies française et allemande contemporaines*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 33 (2001) 4, S. 373–385, hier S. 375.

⁹⁰ Hans Manfred BOCK, *Gesellschaftliche Neubegründung interkulturellen Austauschs. Zur Vorgeschichte und Struktur des Deutsch-Französischen Jugendwerks 1949–1963*, in: *Lendemains*, 27 (2002) 107/108, S. 139–145, hier S. 141.

⁹¹ Vgl. Andreas WILKENS (Hg.), *Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts nationaux et projet européen*, Brüssel 2004.

⁹² Vgl. DERS. (Hg.), *Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, 1999; DERS., Gérard BOSSUAT (Hg.), *Jean Monnet, l'Europe et les chemins de la Paix*, Paris 1999.

⁹³ Vgl. Petra WEBER, *Die deutsch-französischen Beziehungen im Spiegel von Autobiographien: Zum historischen Quellenwert der Erinnerungen Carlo Schmidts und Joseph Rovens*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 33 (2001) 4, S. 469–486.

nicht, das Bild vom Nachbarn zu verändern, das weiterhin vom »Erbfeind« durchdrungen war.⁹⁴ Zudem kam der alte Haß wieder an die Oberfläche, als die ersten politischen und diplomatischen Erschütterungen Anfang der 1930er Jahre und stärker noch nach der »Machtergreifung« Hitlers 1933 das bilaterale Verhältnis belasteten.⁹⁵

Wer die Personalisierung der deutsch-französischen Versöhnung nach 1945 in Frage stellt, verneint bzw. minimiert damit nicht zwangsläufig die staatliche Rolle in den gesellschaftlichen Beziehungen. Bisweilen gelingt es nur der staatlichen Macht, unüberwindlich scheinende Hindernisse und Zögerlichkeiten zu überwinden. So bezog sich der ehemalige Bürgermeister von Montbéliard nach der Besiegelung der Städtepartnerschaft mit Ludwigsburg im Jahre 1950 explizit auf Robert Schuman, der den Weg dahin gewiesen habe.⁹⁶ Heute verdeutlichen die wütenden Proteste gegen den (angedrohten) Rückzug staatlicher Instanzen aus den deutsch-französischen die wesentliche Bedeutung der Regierungen innerhalb der bilateralen kulturellen Kooperation. Staaten und Regierungen besitzen jedoch nicht das Monopol, ganz im Gegenteil. Wer seinen Fokus ausschließlich auf die Staatsmänner und die Regierungen richtet, läuft zwangsläufig Gefahr, die Vorherrschaft des Staates in den sozio-kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich anzuerkennen.

Das staatliche Handeln ist jedoch stets in seiner Verbindung mit einer Bewegung »von unten« zu sehen,⁹⁷ wo die vom französischen Historiker Jean-Baptiste Duroselle als »force profonde« befindlichen Kräfte anzusiedeln sind. Ihnen kam auf den verschiedenen Etappen der deutsch-französischen Annäherung und Versöhnung stets eine wichtige Funktion zu, weil sich Versöhnung nicht von oben »verordnen« läßt, sondern nur durch eine tiefe Veränderung der Mentalitäten zu erreichen ist.

Auf diesem Weg besaß die französische Besatzungsmacht schon ab 1945 eine besondere Verantwortung für das besiegte Deutschland. Dabei galt es nicht alleine, die Deutschen, denen zu dieser Zeit die staatliche Verfaßtheit genommen war, zu züchtigen und zu bestrafen. Außerdem machte es sich

⁹⁴ Vgl. die Rede von Carlo SCHMID aus Anlaß der Eröffnung des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg im Jahre 1948 in: Documents, 43 (1988) 5, S.75–81.

⁹⁵ Vgl. Hans Manfred BOCK u.a. (Hg.), *De Locarno à Vichy, les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930*, Paris 1993.

⁹⁶ »Wenn wir uns auf beiden Seiten des Rheins weiterhin mit knirschenden Zähnen und mit dem Finger am Gewehrabzug gegenüberstehen, um die Welt ein weiteres Mal mit Krieg zu überziehen, stehen die beiden Völker auf keiner von Vernunft geprägten Grundlage. Alle Diplomaten haben dies verstanden, allen voran Robert Schuman, der durch seinen Vorschlag zur wirtschaftlichen Kooperation genauso im Namen Frankreichs Position bezog«; vgl. *Rencontre de maires français et allemands à Stuttgart*, in: *Allemagne*, 8 (1950).

⁹⁷ Vgl. Hans Manfred BOCK (Hg.), *Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg*, Opladen 1998.

Frankreich zum Ziel, »das deutsche Volk umzuerziehen«, wie es damals hieß, indem es die Deutschen, über die notwendige Entnazifizierung hinaus zur Demokratie erziehen und aus ihrer Isolierung herausholen wollte. Die zuständigen Stellen der französischen Militärregierung wie auch eine Reihe von Personen »mit gutem Willen« verstanden sehr schnell, daß neben Zwangsmaßnahmen und dem vorsätzlichen Import französischer Kultur nach Deutschland auch ein Weg gefunden werden mußte, um die Bevölkerung in die deutsch-französische Annäherung aktiv einzubinden.⁹⁸ Diese Annäherung sollte zudem der beste Garant für die Sicherheit Frankreichs sein, die die französischen Verantwortlichen zu gewährleisten hatten. Den »offiziellen« Vertretern der Militärregierung war dabei bewußt, daß ihnen eine große Anzahl von bereitwilligen Männern und Frauen aus Frankreich und Deutschland behilflich sein könnten, um den Annäherungsprozeß und den Sinneswandel auf beiden Seiten des Rheins zu beschleunigen. So fanden sich in der Militärregierung Kräfte wie der Jesuitenpater Jean du Rivau (1903–1970), der ab 1940 im Widerstand gegen die Nationalsozialisten gekämpft hatte, nach seiner Festnahme 1944 nach Mauthausen, später nach Dachau deportiert worden war⁹⁹ und nach der Libération als Militärgeistlicher tätig war. Andere wurden von den Verantwortlichen der Militärregierung rekrutiert, weil sie sich durch ihre Aktionen auf dem Gebiet der »Volkserziehung« und durch ihre anregenden und neubzw. andersartigen Konzepte hervorgetan hatten. Zu ihnen gehörte Joseph Ro- van (1918–2004), der sich in »Peuple et Culture« engagierte, Autor des bahnbrechenden Artikels »L'Allemagne de nos mérites« (Oktober 1945) war¹⁰⁰ und 1946/47 für die Abteilung »Erziehung und Jugend« innerhalb der französischen Militärregierung arbeitete.¹⁰¹ Diese Beispiele zeigen, daß die Grenzen zwischen offiziellen und privaten Initiativen durchlässig waren und die Akteure, die seit Jahren allgemein als »Mittler« bezeichnet werden,¹⁰² in diesem

⁹⁸ Vgl. Corine DEFANCE, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955*, Straßburg 1994; Stefan ZAUNER, *Erziehung und Kulturmission Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949*, München 1994.

⁹⁹ Vgl. Michel GURVEL, *Le fondateur Jean du Rivau*, in: *Documents*, 45 (1990) 1, S. 125–131.

¹⁰⁰ Vgl. Joseph ROVAN, *L'Allemagne de nos mérites*, in: *Esprit*, 11 (1945), S. 529–540.

¹⁰¹ Vgl. DERS., *Les relations franco-allemandes dans le domaine de la jeunesse et de la culture populaire (1945–1971)*, in: *Revue d'Allemagne*, 4 (1972) 3, S. 675–704; DERS., *Mémoires d'un Français qui se souvient d'avoir été Allemand*, Paris 1999. Vgl. zu seinem Tod: Daniel VERNET, Joseph Ro- van. Un humaniste français qui se souvenait d'avoir été allemand, in: *Le Monde*, 30.7.2004.

¹⁰² Vgl. Katja MARMETSCHKE, *Mittlerpersönlichkeiten. Neuere biographische Arbeiten zur Mittlerfunktion zwischen Frankreich und Deutschland*, in: *Lendemain*, 25 (2000) 98/99, S. 239–257.

Sinne als »Schlepper« des deutsch-französischen Aussöhnungsgedankens bezeichnet werden können.¹⁰³

Andere wie Alfred Grosser (geb. 1925) agierten außerhalb der Militärregierung, indem sie Gesellschaften, Verbände und Zeitschriften gründeten, die sich zu Schnittpunkten der zivilgesellschaftlichen Aussöhnungsarbeit entwickelten. Der in den 1990er Jahren in Mode gekommene Begriff der Zivilgesellschaft¹⁰⁴ bezeichnet dabei eine Sphäre von gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, die explizit keine politische Funktion und nicht direkt durch den Staat kontrolliert werden, auf seine Aktionen jedoch Einfluß nehmen bzw. sie ergänzen können. Diese Organisationen sind dabei wesentlich mehr als Koordinierungsstellen privater Interessen, sondern bilden distinktive Gemeinschaften und verfügen über kollektive Identitäten. Ihr Ziel ist weder politischer Nutzen noch wirtschaftlicher Gewinn. Ihr Handeln orientiert sich nicht auf ein präzises sektorielles Feld, sondern zielt auf den Informationsfluß und die Kontaktaufnahme in einem transnationalen Kontext ab.¹⁰⁵

Zwar gab es unterschiedliche Herangehensweisen und nicht zuletzt daraus resultierende unweigerliche Spannungen zwischen den offiziellen Stellen und den Vertretern der Zivilgesellschaft, doch waren deren Beziehungen auch und vor allem durch Komplementarität gekennzeichnet. So war das große europäische, aber in erster Linie deutsch-französische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951, das von den offiziellen französischen Stellen bereits am Ende der Besatzungszeit auf den Weg gebracht worden war, die Gelegenheit zum »Staffelwechsel« auf dem Gebiet der deutsch-französischen Jugendbeziehungen.¹⁰⁶ Wie Jean Moreau, ehemaliger Verantwortlicher der Abteilung »Jugend und Sport« in der Militärregierung, hervorhob, hatte bereits in den Besatzungsjahren ein Dialog begonnen, der nie unterbrochen wurde und ohne den die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes (DFJW) keine Aufnahme in den Élysée-Vertrag von 1963 hätte finden können.¹⁰⁷ In transnationalen Gesellschaftsbeziehungen haben Errungenschaften jedoch keinen ewigen Bestand, wenn sie nicht regelmäßig gepflegt werden, wie der Verantwortliche für kulturelle Angelegenheiten der französischen Botschaft in Bonn im Juli 1965 hervorhob:

¹⁰³ Vgl. Passerelles et Passeurs (Hommages à Gilbert Krebs et Hansgerd Schulte), Asnières 2002.

¹⁰⁴ Vgl. ZIEBURA (Anm. 24).

¹⁰⁵ Vgl. Jürgen KOCKA, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: Forschungsjournal. Neue Soziale Bewegungen, 16 (2003) 2, S. 29–37.

¹⁰⁶ Vgl. Jacqueline PLUM, Das Europäische Jugendtreffen auf der Loreley im Sommer 1951: Ein jugendpolitischer Einigungsversuch, in: Lendemains, 27 (2002) 107/108, S. 190–201.

¹⁰⁷ Vgl. Jean MOREAU, Les aspects particuliers de la politique d'occupation française dans les domaines de la jeunesse et de l'éducation populaire, in: Jérôme VAILLANT (Hg.), La Dénazification par les Vainqueurs, Lille 1981, S. 19–35, hier S. 28.

Auf diesem Gebiet können wir für den Moment beruhigt sein [...]. Es herrscht kein Anlaß für Unruhe, doch müssen wir aufmerksam bleiben. Und es muß auch darauf hingewiesen werden, daß wir in einem gefühlsmäßig so sensiblen Land wie Deutschland nicht nur überzeugen, sondern auch vermitteln müssen, was wir machen.¹⁰⁸

Am Anfang war der Vertrag?

»Am Anfang war der Vertrag, dann folgte Kooperation auf allen Ebenen: in Politik, Wirtschaft, Bildung, Militär, Kultur.« Mit biblischem Anklang umschrieb die *Süddeutsche Zeitung* am 17. Januar 2003 die Bedeutung des Élysée-Vertrages in der Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen nach 1945. Bundesaußenminister Joschka Fischer dachte in seiner Rede am 16. Januar 2003 vor dem Deutschen Bundestag epochal und gebrauchte die Formel vom »Jahrhundertvertrag«. Es wäre nicht das erste Mal, daß Staatsmänner Geschichte als Mobilisierungsressource und als Bindemittel nutzen, um ihre politischen Entscheidungen abzustützen und ihr eigenes Handeln zu legitimieren. War Fischers Überschwang also vielleicht nur eine geschichtspolitische Finte, um den deutsch-französischen Beziehungen über den Weg der Historie eine neue Dynamik zu verleihen und die Erinnerung an die Vertragsunterzeichnung als integratives Instrument zu einem Zeitpunkt einzusetzen, als nicht wenige ein wachsendes Desinteresse von Deutschen und Franzosen an den Entwicklungen im jeweils anderen Land vernahmen?¹⁰⁹

Doch selbst in Momenten deutsch-französischer Euphorie kann es nicht Aufgabe des Historikers sein, Legenden fortzuschreiben und aktuelle Formen der Geschichtspräsentation unkritisch zu übernehmen. Dies umso weniger, wenn Zeitzeugen wie Botschafter Herbert Blankenhorn (1904–1991) dem Vertrag schon am 28. Januar 1963 ein vernichtendes Zeugnis ausstellten:

Die spätere Geschichtsschreibung wird diesen Teil der deutschen Außenpolitik, so wie er sich etwa seit 1961 klarer und klarer abzeichnet, als die mangelhafte Leistung eines Mannes bewerten, der aufgrund seines Alters einfach nicht mehr in der Lage ist, eine komplexe, nuanciert richtige Lage der Bundesrepublik in außenpolitischen Fällen zu übersehen, um daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen.¹¹⁰

Auch 40 Jahre später weigerte sich Alfred Grosser mit der Erfahrung und dem Wissen des Akteurs, in die Jubelarien einzustimmen. Vielmehr gab er Anfang Januar 2003 im *L'Express* zu Bedenken, daß der Élysée-Vertrag nicht als Ge-

¹⁰⁸ Note du conseiller culturel à l'ambassadeur de France à Bonn sur l'évolution des rapports franco-allemands, 7 juillet 1965; MAE/Nantes, Ambassade/Bonn, Bd. 177.

¹⁰⁹ Vgl. zum Verhältnis von historischer Wissenschaft und politischer Macht: Edgar WOLFRUM, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001.

¹¹⁰ Zitiert nach Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 822.

burtsstunde eines neuen deutsch-französischen Geistes verstanden werden dürfte und zudem nichts geschaffen bzw. nichts geregelt habe.¹¹¹ Skeptische Distanz und eine historisierende Herangehensweise scheinen gefragt, die sich in einem ersten Schritt aus den letzten großen Überblicksdarstellungen zur deutschen und französischen Geschichte speisen soll, zielen diese Werke doch im allgemeinen darauf ab, »der Verständigung über die Vergangenheit in der jeweiligen Zeit und dem jeweiligen kulturellen Milieu ihre Kohärenz« zu verleihen.¹¹² So auch bei Marc Ferro, der in seiner »Histoire de France« zwar den Bruderkuß zwischen Adenauer und de Gaulle von 1962 anführt, jedoch mit keinem Wort den ein Jahr später unterzeichneten Élysée-Vertrag erwähnt.¹¹³ Selbst Joseph Rovin hält für ihn nur einen Nebensatz bereit.¹¹⁴ Ähnlich Hagen Schulze, der die Symbolik der gemeinsamen Parade französischer und deutscher Soldaten vor den beiden »Lichtgestalten« der deutsch-französischen Versöhnung auf den ehemaligen Schlachtfeldern der Champagne höher einstuft als den Vertrag selbst.¹¹⁵ Heinrich August Winkler sieht die tiefste Zäsur in dem »langen Weg nach Westen« der Deutschen im Bau der Berliner Mauer, wohingegen ihm die letzten Jahre der Ära Adenauer »als eine Abfolge äußerer und innerer Krisen« erscheinen.¹¹⁶ Serge Berstein und Pierre Milza meinen in ihrer deutschen Geschichte zwischen 1870 und 1994, den Vertrag gänzlich unter den Tisch fallenlassen zu können.¹¹⁷ So weit geht Wilfried Loth nicht, doch bleibt der Élysée-Vertrag in seiner Einschätzung »toter Buchstabe«.¹¹⁸ Mit Blick auf die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen bezeichnet ihn Lothar Ruehl als »Akt der Resignation« nach dem Scheitern weiterreichender Projekte (»Plan Fouchet«),¹¹⁹ und für den Berliner Historiker Henning Köhler steht er auch nicht am Anfang der bilateralen Kooperation auf allen Ebenen, sondern als Sinnbild für den Niedergang der Herrschaft Adenauers.¹²⁰

¹¹¹ Vgl. Alfred GROSSER, Deux siècles de haine et de passion, in: *L'Express*, 2.1.2003.

¹¹² Konrad H. JARAUSCH, Martin SABROW, »Meistererzählung« – Zur Karriere eines Begriffs, in: DIES. (Hg.), *Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945*, Göttingen 2002, S. 9–32, hier S. 18.

¹¹³ Vgl. Marc FERRO, *Histoire de France*, Paris 2001, S. 499.

¹¹⁴ Vgl. Joseph ROVIN, *Histoire de l'Allemagne des origines à nos jours*, Paris 1998, S. 854. Die deutsche Geschichte von Raymond POIDEVIN und Sylvain SCHIRMANN (*Histoire de l'Allemagne*, Paris 1992, S. 327) stellt eine Ausnahme dar, da die Autoren den Inhalt des Vertrages kurz referieren.

¹¹⁵ Vgl. Hagen SCHULZE, *Kleine deutsche Geschichte*, München 1996, S. 244; DERS., *Petite histoire de l'Allemagne. Des origines à nos jours*, Paris 2001, S. 269f.

¹¹⁶ Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 207.

¹¹⁷ Vgl. Serge BERSTEIN, Pierre MILZA, *L'Allemagne 1870–1994*, Paris 1995.

¹¹⁸ Wilfried LOTH, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 1992, S. 220.

¹¹⁹ Vgl. Lothar RUEHL, *Adenauers Politik und das Atlantische Bündnis*, in: Dieter BLUMENWITZ u.a. (Hg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 87.

¹²⁰ Vgl. Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Berlin 1994, S. 1205.

Wenn aber nicht der Vertrag am Anfang stand, was dann? Den »Mythos 1963« zu dekonstruieren ohne neue Mythen zu konstruieren, möchte man Bernard Lallement, Präsident der »Fédération des Associations franco-allemandes« (FAFA) und glühender Verfechter der Zusammenarbeit »von unten«, zurufen, der die Wirkungsmacht des Versöhnungsimpetus' in der unmittelbaren Nachkriegszeit zweifellos überschätzt und retrospektiv zu einem zu optimistischen Urteil kommt:

Jene, die die deutsch-französische Zusammenarbeit – unwissentlich oder bewußt – mit dem Élysée-Vertrag von 1963 beginnen lassen, begehen nicht nur einen einfachen Datierungsfehler. Sie verfälschen auch auf das Schlimmste den tiefen Versöhnungs- und Freundschaftswillen bei Deutschen und Franzosen im Jahre 1945, die sich beide als Opfer des gleichen kriminellen Irrsinns fühlten.¹²¹

1945 war es jedoch noch zu früh, von »Versöhnung« zu sprechen: die größten Optimisten erahnten vielleicht eine Annäherung, die Kühnsten arbeiteten bereits darauf hin, doch war der künftige Weg für die Gesellschaften auf beiden Seiten des Rheins noch weit. In der öffentlichen Meinung wurde weiterhin ein weitgehend negatives Bild vom anderen gezeichnet.

Daß sich nicht nur die Franzosen als Opfer fühlten, sondern auch die Deutschen in ihrer »Unfähigkeit zu trauern« zu dieser Gefühlshaltung neigten, wie es Lallement andeutet, ist schwerlich zu bestreiten,¹²² doch baute diese mentale »Übereinkunft« nicht zwangsläufig neue Brücken über den Rhein. Nachdem wechselseitige historische Erfahrungen und nationale Stereotypen die Wahrnehmung des Nachbarn in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur lange dominiert und Frankreich wie Deutschland erst im Entwurf von Feindbildern als Nation zu sich selbst gefunden hatten,¹²³ sich die beiden Gesellschaften seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts weitgehend in einem starren These-Antithese-Modell gegenüber gestanden und die années noires neue Wunden aufgerissen hatten,¹²⁴ war – so Dietmar Hüser – »die Virulenz negativ aufgeladener Deutschlandvorstellungen in Frankreich wohl selten zuvor so groß, hatten Mißtrauen, Haß und Revanchegefühle gegenüber den Deutschen

¹²¹ Bernard LALLEMENT, Vous avez-dit: société civile?, in: Documents, 54 (1999) 5, S. 96–102.

¹²² Vgl. Jean SOLCHANY, Comprendre le nazisme dans l'Allemagne des années zéro (1945–1949), Paris 1997; Pieter LAGROU, Mémoires patriotiques et Occupation nazie. Résistants, requis et déportés en Europe occidentale 1945–1965, Brüssel 2003; Hans MOMMSEN, Zum Erscheinungsbild Adolf Hitlers in der deutschen Öffentlichkeit vor und nach dem 9. Mai 1945, in: Christoph CORNELISSEN u.a. (Hg.), Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt a. M. 2003, S. 95–107.

¹²³ Vgl. Marie-Louise VON PLESSEN (Hg.), Marianne und Germania 1789–1889. Frankreich und Deutschland. Zwei Welten – Eine Revue, Berlin 1997; Michael JEISMANN, Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918, Stuttgart 1992.

¹²⁴ Vgl. Hartmut KAEUBLE, Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991.

wohl selten zuvor eine solche Konjunktur, wie in den Monaten nach Befreiung und Kriegsende.«¹²⁵

Auf deutscher Seite hatte der am Ende des »Dritten Reiches« nochmals auf Hochtouren laufende Propagandaapparat gerade im Südwesten die Ressentiments gegen die Franzosen weiter verfestigt, so daß viele ihre Vorurteile während der nun einsetzenden Besatzungszeit bestätigt sehen wollten. Unter der Bevölkerung der französischen Zone rangierte der Ruf der Besatzungsmacht im Vergleich nur unwesentlich über dem der Sowjets und ließ die vier Jahre als verlängerte Leidensgeschichte erscheinen, wie Edgar Wolfrum schreibt: »Die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus, die den vermeintlich ›guten‹ Friedensjahren des ›Dritten Reiches‹ folgte, und die Besatzungsherrschaft werden als eine zusammenhängende Unterdrückungsgeschichte wahrgenommen.«¹²⁶ Politiker und Publizisten traten diesen Urteilen nicht unbedingt entgegen; so verdamnte der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (1895–1952) die Franzosen als »Westrussen«,¹²⁷ und der damalige *Zeit*-Verleger Richard Tüngel (1893–1970) sah die französische Besatzungszone »hinter dem seidenen Vorhang«.¹²⁸ Die Erinnerung erwies sich für viele Deutsche und Franzosen nicht nur als mentale Barriere, um dem ehemaligen Feind die Hand zu reichen, sondern bestimmte vorläufig noch die Wahrnehmung in der Gegenwart, so daß der Annäherungsprozeß sehr viel Hartnäckigkeit und Kreativität seiner Protagonisten bedurfte. Die bescheidene Anzahl der Städtepartnerschaften in der Folge der ersten »jumelage« zwischen Montbéliard und Ludwigsburg (1950) – in acht Jahren zwischen 1950 und 1957 entstanden nur 25 weitere Städtepartnerschaften – legt Zeugnis von den Hindernissen ab, die die Verfechter einer deutsch-französischen »Partnerschaft« zu überwinden hatten (1963: ca. 130; 1969: ca. 400; 2003: ca. 2300). Es bedurfte erst jener »Männer mit gutem Willen«, zu denen neben Joseph Rovau, Jean du Rivau, David Rousset (1912–1997) auch Lucien Tharradin zählte, Bürgermeister von Montbéliard und Überlebender der Konzentrationslager,¹²⁹ der in dem Bulletin

¹²⁵ Vgl. Dietmar HÜSER, Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944–1950: Innenpolitische Aspekte deutschlandpolitischer Maximalpositionen, in: Stefan MARTENS (Hg.), Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, S. 19–64, hier S. 27.

¹²⁶ Edgar WOLFRUM, Die Besatzungsherrschaft der Franzosen 1945 bis 1949 in der Erinnerung der Deutschen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 46 (1995) 10, S. 567–582, hier S. 571.

¹²⁷ Vgl. Kurt KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Berlin, Bonn 1982, S. 156.

¹²⁸ Vgl. dazu den Leitartikel von Richard TÜNGEL in: *Die Zeit*, 18.12.1947.

¹²⁹ Er zog 1939 als Hauptmann in den Krieg und kam 1940 als Kriegsgefangener nach Deutschland. Nach seiner Freilassung gründete er 1942 in Frankreich eine Widerstandsgruppe, doch wurde er am 27.10.1943 gefaßt und in das KZ Buchenwald deportiert. Nach der Befreiung wurde er 1947 zum Bürgermeister von der im ehemaligen Herzogtum

»Allemagne« schrieb: »Auf Haß kann nichts aufgebaut werden, und jene, die sich heute am unversöhnlichsten zeigen, gehören vielleicht zu denen, die am besten vor dem Unterdrücker gekrochen sind.«¹³⁰ Mit diesen versöhnlichen Worten schwamm Tharradin in den Nachkriegsjahren gegen den Strom der Zeit. Der nach der *Libération* einsetzende Kampf um das Erbe der *Résistance*, der vor allem zwischen Gaullisten und Kommunisten ausgefochten wurde, erforderte vorerst noch die Konservierung eines dichotomischen Weltbildes, wie Edgar Wolfrum betont: »Je geschlossener das ›Nazi-Volk‹ präsentiert wurde, um so eindrucksvoller ließ sich die historische Leistung der Franzosen – die *Résistance* und die *Libération* des Vaterlandes – herausstreichen.«¹³¹ Nicht nur die Französische Kommunistische Partei versuchte mit prononciert antideutschen Parolen ihre zwiespältige Position gegenüber dem Besatzer vergessen zu machen und sich in der innenpolitischen Konkurrenzsituation zu profilieren.¹³² Erste versöhnliche Stimmen waren folglich nicht unbedingt aus dem politischen Milieu Frankreichs zu erwarten.

Und in der Tat kamen die ersten Formen bilateraler Kooperation aus dem Kreis der wirtschaftlichen Akteure¹³³ und die ersten vorsichtigen Rufe nach Versöhnung von zivilgesellschaftlichen Kräften in beiden Ländern, die nach den Erfahrungen von drei Kriegen innerhalb von 75 Jahren einen neuen Weg einforderten.¹³⁴ Ihnen gelang es Schritt für Schritt, zwischen Gefühlen der Rache und der Zuneigung, zwischen Haß und Vergebung konfliktmäßige Mechanismen zu implantieren und einen Weg zu bahnen, den diese zumeist aus dem katholischen Milieu stammenden Mittler schon gleich nach Kriegs-

Württemberg liegenden Stadt Montbéliard gewählt und initiierte in dieser Funktion die Städtepartnerschaft mit Ludwigsburg, Landeshauptstadt von Württemberg, um die beiden Völker mit ihrer gemeinsamen Vergangenheit zu versöhnen.

¹³⁰ Vgl. Lucien THARRADIN, *Rencontre de Maires français et allemands à Stuttgart*, in: *Allemagne*, 8 (1950).

¹³¹ Edgar WOLFRUM, *Frankreich und der deutsche Widerstand gegen Hitler 1944–1964. Von der Aberkennung zur Anerkennung*, in: Gerd R. UEBERSCHÄR (Hg.), *Der 20. Juli. Das »andere Deutschland« in der Vergangenheitspolitik*, Berlin 1998, S. 68–81, hier S. 72; vgl. auch Ulrich PFEIL, »Nicht alle Deutschen haben ein Herz aus Stein«. Das Bild des deutschen Widerstands in Frankreich nach 1945, in: *APuZ*, B 27/2004, S. 23–30.

¹³² Vgl. zum Kampf um das Erbe der *Résistance*: Henry ROUSSO, *Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours*, Paris 1990; PFEIL (Anm. 41), S. 181f.

¹³³ Vgl. Andreas WILKENS (Hg.), *Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1960*, Sigmaringen 1997; Sylvie LEFÈVRE, *Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1955. De l'occupation à la coopération*, Paris 1998.

¹³⁴ Vgl. Cyril BUFFET, *La sage aventure. Les conditions de la réconciliation franco-allemande, 1944–1963*, in: Stephen A. SCHUKER (Hg.), *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963*, München 2000, S. 249–268; vgl. ausführlicher DERS., *Mourir pour Berlin. La France et l'Allemagne 1945–1949*, Paris 1991.

ende als Versöhnungsarbeit verstanden.¹³⁵ Erschrocken über die materielle und moralische Notlage der Deutschen erklärte der Jesuitenpater Jean du Rivau Anfang 1946, daß der Frieden nur auf dem Fundament der Versöhnung wachsen könne und der Kontakt zu Deutschland gesucht werden müsse, um die verhängnisvolle Erbivalität mit dem Nachbarn ruhen zu lassen.¹³⁶

Die genannten Mittlerpersönlichkeiten, die aus der eigenen persönlichen und häufig schmerzhaften Erfahrung während der deutschen Besatzung gerade nicht der Germanophobie das Wort redeten, sondern Möglichkeiten internationalen Denkens, Fühlens und Handelns aufzeigten, übernahmen die Aufgabe, »den Mitbürgern des eigenen Landes die besondere Denk- und Sichtweisen des Nachbarlandes zu erklären und dort Verständnis für sein Herkunftsland zu wecken«.¹³⁷ Ihre transnationale Schrittmacherrolle nach 1945 macht sie wie die von ihnen ins Leben gerufenen Mittlerorganisationen aus heutiger Sicht zu den Gründungsvätern der deutsch-französischen Aussöhnung. Mit dem Willen, die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine neue Grundlage zu stellen, hatten sie im intermediären Bereich der Zivilgesellschaft begonnen, ein Kommunikationssystem zwischen beiden Ländern aufzubauen, um zwischen den staatlichen Strukturen und der »amorphen Masse der entpolitisierten Einzelpersonen« zu vermitteln.¹³⁸ Mit dieser kulturellen Übersetzungsarbeit legten sie die transnationale Grundlage für die gesellschaftliche Verankerung der deutsch-französischen Beziehungen in späteren Jahren, so daß der bundesdeutsche Botschafter in Paris, Manfred Klaiber, in bezug auf den bilateralen Austausch im Dezember 1963 von einer »steil ansteigenden Kurve« im Verlaufe der vergangenen zehn Jahre sprechen konnte.¹³⁹

Wenn wir den Vertrag nun auf den Boden der historischen Tatsachen zurückgeholt haben, so bleibt doch die Frage, warum ein scheinbar so mediokres Vertragswerk, das den Keim des Scheiterns bereits in sich barg, trotz allem eine solche Langzeitwirkung erreichen konnte. Diese Frage verdient es umso

¹³⁵ Emmanuelle PICARD, *Le rôle des Catholiques français dans le rapprochement franco-allemand après la Seconde Guerre Mondiale*, in: *Kirchliche Zeitgeschichte*, 14 (2001) 2, S. 513–532.

¹³⁶ Vgl. Raïssa MÉZIÈRES, *Documents, revue des questions allemandes et l'idée européenne, 1945–1949*, in: *Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin (Université de Paris I-Panthéon-Sorbonne)*, 5 (1998), S. 33–50; Henri MÉNUDIER, *La revue Documents et le BILD*, in: *Passerelles (Anm. 103)*, S. 233–256.

¹³⁷ Hans Manfred BOCK, *Vom Beruf des kulturellen Übersetzens zwischen Deutschland und Frankreich, oder Verzagen die Mittler?*, in: *Lendemains*, 22 (1997) 86/87, S. 8–19, hier S. 9.

¹³⁸ Hans Manfred BOCK, *Das Deutsch-Französische Institut in der Geschichte des zivilgesellschaftlichen Austauschs zwischen Deutschland und Frankreich*, in: DERS. (Hg.), *Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg*, Opladen 1998, S. 15.

¹³⁹ *Bundesdeutsche Botschaft in Paris an AA »Betr.: Kulturpolitische Jahresberichte«*, 3.12.1963; PA/AA, B 94, Bd. 1199.

mehr gestellt zu werden, da seine kurzfristigen Folgewirkungen eher gegen Null gingen. Sicherlich hatte er neue Hoffnungen bei den Akteuren vor Ort genährt, besonders bei den Diplomaten, die sich durch die Vertragsunterzeichnung in ihrer Rolle und in ihrem Tun bestätigt sahen, doch war auch ihre Bilanz ein Jahr später eher ernüchternd:

Für die Ebene unserer Handlungsfelder, die wir in Deutschland beackern und ausbauen, kann ich nur höchst enttäuscht sein, denn ich komme zu dem Schluß, daß die mir zur Verfügung stehenden Mittel im Vergleich zu 1963 gekürzt wurden [...]. Zu meinem großen Bedauern mußte ich daher viele unserer Dienste streichen, die wir seit Jahren anbieten – was verständlicherweise Befremden und Unzufriedenheit hervorrief [...]. Die Absichten der Unterhändler beim Élysée-Vertrag waren klar. Ist es nicht ärgerlich und paradox, daß sich diese mit der Anwendung des Vertrages in eine Senkung der Mittel verkehren, die uns für unsere Arbeit in der Bundesrepublik zur Verfügung stehen? Mir sind die großen Schwierigkeiten bewußt, mit denen wir angesichts knapper Haushalte konfrontiert sind, doch fühle ich mich verpflichtet, Ihnen von einer Situation zu berichten, die so gar nicht mit den Wünschen der Väter des Vertrages vom 22. Januar 1963 übereinstimmen, die den Kulturbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern einen neuen Impuls geben wollten.¹⁴⁰

Auch auf bundesdeutscher Seite gab die Bilanz nur wenig Anlaß zu Zufriedenheit:

Die Kürzung der Mittel des Kulturretats des Auswärtigen Amtes für das Rechnungsjahr 1964 gestattet leider nicht, irgendwelche neuen Kulturinstitute in Frankreich zu errichten. Es muß damit gerechnet werden, daß auch im Jahre 1965 kaum Mittel für die Errichtung neuer Kulturinstitute in Frankreich zur Verfügung stehen werden. Die beiden in dem einen Bezugsbericht aufgeführten Fragen müssen daher mit »nein« beantwortet werden. Weder kann der Errichtung weiterer Institute in Bordeaux und Caen grundsätzlich zugestimmt werden, noch ist eine Vergrößerung der bestehenden Institute etatmäßig durchführbar.¹⁴¹

Der Vertrag gab allerdings jenen Kräften Argumente an die Hand, die sich einen Ausbau des Austausches erhofft hatten: So stellt das Jahr 1963 keine wirkliche Zäsur für die gesellschaftlichen Beziehungen und die Versöhnung dar (es scheint eher in der Kontinuität der bisherigen Handlungen zu stehen und bedeutet in vielerlei Hinsicht ein Ergebnis des bisher Erreichten), sondern wirkte wie ein Katalysator, indem es den verschiedenen Formen des bilateralen Austausches neue Impulse gab. Trotz aller Klagen und Enttäuschungen konnte fünf Jahre später eine durchaus positive Bilanz gezogen werden. Strukturelle Ungleichgewichte und Asymmetrien waren ausgeglichen, so daß der Austausch einen gleichberechtigten Charakter angenommen hatte. Erst nach der Einweihung des Deutschen Hauses in der Cité Universitaire im Jahre 1956¹⁴² und der Deutschen Schule Paris 1958, der Eröffnung der DAAD-

¹⁴⁰ Roland de Margerie, französischer Botschafter in der Bundesrepublik, an Maurice Couve de Murville, 9.1.1964; MAE/Nantes, Bonn/Ambassade, Bd. 176.

¹⁴¹ AA, Abt. 7 an bundesdeutsche Botschaft in Paris, 27.2.1964; PA/AA, B 96, Bd. 620.

¹⁴² Vgl. Maison Heinrich Heine Paris 1956–1996. Quarante ans de présence culturelle, hg. von Martin RAETHER, Bonn, Paris 1998.

Außenstelle in Paris im Dezember 1963,¹⁴³ und dem Aufbau eines Netzes von Goethe-Instituten in Frankreich, der 1963 gerade erst angefangen hatte,¹⁴⁴ sowie der Umwandlung der Deutschen Historischen Forschungsstelle, die 1958 auf »universitärer Grundlage« geschaffen worden war, in ein Bundesinstitut im Jahre 1964, dem heutigen Deutschen Historischen Institut,¹⁴⁵ konnte von Reziprozität in den kulturellen Beziehungen gesprochen werden. Die Unterzeichnung des Vertrages gab somit den bilateralen Beziehungen einen nicht zu leugnenden Impuls, der seinen sichtbarsten Ausdruck in der Gründung des DFJW fand. Zudem stieg die Zahl der Begegnungen in den folgenden Jahren exponentiell an.

Diese Entwicklung zeugt zweifellos vom Verständigungswillen auf beiden Seiten des Rheins, doch relativierte die bundesdeutsche Botschaft in Paris noch im Jahre 1968 dessen Tiefenwirkung: »Immer noch ist die Decke der Verständigung dünn, schnell kann sie brechen.«¹⁴⁶ Wie leicht in der französischen Öffentlichkeit alte Stereotype wieder aufleben konnten, zeigte sich 1977 in den Reaktionen auf die »Berufsverbote« in der Bundesrepublik¹⁴⁷ und in den schon nicht mehr für möglich gehaltenen mentalen Erschütterungen, die das Foul des deutschen Torwarts Harald »Toni« Schumacher an dem französischen Verteidiger Patrick Battiston im Fußball-WM-Halbfinale am 9. Juli 1982 in Sevilla hervorriefen.¹⁴⁸ Spätestens da offenbarte sich wieder, daß Versöhnung trotz aller Beteuerungen ein permanent unabgeschlossener Prozeß ist, der auch in Zukunft tagtäglicher Pflege bedarf.

¹⁴³ Vgl. Hans Manfred BOCK, Der DAAD in den Deutsch-französischen Beziehungen, in: Peter Alter (Hg.), Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftigen Aufgaben, Bonn 2000, S. 196–217; DERS., Le DAAD dans les relations franco-allemandes 1963–2003, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 168 (2004), S. 116–139; Corine DEFANCE, Les relations universitaires franco-allemandes avant 1963. Impulsions institutionnelles et initiatives privées, in: *Lendemain*, 27 (2002) 107/108, S. 202–219; Henri REYNAUD, Les relations universitaires entre la France et la République Fédérale d'Allemagne de 1945 à 1978, Bonn 1979.

¹⁴⁴ Vgl. Victoria ZNINED-BRAND, Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 1999; Eckard MICHELS, Vom Glück der verspäteten Arbeitsaufnahme: die Anfänge des Goethe-Instituts in Paris, in: *Lendemain*, 26 (2001) 103/104, S. 97–107.

¹⁴⁵ Vgl. Karl Ferdinand WERNER, Deutsches Historisches Institut 1958–1983. Institut Historique Allemand, Paris 1983; Werner PARAVICINI (Hg.), Das Deutsche Historische Institut Paris. Festgabe aus Anlaß der Eröffnung seines neuen Gebäudes, des Hôtel Duret de Chevry, Sigmaringen 1994; DERS., Du franco-allemand à l'histoire européenne: L'Institut historique allemand de Paris depuis 1964, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 162 (2002), S. 150–156.

¹⁴⁶ Kulturpolitischer Jahresbericht 1968, 24.1.1969; PA/AA, B 97, Bd. 376.

¹⁴⁷ Vgl. PFEIL (Anm. 41), S. 480f.

¹⁴⁸ Vgl. Kathrin ENGEL, Stars ohne Grenzen, in: *Vis-à-vis: Deutschland – Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte, Bonn 1998, S. 159–168.

Mehr als einige sporadische Fieberstöße gibt heute eine gewisse »freundschaftliche Gleichgültigkeit« in den deutsch-französischen Beziehungen Anlaß zu Sorge: »Während das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland auf staatlicher Ebene exzellent ist, ignorieren sich die beiden Gesellschaften. Warum?«, so fragte sich die französische Tageszeitung *Le Monde* im Januar 2004.¹⁴⁹ Die Situation ist in der Tat paradox: Seit mehreren Jahrzehnten haben die beiden Regierungen zahlreiche Initiativen veranlaßt, um die kulturellen Beziehungen zu intensivieren, doch scheint die »Basis« nicht mehr zu folgen. Dieses Phänomen ist jedoch nicht neu. Viele Beobachter hatten diese Entwicklung bereits 1998 beim 35. Jahrestag der Vertragsunterzeichnung konstatiert. So berichtete Patrick Démerin in einer Umfrage für die Zeitschrift »Documents« von dem Eindruck eines deutlichen Epochenwandels, von einer gewissen »Banalisierung« der bilateralen Kontakte, auf welche die »deutsch-französischen Vorkämpfer« mit besonderer Heftigkeit reagierten. Während die einen in dieser Entwicklung das Symbol für eine geglückte Versöhnung sahen, bedauerten andere diesen Zustand:

Je größer der zeitliche und mentale Abstand zum Zweiten Weltkrieg und zum Kalten Krieg wird, desto mehr entfernt sich auch ein rechtfertigender Bestandteil der deutsch-französischen Beziehungen. Die Motivation für ein Engagement wird wahrscheinlich in Zukunft weniger von dem Willen bestimmt werden, die gemeinsame Vergangenheit zu überwinden, sondern von dem Willen, eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.¹⁵⁰

Die Organisatoren der Ausstellung »Vis-à-vis: Deutschland-Frankreich« in Bonn nutzten ebenfalls den 35. Jahrestag des Vertrages, um auf das »Desinteresse vor allem junger Menschen am Alltag der deutsch-französischen Zusammenarbeit« hinzuweisen,¹⁵¹ welches zum einen darin zum Ausdruck komme, daß auf beiden Seiten des Rheins die Partnersprache immer seltener gelernt werde, zum anderen durch ein nachlassendes Gefühl für die Besonderheit der deutsch-französischen Beziehungen: Gewiß bleibe das Bild vom Partner positiv, wie Hermann Schäfer, Direktor des »Haus der Geschichte«, unterstrich, aber trotzdem liege Frankreich bei den »Sympathiewerten der Deutschen [...] im mittleren Bereich der Skala – etwa gleichauf mit Spanien und Italien«.¹⁵² Der Saarbrücker Romanist Hans-Jürgen Lüsebrink läutete die Alarmglocken und rief dazu auf, »die deutsch-französischen Kulturbeziehungen neu zu den-

¹⁴⁹ Vgl. *Le Monde*, 23.1.2004.

¹⁵⁰ Patrick DÉMERIN, L'état des relations franco-allemandes. Une enquête réalisée par Documents, introduction, in: Documents, 53 (1998) 4, S. 23–25, hier S. 23.

¹⁵¹ Vgl. Angela STIRKEN, Vis-à-vis: côte à côte, coexistence, confrontation. Objectif, concept et réalisation de l'exposition, in: Vis-à-vis (Anm. 148), S. 13–19, hier S. 13.

¹⁵² Vgl. Hermann SCHÄFFER, Vorwort, in: Vis-à-vis (Anm. 148), S. 7.

ken« und »die Kultur und die Kulturbeziehungen aus ihrer Marginalität herauszuholen, wo sie sich heute« befänden.¹⁵³

In diesem Klima allgemeiner Besorgnis über die Zukunft des »franco-allemand« verstärkte die Neustrukturierung der Instituts français in Deutschland und der Goethe-Institute in Frankreich die Ungewißheiten: Handelte es sich um eine notwendige Anpassung bzw. eine Modernisierung dieser Netze, um deren Wirkungsgrad zu erhöhen,¹⁵⁴ oder handelte es sich, wie es die Vertreter der Zivilgesellschaft, die öffentliche Meinung und selbst einige Direktoren der Instituts français beklagten,¹⁵⁵ um einen Rückzug der beiden Regierungen aus diesen Aktionsfeldern, nachdem sie die Zivilgesellschaft auf dem Potsdamer Gipfel 1998 aufgerufen hatten, sich »voll und ganz für die Neubelebung dieser Beziehungen einzusetzen«.¹⁵⁶ Dieser Potsdamer Appell wurde übrigens nicht immer von denen begrüßt, an die er sich richtete. Bernard Lallément gab zu bedenken:

Die Zivilgesellschaft hatte nach dem 22. Januar 1963 in keiner Weise den Eindruck, daß sie hinter die offizielle deutsch-französische Kooperation zurücktreten müsse, und noch weniger, daß sie eines Tages von den Regierungen Haltungsnoten für gute oder schlechte »deutsch-französische Führung« erhält, wo sie doch vor diesen eine große zeitliche Anteriorität und einen beachtlichen Vorsprung an Großzügigkeiten hatte. Sie erwartete im Gegenteil, endlich Unterstützung für ihre freiwillige Arbeit zu erhalten. So hatte man in den ver-

¹⁵³ Hans-Jürgen LÜSEBRINK, *Repenser les relations culturelles franco-allemandes*, in: Documents, 53 (1998) 4, S. 76–79, hier S. 76.

¹⁵⁴ Vgl. zur Vorstellung der Reform Henri MÉNUDIER, *La réforme des réseaux culturels. Les Instituts Français en Allemagne. Les réformes de 2001 et 2002*, in: Documents, 56 (2001), 2, S. 4–9, und in der gleichen Ausgabe: Hubert VÉDRINE, *La réorganisation du réseau culturel français en Allemagne*, S. 10–12. Dieser Text ist eine Antwort des Quai d'Orsay auf eine Anfrage von Bernard Lallément, der um Informationen über die Schließung einiger Instituts français in Deutschland bat; vgl. in gleicher Ausgabe (S. 13–15) auch das Gespräch mit Jacques-Pierre Gougeon, zu diesem Zeitpunkt Kulturattaché der französischen Botschaft in Berlin (auch in: Zeitschrift für Kulturaustausch, 50 (2000) 4, S. 53–56). In diesem Gespräch wie auch in einem weiteren Beitrag (*Une réforme du réseau culturel en Allemagne: Pour quoi faire?*, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 162 (2002), S. 169–171) betonte er, daß der Gesamtetat der Kulturabteilung angestiegen sei.

¹⁵⁵ Vgl. Dieter STRAUSS, *Le travail culturel sous le signe des contraintes budgétaires. La situation actuelle des Goethe Institute Inter Nationes en France et au Bénélux*, in: Documents, 56 (2001), 2, S. 16–20; DERS., *Je me consacre corps et âme aux réformes et rien qu'à cela. À propos du processus de réforme à l'Institut Goethe*, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 162 (2002), S. 165–168; *Von privilegierten zu reduzierten Kulturbeziehungen? Auswärtige Kulturpolitik in Deutschland und Frankreich*, in: *Lendemains*, 26 (2001) 103/104 (besonders die Einleitung von Joachim UMLAUF und die Artikel von Gerit FISCHER, *Mobile Strukturen – Regionales Handeln. Fünf Jahre Fédération des Maisons franco-allemandes*, S. 137–146; Arpad A. SÖLTER, *Cats statt Kafka? Kultur und auswärtige Kulturpolitik im Zeitalter der Globalisierung*, S. 147–166); Joachim UMLAUF, *Wohin mit dem Bilateralen? Deutsch-französische Kulturprogramme in Zeiten der Globalisierung*, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch*, 50 (2000) 4, S. 71–74.

¹⁵⁶ Vgl. die deutsch-französische Erklärung am Ende der Gipfelgespräche in Potsdam vom 1.12.1998 in JARDIN, KIMMEL (Anm. 10), S. 470–472.

gangenen Jahrzehnten, aber in besonderer Weise im Anschluß an die letzten drei oder vier Gipfel hören und lesen können, daß den deutsch-französischen Beziehungen ein neuer Schwung und den privaten Initiativen eine neue Dynamik verliehen werden müsse, die Bindungen zwischen den Zivilgesellschaften der beiden Länder zu verstärken und die Koordination zwischen zivilgesellschaftlichen und offiziellen Aktivitäten zu verbessern seien. Es stellt sich daher die Frage, warum diese Aufrufe mit einem Diskurs einhergehen, der Schuldgefühle bei der Zivilgesellschaft wecken soll [...]. So zögere ich nicht, auf die eine oder andere bedauernswerte Störung in den offiziellen Beziehungen hinzuweisen.¹⁵⁷

Und er fügte noch hinzu:

Wenn die Regierungen davon ausgehen, daß die Aktivitäten der Deutsch-Französischen Gesellschaften integraler Bestandteil ihrer eigenen deutsch-französischen Politik sind, wie sie immer wieder behaupten, und wenn sie sie ermutigen wollen, neuen Schwung zu entwickeln, dann müssen sie ihnen logischerweise spezielle Mittel zu diesem Zweck zur Verfügung stellen.¹⁵⁸

Die Frage der finanziellen Mittel wird weiterhin die Aktualität bestimmen;¹⁵⁹ gleichzeitig zeugt aber das Projekt eines deutsch-französischen Schulgeschichtsbuches, das bei dem Treffen der französischen Regionen und der Bundesländer im Oktober 2003 in Poitiers der Öffentlichkeit präsentiert wurde, von dem beharrlichen Willen, der deutsch-französischen Kooperation neue Wege zu öffnen.¹⁶⁰

¹⁵⁷ LALLEMENT (Anm. 121), S. 96–102.

¹⁵⁸ Ibid. Auf dem Kongreß der FAFA im Jahre 1999 forderten ihre Mitgliedsorganisationen für das Jahr 2000 nach Vorbild des DFJW die Gründung eines Deutsch-Französischen Begegnungswerkes, das sich jedoch nicht nur auf die Jugendlichen beschränken sollte.

¹⁵⁹ Dieter STRAUSS, *Le travail culturel sous le signe des contraintes budgétaires. La situation actuelle des Goethe Institute Inter Nationes en France et au Benelux*, in: *Documents*, 56 (2001) 2, S. 16–20.

¹⁶⁰ Vgl. die beiden Artikel von Henri DE BRESSON »Sommet inédit des régions françaises et allemandes à Poitiers« und »À Poitiers, régions françaises et Länder allemandes s'engagent à mieux coopérer« in: *Le Monde*, 28.10.2003, 29.10.2003. In der Erklärung von Poitiers wurde eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf regionaler bzw. auf Länderebene beschlossen. Dazu sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse und des Wissens über die Kultur des Anderen, der Verstärkung der Mobilität und der Vernetzung von Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen beitragen.

I. AUF DEM WEG ZUM ÉLYSÉE-VERTRAG

DER DEUTSCHE WEG ZUM ÉLYSÉE-VERTRAG

Der deutsche Weg zum Élysée-Vertrag ist von der Wissenschaft schon hell ausgeleuchtet. Von den französischen Beleuchtungsspezialisten nenne ich nur die Historiker Jacques Bariéty¹ und Georges-Henri Soutou,² von den deutschen Ulrich Lappenküper, der unter gleichzeitiger, akribischer Auswertung eines fast lückenlosen französischen und deutschen Quellenbestands eine, möchte ich sagen, weitgehend definitive Darstellung publiziert hat.³ Sie analysieren in ihren Studien die vielschichtige Entwicklung, die schließlich zur Unterschrift am 22. Januar 1963 führte, so daß ich mich nicht mit einer Wegeskizze aufhalten möchte,⁴ sondern vielmehr den Gesamtvorgang in eine etwas umfassendere Perspektive rücken und, davon ausgehend, einige kritische Punkte ansprechen will, die mir wichtig erscheinen.

¹ Vgl. Jacques BARIÉTY, Die Rolle der persönlichen Beziehungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle für die deutsch-französische Politik zwischen 1958 und 1963, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), Adenauer und Frankreich, Bonn 1985 (Rhöndorfer Gespräche, 7), S. 12–27; DERS., De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée du 22 janvier 1963, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), De Gaulle et son siècle, Bd. 5: L'Europe, Paris 1992, S. 352–364; DERS., Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet: Prélude au plan Fouchet et au traité de l'Élysée, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 29 (1997) 2, S. 167–175.

² Vgl. Georges-Henri SOUTOU, Le général de Gaulle et le Plan Fouchet, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), De Gaulle en son siècle, Bd. 5: L'Europe, Paris 1992, S. 126–143; DERS., L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996, Paris 1996.

³ Vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfreundschaft« zur »Entente élémentaire«, München 2001. Hingewiesen sei hier auch auf Ansbert BAUMANN, Die organisierte Zusammenarbeit. Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Élysée-Vertrags (1958–1962), Ludwigsburg 2002 (dfi compact, 1).

⁴ Hier sei verwiesen auf Hans-Peter SCHWARZ, Le président de Gaulle, le chancelier fédéral Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), De Gaulle et son siècle, Bd. 5: L'Europe, Paris 1992, S. 364–373; DERS., Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Élysée-Vertrages, in: Karl Dietrich BRACHER u.a. (Hg.), Deutschland zwischen Krieg und Frieden: Beiträge zur Politik und Kultur im 20. Jahrhundert (Festschrift für Hans-Adolf Jacobsen), Düsseldorf 1991, S. 212–220; DERS., Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich – Amitié héréditaire. Adenauer et la France, Bonn, Berlin 1992.

Zuerst zur weiteren Perspektive. Hier ist auf ein bemerkenswertes Paradox aufmerksam zu machen. Wie wir alle wissen und, so denke ich, auch lebhaft begrüßen, hat der Élysée-Vertrag eine ganz erstaunliche Langzeitwirkung entfaltet. Vieles hat dazu beigetragen: die vertraglich normierte Konsultationspflicht, die Existenz gemeinsamer Gegner, gegen die man sich rüsten, und gemeinsamer Freunde, die man sich doch etwas vom Leibe halten möchte, überhaupt eine breite Palette gemeinsamer Interessen, aber nicht zuletzt auch historische Zufälle. Zu letzteren zählt die Tatsache, daß relativ viele der politischen Spitzenchargen auf beiden Seiten vergleichsweise gut miteinander konnten – vergleichsweise gut, denn das ist in der von Dauerstreit, Mißtrauen und Profilierungszwängen erfüllten Welt der Politik schon recht viel.

Über die erstaunliche und alles in allem positive Langzeitwirkung des Élysée-Vertrages reflektieren, das hieße auch, die Rolle von Persönlichkeiten wie Georges Pompidou und Willy Brandt, Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt, François Mitterrand und Helmut Kohl, aber auch Außenminister wie Roland Dumas und Hans-Dietrich Genscher angemessen zu diskutieren. Doch bei den Würdigungen, die zu runden Geburtstagen stets Hochkonjunktur haben, wird häufig die eigenartige Tatsache etwas ins Halbdunkel geschoben, daß dieser berühmte Vertrag anfänglich einen ganz peinlichen Fehlstart zu verzeichnen hatte. Damit meine ich nicht bloß die eigentliche Entstehungsgeschichte, das Thema meiner Problemskizze, sondern auch die ersten Jahre seines Funktionierens, genauer gesagt: schlechten Funktionierens zwischen 1963 und 1966, als Bundeskanzler Ludwig Erhard und sein Außenminister Gerhard Schröder⁵ einen kompromißlos atlantischen Kurs steuerten, während sich de Gaulle umgekehrt zusehends im Anti-Amerikanismus verrannte.⁶ Der durch die bundesdeutsche Präambel zum Ratifikationsgesetz, auf die noch zurückzukommen ist, bereits politisch entkernte Vertrag erwies sich in jenen Jahren vorwiegend als großer Zankapfel – Zankapfel zwischen den Bonner »Atlantikern« und »Gaullisten«,⁷ Zankapfel innerhalb der Sechsergemeinschaft, Zankapfel im Verhältnis zu Großbritannien, das den Deutschen damals unerklärlicherweise so heilsnotwendig für den Fortschritt des europäischen Zusammenschlusses erschien wie heute die Osterweiterung der EU, und Zankapfel nicht zuletzt im Verhältnis zu Washington.

⁵ Vgl. Torsten OPPELLAND, Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002.

⁶ Vgl. Klaus HILDEBRAND, Der provisorische Staat und das ewige Frankreich: Die deutsch-französischen Beziehungen 1963–1969, in: SCHWARZ (Anm. 1), S. 62–81.

⁷ Vgl. Klaus HILDEBRAND, »Atlantiker« versus »Gaullisten«: zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland während der sechziger Jahre, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 22 (1990) 4, S. 583–592.

»Je suis resté vierge«,⁸ hat de Gaulle schon bald geklagt, und es war erst die Große Koalition unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger⁹ mit dem für die Bedeutung Frankreichs gleichfalls aufgeschlossenen sozialdemokratischen Bundesaußenminister Willy Brandt, die nachhaltig, wenngleich letztlich ohne durchschlagenden Erfolg, um eine gewisse »Entjungferung« des Generals bemüht war. Brandt verwendete zur Kennzeichnung des deutsch-französischen Sonderverhältnisses während seiner Kanzlerschaft gern den Begriff »entente élémentaire«¹⁰ und machte dieses Sonderverhältnis zu einem Kernelement seiner Außenpolitik. Das durch den Vertrag geregelte Verhältnis war damit jedem Parteienstreit enthoben, eben weil es als elementar begriffen wurde.¹¹ Daß es ab Anfang der siebziger Jahre bergauf ging, lag aber auch nicht zuletzt an dem Willen des sozialdemokratischen Kanzlers und dem neuen gaullistischen Hausherrn im Élysée-Palast, Georges Pompidou, der gewiß kein ausgesprochener Germanophiler war, die den Beziehungen während ihrer Amtszeit ihren mythischen Charakter nahmen. Auch wenn dem französischen Staatspräsidenten ihre elementare Bedeutung bewußt war, zog er die »relations exemplaires« den »relations privilégiées« vor. Beide hatten damit eine Arbeitsgrundlage geschaffen, auf der auch ihre Nachfolger aufbauen konnten.¹²

Die eigentliche Paradoxie besteht also in der Tatsache, daß ein durch Fehlstart ziemlich verdorbener, im beiderseitigen Streit ausgeleierter, halbtoter Vertrag, reanimiert wurde und von dann an eine dauerhafte Kraft entfaltete. Darauf vor allem sollten die Historiker künftig ihren Scharfsinn verwenden. Doch das ist nicht mein Thema, und so ist jetzt zu fragen, wie es eigentlich dazu gekommen ist, daß ein Vertrag, der so evidente Vorzüge hatte, die auch schon im Jahr 1963 erkennbar waren, von Anfang an zu so bitterem Streit führte. War das aufgrund der Konstellation unvermeidlich? Sind einfach einige Fehler gemacht worden, denen sich weitere Fehler anschlossen? Ich möchte in dieser Beziehung nur drei Fragen aufwerfen:

⁸ Vgl. zum Kontext: Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 888.

⁹ Vgl. Ansbert BAUMANN, Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs?, in: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 10 (2003), S. 225–253.

¹⁰ Willy BRANDT, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 341.

¹¹ Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, Eine Entente Élémentaire. Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Élysée-Vertrages. Mit einer Dokumentation von Ingo KOLBOOM, Bonn 1988, S. 6ff.

¹² Vgl. Andreas WILKENS, Accords et désaccords. La France, l'Ostpolitik et la question allemande 1969–1974, in: Ulrich PFEIL (Hg.), La RDA et l'Occident 1949–1990, Asnières 2000, S. 357–378; DERS., Relance et réalités. Willy Brandt, la politique européenne et les institutions communautaires, in: Marie-Thérèse BITSCH (Hg.), Le couple France–Allemagne et les institutions européennes. Une postérité pour le Plan Schuman, Brüssel 2001, S. 377–418.

1. Wäre alles nicht viel besser gelaufen, wenn Adenauer beim ursprünglichen Konzept eines nicht ratifikationsbedürftigen Protokolls geblieben wäre, statt im allerletzten Moment, völlig unvorbereitet, auf das Konzept eines Vertrages umzuschwenken?

2. Wäre nicht alles viel besser gelaufen, hätte de Gaulle nicht seine berühmte Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 abgehalten, von der Adenauer bald darauf hinter vorgehaltener Hand selber sagte, sie sei »schrecklich«¹³ und sie sei »ein Fehler«¹⁴ gewesen?

3. Hat nicht erst die vom aufgeregten Bonner Parteien-Establishment und von den aufgeregten bundesdeutschen Medien im Verein mit starken äußeren Einflüssen Washingtons und Londons durchgesetzte Präambel den Vertrag für eine Reihe von Jahren zum Zankapfel gemacht?

Man verstehe mich richtig. Ich möchte nicht nachträglich analysieren, ob und wie man es besser hätte anfangen können – derartige nachträgliche Historiker-Klugheiten sind immer von Übel. Ohnehin bleibt zu fragen: Hätte ein bloßes Regierungsabkommen in Form eines Protokolls statt des tatsächlich zustande gekommenen Vertrages die frustrierenden ersten drei Jahre überhaupt überstanden und dann eine langfristige Wirkung entfalten können? Doch mir geht es nur um die Frage, wie es zu dem anfänglichen Scherbenhaufen kam.

I.

Weshalb hat sich Adenauer urplötzlich für einen ausgewachsenen Vertrag erwärmt? Ich lasse die lange Vorgeschichte beiseite, die eng mit den nicht vorankommenden Plänen für eine Politische Union der Sechs zusammenhängt.¹⁵ Wie wir wissen, brachte de Gaulle bei einem der Gespräche während des triumphalen Staatsbesuchs im September 1962 die Frage nach einem Mechanismus für künftige enge Konsultationen aufs Tapet.¹⁶ Adenauer jedenfalls zuckte damals zurück, sprach nur von einem vertraulichen »gentlemen's agreement«,¹⁷ doch argumentierte de Gaulle, dieses existiere ja bereits. Der

¹³ Konrad ADENAUER, Teegespräche 1961–1963, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1992, S. 340, Informationsgespräch, 11.3.1963. *Streng vertraulich*.

¹⁴ Ibid. S. 350, Informationsgespräch, 30.5.1963. *Streng vertraulich*; vgl. auch Horst OSTERHELD, »Ich gehe nicht leichtem Herzens...«. Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986, S. 216 (3.6.1963).

¹⁵ Vgl. u.a. das Themenheft *Du Plan Fouchet au Traité franco-allemand de janvier 1963*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 29 (1997) 2.

¹⁶ Vgl. Tischrede de Gaulles auf Schloß Brühl, 4.9.1962, in: Charles DE GAULLE, *Discours et Messages*, Bd. 4, Paris 1970, S. 4–6

¹⁷ Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1959–1963. Fragmente*, Stuttgart 1968, S. 179.

General wollte etwas Praktisches tun und dachte an eine Konzertierung der diplomatischen Zusammenarbeit. So ließ sich der Kanzler auf de Gaulles Idee eines Protokolls oder Memorandums einstimmen, wozu dieser einen Entwurf versprach,¹⁸ den er dann schon relativ rasch nach dem Besuch – am 19. September – als sechs Seiten starken Entwurf eines Protokolls über die organisierte Zusammenarbeit in den Bereichen Außenpolitik, Verteidigung, Jugend und Erziehung übersandte.¹⁹ In den folgenden Monaten wurde dieser Text zwar verschiedentlich verändert, ohne daß aber das Prinzip eines Protokolls irgendwie in Frage gestellt worden wäre. Nun ist schon damals und später von den Historikern vermutet worden, daß Adenauer durchaus zu weitergehenden Vereinbarungen bereit war, sich aber mit Blick auf die ihm bestens bekannte innenpolitische Szenerie, doch genauso auch mit Blick auf die USA, England und die Sechser-Gemeinschaft vorerst bedeckt hielt. Bekanntlich liegt den Entscheidungen von Spitzenpolitikern zumeist ein ganzes Bündel von Motiven zugrunde. Das gilt ganz besonders für einen alten Fuchs wie Adenauer. Die wichtigsten dieser eng verschlungenen Motive, die aus seiner Sicht für einen privilegierten, aber dennoch nicht vorbehaltlosen deutsch-französischen Bilateralismus sprachen, waren:

a. Die von Beginn der Kanzlerschaft, also seit 1949, spürbare Aufgeschlossenheit für enges, auch bilaterales Zusammengehen der einstigen »Erbfeinde«.²⁰ Diese mündete allerdings schon mit dem Schuman-Plan vom Mai 1950 und den folgenden Integrationsplänen in den Multilateralismus der Sechser-Gemeinschaften ein, überwölbt von der unbedingten Priorität der Beziehungen zu Washington. Dennoch, eine latente Disposition zum deutsch-französischen Bilateralismus war immer vorhanden und gegebenenfalls aktivierbar.

b. Die Fixierung auf Amerika schwächte sich zwischen 1959 und 1962 zusehends ab,²¹ als schon die Eisenhower-Administration und danach erst recht die Kennedy-Administration auf den scharfen Druck Chruschtschows gegen die westliche Berlin-Präsenz und die Grundsatzpositionen in der deutschen Frage so reagierten, wie es der gesunde Menschenverstand gebot: Notfalls lieber Kompromisse auf Kosten der Bundesrepublik als ein Krieg, und wenn schon ein Krieg, dann lieber noch ein kurzer konventioneller Krieg in Deutschland als ein umfassender Atomkrieg. England unter Premierminister

¹⁸ Vgl. LAPPENKÜPER (Anm. 3), S. 1744.

¹⁹ Vgl. Archives nationales, 5 AG 1/165, de Gaulle an Adenauer, 20.9.1962, *Très secret*; ibid. Memorandum, 19.9.1962; MAE/Paris, EU 1961–1970, RFA, Bd. 1574/1598.

²⁰ Vgl. Horst MÖLLER, Konrad Adenauers Frankreichpolitik bis zum Amtsantritt Charles de Gaulles, in: Klaus MANFRASS (Hg.), Paris – Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner, Sigmaringen 1984, S. 170–178.

²¹ »Überhaupt, der Kanzler geht auf engste Partnerschaft mit Frankreich aus«, notiert der CDU-Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone in sein Tagebuch am 3. März 1959; Heinrich KRONE, Tagebücher. Erster Band: 1945–1961, bearbeitet von Hans-Otto KLEINMANN, Düsseldorf 1995, S. 337.

Harold Macmillan ging zeitweise am weitesten. Die dramatischste Abkühlung im Verhältnis zu Washington erfolgte Mitte April 1962, als Washington ein sehr weitgehendes amerikanisches Berlin-Papier ultimativ übersandte, das – wohl auf Veranlassung Adenauers – durch ein »Leck« der deutschen Presse zur Abschachtung überantwortet wurde.²² De Gaulle verhielt sich während der ganzen Krisenjahre vorbildlich, was ihn freilich nicht viel kostete, Adenauer aber half, durch Verzögerungsmanöver über die Runden zu kommen. Es ist jedenfalls auffällig, daß die seit Mai 1962 bei Adenauer sichtlich aufblühende Sympathie für eine Zweier-Politik im Bund mit Frankreich nicht nur mit der schmeichelhaften Einladung zu einem großen Staatsbesuch koinzierte, sondern auch mit seinem tiefen Groll gegenüber den schwankenden Amerikanern und auch den Briten.

c. Ernst zu nehmen sind die Hinweise, daß die Intensivierung des deutsch-französischen Bilateralismus auch taktisch bedingt war, um vor allem in der Nuklearfrage Druck auf die USA auszuüben.²³ Ich nenne auch hier nur eine einzige Koinzidenz. Am 14. Januar 1963, als sich Adenauer insgeheim schon entschieden hatte, für die Vereinbarung mit Paris die Vertragsform vorzuschlagen, kam US-Unterstaatssekretär George Ball nach Bonn, um mit Adenauer und dem neuen Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel über das Projekt der Multilateral Force (MLF) zu sprechen. Beide versicherten ihm, die Bundesrepublik werde sich mit allen Kräften an diesem Projekt beteiligen.²⁴ Zu diesem Zeitpunkt war dem Kanzler aber bereits völlig klar, daß de Gaulle es ablehnte, seine Force de frappe vom Netz eines NATO-Konzepts einfangen zu lassen. Was Adenauer damals, unterstützt vom Auswärtigen Amt und vom Verteidigungsministerium, nuklear noch alles wünschte, kam in dieser Unterredung zur Sprache: weitere atomare Gefechtsfeldwaffen für die Bundeswehr, gleichberechtigte Mitsprache beim Kernwaffeneinsatz, eine NATO-Atommacht und mobile Mittelstreckenraketen in Europa,²⁵ die jedoch erst 20 Jahre später, im Jahre 1983 kamen. Es ist nicht auszuschließen, daß die Intensivierung der Verteidigungskooperation mit de Gaulle auch als Wink mit dem Zaunpfahl an die amerikanische Adresse gerichtet war. Erinnert sei aber auch daran, daß Adenauer gerne zweigleisig fuhr. Warum also, so vielleicht die Überlegung, nicht ausloten, ob die Bundesrepublik nicht im Zusammenwirken mit Frankreich den Finger an den atomaren Drücker bekommen konnte? Jedenfalls beweist das »Ja« zur MLF, wie wenig der Kanzler an eine einseitige Ankoppelung der Verteidigungspolitik an Paris dachte. Angesichts der Kräfte-

²² Vgl. Aufzeichnung Adenauers vom 20.4.1962; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus Rhöndorf [StBKAH] III 52. *Streng geheim*.

²³ Vgl. Eckart CONZE, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995.

²⁴ SCHWARZ (Anm. 8), S. 812.

²⁵ Vgl. Unterredung Adenauers mit de Gaulle, 22.1.1963; StBKAH III 62. *Geheim*.

verhältnisse im Kabinett und in der Koalition hätte er dies auch gar nicht gekonnt, und jeder Blick auf die Machtverhältnisse im Ost-West-Verhältnis hätte dies ohnehin zur Verrücktheit gestempelt.

d. Erwähnt sei hier nur die alte Sorge vor einem Wiederaufleben der französisch-russischen Allianz, auf die er gerade in diesen Wochen immer wieder zu sprechen kam. Nicht nur um Schröder für den deutsch-französischen Vertrag zu gewinnen, erinnert er ihn an den französischen Flottenbesuch in Kronstadt 1891, an den Staatsbesuch Raymond Poincarés in St. Petersburg im Juli 1914, an den Ersten Weltkrieg und an den französischen-sowjetischen Vertrag von 1944. Seine Angst vor einer Einkreisung ist reell.²⁶ Daß diese nicht ganz unbegründet war, zeigte die dramatische Annäherung de Gaulles an die Sowjetunion im Zeichen ost-westlicher Entspannung sowie der Ablehnung amerikanischer Hegemonie zwischen 1966 und 1968.²⁷

e. Schließlich ein entscheidendes Motiv, vielleicht das in jenen Monaten wichtigste: Adenauer schätzte in de Gaulle einen Staatsmann ersten Rangs, der mit ihm zusammen weitreichende Gestaltungspläne auf den Weg bringen möchte. Im Vergleich mit de Gaulle fielen die anderen damaligen Granden des Westens ab: der schwankende, als Showman mehr als durch Substanz überzeugende Kennedy oder der fischige, spürbar germanophobe Macmillan, die allesamt nur über die Runden kommen wollten. Daß de Gaulle auch ihm selbst, Adenauer, den allergrößten Respekt zollte, mag ihn emotional nicht ganz gleichgültig gelassen haben. Je älter und je innenpolitisch angeschlagener er sich fühlte, um so offener war er somit für die Zusammenarbeit mit de Gaulle, obgleich ihm die politische und persönliche Problematik dieser Verbindung durchaus bewußt war. Denn natürlich kannte Adenauer alle Argumente, die gegen einen zu engen oder gar exklusiven deutsch-französischen Zweibund sprachen, und er hat diese oft selber formuliert: Nein, so hörte Botschafter Herbert Blankenhorn im Februar 1961 von ihm, de Gaulle dürfe aus der Bundesrepublik keinen »französischen Satellitenstaat« machen;²⁸ nein, so erklärte er wieder und wieder, wenn nur alle Sechs in der EWG zu einer Politischen Union bereit wären, dann bedürfte es keiner Zweier-Union mit Frankreich – 1962 wußte er allerdings genau, daß eine Politische Union zu Sechs nicht mehr in den Karten war, auch de Gaulle war jetzt dagegen –; nein, so versicherte er Walter Hallstein, und Heinrich von Brentano und den Partnern in Italien und in den Benelux-Ländern, die integrierte EWG müsse und werde natürlich weiterentwickelt werden; eben dafür auch den primär auf intergouvernementale Zusammenarbeit abonnierten de Gaulle zu gewinnen, sei gera-

²⁶ Vgl. SCHWARZ (Anm. 8), S. 815.

²⁷ Vgl. Knut LINSEL, Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969, Sigmaringen 1998, S. 227ff.; Maurice VAISSE, La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969, Paris 1998, S. 413ff.

²⁸ BAK, NL Blankenhorn, Bd. 110, Bl. 211f., Tb. 6.2.1961.

dezu ein Hauptgrund für die deutsch-französische Entente; nein, man dürfe um Gottes willen auch Amerika nicht entfremden und die NATO nicht aufs Spiel setzen, doch auch in dieser Hinsicht könne es nur von Nutzen sein, de Gaulle in engem deutsch-französischem Zusammenwirken vom Verlassen der atlantischen Allianz abzuhalten.

Das alles wußte er durchaus und sagte es häufig. Dennoch gewinnt man bei gründlicher Analyse seines taktischen Hakenschlagens doch den Eindruck, daß die Argumente für eine deutsch-französische Zweier-Union – in welchen Formen auch immer – seit Frühjahr 1962 zusehends stärker wogen als die Bedenken. Aber noch einmal: Warum ist er nicht bei dem viel risikoloserem Konzept eines Protokolls verblieben? Schließlich wollte ja nicht einmal de Gaulle, der damals eher der Drängende war, viel weiter gehen. Denn 1962 und 1963 waren nicht nur die wesentlichen Partner-Regierungen gegen jeden Ansatz eines deutsch-französischen Zweibundes, sondern auch ein überwiegender Teil der bundesdeutschen Öffentlichkeit.²⁹ Etwas überspitzt formuliert, lauteten die seinerzeitigen außenpolitischen Prioritäten bei großen Teilen der seinerzeitigen politischen Klasse in Bonn, bei der Presse und auch in der Wirtschaft: 1. Amerika; 2. Vollendung der EWG und baldige Erweiterung um England; 3. Frankreich. In der CDU waren die Schwergewichte im Kabinett, die Kanzlerprätendenten Erhard und Schröder sichtlich frankophob, genauer gesagt: anti-gaullistisch, der Fraktionsvorsitzende von Brentano und große Teile der CDU/CSU-Fraktion genauso. Dasselbe galt für die FDP. Auch die SPD-Opposition war in jenen Jahren eben dabei, sich nach dem Wahlsieg Kennedys zur 150prozentig pro-amerikanischen Partei zu mausern, während de Gaulle weithin in der Partei immer noch als halb-faschistischer Diktator verdächtigt wurde.³⁰

Von den Schwergewichten im Kabinett unterstützte nur der zunehmend Amerika-kritische Verteidigungsminister und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß den profranzösischen Kurs Adenauers, doch er brachte sich selbst durch die »Spiegel-Affäre«³¹ vom Oktober/November 1962 vorerst um jeden politischen Einfluß. Adenauer, der ohnehin kaum hoffen durfte, als Bundeskanzler das Jahr 1963 zu überleben, fand sich also bei seinem offenkundigen

²⁹ Vgl. François-Georges DREYFUS, *L'opinion allemande devant le traité de l'Élysée* du 22 janvier 1963, in: *Relations internationales*, (1984) 37, S. 111–119; DERS., *L'opinion française et le traité de l'Élysée*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 29 (1997) 2, S. 201–209.

³⁰ Vgl. Günter BUCHSTAB, *Zwischen »Zauber und Donner«*. Die CDU/CSU und de Gaulle, in: Wilfried LOTH, Robert PICHT (Hg.), *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen 1991, S. 95–108; Beatrix W. BOUVIER, *Die SPD und Charles de Gaulle in den sechziger Jahren*, in: *ibid.* S. 109–120; Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958–1969*, München 1996.

³¹ Vgl. Dorothee LIEHR, *Von der Aktion gegen den Spiegel zur Spiegel-Affäre. Zur gesellschaftspolitischen Rolle der Intellektuellen*, Frankfurt a. M. 2002.

Kurswechsel in Richtung Paris innenpolitisch ziemlich allein, er wußte dies natürlich auch, und genauso wußte man dies in Paris. Umso schwerer zu beantworten ist also die Frage: Warum um alles in der Welt schaltete Adenauer ausgerechnet nach der weiteren Schwächung durch die »Spiegel-Affäre« in den beiden ersten Januarwochen abrupt auf einen Vertrag um?

Die schlichte Antwort kann niemanden befriedigen, der bei großen Staatsmännern stets weitreichende, gut überlegte Strategien vermutet: Erst Anfang Januar konfrontierte ihn die Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt mit der peinlichen Tatsache, daß das Thema »Kultur«, das nach Meinung de Gaulles und Adenauers unbedingt von den Konsultationen erfaßt werden sollte, gemäß Art. 59 GG eindeutig Ländersache ist. Groß sei die Gefahr, so das schwer zu widerlegende Argument, daß ein Land deshalb vor das Bundesverfassungsgericht ziehe und obsiege.³² Welche Peinlichkeit für die deutsch-französischen Beziehungen, auch: welche Peinlichkeit für den Kanzler, der auf diesen entscheidenden Umstand bisher nicht hingewiesen hatte! Eine Peinlichkeit übrigens auch für den auf seine Rechtskenntnisse so stolzen Bundesaußenminister Schröder, der zusammen mit Außenminister Maurice Couve de Murville dem Protokoll persönlich bei einem Treffen in Paris im Dezember 1962 den letzten Schliff gegeben hatte.³³ Der letztere Umstand erklärt übrigens auch besser als vieles andere, weshalb es Adenauer nicht allzu schwer fiel, Schröder für die Vertragsform zu gewinnen: Dieser wollte sich vor Couve de Murville, doch auch in der deutschen Öffentlichkeit nicht blamieren, indem er eine neue Verhandlungsrunde forderte, wodurch der Unterzeichnungstermin am 22. Januar 1963 hinfällig geworden wäre. Da eine Verschiebung inopportun erschien, blieb nach Meinung Adenauers, aber auch Schröders nur die blitzschnelle Emporstufung des Protokolls in einen Vertrag. Daß ein langgezogener Ratifikationsprozeß alle latenten Gegner der Annäherung an Frankreich auf den Plan rufen und ihnen ein hervorragendes Marterwerkzeug in die Hand drücken würde, wurde nicht genau bedacht. Und wenn, so mochte sich Adenauer sagen, daß er über große Erfahrung und viel Chuzpe verfügte, innenpolitisch höchst umstrittene internationale Verträge durchzusetzen. Ob ihn in den entscheidenden Tagen nun auch die Überlegung bewegte, die privilegierten Beziehungen mit Frankreich durch einen feierlich ratifizierten Vertrag weit über seine Amtszeit hinaus zu sichern, ist zwar bald behauptet worden; sichere Zeugnisse dafür existieren aber nicht. Viel wahrscheinlicher ist, daß er am 21. Januar 1963 nicht mit leeren Händen nach Paris kommen wollte.

³² Vgl. LAPPENKÜPER (Anm. 3), S. 1767f.

³³ Vgl. SCHWARZ (Anm. 8), S. 817.

II.

Vielleicht wäre er tatsächlich relativ unverbelt durchgekommen, hätte de Gaulle nicht mit der Pressekonferenz vom 14. Januar 1963 alle Gegner seiner England- und NATO-Politik in der ganzen westlichen Welt und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland aus ihren Löchern herausgelockt. Hatte ihn denn gar niemand unter Bezugnahme auf den Besuch der großen deutschen Delegation am 21./22. Januar gewarnt?

Man muß aber bezüglich de Gaulles für mildernde Umstände plädieren. Drei Wochen lang hatte er die Pressekonferenz sorgfältigst vorbereitet.³⁴ In Bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen konnte er immer noch von einem fest vereinbarten, nicht ratifikationsbedürftigen Protokoll ausgehen, denn am 14. Januar wußte er überhaupt noch nicht, daß Adenauer im Begriff war, auf einen ratifikationsbedürftigen Vertrag umzuschalten.³⁵ De Gaulle hat wahrscheinlich vorausgesehen, daß er durch die Pressekonferenz England und die USA skandalisieren würde. Vor allem die Ablehnung der Nuklearstrategie Kennedys war recht eigentlich beabsichtigt. Nicht erkennen konnte er aber damals, daß er damit dem Gedanken eines sehr engen Bundes mit der Bundesrepublik ungewollt den Todesstoß versetzte. Eine entsprechende Mitteilung der Bonner Botschaft, Bonn wolle unerwarteter Weise einen Vertrag vorschlagen, erreichte ihn erst am Abend des 18. Januar, nachdem Adenauer erst Außenminister Schröder, dann – am 16. Januar – mit Schröders tätiger Hilfe das Bundeskabinett und am 18. Januar auch die Vorsitzenden aller Bundestagsparteien überzeugt, oder sagen wir besser überrollt hatte.³⁶

Im Kreis der Fraktionsvorsitzenden gingen die Wogen schon ziemlich hoch, denn de Gaulles kaum verhülltes, wenngleich noch nicht definitiv präzisiertes »Nein« zum englischen Beitritt erschien als ganz unerträgliche Provokation. Doch Adenauer salvierte sich mit dem Versprechen, auf de Gaulle einzuwirken, die Verhandlungen mit England weiterzuführen.³⁷ Aus den Gesprächsprotokollen vom 22. Januar hat man allerdings erfahren, daß er sich bei diesem nicht stark ins Zeug legte, sondern nur eine gesichtswahrende neue Verhandlung am 29. Januar erbat und auch eine entsprechende Zusage erhielt.³⁸ Wenn de Gaulle die rasch auftretenden Schwierigkeiten bei der Ratifikation

³⁴ Vgl. Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. I: »La France redevient la France«, Paris 1994, S. 349f.

³⁵ OSTERHELD (Anm. 14), S. 170.

³⁶ Vgl. SCHWARZ (Anm. 8), S. 819f.

³⁷ Vgl. OSTERHELD (Anm. 14), S. 185.

³⁸ Unterredung zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle vom 22.1.1963, Aufzeichnung 115-A.14/63, 25.1.1963. *Geheim*, in: AAPD 1963, Bd. 1, S. 43ff.

des Élysée-Vertrages doch auch in starkem Maß selbst verschuldet hat, so deshalb, weil er diese Verhandlung definitiv platzen ließ. Leider, so erklärte Adenauer daraufhin, habe er sich mit seinen Bemühungen letztlich doch nicht durchsetzen können.³⁹ Man versteht, weshalb der damalige Finanzminister Adenauers, der FDP-Politiker Heinz Starke, die Verhandlungskünste des Kanzlers im FDP-Parteivorstand am 22. Januar mit den Worten kommentierte: »Er lädt Sie ein, um Sie zu betrügen. Er liest Ihnen etwas vor, und behauptet nachher, Sie hätten zugestimmt. Das ist lebensgefährlich!«⁴⁰ Eigentlich hätten nach der Pressekonferenz am 14. Januar bezüglich der Vertragsform bei Adenauer alle Alarmglocken erschallen müssen. Daß die atlantisch orientierten, pro-britischen und vor allem auf Erweiterung der EWG fixierten Gegner einer zu engen Bindung mit Frankreich ihn jetzt aufgrund der Ratifikationsbedürftigkeit eines Vertrages in der Hand hatten, ist im nachhinein klar. Ob er selbst sich der zu erwartenden Schwierigkeiten voll bewußt gewesen ist, ist nicht mehr feststellbar. Immerhin konnte er darauf vertrauen, daß selbst die Anti-Gaullisten im eigenen Kabinett und im Deutschen Bundestag einen Freundschaftsvertrag mit Frankreich schwerlich ablehnen konnten. Auch in diesem Fall kamen die wohlbekannten Charakterzüge Adenauers ins Spiel. In unerwartet kritischen Lagen pflegte er sich häufig rasch festzulegen, dabei bestrebt, ein *fait accompli* zu schaffen, immer in der meist nicht unbegründeten Erwartung, dank überlegener Willenskraft und mit taktischer Gerissenheit alle Widerstrebenden irgendwie zu überspielen oder sie kleinzukriegen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone, der ihn am besten kannte, seufzte in seinem Tagebuch immer wieder einmal: »Es ist toll, wie der Kanzler mit seinen Ministern umspringt.«⁴¹ Tatsache ist jedenfalls, daß erst de Gaulles definitives »Nein« zum britischen Beitritt dem Faß den Boden ausgeschlagen hat.

III.

So kam es fast zwangsläufig zur Präambel. Diese stufte den von de Gaulle erstrebten, hoch problematischen deutsch-französischen Zweibund auf das erträglichere und – wie sich später zeigte – durchaus sehr nützliche Niveau eines privilegierten Konsultationsvertrages herab. Ein Liegenlassen des

³⁹ Vgl. LAPPENKÜPER (Anm. 3), S. 1789ff.

⁴⁰ 22.2.1963: Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, in: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967, bearb. von Reinhard SCHIFFERS, Düsseldorf 1993, S. 480.

⁴¹ Heinrich KRONE, Tagebücher. Erster Band: 1945–1961, bearb. von Hans-Otto KLEINMANN, Düsseldorf 1995, S. 433 (14.7.1960).

Freundschaftsvertrages mit Frankreich oder gar eine Ablehnung wäre nach Lage der Dinge unmöglich gewesen. Seitens der deutschen Betreiber der Präambel bei der FDP, auf die es vor allem ankam, verschaffte man sich mit dem Hinweis ein gutes Gewissen, schließlich sei es in Frankreich eine alte und gängige Gesetzgebungspraxis, in einer Präambel festzustellen: »In der und der und der Erwägung stimmen wir der Ratifizierung des Vertrages zu.«⁴² Und natürlich suchte Adenauer – über Alain Peyrefitte – bei de Gaulle den Eindruck zu erwecken, als besage die Präambel überhaupt nichts.⁴³ Daß sich de Gaulle aber geprellt vorkommen mußte, versteht sich. Nach deutscher Parlamentspraxis sind eben derart einseitige Präambeln völlig unüblich. Die Tatsache, daß sich die zahlreichen Gegner des Vertrages nicht – wie neun Jahre später beim Moskauer Vertrag – mit einer interpretativen Bundestagsresolution zufrieden gaben, sondern Wert darauf legten, den Élysée-Vertrag mit dem allerschärfsten Skalpell einer zudem noch provozierend ausführlichen Präambel zum Ratifikationsgesetz politisch zu kastrieren, sagte alles über die damalige Erbitterung der Bonner politischen Klasse, aber ebenso über die seinerzeitigen Machtverhältnisse aus. Zu allem hin wurde im Verlauf des Ratifikationsverfahrens auch noch deutlich, daß Ludwig Erhard das Rennen um die Nachfolge Adenauers gewonnen hatte. Erhard, der jetzt offen auf Gegenkurs ging, sich allerdings nicht zu einem konstruktiven Mißtrauensvotum verlocken ließ, wohl aber zu einem sehr kritischen, vieldiskutierten Interview mit Ulrich Kempfski von der *Süddeutschen Zeitung*, das den – wie sich zeigen sollte – durchaus zutreffenden Satz enthielt: »Der Bilateralismus ist tot.«⁴⁴

In der Tat war das Konzept eines exklusiven deutsch-französischen Zweibundes eine Totgeburt. Das Interview zusammen mit weiteren Stellungnahmen Erhards nahm bereits vorweg, was dann drei Jahre lang ablief und de Gaulle zutiefst entfremdete. Auf kurze Sicht führte somit das improvisierte Vertragskonzept in der Bundesrepublik zum Triumph des Atlantizismus. Das eigentliche Wunder aber ist, wie gesagt, darin zu sehen, daß aus dieser Totgeburt eine Art Lebewesen wurde, ein in der neueren Diplomatiegeschichte sehr einzigartiges Lebewesen, dessen 40. Geburtstag wir 2003 begehen.

⁴² 22.2.1963: Sitzung des FDP-Bundesvorstandes, in: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1967, bearb. von Reinhard SCHIFFERS, Düsseldorf 1993, S. 485.

⁴³ Vgl. Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. II: »La France reprend sa place dans le monde«, Paris 1997, S. 237.

⁴⁴ Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 5.2.1963.

JACQUES BARIÉTY

DER FRANZÖSISCHE WEG ZUM ÉLYSÉE-VERTRAG

Der Vertrag zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland über die deutsch-französische Zusammenarbeit, der am 22. Januar 1963 von General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer unterzeichnet wurde, ist in die Geschichte eingegangen. Er ist zugleich lebendige Geschichte, denn er dient noch immer als Referenz für die deutsch-französischen Beziehungen, wie die Gedenkfeiern zu seinem 40. Jahrestag lautstark in Erinnerung gerufen haben. Die Erinnerung an den Vertrag und seine commemorative Aufbereitung könnten sich jedoch zu einer Art vergoldeten Legende entwickeln, so daß es zu den Aufgaben des Historikers gehören muß, unseren durch Forschung und wissenschaftliche Analyse auf der Grundlage der vorhandenen Quellen erworbenen Wissensstand gewissenhaft wiederzugeben. Ich werde mich bemühen, den französischen Weg zum Vertrag nachzuzeichnen und zu diesem Zweck überwiegend Quellen französischen Ursprungs verwenden, wenn auch nicht ausschließlich.¹

Ordnen wir die Dinge zunächst in ihren Zeitrahmen ein. Seit der Unterzeichnung des Vertrages sind 40 Jahre vergangen; Europa und die Welt sind heute selbstverständlich völlig anders als 1963, und dennoch besteht der Vertrag in unveränderter Form fort. Zwischen 1949, als die Bundesrepublik quasi aus der »Stunde Null« geboren wurde, und 1963 sind vierzehn Jahre vergangen, nicht einmal eine halbe Generation. Wie konnte eine solche Entwicklung innerhalb eines so kurzen Zeitraumes vonstatten gehen?

Der Prozeß auf diplomatischer Ebene, der von 1958 bis 1963 zur Entstehung des Vertrages führte, ist seit vielen Jahren hinreichend bekannt – selbst wenn noch einige Details hinzugefügt werden – dank der Öffnung der Archive (im allgemeinen nach 30 Jahren für die staatlichen Archive), der Berichte der hauptsächlichen Akteure und ihrer Mitarbeiter sowie deren Nutzung durch die

¹ Dieser Text stützt sich auf persönliche Forschungen und auf die einiger junger Wissenschaftler eines Seminars, das ich an der Universität Paris-IV-Sorbonne geleitet habe, und natürlich auf die Arbeit anderer Historiker. Da die historische Forschung zu dieser Frage sehr umfangreich ist, bin ich gezwungen, die bibliographischen Angaben einzuschränken, unter Bevorzugung der Quellen aus den Archiven. Eine umfangreiche Bibliographie findet sich in Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*, München 2001, S. 1915–1965.

Historiker.² Hingegen hat die Forschung über die Entstehungsbedingungen zu einem bilateralen Vertrag, der schließlich zu einem diplomatischen Vertrag in aller Form wurde, kürzlich durch eine Erweiterung des Blickfeldes vom bilateralen Bereich auf die allgemeine internationale Ebene große Fortschritte gemacht, was das Verständnis ganz entscheidend bereichert hat.

Deshalb möchte ich, unter Respektierung der Chronologie und in einem zeitlich und räumlich größeren Kontext, aber auch mit Blick auf die Problematik der Entwicklung der internationalen Beziehungen, einige Feststellungen über die Umstände und Bedingungen machen, unter denen sich die Angelegenheit vollzogen hat, nicht ohne Zögern, ja sogar vorübergehende Rückschritte, um in einen bilateralen Vertrag zu münden, der lange Zeit gar nicht als solcher vorgesehen war und schließlich fast improvisiert wurde.

Es begann nicht alles 1958 mit der Rückkehr General de Gaulles an die Macht, sondern bereits in den Jahren 1949/50, ja sogar in den Kriegsjahren und der unmittelbaren Nachkriegszeit.³ Zu diesem Rückblick ist man nicht nur wegen der historischen Wahrheit verpflichtet. Sich daran zu erinnern, was vor 1958 geschehen ist, ist auch notwendig, um zu verstehen, was sich zwischen 1958 und 1963 ereignen sollte.

Wir begegnen hier einer großen Persönlichkeit, die sicherlich umstritten war, aber von der wir mit zeitlichem Abstand sagen können, daß sie ein Staatsmann war, dessen Entscheidungen und gelungenen Taten entscheidend dazu beitrugen, der Geschichte Europas in den beiden Jahrzehnten nach 1945 ihre Form zu verleihen, und selbst nach seinem Tod (man ist fast versucht bis

² Während des internationalen Kolloquiums zum 100. Geburtstag von General de Gaulle, das 1990 in Paris stattfand, wurde der Ablauf der Ereignisse zwischen 1958 und 1963 klar nachgezeichnet. Institut Charles de Gaulle (Hg.), *De Gaulle en son siècle*, Bd. 5: *L'Europe*, Paris 1992. Die französischen Archive waren zu diesem Zeitpunkt noch überwiegend geschlossen, aber die französischen Autoren der Beiträge, darunter auch ich, hatten Ausnahmegenehmigungen für deren vorzeitige Konsultation erhalten.

³ Es würde den Rahmen dieser Studie sprengen, bis in die Jahre vor 1949 zurückzugehen. Ich möchte aber dennoch drei Ereignisse in Erinnerung rufen, die für die Änderung des psychologischen und politischen Klimas der Deutschen gegenüber ihren Nachbarn, darunter auch die Franzosen, entscheidend und richtungsweisend waren: die »europäischen« Pläne in den Widerstandsbewegungen, die Kulturpolitik Frankreichs in seiner Besatzungszone, insbesondere die Jugendbewegung, und die »föderalistischen« Strömungen der Jahre 1947–1949; vgl. Walter LIPGENS (Hg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen, 1940–1949. Eine Dokumentation*, München 1968; DERS., *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, 1945–1950. Bd. 1, 1945–1947*, Stuttgart 1977; Corine DEFANCE, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955*, Straßburg 1994; Raymond POIDEVIN (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne, 1948–1950*, Brüssel 1986; Alain GREILSAMMER, *Les mouvements fédéralistes en France de 1945 à 1974*, Paris 1975; Robert BELOT, Henri Frenay, *de la Résistance à l'Europe*, Paris 2003.

1990 zu sagen, was den Taten und Verdiensten seiner Nachfolger keinen Abbruch tut): Konrad Adenauer.⁴ Er war der entscheidende Bauherr der Politik der Bundesrepublik, insbesondere ihrer Außenpolitik, seit seiner Wahl zum Bundeskanzler im September 1949 bis zu seinem Rücktritt im September 1963. Er war immer davon überzeugt – er war es seit 1919, als er mit 43 Jahren Oberbürgermeister von Köln war –, daß die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich die unabdingbare Voraussetzung für den Frieden und den Wohlstand in Europa war. 1923 hatte er versucht, sowohl bei Paul Tirard, dem französischen Hohen Kommissar in dem besetzten Gebiet, als auch gegenüber dem Reich und den deutschen Industriellen einen Weg aus der deutsch-französischen Auseinandersetzung des »Ruhrkampfes« durch den Aufbau einer gegenseitigen Abhängigkeit der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrie zu finden.⁵ Als Bundeskanzler schließlich machte Adenauer im Winter 1949/50 Vorschläge für besondere Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, um die ersten Schritte zu einer supranationalen europäischen Organisation einzuleiten.⁶ Es sollte auch unbedingt erwähnt werden, daß de Gaulle Äußerungen Adenauers in einer Pressekonferenz am 16. März 1950 aufgriff und sich fragte, »was die deutschen und französischen Werte zusammen ergeben könnten. [...] Alles in allem bedeutet das, auf einer modernen Basis, d.h. auf wirtschaftlicher, sozialer, strategischer und kultureller Ebene, das Unterfangen Karls des Großen wieder aufzugreifen«.⁷ Diese Worte erregten die Aufmerksamkeit Adenauers.

⁴ Vgl. als Standardwerk: Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer, 2 Bde., Stuttgart 1986, 1991; DERS., Erbfreundschaft, Adenauer und Frankreich – Amitié héréditaire, Adenauer et la France, Bonn, Berlin 1992.

⁵ Vgl. Hanns-Jürgen KÜSTERS, Konrad Adenauer und die Idee einer wirtschaftlichen Verflechtung mit Frankreich, in: Andreas WILKENS (Hg.), Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1960, Sigmaringen 1997, S. 63–84. In den Publikationen der 1920er Jahre »Akten zur deutschen auswärtigen Politik« und »Akten der Reichskanzlei« finden sich auch Dokumente zu diesem Thema. In der nächsten Ausgabe der Documents Diplomatiques Français des Jahres 1921 [Bd. 1] wird ein Dokument zu finden sein, nach dem Adenauer 1921 die französische Botschaft in Berlin wissen ließ, daß er im Falle einer Kanzlerschaft eine Politik der Annäherung mit Frankreich betreiben würde.

⁶ Vgl. Jacques BARIÉTY, Corine DEFANCE, Naissance et débuts de la RFA, septembre 1949 – décembre 1950: récentes publications de documents diplomatiques allemands et français, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 31 (1999) 2, S. 209–231. Hier finden sich zahlreiche bibliographische und archivalische Hinweise.

⁷ Charles DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 2, Paris 1970, S. 344–358. Auf derselben Pressekonferenz am 16.3.1950 erklärte de Gaulle: »Seit nunmehr dreißig Jahren verfolge ich mit Interesse und Achtung die Taten und Worte von Konrad Adenauer«. Es gibt gute Gründe anzunehmen, daß der General nach seiner Rückkehr an die Macht im Jahre 1958 das Außenministerium darum gebeten hatte, ihm alle Stellungnahmen Adenauers aus den 1920er Jahren zusammenzustellen.

Aber 1950 war de Gaulle weder Minister- noch Staatspräsident. Die IV. Republik hatte noch acht Jahre vor sich, und Robert Schuman war seit Juli 1948 Außenminister.⁸ Adenauer und Schuman vertraten nicht von Anfang an die gleichen Ansichten. Zwar sprach man viel über Europa, aber um welches Europa handelte es sich? Als auf der Außenministerkonferenz in London im Juni 1948 die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich eine gemeinsame Politik in bezug auf die Zukunft der drei Besatzungszonen in Deutschland verabredeten – was ein Jahr später zur Geburt der Bundesrepublik führen sollte –, stellten sie als Bedingung eine möglichst enge Bindung des zukünftigen Westdeutschlands und seiner Wirtschaft an die Länder und die Wirtschaft Westeuropas. Es hieß einem Irrtum zu verfallen, wenn wir davon ausgehen, daß Frankreich damals in einem Anfall von unvergleichlicher Großzügigkeit gegenüber seinem ehemaligen Feind diese Politik einschlug. Vor dem Hintergrund des entstehenden Kalten Krieges, dem Beginn der Berlin-Blockade und angesichts der Entscheidung der Amerikaner und Briten, ein westliches Deutschland zu schaffen, um sein menschliches, industrielles und technologisches Potential im westlichen Lager zu verankern, handelte es sich in erster Linie um den Versuch, das neue Deutschland zu kontrollieren, vor dem sich die Franzosen im allgemeinen und gerade auch Robert Schuman noch immer fürchteten.⁹ Und trotz des Bemühens Adenauers, möglichst schnell zu einem tiefgehenden Einverständnis mit Frankreich zu gelangen, gab es auf der einen wie auf der anderen Seite Gründe für Auseinandersetzungen: der internationale Status der Ruhr und die Existenz eines eigenständigen Staates an der Saar, der wirtschaftlich an Frankreich angegliedert war, zwei Fragen, die der französischen Politik noch immer sehr am Herzen lagen.¹⁰

Diese Angelegenheiten erlebten im Jahr 1950 einen beachtlichen Fortschritt durch den spektakulären Vorschlag Robert Schumans vom 9. Mai, »die gesamte deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame hohe Autorität zu stellen, in einer Organisation, die auch für andere Länder Europas offen sein sollte«.¹¹ (Man sollte in diesem Satz Robert Schumans die Reihenfolge »die Gesamtheit der deutschen und französischen Pro-

⁸ Vgl. als Standardwerk: Raymond POIDEVIN, Robert Schuman, homme d'État, 1886–1963, Paris 1986.

⁹ Vgl. *ibid.* S. 220–228; vgl. auch Cyril BUFFET, Mourir pour Berlin. La France et l'Allemagne 1945–1949, Paris 1991.

¹⁰ Vgl. dazu Anm. 6.

¹¹ Vgl. zum Schuman-Plan vor allem die Arbeiten von Pierre Gerbet und Raymond Poidevin. Aus Anlaß seines 50. Jahrestages erschienen: Michel CATALA (Hg.), Cinquante ans après la déclaration Schuman, Histoire de la construction européenne, Nantes, 2002; Marie-Thérèse BITSCH (Hg.), Le couple France–Allemagne et les institutions européennes, une postérité du plan Schuman? Brüssel 2001; Andreas WILKENS (Hg.), Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts nationaux et projet européen, Brüssel 2004.

duktion« und die Öffnung für »die Beteiligung der anderen Länder Europas« beachten).¹² Am Abend des 9. Mai antwortete Adenauer enthusiastisch auf den Vorschlag, den Schuman gerade gemacht hatte, ohne zu versäumen, darauf hinzuweisen, daß es genau das war, was er selbst bereits »vor mehr als 25 Jahren« vorgeschlagen hatte.¹³ Wie auch immer die Vorarbeiten der Gruppe um Jean Monnet gewesen sein mögen, wurde auch hier der politisch Verantwortliche Robert Schuman durch internationale Ereignisse vorangetrieben: Er sollte am 10. Mai in London den Amerikaner Dean Acheson und den Briten Ernest Bevin treffen, die von ihm forderten, gegenüber der Bundesrepublik mehr Konzessionen zu machen, so daß er ihnen mit seinem revolutionären Plan zuvorkommen wollte, um die französische Diplomatie in den deutschen Angelegenheiten wieder in die Vorderhand zu bringen.

Doch noch bevor der EGKS-Vertrag am 18. April 1951 in Paris unterzeichnet wurde, stellte sich bereits im Herbst 1950, erneut auf Initiative der Amerikaner, die Frage der bundesdeutschen Wiederbewaffnung, für die Paris mit dem Projekt einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eine für Frankreich akzeptable Lösung suchte. Hier trat nun das »Europa der Sechs« auf den Plan, das von nun an auch eine militärische, wenn nicht sogar eine politische Dimension annehmen sollte. Es ist hier zwar nicht der Ort, aber es ist dennoch notwendig darauf hinzuweisen, daß die Motive für den Aufbau dieses Europas über die Regelung der Angelegenheiten der Sechs untereinander und insbesondere der in der Vergangenheit entstandenen deutsch-französischen Meinungsverschiedenheiten hinausgingen. Die politische und militärische Bedrohung durch die Sowjetunion unter Stalin und der Wille, dieser zu begegnen, waren dafür ausschlaggebend und entscheidend, indem man sich für den materiellen und moralischen Aufbau der noch ganz jungen Bundesrepublik entschied, sie im Westen zu verankern und dann schnell wieder zu bewaffnen sowie sie in die Atlantische Allianz aufzunehmen, wo sie aufgrund

¹² Robert Schuman, seit 1919 Abgeordneter des Departement Moselle, kannte die Folgen für die deutsch-französischen Beziehungen, die aus den territorialen und wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages für die Eisen- und Stahlindustrie erwachsen waren. Vgl. Jacques BARIÉTY, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*, Paris 1977, S. 121–171; DERS., *Das Zustandekommen der internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen schwerindustriellen Projekt des Versailler Vertrages*, in: Hans MOMMSEN (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 552–568.

¹³ Diese deutsch-französische Inszenierung war durch einen vertraulichen Besuch eines Mitarbeiters von Schuman bei Adenauer in die Wege geleitet worden. Vgl. mit Quellenverweisen Jacques BARIÉTY, *La déclaration de Schuman du 9 mai 1950 d'après les publications allemandes récentes (archives et travaux)*, in: CATALA (Anm. 11), S. 15–29.

ihrer geographischen Lage sowie ihres demographischen und wirtschaftlichen Potentials einen bedeutenden Platz einnehmen sollte.¹⁴

Es bedeutet keineswegs, die Meriten derjenigen in Frankreich, in Deutschland und anderswo zu vergessen, die vom noblen Willen getrieben waren, mit einer unglückseligen Vergangenheit zu brechen und die als uneigennützig Pioniere der europäischen Integration an ihrem Anfang standen, wenn wir auf Robert Schuman und Konrad Adenauer Staatsmänner verweisen, die für die Schicksale ihrer Länder Verantwortung trugen und ihre Entscheidungen nach den jeweiligen Umständen ausrichten mußten, denen sie ausgesetzt waren, d.h. dem Kalten Krieg und der Furcht vor der sowjetischen Bedrohung. Darin lag, davon bin ich überzeugt, ein großer Beschleunigungsfaktor der deutsch-französischen Annäherung und des Aufbaus Europas, das zunächst, vergessen wir das nicht, das im Atlantischen Bündnis integrierte Westeuropa war. Man hat oft betont, daß Adenauer und Schuman beide tiefgläubige und praktizierende Katholiken waren, und daß diese geistige Verwandtschaft eine Rolle in ihrer politischen Annäherung spielte. Diese Gemeinsamkeit half ihnen, die Verletzungen der Vergangenheit zu überwinden, führte aber gleichzeitig auch zu einer ähnlichen Bedrohungsanalyse. Adenauer glaubte, daß Europa christlich oder marxistisch sein werde (er brachte diese Überzeugung auch im ersten Treffen mit de Gaulle zum Ausdruck), und diese Überzeugung brachte ihm einige verletzendende Kritiken gewisser Leute ein, doch blieb es seine Überzeugung. Geprägt vom Ausbruch des Krieges im August 1914 fürchtete er wie auch andere der Kriegsgeneration das Risiko einer französisch-russischen Allianz, deren Preis Deutschland zu zahlen hätte, eine Gefahr, die in ihm durch den französisch-sowjetischen Vertrag vom Dezember 1944 wieder wachgerufen wurde; dies war, davon bin ich überzeugt, einer der tieferen Gründe dafür, daß er im folgenden so viele Konzessionen gegenüber den Forderungen de Gaulles machte. Sein Ziel blieb es, die Sicherheit Frankreichs zu garantieren und den General von der Idee einer Umkehrung der Allianzen abzubringen.

¹⁴ Das EVG-Projekt scheiterte nach fast vier Jahren Verhandlungen durch die Abstimmung in der französischen Nationalversammlung am 30.8.1954. Meiner Meinung nach wurde die französische Weigerung zum großen Teil durch den Umstand beeinflusst, daß der Inhalt des Abkommens Frankreich daran gehindert hätte, eine unabhängige atomare Streitmacht aufzubauen, und daß es sich, obwohl dazu entschlossen, sich mit Deutschland über sehr viele Punkte zu einigen, die Möglichkeit dieses autonomen Machtfaktors erhalten wollte. Die Angelegenheit wurde mit Hilfe der Engländer durch die Pariser Abkommen vom 23.10.1954 zur Zufriedenheit Frankreichs geregelt, bis dann de Gaulle zurück an die Macht kam; vgl. Jacques BARIÉTY, *La décision de réarmer l'Allemagne, l'échec de la Communauté Européenne de Défense et les accords de Paris du 23 octobre 1954, vus du côté français*, in: *Revue Belge de Philologie et d'Histoire*, 71 (1993), S. 354–383; DERS., *Frankreich und das Scheitern der EVG*, in: Rolf STEININGER (Hg.), *Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage*, München 1993, S. 99–131.

Auf französischer Seite blieb die Furcht vor einem neuen »Rapallo« virulent, einer deutsch-sowjetischen Verbindung gegen den Westen bzw. einer deutschen Schaukelpolitik zwischen Ost und West. Dieser »Rapallo-Komplex« leitete zu dieser Zeit maßgeblich die französische Deutschlandpolitik (denken wir nur daran, wie einige Jahrzehnte später die französischen Befürchtungen angesichts der deutschen Ostpolitik der 1970er Jahre¹⁵ aussehen sollten, oder während der Wiedervereinigung von 1989/90!). Es handelte sich hier auf deutscher wie auf französischer Seite um mächtige psychologische Barrieren, die in den Jahren 1948/49 wirkten und von Adenauer und de Gaulle mit dem Vertrag vom Januar 1963 definitiv überwunden werden sollten.

Und was dachte de Gaulle in den Jahren 1946 bis 1958, zwischen seinem Rücktritt und seiner Rückkehr an die Macht, von der Deutschland- und Europapolitik, die von den Regierungen der IV. Republik betrieben wurde? Von der sehr harten Politik, die er in den Jahren 1944/45 zur Sicherheit Frankreichs gegenüber Deutschland zunächst hatte führen wollen, ließ er angesichts der immer deutlicher werdenden sowjetischen Bedrohung allmählich ab.¹⁶ Mehrere Male machte er deutlich, daß er dem neuen Deutschland gegenüber positiv gesonnen war und sogar Interesse an einer Zusammenarbeit habe. Gleichzeitig lehnte er die »europäischen« Verträge ab, in deren Rahmen die deutsch-französische Zusammenarbeit eingebettet war, weil sie für ihn den Verlust der nationalen Souveränität bedeuteten, so daß er, direkt oder indirekt, zum wichtigsten Gegner der EVG wurde und ihr Scheitern maßgeblich betrieb.¹⁷ Als der General 1958 wieder die Regierungsgewalt übernahm, stellten sich die bundesdeutschen Verantwortlichen daher umgehend die Frage, wie wohl seine Politik gegenüber Europa, der Atlantischen Allianz und gegenüber der Bundesrepublik ausfallen würde.

Seit dem Kolloquium von 1990 sind die französischen Archive geöffnet worden, und zahlreiche Publikationen sind erschienen, darunter auch eine Auswahl von Dokumenten des Quai d'Orsay innerhalb der großen Sammlung

¹⁵ Vgl. Andreas WILKENS, *Accord et désaccord. La France, l'Ostpolitik et la question allemande 1969–1974*, in: Ulrich PFEIL (Hg.), *La RDA et l'Occident 1949–1990*, Asnières 2000, S. 357–378.

¹⁶ Außer den *Memoires des Generals* (letzte Ausgabe Paris 2000), bei denen man immer daran denken sollte, daß es sich um ein politisches Werk und nicht um die Arbeit eines Historikers handelt, ist auch das Buch eines sehr engen Mitarbeiter heranzuziehen, Pierre MAILLARD, *De Gaulle et le problème allemand*, Paris 2001; Ernst WEISENFELD, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986; Knut LINSEL, *Charles de Gaulle und Deutschland, 1914–1969*, Sigmaringen 1998.

¹⁷ Zur militärischen Dimension der deutsch-französischen Beziehungen seit Oktober 1954 verfügen wir über das informative Buch von Georges-Henri SOUTOU, *L'Alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996.

der Documents diplomatiques français (DDF),¹⁸ die uns neue Einsichten gegeben haben. Das erste Treffen zwischen dem General und dem Kanzler fand in Colombey-les-deux-Églises statt, am 14. September 1958 auf dem Familiensitz des Generals. Die wichtigste französische Quelle, über die wir lange Zeit verfügten, war die Schilderung von de Gaulle, so wie er sie in seinen Memoiren niedergeschrieben hatte, eine im Jahr 1970 festgehaltene Schilderung. Wer sich das Originalprotokoll des Gesprächs anguckt, das 1993 in den DDF¹⁹ veröffentlicht wurde, kommt schnell zu der Einsicht, daß dieser ersten Begegnung in den Memoiren eine entscheidende Bedeutung zugemessen wird. Dies trifft zweifellos für das Klima des persönlichen und gegenseitigen Vertrauens zu,²⁰ doch fällt darüber hinaus auf, daß der General Worte, Überlegungen und Verpflichtungen hinzugefügt hatte, die erst im Verlauf weiterer Gespräche ausgesprochen wurden.²¹ In Colombey sprachen die beiden Staatsmänner über Geschichte, Geschichtsphilosophie und die Zukunft der Geschichte in sehr groben Zügen. Adenauer versicherte, daß der Nationalsozialismus tot sei und in Deutschland keine Zukunft mehr habe. Diese Auffassung teilte de Gaulle und fügte hinzu, daß er in den Jahren 1944/45 nicht wissen konnte, wie sich Deutschland entwickeln würde, doch glaube er mittlerweile auch, daß die Deutschen ihre Vergangenheit überwunden hätten. Sie waren sich einig über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik, um der Bedrohung aus dem Osten (aus »Asien« laut de Gaulle) zu begegnen und ein Europa (»das ganze Europa« laut de Gaulle) aufzubauen,

¹⁸ Vgl. Anm. 2. Die DDF-Bände zur französischen Außenpolitik zwischen 1958 und 1963 sind zwischen 1993 und 2000 veröffentlicht worden und vermitteln eine erste Vorstellung davon, was neuere Arbeiten weiter ausgeführt haben, vgl. Ansbert BAUMANN, Die organisierte Zusammenarbeit. Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Élysée-Vertrags (1958–1963), Ludwigsburg 2002 (dfr compact, 1). Von 1959 bis 1964 war ich in Bonn im Auswärtigen Amt beschäftigt, um an der Veröffentlichung der Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 mitzuarbeiten; zwar konnte ich keineswegs von Indiskretionen zu aktuellen Fragen profitieren, aber ich befand mich dennoch »mitten-drin«. Zudem behalte ich eine getreue und respektvolle Erinnerung an François Seydoux, Botschafter Frankreichs in Bonn bis Juli 1962, und an Roland de Margerie, Botschafter ab August 1962, die mich mit ihrem Vertrauen beehrt haben. Als sie später im Ruhestand waren, haben sie mir einige Vertraulichkeiten mitgeteilt.

¹⁹ Vgl. DDF 1958, Bd. 13, Dok. 155. Der veröffentlichte Text hat einige unbedeutende, aber dennoch bedauerliche Kürzungen erfahren. Ich konnte für das Kolloquium von 1990 auf das vollständige Dokument zurückgreifen.

²⁰ Vgl. Jacques BARIÉTY, Die Rolle der persönlichen Beziehungen zwischen Adenauer und General de Gaulle, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958–1969, Bonn 1985, S. 12–27.

²¹ Zwischen 1958 und 1962 sahen sich de Gaulle und Adenauer 15 Mal, sie schrieben sich ca. 40 Briefe und unterhielten sich insgesamt mehr als 100 Stunden, unter vier Augen oder in Anwesenheit der Minister.

das dank »ständiger Kontakte« zwischen den Regierungen in Paris und Bonn vor dieser Bedrohung und vor unwillkommenen Initiativen aus Amerika geschützt werden solle, dessen Freund man allerdings bleiben wolle. Eine präzise Entscheidung trafen beide jedoch nicht, und Berlin, Oder-Neiße und Atom kamen im Text des Protokolls nicht vor.²² Dennoch sollte sich der Besuch in Colombey in der Folgezeit als ein Gründungsakt erweisen.

Nicht zu übersehen war jedoch zum damaligen Zeitpunkt, daß die hauptsächliche Sorge de Gaulles 1958 nicht etwa die deutsch-französische Zusammenarbeit war, sondern der Algerienkrieg und seine schweren Auswirkungen auf die französische Politik. Er blieb auch bis 1962 die hauptsächliche Sorge des Generals, der erst nach der Beendigung des Krieges seine Handlungsfreiheit zurückgewann.²³ Seine zweite Sorge galt den französischen Institutionen, die er mit einer neuen Verfassung und der Einführung der Direktwahl des Präsidenten reformieren wollte. Seine dritte Sorge war, Frankreich im Prozeß der großen internationalen Entscheidungen einen Platz zu verschaffen. Auf diesem Weg strebte er 1958 danach, zusammen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien ein Dreier-Direktorium im Atlantischen Bündnis einzurichten. Zu dieser Frage schickte er Memoranden nach London und Washington, zwei Tage nach dem Besuch von Adenauer in Colombey, dem er nicht ein einziges Wort davon gesagt hatte, was die erste Krise in ihrer keimenden Freundschaft auslöste.²⁴

Im Falle der Römischen Verträge, die bereits ratifiziert waren, ließ sich de Gaulle vielleicht von Maurice Couve de Murville, Jacques Rueff und anderen überzeugen, sie auf den Weg zu bringen und den Prozeß sogar zu beschleunigen, um ihre Anwendung in dem von ihm gewünschten Sinne zu beeinflussen, d.h. die Entscheidungsgewalt der Staaten zu erhalten und die Kommission in Brüssel auf ein ausführendes Organ zu reduzieren.²⁵

²² De Gaulle hatte schon im Juni/Juli 1958 auf anderem Wege bei den Deutschen verlauten lassen, daß jegliche atomare Zusammenarbeit ausgeschlossen war, und setzte so dem ein Ende, was unter den vorausgegangenen Regierungen angefangen worden war.

²³ Vgl. Jean-Paul CAHN, Klaus-Jürgen MÜLLER (Hg.), *La République fédérale d'Allemagne et la Guerre d'Algérie (1954–1962)*, Paris 2003.

²⁴ Vgl. DDF 1958, Bd. 13, Dok. 165, 17. 9.; 170, 18. 9.; 227, 7.10.1958. Der britische Premierminister, Harold Macmillan, informierte Adenauer über die Pläne de Gaulles während eines Besuches in Bonn. Der Bundeskanzler brachte seine Beunruhigung in einem Brief an den General vom 10.10. zum Ausdruck, der ihn in seinem Brief vom 15. zu beruhigen versuchte. Vgl. Charles DE GAULLE, *Lettres, Notes et Carnets*, Bd. 8: juin 1958 – décembre 1960, Paris 1985, S. 109–110.

²⁵ In Colombey sagte de Gaulle: »Ich bin persönlich positiv eingestellt gegenüber der Idee eines Gemeinsamen Marktes. Ich war niemals für das Supranationale, aber ich glaube an den Wert der Kooperation zwischen Staaten [...]. Wir treten in den Gemeinsamen Markt in gutem Glauben ein [...]. Wir wollen nicht, daß die Freie Handelszone den Gemeinsa-

Am 26. November 1958 trafen sich Adenauer und de Gaulle von mehreren ihrer Minister begleitet in Bad Kreuznach;²⁶ man sprach vom Gemeinsamen Markt, jedoch nicht von Berlin, wie es Adenauer beabsichtigt hatte. Erst später, nach dem Ultimatum von Nikita Chruschtschow vom 27. November, der den Rückzug der alliierten Truppen forderte, sprang der General dem Kanzler bei. Hingegen informierte er ihn über seine geheime Hoffnung, eines Tages die Staaten des Ostens, einschließlich Rußlands, das »gefährlich, aber nicht feindlich« sei, zu Westeuropa hinüberziehen zu können. Diese Worte beunruhigten Adenauer erneut, der antwortete: »Die russische Gefahr existiert, wir können auf die amerikanische Hilfe nicht verzichten«.

Das Jahr 1959 erlebte wichtige Veränderungen, die sich aus dem Berlin-Ultimatum von Chruschtschow und dem Plan zu einer Konferenz der Großen Vier ergaben. Die Bedeutung einer solchen Zusammenkunft konnte auch de Gaulle nicht übersehen, der sich dieser Thematik schneller als gedacht zuwenden mußte. Am 3./4. März kam Adenauer in Begleitung seines Außenministers Heinrich von Brentano nach Paris und Marly-le-Roi.²⁷ Am Abend des 4. März versprach de Gaulle Adenauer seine volle Unterstützung in der Berlin-Krise und bekräftigte, daß die Glaubwürdigkeit der Atlantischen Allianz auf dem Spiel stehe. Er schlug daher die Etablierung von besonderen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vor, »sei es in der Allianz, sei es außerhalb der Allianz«. Niemand sprach jedoch von einem Vertrag.

Am 25. März hielt de Gaulle seine berühmte Pressekonferenz, auf der er die Grundlinien seiner Deutschlandpolitik definierte:²⁸ die Wiedervereinigung Deutschlands zum gegebenen Zeitpunkt in »seinen aktuellen Grenzen« und eine »vertragliche Organisation für das ganze Europa«; keine Neutralisierung Deutschlands; und zum ersten Mal, Irrtum vorbehalten, gebrauchte der General den Ausdruck »Europa vom Atlantik zum Ural«.

Die Konferenz über Deutschland vom 11. Mai bis 5. August 1959 in Genf verlief ergebnislos. Im Mai verstarb John Foster Dulles, in den Adenauer volles Vertrauen hatte, das er Eisenhower nicht entgegen brachte; es ist anzunehmen, daß ihn diese Einstellung in seinem Entschluß bestärkte, die Sicherheit Deutschlands in der deutsch-französischen Kooperation zu suchen.²⁹

men Markt verhindert und uns erstickt [...]. Auf dieser Basis stimmen wir mit Deutschland überein«. Diese Worte wurden in der Publikation der DDF ausgelassen.

²⁶ Vgl. DDF 1958, Bd. 13, Dok. 370, Niederschrift der Gespräche von Bad Kreuznach. Hier auch das folgende Zitat.

²⁷ Vgl. DDF 1959, Bd. 14, Dok. 263.

²⁸ Vgl. Charles DE GAULLE, Discours et Messages, Bd. 3: mai 1958 – juillet 1962, Paris 1970, S. 82–94.

²⁹ Der Bundeskanzler sagte dies dem General in einem Vier-Augen-Gespräch am 2.12. vgl. dazu auch die folgende Fußnote.

Am 1. und 2. Dezember war Adenauer in Paris. Der Kanzler freute sich über die feste Haltung des Generals in der Berlin-Frage, die er der Gefahr eines Abrückens der Briten und der Möglichkeit eines Rückzugs der Amerikaner aus Europa gegenüberstellte.³⁰ Am Ende des Vier-Augen-Gesprächs mit dem General am Morgen des 2. Dezember ergriff Adenauer die Initiative, ihm die Etablierung von noch engeren Beziehungen zwischen den beiden Ländern vorzuschlagen: »Ich habe an keine bestimmte Organisation gedacht, aber über den Weg von Verträgen könnten wir unser Handeln über alle unsere Probleme abstimmen.«³¹ Das Wort »Verträge« war damit zum ersten Mal ausgesprochen; es stammte von Adenauer und er gebrauchte es im Plural. Der Vorschlag schien bei de Gaulle auf Gehör gestoßen zu sein, der, ohne das Wort »Verträge« aufzugreifen, im Verlaufe der Plenarsitzung am Nachmittag sagte: »Es scheint nötig zu sein, eine Methode zu entwickeln, um zukünftig die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland zu regularisieren [...]. Es ist wichtig, daß die beiden Länder einen gemeinsamen Weg finden, der sie für lange Zeit miteinander verbindet.«³²

1960 war ein Jahr voller Gefahren, aber auch von entscheidenden, wenn nicht gar endgültigen Fortschritten in der bilateralen Kooperation. Das Jahr hatte dennoch gut begonnen; die Telegramme, die Seydoux aus Bonn schickte, unterstrichen das hervorragende Klima in den deutsch-französischen Beziehungen. Der Besuch Chruschtschows in Frankreich, vom 23. März bis 2. April,³³ hatte daran nichts geändert. Am 12. Mai, am Tag bevor er in Paris eintraf, hatte sich der Kanzler »zu der ständigen Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen gratuliert.«³⁴ Am 14. Mai bekundete de Gaulle gegenüber Adenauer erneut seinen Entschluß, in der deutschen Frage in den Gesprächen mit dem Kremlführer standhaft zu bleiben, und schlug sogar eine engere Zusammenarbeit vor, insbesondere im Bereich der Verteidigung, wozu sich Adenauer umgehend bereit erklärte.³⁵ Es ist bekannt, daß der »Gipfel« von Paris am 16. und 17. Mai scheiterte, weil die Sowjets kurz zuvor das amerikanische Spionageflugzeug U2 abgeschossen hatten und Chruschtschow diesen Vorfall propagandistisch ausschachten wollte.³⁶

³⁰ Vgl. DDF, Bd. 16, Dok. 263.

³¹ Ibid. S. 664.

³² Ibid. S. 669.

³³ Vgl. DDF 1960, Bd. 17, Dok. 146.

³⁴ Ibid. Dok. 214.

³⁵ Ibid. Dok. 221. In diesem Vier-Augen-Gespräch vom 14.5. im Élysée-Palast informierte de Gaulle Adenauer darüber, daß er Chruschtschow zwei Monate zuvor gesagt habe, daß die BRD keine Bedrohung mehr darstelle.

³⁶ Ibid.

Unvorhergesehen verschlechterte sich das Klima der deutsch-französischen Beziehungen jedoch Ende Mai 1960, und die Verstimmung sollte bis zum Treffen zwischen dem General und dem Bundeskanzler in Rambouillet Ende Juli anhalten. Die Gründe dafür lagen in den Erklärungen von Premierminister Michel Debré und de Gaulle selbst. Der erste gelungene französische Atom-bombentest fand am 13. Februar 1960 in der Sahara statt. Debré erklärte vor einer Kommission der Nationalversammlung, daß der Besitz der Bombe Frankreich erlaube, seine Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Großbritannien enger zu knüpfen und die Länder, die nicht die Bombe besäßen, nur Satellitenstaaten seien; als diese Nachricht an Adenauers Ohr kam, reagierte er verärgert.³⁷ De Gaulle erklärte in einer Fernsehansprache am 31. Mai, daß er, obwohl er die Notwendigkeit eines »westlichen Europas« und der »Atlantischen Allianz« anerkenne, »keinen direkten Streitfall zwischen Frankreich und Rußland erkenne« und »die wahrscheinliche Entwicklung der Regime« es eines Tages ermöglichen werde, »eine europäische Entente vom Atlantik bis zum Ural zu errichten«.³⁸ Diese Einschätzung weckte dann wiederum die alten Schreckensvisionen des Kanzlers.

De Gaulle und Adenauer trafen sich am 29. und 30. Juli, begleitet von ihren wichtigsten Ministern,³⁹ zu mehreren Vier-Augen-Gesprächen und Plenarsitzungen. Die Unterredungen waren von außerordentlicher Wichtigkeit, denn sie ermöglichten die Beendigung der Verstimmung und das Fortschreiten auf dem Weg zu einer engeren Zusammenarbeit; einige meinen sogar, auf dem Weg zu privilegierten bilateralen Beziehungen; die Delegationen sprachen über eine weltweite Nuklearstrategie und den politischen Aufbau eines Europas der Sechs. Beide Themen waren in der Denkweise de Gaulles miteinander verbunden,⁴⁰ denn bei ihm herrschte die Überzeugung vor, daß er von den Amerikanern und Briten niemals eine Zustimmung zu einer französischen Kodirektion der Atlantischen Allianz erhalten würde. So war er zu einer Reform der Allianz mittels des Aufbaus einer europäischen politischen Union entschlossen, eines Zusammenschlusses, der den Standpunkt Frankreichs teilen und mehr Gewicht als Frankreich allein haben sollte. Ein Europa mit sechs

³⁷ Adenauer zeigte de Gaulle gegenüber seine schlechte Laune gleich zu Beginn ihres Gesprächs vom 29.7.1960, DDF 1960, Bd. 18, Dok. 54, S. 164, Note 1 und S. 165, Note 1.

³⁸ DE GAULLE (Anm. 28), S. 217–221.

³⁹ Die Protokolle der Gespräche sind vollständig publiziert in den DDF 1960, Bd. 18, Dok. 54. Debré, der in Madagaskar war, nahm an dem Treffen nicht teil. Couve de Murville stand dem General zur Seite. De Gaulle erwähnte in seinen Memoiren die Gespräche in Rambouillet nicht.

⁴⁰ In diesem Punkt teile ich völlig die Analyse von SOUTOU (Anm. 17), S. 158–166; vgl. auch Jacques BARIÉTY, *Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet, prélude au plan Fouchet et au traité de l'Élysée*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 29 (1997) 2, S. 167–176.

gleichberechtigten Partnern oder ein Europa mit einem deutsch-französischen Motor, der die anderen vier mitzog? Hierüber gibt es noch immer eine historische Debatte.⁴¹ Halten wir aber vorerst fest, daß de Gaulle, zweifellos um die Wut von Adenauer zu beschwichtigen, diesem gleich in ihrem ersten Vier-Augen-Gespräch am Morgen des 29. Juli sagte: »Diese Situation beinhaltet unbestreitbar eine Union zwischen Frankreich und Deutschland und wird ohne Zweifel ab einem bestimmten Zeitpunkt diese [die Bundesrepublik oder eine deutsch-französische Union?; J.B.] mit einbeziehen sowie über Nuklearwaffen verfügen.«⁴² Zweifellos glaubte der General etwas zu weit gegangen zu sein, und er besann sich anders, denn er sagte dem Kanzler in ihrem zweiten Vier-Augen-Gespräch am Nachmittag des 29. Juli, »daß er ihm, nach einer Bedenkzeit, am folgenden Tag eine persönliche Note übergeben werde«.⁴³ Das war die berühmte handschriftliche Note des Generals vom 30. Juli 1960, in der er folgende Vorschläge machte: »eine organisierte Zusammenarbeit der Staaten [...] ausgehend von Frankreich und Deutschland, an der zunächst Italien, Holland, Belgien und Luxemburg teilnehmen sollten«, eine Reform der Atlantischen Allianz und »periodische und regelmäßige« Treffen der »höchsten Verantwortlichen« der Sechs; »die nötigen Initiativen dazu sollten der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler ergreifen«.⁴⁴ Man erkennt die besondere Bedeutung dieses Textes, der zwischen den Zeilen bereits den Geist des zukünftigen Vertrages, der deutsch-französischen Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen den europäischen Partner durchscheinen ließ. De Gaulle war entschlossen, schnell voranzugehen. Bereits am 1. August schrieb er an Couve de Murville: »Wir müssen das Eisen schmieden, solange es noch heiß ist [...]. Es wird zuerst eine deutsch-französische Angelegenheit sein, die sofort auf den Weg gebracht werden sollte«.⁴⁵ Aber die Dinge kamen nicht voran; Adenauer stieß in seiner eigenen Regierung auf Opposition, wo selbst der getreue Brentano beunruhigt war. Er stand zudem unter dem Druck von Eisenhower, so daß auch der Besuch in Bonn von Debré und Couve am 7./8. Oktober 1960 noch keinen durchschlagenden Erfolg haben konnte.⁴⁶

Das Jahr 1961 verkomplizierte die internationale Lage und verzögerte die Pläne de Gaulles durch die Wahl von Kennedy, der neue ehrgeizige Projekte verfolgte, sowie durch die offizielle Beitrittskandidatur Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt und den Bau der Berliner Mauer am 13. August. Aber

⁴¹ Vgl. BAUMANN (Anm. 17), S. 16–19, der die Debatte mit zahlreichen bibliographischen Angaben versehen auf den Punkt bringt.

⁴² Französisches Protokoll, Dok. 54, S. 166.

⁴³ Ibid. S. 172.

⁴⁴ DE GAULLE (Anm. 24), S. 382–383.

⁴⁵ Ibid. S. 383–384.

⁴⁶ Protokoll der Gespräche, DDF 1960, Bd. 18, Dok. 162.

der General gab seine Idee nicht auf, gedachte jedoch, sie anders zu präsentieren. Am 9. Februar, am Vorabend einer Konferenz der sechs Staats- und Regierungschefs des damaligen Europas in Paris, kamen er und Adenauer in einem Vier-Augen-Gespräch überein, am nächsten Tag ihren vier Partnern regelmäßige Treffen zwischen den Regierungschefs und den Außenministern vorzuschlagen; Verteidigungsfragen sollten vorerst außer acht bleiben, und auch eine »europäische Verfassung stand für de Gaulle nicht auf der Tagesordnung. Ihm ging es um den Beginn eines gemeinsamen Lebens auf der Grundlage einer Übereinstimmung zwischen Frankreich und Deutschland.«⁴⁷ Die Konferenz der Sechs am 10./11. Februar bestätigte nicht gleich die deutsch-französischen Vorschläge von periodischen und regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs, sondern nahm die Idee auf, eine Kommission mit der Studie über eine politische Zusammenarbeit zu beauftragen.⁴⁸

Nun begannen die Verhandlungen über das, was als »Fouchet-Plan« in die Geschichte einging und nach dem französischen Diplomaten benannt wurde, der die Arbeiten leitete. Hier ist nicht der Ort, um alle unvorhergesehenen Zwischenfälle in Erinnerung zu rufen, denn diese Arbeiten, die von März 1961 bis April 1962 dauerten, brachten keinerlei Fortschritte, weder in den deutsch-französischen Beziehungen noch im politischen Aufbau zwischen den Sechs. Trotz der Anstrengungen zum Auftakt, ja sogar der Konzessionen auf französischer Seite, scheiterten die Fouchet-Verhandlungen an den Forderungen der Niederländer und Belgier, die Briten sofort und ohne Vorbedingungen an den Gesprächen zu beteiligen. Wichtig ist darauf hinzuweisen, das die Fouchet-Verhandlungen, die zumindest vorübergehend einen Rückgang der bilateralen deutsch-französischen Beziehungen verursachten, nicht die Fortsetzung der persönlichen und privilegierten politischen Beziehungen zwischen dem General und dem Kanzler verhinderten, was nach dem Scheitern des »Fouchet-Plans« die rasche Wiederaufnahme der privilegierten Zusammenarbeit erleichterte.

Im März 1961 beschloß de Gaulle, der Bundesrepublik das Palais de Beaulieu zurückzugeben, so daß die deutsche Botschaft in Paris ihre Heimat zur  ckfand.⁴⁹ Am 20. Mai war der General in Bonn⁵⁰ und bestätigte seinen Entschluß, Frankreich die Mittel in die Hand geben zu wollen, um für seine

⁴⁷ Protokoll des Gesprächs in DDF 1961, Bd. 19, Dok. 59. Die zitierten Passagen stammen von de Gaulle. Sogleich »gab Bundeskanzler Adenauer seine volle Zustimmung«.

⁴⁸ Telegramm von Couve für die Dienststellen, 14.2.1961, DDF 1961, Bd. 19, Dok. 65.

⁴⁹ In seinem Dankesschreiben vom 27.3. schrieb Adenauer an de Gaulle: »Ich stimme völlig mit Ihnen darin überein, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland das Wichtigste von allem ist«, MAE/Paris, Secrétaire général [SG], C. 62.

⁵⁰ Am Morgen gab es ein Vier-Augen-Gespräch im Haus des Kanzlers und am Nachmittag eine Sitzung im Kanzleramt mit den Ministern und Botschaftern, DDF, Bd. 19, Dok. 249.

eigene Verteidigung Sorge zu tragen zu können. Brentano schlug vor, daß die militärische und moralische Solidarität der Sechs durch einen Vertrag bestätigt werden sollte. Wieder wurde das Wort »Vertrag« gebraucht, doch zog es de Gaulle vor, sich und den anderen Zeit zum Nachdenken zu geben. Der General und der Kanzler hielten jedoch ihr Ziel aufrecht, eine politische Union der sechs Staaten anzustreben. Sollten die anderen vier daran kein Interesse zeigen, wollten sie zu zweit voranschreiten. Vom 20. bis 23. Juni stattete Bundespräsident Heinrich Lübke Frankreich einen offiziellen Besuch ab, der erste Staatsbesuch seit dem Krieg.

Am 30. Oktober trat Brentano zurück und wurde an der Spitze des Auswärtigen Amtes von Gerhard Schröder ersetzt, der einem zu weitgehenden deutsch-französischen Bilateralismus skeptisch gegenüber stand und Ausdruck für die wachsende Opposition in Adenauers eigener Partei gegen die Politik des Kanzlers war.⁵¹ Am 9. Dezember war Adenauer erneut in Paris und hatte zwei lange Vier-Augen-Gespräche mit dem General;⁵² sie sprachen vor allem über die Sowjetunion und die Berlin-Frage, aber nicht über den politischen Aufbau Europas; die Fouchet-Verhandlungen waren zu diesem Zeitpunkt noch im Gange.⁵³

Nach dem Scheitern des »Fouchet-Plans« erfuhr der deutsch-französische Bilateralismus einen neuen Höhepunkt. Am 15. Februar 1962 trafen sich de Gaulle und Adenauer in Baden-Baden und konstatierten die Schwierigkeiten der Verhandlungen.⁵⁴ Am 19. März setzte der »Waffenstillstand« dem Krieg in Algerien ein Ende; de Gaulle hatte von nun an freie Hand und den festen Willen, dem französischen Volk – und der französischen Armee – neue Ziele und neue Träume zu geben. Am 14. April wurde Michel Debré durch Georges Pompidou als Premierminister abgelöst. Am 17. April sollte das Treffen der Außenminister der Sechs in Paris das Ende der Fouchet-Verhandlungen besiegeln. Am 26. April lud de Gaulle Adenauer zu einem offiziellen Besuch in Frankreich ein.⁵⁵ Am 15. Mai bezog er in einer Pressekonferenz Position gegen ein supranationales Europa und für einen Staatenbund.⁵⁶

⁵¹ Man sollte selbstverständlich nicht Gerhard Schröder, den CDU-Außenminister ab 1961, mit seinem Namensvetter, dem SPD-Bundeskanzler unserer Tage, verwechseln. Zur Biographie des Ersteren siehe Torsten OPPELLAND, Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002.

⁵² MAE/Paris, Dossier SG, C. 62.

⁵³ Du plan Fouchet au Traité franco-allemand de janvier 1963, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 19 (1997) 2.

⁵⁴ Vgl. DDF 1962, Bd. 21, Dok. 55.

⁵⁵ Vgl. Charles DE GAULLE, Lettres, Notes et Carnets, Bd. 9, Paris 1986, S. 234–235.

⁵⁶ Vgl. DERS. (Anm. 28), S. 402–417, hier S. 407.

Vom 2. bis 8. Juli 1962 fand der Besuch des Kanzlers in Frankreich statt, gekennzeichnet von politischen Gesprächen und symbolischen Gesten, deren spektakulärste der Gottesdienst in der Kathedrale von Reims war, berühmter Schauplatz der französischen Geschichte, heilige Krönungsstätte der Könige Frankreichs und Juwel des nationalen Kulturerbes, das die Geschosse der deutschen Artillerie 1915 schwer beschädigt hatten. Diese von überbordender Symbolik strotzende Veranstaltung war eine Einladung zur Versöhnung⁵⁷ und sollte für die Völker und die öffentliche Meinung ein Zeichen setzen. Trotz aller politischer und diplomatischer Zwischenfälle hatten sich die wechselseitigen Verflechtungen auf wirtschaftlicher, industrieller, finanzieller und kommerzieller Ebene mittlerweile vervielfacht; hinzu kamen die universitären Austauschprogramme, die Jugendtreffen, die gemeinsamen Ferienlager, die Städtepartnerschaften, die Eheschließungen etc.⁵⁸ Ein gemeinsames sozio-kulturelles Geflecht war im Entstehen. Die beiden Staatsmänner waren sich dessen bewußt und hielten deshalb die Zeit für gekommen, das menschliche Kapital im Dienste der politischen Kooperation zu mobilisieren.

Auf dem politischen Sektor setzten sich die Gespräche fort,⁵⁹ das wichtigste am 5. Juli: In der Plenarsitzung beschloß man einen neuen und letzten Versuch, das Projekt der politischen Union der Sechs durch die Vermittlung des Italieners Amintore Fanfani zu retten, und de Gaulle fragte plötzlich Adenauer, ob er, falls dieser Versuch scheitere, akzeptiere, »mit Frankreich eine politische Union zu schließen, die, durch die Macht der Umstände, auf zwei begrenzt sei«. Adenauer antwortete nach einem kurzen Schweigen: »Ja, wir sind bereit, diese Union zu akzeptieren, wenn wir Platz für andere lassen«; und er fügte hinzu: »Wenn diese Union existiert, wäre die UdSSR nicht mehr in der Lage, dem einen oder anderen von uns separate Vorschläge zu machen«.⁶⁰ Dennoch wurde noch nichts zu Form und Inhalt beschlossen bzw. diskutiert.

Fanfani konnte das Projekt der Sechs nicht retten, und vom 4. bis 9. September 1962 stattete de Gaulle der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch ab, den man ohne Übertreibung als triumphal bezeichnen kann. Mit meisterhafter Kunst der Inszenierung wandte sich de Gaulle in Deutsch, und ohne jegliche Notizen, an die Einwohner von Bonn und Köln, an die Arbeiter an der

⁵⁷ An diesem selben 8.7. nahmen General und Kanzler an einer gemeinsamen Militärparade von deutschen Panzereinheiten und französischen Fallschirmjägern in Mourmelon teil.

⁵⁸ »1958 ist die BRD zum ersten Lieferanten Frankreichs geworden, 1961 wurde sie zum besten Kunden; seit 1962 ist Frankreich zum besten Kunden und zum ersten Lieferanten Deutschlands geworden«, François BILGER, *Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1971. Bilan et perspectives*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 4 (1972) 3, S. 649–674.

⁵⁹ Vollständige Protokolle in: DDF 1962, Bd. 22, Dok. 4.

⁶⁰ Ibid. S. 40f.

Ruhr in Duisburg, an die Offiziere der Bundeswehr in Hamburg, an die Bayern in München und an die Jugend in Ludwigsburg.⁶¹ De Gaulle, der ehemalige Führer des französischen Widerstandes und Gegner der Nazis, der letzte Überlebende der vier großen Alliierten von 1945, kam nach Deutschland und richtete sich an die Deutschen in ihrer Sprache und als Freund. Das war das große Pardon, die Versöhnung. Der Historiker muß feststellen, daß keinem anderen französischen Politiker eine solche psychologische und politische Operation hätte gelingen können. Die sehr reelle Begeisterung der Massen ließ die Dinge endgültig reifen. De Gaulle und Adenauer waren von nun an fest entschlossen, ein bilaterales politisches Abkommen zu schließen.⁶²

In einem Vier-Augen-Gespräch am Morgen des 5. September schlug Adenauer de Gaulle vor, ihr Übereinkommen durch einen Briefwechsel und durch ein Protokoll zu konkretisieren, »eine schriftliche Vereinbarung [...], die so auch die Zeit nach den Personen, die gegenwärtig an der Macht sind, überleben könnte«.⁶³ Der anfangs zurückhaltende General gab schließlich sein Einverständnis zu der Abfassung »eines Memorandums, das das, was im Verlaufe der Gespräche gesagt wurde, festhalten wird«.⁶⁴ De Gaulle gab sogleich Couve die Anweisung, einen Entwurf für ein Memorandum nach seinen Anweisungen vorzubereiten; ein erster Entwurf wurde am nächsten Tag, am 6. September, vorbereitet, dann in Ruhe in Paris am 18. September redigiert und am 19. September an Adenauer abgeschickt.⁶⁵ All das zeigte die Eile des Generals. Der französische Entwurf fand sich fast unverändert im Inhalt des zukünftigen Vertragstextes wieder, mit seinen Rubriken Außenpolitik, Verteidigung, Erziehung und Jugend, und auch das Verfahren der regelmäßigen Treffen der französischen und deutschen Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen war hier bereits vorgesehen, aber de Gaulle präziserte genauso, daß es sich nicht darum handele, »ein formelles Abkommen zwischen den beiden Staaten zu schließen«, »ein präzises Programm« sollte genügen.

⁶¹ Vgl. Charles DE GAULLE, *Discours et Messages*, Bd. 4: August 1962 – Dezember 1965, Paris 1970, S. 6–18. Siehe auch DDF 1962, Bd. 22, Dok. 77, 80 und 95. Man beachte die von Roland de Margerie verfaßte psychologische Studie und den Anhang zu Dok. 95.

⁶² Der Tod stoppte de Gaulle bei der Fertigstellung seiner Memoiren, so daß diese im Juli 1962 enden. Wir verfügen deshalb weder über eine Erzählung aus eigener Hand von seiner Reise im September noch von den letzten Verzögerungen bis zur Unterzeichnung des Vertrages am 22.1.1963. Die politischen Gespräche, die der General im September 1962 führte, sind veröffentlicht worden; vgl. DDF 1962, Bd. 22, Dok. 67.

⁶³ *Ibid.* S. 178.

⁶⁴ *Ibid.* S. 181.

⁶⁵ Einige Exemplare dieser Dokumente, die in den DDF 1962 nicht veröffentlicht wurden, finden sich in MAE/Paris, Dossier SG, C. 68, 7. Eine interministerielle Kommission wurde in Paris eingerichtet und von François Seydoux geleitet, um die Angelegenheit weiter zu verfolgen und die Redaktion des endgültigen Textes vorzubereiten.

Das führt uns zu dem Schluß, daß der Inhalt dessen, was später der Vertrag werden sollte, zu einem großen Teil auf dem französischen Original basierte und die Züge des Generals trug. Aber wie ist man von einer einfachen Gebrauchsanweisung für die bilaterale Zusammenarbeit zu einem diplomatischen Vertrag in aller Form gelangt, der der Ratifizierung durch die Parlamente bedurfte? Hier handelt es sich um eine heute hinreichend bekannte Angelegenheit, deren einzelne Details an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden müssen.⁶⁶ Erinnern wir an dieser Stelle nur an das Wichtigste. Die bundesdeutsche Antwort auf den französischen Entwurf verzögerte sich aus verschiedenen Gründen: die Kuba-Krise, die Regierungskrise in Bonn, aber auch die Opposition in der politischen Klasse Westdeutschlands gegen einen deutsch-französischen Bilateralismus, der für zu weitgehend gehalten wurde. Am 16. und 17. Januar fanden in Paris schwierige Gespräche zwischen Couve de Murville und Schröder statt; zumindest wurde an einem erweiterten bilateralen Treffen im Januar festgehalten, und Couve sprach von »einer Art gemeinsamem Protokoll, das [dort] gebilligt werden könnte«.⁶⁷ Am 11./12. Januar 1963 wurde während eines Treffens von hohen Beamten in Bonn ein gemeinsamer Text fertiggestellt, der sich weitgehend am französischen Entwurf orientierte, aber dabei handelte es sich immer noch um ein einfaches »Protokoll«.⁶⁸ Der Wunsch zu einer Umwandlung in einen Vertrag kam von deutscher Seite und von Adenauer selbst. Der Kanzler wollte sich gegen die oppositionellen Kreise durchsetzen, die sich seiner Politik widersetzten, und zugleich seine Nachfolger binden (während der Krise im Herbst 1962 hatte er versprechen müssen, noch vor Jahresende 1963 zurückzutreten). Er teilte dies de Gaulle am Abend des 18. Januar mit.⁶⁹ Am 19. Januar improvisierte de Gaulle im Élysée-Palast ein Treffen mit einigen Ministern und hohen Beamten.⁷⁰ Es gibt Gründe anzunehmen, daß der General angesichts der Bedeutung dieser Angelegenheit beschloß, dem Wunsch des Kanzlers zu folgen.

⁶⁶ Vgl. über den Ablauf dieser Ereignisse zwischen September 1962 und Januar 1963 auf Grundlage der französischen Archive in: Jacques BARIÉTY, *De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée du 22 janvier 1963*, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), *De Gaulle en son siècle*, Bd. 5: *L'Europe*, Paris 1992, S. 352–364, hier S. 360–363. Das, was die deutschen Archive dazu beitragen konnten, wurde in den zahlreichen Publikationen von Hans-Peter Schwarz analysiert; neue archivalische und bibliographische Zusammenstellungen mit Verweisen in: BAUMANN (Anm. 18), S. 41–49.

⁶⁷ DDF 1962, Bd. 22, Dok. 201.

⁶⁸ Vgl. DDF 1963, Bd. 23, Dok. 24. An dieser Sitzung nahmen Charles Lucet, Direktor für politische Angelegenheiten, Charles Beaumarchais, Beauftragter für europäische Angelegenheiten, und Josef Jansen, Direktor für westeuropäische Angelegenheiten im AA, teil.

⁶⁹ Vgl. DDF 1963, Bd. 23, Dok. 26.

⁷⁰ Vgl. François SEYDOUX, *Dans l'intimité franco-allemande*, Paris 1977, S. 21f. Spuren dieses Treffens konnten in den heute zugänglichen Archiven nicht gefunden werden.

Am 20. Januar traf Adenauer in Paris ein; Jean Monnet belagerte ihn recht aufdringlich, um ihn davon abzubringen, ein bilaterales Abkommen zu schließen, aber vergebens. Die Gespräche zwischen dem General, dem Bundeskanzler und den betroffenen Mitarbeitern, die heute bestens bekannt sind, fanden am 21./22. Januar statt.⁷¹ Am 21. Januar sprach de Gaulle noch von einem »Übereinkommen zur Zusammenarbeit, das von den beiden Regierungen ausgearbeitet werden soll«, ⁷² am 22. Januar hingegen schon von »dem Vertrag, den wir unterzeichnen werden«. ⁷³ Die letzten Vorbereitungen für die Unterschrift noch am selben Tag unterstreichen die Eile der Entscheidung.

All das war das Ergebnis einer langen und komplexen Entwicklung. Im Verlauf der letzten Phase des Prozesses war der persönliche Einfluß von General de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer aus Gründen entscheidend, die mit ihren Plänen und mit der politischen Konjunktur des Augenblicks zusammenhängen. Die Idee für einen schriftlichen Text kam bereits 1959 von Adenauer; die Idee eines bilateralen Abkommens stammte von de Gaulle aus dem Jahr 1960; die Idee eines Vertrages mit Ratifizierung äußerte Adenauer ganz am Ende des Jahres 1962. Im Januar 1963 forderten die beiden Staatsmänner das Schicksal heraus. Ihre Entscheidung war nicht das Ergebnis einer Laune; sie reagierten auf lebendige und tiefe Bedürfnisse. Die 40 Jahre, die der Vertrag nun in Kraft ist, haben ausgereicht, um uns davon zu überzeugen, trotz aller Zufälle und Risiken, die ihn begleitet haben.

(Übersetzung: Birgit Schöne-Martens)

⁷¹ Die Aufzeichnungen wurden in den DDF 1963, Bd. 23, Dok. 38, veröffentlicht.

⁷² Ibid. S. 100.

⁷³ Ibid. S. 114.

HENRI MÉNUDIER

ADENAUER, DE GAULLE UND DER ÉLYSÉE-VERTRAG NACH ALAIN PEYREFITTE

Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages¹ ist es sehr nützlich, sich noch einmal sehr genau die Äußerungen von General de Gaulle anzuschauen, so wie sie Alain Peyrefitte niedergeschrieben hat, der mit de Gaulle zwischen 1959 und 1969 mehr als 300 Gespräche führte. Die getreue Niederschrift, bereichert durch zahlreiche Beobachtungen aus den Kabinettsitzungen oder anderen wichtigen Treffen, zeigt die Ausformung der Politik des Generals. In diesen Texten findet der Leser die Analyse der französischen und internationalen Probleme und seine manchmal recht hart formulierten Urteile über die bedeutendsten Persönlichkeiten dieser Epoche. Sehr viel weniger verklausuriert als bei den Diplomaten ist der Stil des Generals lebhaft und aufgeweckt, manchmal mit überraschenden Ausdrücken gewürzt.

1925 geboren, ehemaliger Schüler der École normale supérieure (ENS) und der École nationale d'administration (ENA) begann Alain Peyrefitte (†1999) mit 22 Jahren seine diplomatische Karriere, in deren Verlauf er zu einem bekannten Spezialisten für China wurde.² 1958 zum Abgeordneten und Bürgermeister von Provins (Seine-et-Marne) gewählt – eine Stadt, in der er bis 1995 Bürgermeister bleiben wird –, machte er eine lange politische Karriere in den Reihen der Gaullisten. Er trat 1962 in die Regierung ein und blieb dort mit einigen Unterbrechungen bis 1981. Zu Zeiten von General de Gaulle war er nacheinander Informationsminister (1962–1966), Minister für wissenschaftliche Forschung und Atom- und Raumfahrt (1966–1967) und schließlich Minister für nationale Erziehung (1967–68). Von 1962 bis 1966 war er außerdem noch Regierungssprecher und der Sprecher General de Gaulles. 1977 wurde er in die Académie française aufgenommen.³

¹ Vgl. die Bilanz zum 30. Jahrestag: Henri MÉNUDIER (Hg.), *Le couple franco-allemand en Europe*, Asnières 1993.

² Vgl. Alain PEYREFITTE, *Quand la Chine s'éveillera*, Paris 1973.

³ Vgl. Jean-Claude MICHAUD, Alain Peyrefitte. *Biographie*, Paris 2002.

Die Besonderheit des »Zeugnisses« von Alain Peyrefitte – der sich dagegen verwahrt, *Memoiren*⁴ geschrieben zu haben – besteht darin, nach 30 Jahren der Öffentlichkeit seine Aufzeichnungen aus der Zeit zugänglich zu machen, die er damals Tag für Tag niedergeschrieben hatte. Peyrefitte wollte also kein durch die Erinnerung aufgefrischtes Zeugnis ablegen, sondern eine wirkliches Dokument, eine »Quelle« aus erster Hand liefern, was die Zeitspanne von 30 Jahren vor der Publikation – die nach dem Gesetz von 1979 auch für die Konsultation der öffentlichen Archive gilt – als solche auch legitimieren sollte. Die typographische Form macht es dem Leser sofort möglich, zwischen der Niederschrift der noch ganz »heißen« Notizen und dem »Bindegewebe«, das der Autor zum Zeitpunkt der Vorbereitung der Veröffentlichung 1993–1994 den Beobachtungen hinzugefügt hat, zu unterscheiden. Die Bedeutung dieses Werkes liegt unter anderem darin, daß es die »Memoiren der Hoffnung«⁵ von de Gaulle vervollständigt, die aufgrund des Todes des Generals am 9. November 1970 unvollendet blieben, und die eine »wiederhergestellte« Erzählung für die Geschichte sind.⁶ De Gaulle hatte also nicht die Zeit, seine eigene Darstellung vom Élysée-Vertrag zu geben, weder vom französischen Weg zum Vertrag und noch von der enormen Enttäuschung, die auf die Hinzufügung der Präambel durch den Bundestag folgte, die das Dokument seines eigentlichen Sinnes beraubte.

Der Historiker muß deshalb auf andere Quellen zurückgreifen, um die Lücke zu füllen. Selbstverständlich sind die Erinnerungen von Peyrefitte dabei nicht das einzige Werk. Von den zahlreichen »Zeugnissen« über den General und über die deutsch-französischen Beziehungen in den 1960er Jahren⁷ wollen wir nur zwei nennen, in denen die Beziehung de Gaulles zu Deutschland im Zentrum der Darstellung steht: das Werk von Pierre Maillard, Germanist und

⁴ Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. 1: »La France redevient la France«, Paris 2002, S. 9.

⁵ Charles DE GAULLE, *Mémoires d'espoir*, Bd. 1: *Le renouveau*, 1958–1962; Bd. 2: *L'effort*, 1962–... (beim Tode des Generals waren nur zwei Kapitel für die Veröffentlichung fertiggestellt), Paris 1970/71.

⁶ Mit Bezug auf die »Mémoires d'espoir« kommentiert Jean-Louis Crémieux-Brilhac: »Die Mémoires d'espoir sind seine letzte Mission, wichtiger noch als das Regieren [...] In Wirklichkeit wollen die Mémoires d'espoir mehr noch als die Mémoires de guerre, ein Bouquet von Lektionen im Stile einer Erzählung sein. Sie sind im übrigen auch ein Testament. Und mehr noch als die Mémoires de guerre, die eine Lücke in den historischen Kenntnissen ausfüllten, war die getreue Nacherzählung der Ereignisse dem Bild, das von ihnen blieb, untergeordnet«; Einleitung zur Edition der Memoiren von de Gaulle in der Reihe Pléiade, Paris 2000, S. XLIX und LI.

⁷ Bezüglich der großen Unterschiede und dem Wert dieser Zeugnisse, vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*, München 2001, S. 23–24.

ehemaliger französischer Botschafter, und das von Hermann Kusterer, dem Übersetzer von Bundeskanzler Konrad Adenauer. Pierre Maillard war von 1959 bis 1964 der diplomatische Berater des Generals, und er hat sein Werk nicht nur durch seine persönlichen Erinnerungen bereichern können, sondern greift auch auf die der anderen Mitarbeiter und Vertrauten von de Gaulle zurück, die er befragt hat. Gleichzeitig bemühte er sich – auch wenn er sich dagegen verwahrt – die Arbeit eines Historikers zu tun, so daß er den Weg in die Archive antrat.⁸ Das *Œuvre*, das dabei entstand, ist eine minutiöse Arbeit, analytisch und interpretierend, mit zeitlichem Abstand geschrieben, viel mehr als nur eine unbearbeitete Erinnerung, sondern eher mit einer »Quelle« vergleichbar. Das Werk von Hermann Kusterer ist aufgrund der gewählten Methode dagegen eher ein Zeitzeugnis.⁹ Der Autor schreibt seine Erinnerungen nieder und behauptet nicht, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein (»Das ist meine Geschichte, und nur die meine«¹⁰). Und Kusterer hat »die Pflicht zur Zurückhaltung«, von der Alain Peyrefitte spricht, offenbar noch weiter getrieben: Tatsächlich hat der Übersetzer des Bundeskanzlers regelmäßig seine Arbeitsnotizen vernichtet, sobald eine Mission beendet war. Um die Veröffentlichung seines Werkes vorzubereiten, hat er auf die Memoiren von de Gaulle und Adenauer,¹¹ auf Publikationen von Originaldokumenten¹² und auf eine sehr beschränkte Zahl von direkten Zeugenaussagen (Maurice Couve de Murville,¹³ Pierre Maillard,¹⁴ Horst Osterheld¹⁵) zurückgegriffen und dabei bewußt auf die Benutzung von sogenannter »Sekundärliteratur« verzichtet. Es handelt sich also sicherlich um ein Zeugnis, das 30 Jahre nach den Ereignissen wieder rekonstruiert wurde. Man sieht dagegen bereits in der Gegenüberstellung die Besonderheit der Arbeit des Chronisten Alain Peyrefitte: Nach einem Zeitraum, den ihm die »Zurückhaltung« auferlegt hatte, galt es seine unmittelbaren Zeugenaussage zu rekonstruieren, die er noch unter dem direkten Eindruck der Ereignisse niedergeschrieben hatte. Deshalb waren die Kommentatoren, als

⁸ Pierre MAILLARD, *De Gaulle et l'Allemagne. Le rêve inachevé*, Paris 1990, S. 14–15.

⁹ Hermann KUSTERER, *Der Kanzler und der General*, Stuttgart 1995.

¹⁰ *Ibid.* S. 11.

¹¹ Konrad ADENAUER, *Erinnerungen*, 4 Bde., Stuttgart 1965–1968; DE GAULLE, (Anm. 5).

¹² Konrad ADENAUER, *Briefe 1949–1951 und Briefe 1951–1953*, Berlin 1985/1987; DERS., *Teegespräche 1950–1954, Teegespräche 1955–1958, Teegespräche 1959–1961, Teegespräche 1961–1963*, Berlin 1984–1992; Charles DE GAULLE, *Lettres, Notes et Carnets*, 12 Bde., Paris 1980–1988; DERS., *Discours et Messages*, 5 Bde., Paris 1970.

¹³ Maurice Couve DE MURVILLE, *Une politique étrangère, 1958–1969*, Paris 1973.

¹⁴ Vgl. MAILLARD (Anm. 8), S. 14–15.

¹⁵ Horst OSTERFELD, *Konrad Adenauer – Ein Charakterbild*, Bonn 1973; DERS., »Ich gehe nicht leichten Herzens...« – Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1986; DERS., *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard, 1963–1966*, Düsseldorf 1992.

»C'était de Gaulle« erschien, so begeistert von der Lebendigkeit dieser Worte, die General de Gaulle wieder auferstehen ließen.¹⁶

Es ist deshalb völlig legitim, diese direkte Zeugenaussage eines »Getreuen« des Generals heranzuziehen, um zu versuchen, die Einstellung de Gaulles zur Bundesrepublik zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages nachzuvollziehen. Die folgende Studie beschäftigt sich daher insbesondere mit den Reisen Adenauers nach Frankreich und de Gaulles nach Deutschland im Juli und September 1962, mit den Erwartungen, die de Gaulle in den Vertrag vom 22. Januar setzte und mit den Enttäuschungen (begrenzt unter Adenauer, heftig unter Erhard), die folgen sollten. Seine Meinung über den Zustand der Bundesrepublik und über die Politiker macht deutlich, was beinahe zum anfänglichen Scheitern des Vertrages geführt hätte und beleuchtet in einem grellen Licht den Wandel der deutsch-französischen Beziehungen während der Vertragsverhandlungen und als Folge des Vertrages.¹⁷

I. Die Bewunderung de Gaulles für Adenauer

Nach Ende des Algerienkrieges im Frühjahr 1962, dem definitiven Scheitern der Fouchet-Pläne im April¹⁸ und der britischen Unentschiedenheit in bezug auf Europa (erneut bestätigt bei dem Treffen zwischen Macmillan und General de Gaulle in Champs-sur-Marne am 2. und 3. Juni¹⁹), hatte der General nur noch Augen für Adenauer. Im vorausgehenden Jahr (vom 20. bis 23. Juni 1961) hatte er den Präsidenten der Bundesrepublik, den Christdemokraten Heinrich Lübke,²⁰ zu einem offiziellen Besuch empfangen, aber er hatte in ihm nur einen »Kaminaufsatz gesehen, der nicht zählt«²¹. Bundeskanzler Adenauer hingegen verkörperte für ihn Deutschland: Also beschloß er, alle Register zu

¹⁶ Der Journalist Patrick Jarreau schrieb in *Le Monde* vom 21.10.1994: »Die Überraschung raubt einem den Atem. Man öffnet mit viel Vorfreude das Buch von Alain Peyrefitte über die Äußerungen, die Charles de Gaulle vor dreißig und mehr Jahren ganz privat gemacht hatte [...]. Nichts Veraltetes oder Verrostetes in diesen Worten [...]. Dreißig Jahre später erzwingen sie so viel Aufmerksamkeit, als würde er heute sprechen«.

¹⁷ Die Zitate stammen aus dem Buch von Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Paris 2002, 1960 Seiten (ein Wiederabdruck der drei Bände, die von den Verlagen De Fallois und Fayard zwischen 1994 und 2000 veröffentlicht wurden).

¹⁸ Vgl. den Band *Du Plan Fouchet au Traité franco-allemand de janvier 1963*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 29 (1997), 2.

¹⁹ Vgl. *Documents Diplomatiques français (DDF)* 1962, Bd. 21, Dokument 172, S. 554ff.

²⁰ Vgl. *DDF* 1961, Bd. 19, Dokument 300, S. 928ff.

²¹ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 167.

ziehen, um so mehr, als nach dem Besuch des Kanzlers in Frankreich im Juli 1962 der General seinerseits Anfang September auch nach Deutschland reisen sollte.

De Gaulle erklärte gegenüber Alain Peyrefitte, daß Adenauer vor 1933 der Oberbürgermeister von Köln gewesen sei, sich während der Nazi-Zeit würdig verhalten habe und Deutschland seit 1949 mit Strenge regiere:²² »Niemand kann besser als er meine Hand ergreifen. Aber niemand kann sie ihm besser reichen als ich.«²³ Da der General während des Krieges ein unerbittlicher Gegner der Deutschen gewesen war, glaubte er: »Von mir erwarten sie Absolution für ihre Kriegsverbrechen«.

De Gaulle bewunderte auch die Tatsache, daß es Adenauer innerhalb weniger Jahre gelungen war, der Bundesrepublik wieder einen besonderen Platz auf der internationalen Bühne verschafft zu haben, trotz der Einschränkungen, die nach wie vor auf ihr lasteten. Die Annäherung mit Frankreich hatte ihm sehr genützt; der General erinnerte bei mehreren Gelegenheiten daran, daß Westdeutschland wieder Besitz über seine Kohle und seinen Stahl erlangt hatte, die Saar wieder deutsch geworden sei und daß es wieder eine Armee aufbauen durfte. Ohne de Gaulle hätte es von dem gemeinsamen Markt sogar noch mehr profitiert, der zu Anfang nur die Landwirtschaft umfaßte. Adenauer »hat eingesteckt, was er konnte«²⁴. De Gaulle bedauerte jedoch, daß Adenauer bereits 1961 seinen Rückzug aus dem Kanzleramt zwei Jahre später angekündigt hatte: »Sobald man ankündigt, daß man gehen wird, regiert man nicht mehr«.²⁵

Dennoch machte ihn die Bewunderung für den großen Mann nicht blind, und de Gaulle zeigte sich sehr kritisch gegenüber der Lage und der Entwicklung Deutschlands. Er urteilte, daß die deutsche Verfassung, »von den Engländern und Amerikanern gemacht«, den Nachteil habe, den Parteien zuviel Macht einzuräumen, weil sie kein Referendum zulasse,²⁶ so daß das Volk, obwohl es sich über das Fernsehen gut informieren könne, im Abseits bleibe. Auch die Angriffe der deutschen Presse waren ihm ein Dorn im Auge, doch suchte er die Schuld dafür woanders: »Sie steht unter der Fuchtel der Angelsachsen«²⁷. Für de Gaulle war die florierende Wirtschaft kein Ersatz dafür, daß das Land seine moralischen Grundlagen noch nicht wieder gefunden hatte. Seine Einwohner würden unter der Kollektivschuld leiden, die Vernichtung

²² Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986; DERS., Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991.

²³ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 167.

²⁴ Ibid. S. 900.

²⁵ Ibid.

²⁶ Ibid. S. 175.

²⁷ Ibid. S. 812.

fürchten und noch immer einem Vergangenheitskult pflegen. Zudem beobachtete er die ständige Abhängigkeit Deutschlands mit großem Mißtrauen: »Früher von den Preußen. Gestern von den Österreichern. Heute von den Amerikanern einerseits und den Russen andererseits«.²⁸

De Gaulle mochte das supranationale Europa nicht, und er fand sehr harte Worte für Jean Monnet, Robert Schuman und die Männer der IV. Republik, die seine Befürworter gewesen waren. Er hielt sie für »Kranke«, »bemitleidenswerte Persönlichkeiten«, vor allem darum bemüht, »den Vereinigten Staaten zu dienen«. Das supranationale Europa und die NATO bedeuteten ihm nicht viel und dienten auch zu nichts: »All das ist nichts, nichts, nichts«.²⁹ Demgegenüber war ihm nicht entgangen, daß dieses supranationale Europa der Bundesrepublik um so besser gefiel, eben wegen seiner Abhängigkeit. De Gaulle hingegen sprach sich klar und deutlich für ein Europa der Regierungen und der Staaten aus, für ein sehr viel lockeres atlantisches System, »in dem Europa auf gleicher Ebene mit den Amerikanern stünde, während diese gegenwärtig über alle Macht verfügten«.³⁰

Die Besonderheit Deutschlands lag für den General darin, daß es durch seine Teilung und durch die Suche nach einer eventuellen Wiedervereinigung sehr behindert werde. Er fand, daß »diese Trennung nicht natürlich ist, sie war viel zu brutal, gegen die Natur der Dinge«.³¹ Jeder Teil Deutschlands leide unter dieser Trennung, »eines Tages wird es sich dagegen auflehnen«. Es liege im egoistischen Interesse Frankreichs, möglichst lange ein geteiltes Deutschland aufrechtzuerhalten, aber diese Situation würde laut de Gaulle nicht ewig andauern: »Deutschland wird wiedervereinigt werden«.³² Er beobachtete, wie Adenauer die Westintegration der Bundesrepublik einer Wiedervereinigung vorzog, zeigte sich selber aber bisweilen ungeduldiger als der Kanzler und manchmal sogar visionär, indem er die Deutschen ermutigte, wieder eine Nation zu werden. Er glaubte, daß die Deutschen in Frankreich ein Modell sähen.

Frankreich wisse, wohin es gehe, Deutschland hingegen wisse es nicht. Das Volk »fühlt sich nicht wirklich geführt. Es lebt unter Institutionen, denen es sich kaum verbunden fühlt. Die Regierung ist gespalten«.³³ Sicherlich gebe es »die außergewöhnliche Persönlichkeit des Bundeskanzlers«, aber er würde schon bald von der Macht abtreten.

²⁸ Ibid. S. 175.

²⁹ Ibid. S. 812.

³⁰ Ibid. S. 820.

³¹ Ibid. S. 175.

³² Ibid.

³³ Ibid. S. 177.

II. Adenauer in Frankreich, de Gaulle in Deutschland

Adenauer wurde in Frankreich vom 2. bis 9. Juli 1962 wie ein Staatschef empfangen³⁴ und zeigte sich sehr »gerührt« von der außergewöhnlichen Mühe, die der General aufgewandt hatte, um diesen Besuch persönlich zu organisieren.³⁵ Dieser endete mit einem symbolischen Akt, einem Defilée französischer und deutscher Truppen in Mourmelon, an der Marne (wo sich Franzosen und Deutsche während der letzten beiden Weltkriege gegenübergestanden hatten), und mit einer Messe in der Kathedrale von Reims, einer im Ersten Weltkrieg schwer heimgesuchten Stadt, in der am 8. Mai 1945 die deutsche Kapitulation unterzeichnet worden war. Bevor sie sich trennten, hatte de Gaulle gegenüber Adenauer noch einmal betont, daß der Besuch »ein sehr bedeutender Akt und ein großer Erfolg«³⁶ gewesen sei, die Herzlichkeit sei aufs Tiefste vom französischen Volk empfunden worden. Alain Peyrefitte notiert dennoch, daß die Öffentlichkeit eher spärlich vertreten war und es auch Zeichen der Feindseligkeit gegeben hatte!

Die Zurückhaltung der Franzosen gegenüber dem Bundeskanzler unterschied sich deutlich vom Triumph des Generals während seiner offiziellen Visite in Deutschland vom 4. bis 9. September 1962.³⁷ Der General hielt alle seiner 14 Reden in Deutsch – die Texte wurden in Französisch verfaßt, dann übersetzt und schließlich auswendig gelernt. Während der Kabinettsitzung am 12. September im Élysée sprach der Außenminister, Maurice Couve de Murville, von »einer Begeisterung, wie es sie in der Bundesrepublik noch nie gegeben habe, ja vielleicht nicht einmal in der Welt. Es ist das Fernsehen, das diesen Schneeballeffekt erzielt hat«. De Gaulle, der den französischen Widerstand gegen Hitler verkörperte, war den Deutschen sofort ans Herz gewachsen, indem er sich in ihrer eigenen Sprache an sie wandte. Er war die geeignetste Person, um ihnen zu verzeihen: »Er hat dies ohne Anbiederei getan, indem er sie gleichwertig behandelte, wie Partner, die zu Freunden geworden sind und rehabilitiert vor der Geschichte«.³⁸

De Gaulle gestand selbst ein, daß diese Reise ein »historischer Akt«³⁹ war. Die zahlreichen direkten Kontakte mit den Deutschen hatten ihm die Notwendigkeit einer praktischen Zusammenarbeit gezeigt, »ein enormes Bedürfnis nach Annäherung der Jugend [...]. Wir werden Vorschläge machen«. Man

³⁴ Vgl. DDF 1962, Bd. 22, Dok. 4, S. 9ff.

³⁵ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 169.

³⁶ Ibid. S. 171.

³⁷ Vgl. DDF 1962, Bd. 22, Dok. 67, S. 172ff.

³⁸ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 176.

³⁹ Ibid. S. 177.

sollte nicht vergessen, daß die Äußerung eines solchen Wunsches in einem politisch sehr angespannten Klima getätigt wurde. Nach dem Attentat von Petit-Clamart (22. August 1962) und dem Mißtrauensantrag gegen die Regierung Pompidou am 5. Oktober standen in Frankreich im Oktober und November das Referendum über die Direktwahl des Präsidenten und vorgezogene Neuwahlen an. Von Oktober bis Dezember sollte die Bundesrepublik durch die »Spiegel-Affäre« aufgerüttelt werden, die Adenauer zwang, sein Kabinett umzubilden, und ihn weiter schwächte. Hinzu kamen die Kuba-Krise in der zweiten Oktoberhälfte, die spärlichen Ergebnisse der Gespräche zwischen de Gaulle und Macmillan am 15. und 16. Dezember⁴⁰ und die anglo-amerikanische Übereinkunft von Nassau über den Atomteststop, Ereignisse, die de Gaulle und Adenauer dazu veranlaßten, ihre Zusammenarbeit weiter zu intensivieren.⁴¹

III. Ein schlecht aufgenommener »großartiger Akt«

Die Situation im Jahre 1963 hatte natürlich auch Einfluß auf die Debatte über den Élysée-Vertrag. Am 14. Januar sprach sich General de Gaulle gegen den Beitritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) aus und weigerte sich, an der multilateralen Atomstreitmacht teilzunehmen, die die Vereinigten Staaten vorgeschlagen hatten,⁴² im Juni zog er die französischen Flottenverbände im Ärmelkanal und im Atlantik aus der NATO zurück.⁴³ John F. Kennedy – am 22. November in Dallas erschossen – wurde von Lyndon B. Johnson abgelöst, der über die internationalen Verhandlungen nur ungenügend auf dem Laufenden war. Die deutsche Politik ihrerseits war durch den Rücktritt von Adenauer schwer getroffen, dem am 16. Oktober Ludwig Erhard als Bundeskanzler folgte. Am 15. Juli hielt Egon Bahr, Berater des Re-

⁴⁰ Vgl. DDF 1962, Bd. 22, Dok. 200, S. 535ff.

⁴¹ Vgl. Jacques BARIÉTY, *De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée du 22 janvier 1963*, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), *De Gaulle en son siècle*, Paris 1992, S. 352–364; im selben Werk siehe auch den Beitrag von Hans-Peter SCHWARZ, *Le président de Gaulle, le chancelier fédéral Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée*, S. 364–373; vgl. auch Henri MÉNUDIER u.a. (Hg.), *La RFA et la construction de l'Europe (1949–1963)*, Paris 1999.

⁴² Charles DE GAULLE, *Discours et Messages*, Bd. 4: *Pour l'effort: août 1962 – décembre 1965*, Paris 1970, S. 61ff.

⁴³ Vgl. DDF 1963, Bd. 23, Dok. 218, S. 640ff. Siehe dazu auch die Reaktion in der BRD, *ibid.* Dok. 217, S. 637ff.

gierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, seine berühmte Rede in Tutzing zum »Wandel durch Annäherung«, die Ankündigung der neuen Ostpolitik.⁴⁴

De Gaulle akzeptierte, daß das deutsch-französische Abkommen, das nach seiner Reise nach Deutschland vorgeschlagen worden war, nicht nur ein Protokoll, sondern ein richtiger Vertrag in aller Form werden sollte und damit der Ratifizierung beider Parlamente bedurfte. Adenauer fürchtete, daß ein einfaches Abkommen keine Bindekraft für seinen Nachfolger haben könne. Der General, der das Scheitern der Fouchet-Pläne im April 1962 nicht vergessen hatte, verkündete also am 3. Januar 1963 im Kabinett: »Wir werden zu zweit tun, woran uns die Belgier und die Holländer gehindert haben. Aber diese beiden zählen sehr viel mehr als alle vier zusammen.«⁴⁵ Nach der Unterzeichnung des Vertrages am 22. Januar und zur Überraschung der anwesenden Gäste umarmte de Gaulle Adenauer; Alain Peyrefitte notierte, daß die beiden hauptsächlich Beteiligten »offensichtlich selbst nicht damit gerechnet«⁴⁶ hatten. Premierminister Georges Pompidou wurde von dieser »Gefühlswallung« überrascht. Für de Gaulle war Deutschland bis dahin vor allem ein Synonym für Krieg gewesen: »Und auf einmal kehrte sich in diesem Moment der einzigartigen Brüderlichkeit alles um«, vermerkte Alain Peyrefitte.⁴⁷

Adenauer und de Gaulle unterstrichen sofort die Bedeutung des Vertrages. Für den Bundeskanzler bedeutete er die »Krönung seines Lebens«,⁴⁸ für den französischen Präsidenten handelte es sich um einen »großartigen Akt«.⁴⁹ Er erläuterte am 23. Januar, daß die deutsch-französische Annäherung eine grundlegende Realität sei, die fortauern müsse: Es könne keine europäische Zusammenarbeit ohne eine deutsch-französische Zusammenarbeit geben, man müsse die Sachen zusammen in Angriff nehmen: »All das sollte sehr große Auswirkungen haben.«⁵⁰ Im Verlauf einer offiziellen Reise in das Département Charente lobte er am 14. Juni 1963 die deutsch-französische Kooperation, die auf »immenses Unglück« folge. Als er über Frankreich und Deutschland sprach, fügte er hinzu: »Wenn man genau nachdenkt, haben sie eine Revolution vollzogen und ein herrliches Beispiel gegeben«. Er meinte

⁴⁴ Vgl. Heinrich POTTHOFF, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1990, S. 31ff.; Daniel KÜCHENMEISTER, Detlef NAKATH (Hg.), *Architekt und Brückenbauer. Gedanken Ostdeutscher zum 80. Geburtstag von Egon Bahr*, Bonn 2002.

⁴⁵ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 814.

⁴⁶ Ibid. S. 815.

⁴⁷ Ibid. S. 816.

⁴⁸ Ibid.

⁴⁹ Ibid.

⁵⁰ Ibid. S. 817.

sogar, daß Frankreich »eine der größten Taten in seiner Geschichte« vollbracht habe.⁵¹

Im Buch von Alain Peyrefitte finden sich wenige Kommentare über den Inhalt des Vertrages. Für den militärischen Sektor hielt der General fest, daß der Bundeskanzler sich mehr und mehr beunruhige, denn er zweifle daran, daß die Vereinigten Staaten sein Land im Falle eines sowjetischen Angriffs auch mit Atomwaffen schützen würden, so daß das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht Deutschland nur sehr begrenzten Nutzen bringe. Auf kulturellem Sektor hoffte de Gaulle, daß der Vertrag die einen wie die anderen zum Erlernen der Sprache des Partnerlandes anregen würde. Auf die Bemerkung Georges Pompidous, der deutsche Föderalismus werde die kulturelle Zusammenarbeit nicht erleichtern, antwortete de Gaulle: »Deutschland ist föderal und das ist auch viel besser so«, denn er wünschte kein »zentralisiertes Reich auf der anderen Seite«.⁵² Der sehr kleine Bereich, der der Wirtschaft im Vertrag eingeräumt wurde, erklärte sich für Paris aus dem Wunsch Adenauers, den Vorsitzenden der Europäischen Kommission, Walter Hallstein, nicht zu verletzen. De Gaulle glaubte vor allem, daß Adenauer vor allem nicht Ludwig Erhard nach Paris mitnehmen wollte, dessen geringe Begeisterung für Paris er kannte. Und er fügte als Kenner hinzu: »Er ist ein alter Fuchs«.⁵³

Das negative internationale Echo, das der Vertrag auslöste, interessierte de Gaulle wenig. Für ihn war es das wichtigste, mit Adenauer einer Meinung gewesen zu sein in der Weigerung, die EWG auf Großbritannien auszuweiten. So konnten die Angelsachsen nicht die »Intimität zwischen den Galliern und den Germanen« stören. Einige Kommentare in der Presse betonten die Gefahr eines deutsch-französischen Übergewichts in Europa, andere fragten sich, ob das Abkommen nicht nur toter Buchstabe bleiben würde. De Gaulle wollte sich nicht vom »Erdbeben« beeindrucken lassen, das er ausgelöst hatte: »Man darf sich nicht darüber wundern, daß Eifersüchteleien hervorbrechen. Es ist besser, Neid auszulösen als Mitleid«.⁵⁴

Die Sowjets ihrerseits fürchteten nicht ohne Berechtigung, daß der Élysée-Vertrag in einer atomaren deutsch-französischen Zusammenarbeit enden würde (auch wenn dies bereits im Juni 1958⁵⁵ von de Gaulle ausgeschlossen worden war) und die Bundesrepublik die Westmächte in einen Krieg gegen Moskau hineinziehen könnte. Auch hier blieb de Gaulle stahlhart: »Die Sowjets wedeln mit der deutschen Gefahr um einen Vorhang aus Rauch zu er-

⁵¹ Ibid. S. 825.

⁵² Ibid. S. 819.

⁵³ Ibid. S. 818.

⁵⁴ Ibid. S. 819.

⁵⁵ Vgl. Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996, S. 136ff.

richten«.⁵⁶ Ganz im Gegenteil hielt er Deutschland nicht für expansiv und glaubte, daß sein nun noch engeres Band mit Frankreich es für die UdSSR ungefährlicher machte. Im Kabinett schloß er am 6. Februar 1963: »Von West nach Ost, die ganze Welt protestiert. Also sind wir auf dem richtigen Weg: Alles läuft zum besten«.⁵⁷

IV. Die Präambel – »Sie benehmen sich wie Schweine«

Schon am Tag nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages und aufgrund der vom General am 14. Januar 1963 vertretenen Position gegen Großbritannien und gegen die multilaterale Streitmacht, fragte sich die französische Diplomatie, ob der Bundestag den Vertrag ratifizieren und Adenauers Nachfolger ihn respektieren würde. De Gaulle rief am 23. Januar in Erinnerung, daß Deutschland die Initiative zum Vertrag ergriffen habe, und daß, wenn es ihn nicht ratifiziere, »wir eine andere Orientierung finden werden«.⁵⁸ Er zog allerdings auch die Schwächung Adenauers in Betracht: »Wir müssen vermeiden, den Deutschen lästig zu werden [...]. Aber sie müssen auf jeden Fall verstehen, daß, wenn sie den Vertrag nicht ratifizieren, es ein für alle Mal Schluß ist. Dann werden wir die Orientierung ändern«.⁵⁹ Am 20. Februar befragte Alain Peyrefitte den General erneut über die Möglichkeit einer Nicht-Ratifizierung durch den Bundestag. Dieser antwortete, daß er nicht sehr an diese Möglichkeit glaube, aber daß, wenn es sein müsse, er sich über das Fernsehen erneut direkt an das deutsche Volk wenden werde, und daß dies »einen durchschlagenden Erfolg« haben werde. Er fügte allerdings hinzu: »Behalten Sie das auf jeden Fall für sich«.⁶⁰

Unter dem Druck der Amerikaner und unterstützt von Jean Monnet nahm der Bundestag schließlich am 16. Mai 1963 fast einstimmig eine Präambel an. Indem diese die multilateralen Verpflichtungen der Bundesrepublik hervorhob, reduzierte sie die Bedeutung des Vertrages. Frankreich ließ offiziell verlauten, daß es dagegen nichts einzuwenden habe, aber in Wirklichkeit ereiferte sich General de Gaulle sehr heftig gegen die Amerikaner und die deutschen Abgeordneten, indem er erneut die Drohung eines Allianzenwechsels anklin-

⁵⁶ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 822.

⁵⁷ Ibid. S. 383.

⁵⁸ Ibid. S. 818.

⁵⁹ Ibid. S. 820.

⁶⁰ Ibid. S. 823.

gen ließ: »Die Amerikaner versuchen unseren Vertrag seines Inhalts zu berauben. Sie wollen daraus eine leere Hülle machen. Warum all das? Weil die deutschen Politiker Angst haben, vor den Angelsachsen nicht genügend auf dem Bauch zu kriechen! Sie benehmen sich wie Schweine. Sie würden es verdienen, daß wir den Vertrag kündigen und einen Allianzenwechsel vollziehen und uns mit den Russen einigen!«⁶¹

V. Der Vertrag, die jungen Mädchen und die Rosen

Als der Vertrag schließlich ratifiziert wurde, stimmte de Gaulle einem Treffen am 4. und 5. Juli 1963 mit Adenauer in Bonn zu.⁶² Am 3. Juli zeigte er sich über die Präambel und über das Funktionieren der deutsch-französischen Kooperation enttäuscht, »die nicht so effizient ist, wie ich sie mir vorgestellt hatte«. ⁶³ Am Abend des gleichen Tages empfing er die französischen Parlamentarier im Élysée-Palast, die sich skeptisch gegenüber dem Bestand des Vertrages zeigten. Der General antwortete mit seiner berühmt gewordenen Parabel: »Verträge sind wie junge Mädchen und Rosen: Das hält solange wie es hält. Wenn der deutsch-französische Vertrag keine Anwendung fände, wäre er nicht der erste in der Geschichte«. Am 5. Juli fügte Konrad Adenauer in Bonn hinzu, daß die Rosen, vor allem die mit Dornen, sehr widerstandsfähig seien: »Diese Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist wie ein Rosenstock, der immer Knospen und Blüten tragen wird«. Der General schloß sich dieser Ansicht an: »Sie haben recht, Herr Bundeskanzler, unser Vertrag ist keine Rose, auch kein Rosenstock, sondern ein Rosengarten. Eine Rose hält nur einen Vormittag lang. Aber ein Rosengarten unbegrenzt, wenn man sich die Mühe macht, ihn zu pflegen«. ⁶⁴

Trotz seiner Enttäuschung über die Präambel erkannte der General sofort den Nutzen der deutsch-französischen Gipfeltreffen. Obwohl von jedem Treffen keine Wunder zu erwarten seien, vermutete er jedoch, daß »neue Gewohnheiten« schnell »enge Bande« schaffen könnten: »Aber es ist eine kindische und boshafte Einstellung, jedes Mal eine Erwartungshaltung zu schaffen, die nur enttäuscht werden kann«. ⁶⁵

⁶¹ Ibid.

⁶² Vgl. DDF 1963, Bd. 24, Dok. 6, S. 14ff; AAPD 1963II, Dok. 216-219, S. 689ff.

⁶³ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 826.

⁶⁴ Ibid. S. 827.

⁶⁵ Ibid.

Das letzte offizielle Treffen zwischen de Gaulle und Adenauer fand am 21. und 22. September 1963⁶⁶ (der Bundeskanzler trat am 16. Oktober von seinem Amt zurück) im Schloß von Rambouillet statt. Es gab Gelegenheit zu einem großen Tour d'horizon durch die internationale Politik (insbesondere über die Rolle der UdSSR und Chinas), über die Atlantische Allianz und über Europa. De Gaulle wiederholte seine Skepsis gegenüber der multilateralen Streitmacht, in der er nur ein Schimäre für Deutschland sah. Adenauer hingegen brachte seine völlige Übereinstimmung mit der Atompolitik Frankreichs zum Ausdruck. Trotzdem dominierte beim General die Enttäuschung: »In der letzten Zeit war unsere Zusammenarbeit nicht sehr erfolgreich. [...] Die militärischen Fragen zwischen Frankreich und Deutschland gehen nicht gut voran.«⁶⁷ De Gaulle zufolge sei der Beitritt Bonns zum Abkommen vom 5. August 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Luft, im Weltraum und unter Wasser, das von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion unterzeichnet worden war, überflüssig, da Deutschland bereits erklärt habe, keine atomare Bewaffnung anzustreben: »Diese Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Deutschland ist aufmerksam beobachtet worden«, betonte er.⁶⁸

De Gaulle bedauerte, daß der Élysée-Vertrag noch nicht über das Stadium einer Absichtserklärung hinausgekommen sei, und das müsse sich in Zukunft ändern. Er wiederholte sein Glaubensbekenntnis: »Es gibt keine andere europäische Wirklichkeit als Deutschland und Frankreich, und, wenn diese beiden Realitäten nicht auf allen Domänen vereint sind, werden wir untergehen.«⁶⁹ Mit dem Blick in die Vergangenheit zog Adenauer seinerseits eine Bilanz seiner Zeit im Kanzleramt: »Die deutsch-französische Freundschaft ist das wichtigste Ergebnis meiner Amtszeit während dieser 14 Jahre, in denen ich die deutsche Politik geleitet habe.«⁷⁰ Beim Apéritif vertraute er den Gästen sogar an: »Und die persönliche Freundschaft, die wir unter uns geknüpft haben, Herr General, ist eine der wenigen Freuden, die mein politisches Leben begleitet haben.«⁷¹

Die beiden Staatsmänner waren voneinander fasziniert. Nach der Abfahrt Adenauers aus Rambouillet vertraute der General seiner Umgebung an: »Dieser Mann ist ein Wunder. Mit 88 Jahren noch diese geistige Schärfe, diese

⁶⁶ Vgl. DDF 1963, Bd. 24, Dok. 103, S. 283ff; AAPD 1963II, Dok. 354-357, S. 1185ff.

⁶⁷ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 831.

⁶⁸ Ibid.

⁶⁹ Ibid. S. 832.

⁷⁰ Ibid.

⁷¹ Ibid.

Präsenz zu haben und über 14 Jahre ohne Kräfteeinbußen regiert zu haben, das ist zweifellos ein einzigartiges Phänomen in der Geschichte«. ⁷²

VI. Ludwig Erhard – »ein Trottel«

Der neue Kanzler kam am 21. November 1963 nach Paris. ⁷³ Vor diesem Treffen glaubte der General, daß Ludwig Erhard die privilegierte Allianz mit Frankreich nicht brechen und mit voranschreiten werde, denn das deutsche Volk wolle den großen Schwung der Aussöhnung nicht bremsen. Frankreich werde ihn nicht auffordern, sich zwischen ihm und den Vereinigten Staaten zu entscheiden. Für de Gaulle war Deutschland ein beschütztes Land, »der deutschen Nation das Rückrat gebrochen worden«, während die französische Nation immer noch »aufrecht und fest auf ihren beiden Beinen« stehe. ⁷⁴

Während des Treffens in Paris vertraute der Sprecher der Bundesregierung, Günther von Hase, Alain Peyrefitte an, daß Adenauer vielleicht freiwillig in den Schatten des General getreten sei, wohingegen Erhard sich als »Gleicher unter Gleichen« verstand. ⁷⁵ Dennoch äußerte sich der General recht positiv über diesen ersten Gipfel: »Das deutsch-französische Koordinatensystem ist solider als es aussieht. Erhard kann sich, auch wenn er es will, nicht von ihm lösen, aber ich glaube, er will es gar nicht. Er bemüht sich offensichtlich zu gefallen«. ⁷⁶ Hingegen war das Urteil über den Bundesaußenminister eindeutig: »Schröder ist der Mann der Angelsachsen. Er ist der typische falsche Zeuge; er hat nur ein Ziel, mir zu widersprechen«. ⁷⁷

Trotz der Verpflichtungen vom 21. und 22. November traten sehr bald Meinungsverschiedenheiten über die gemeinsame europäische Agrarpolitik auf. Am 11. Dezember urteilte de Gaulle, »dass es weder Fisch noch Fleisch sei« ⁷⁸ und beklagte sich über das unangebrachte, um nicht zu sagen inakzeptable Verhalten der Bundesregierung ⁷⁹. Der Bundeskanzler scheine zu einem Ergebnis kommen zu wollen, aber sein Außenminister stelle sich ihm ständig in den Weg.

⁷² Ibid. S. 840.

⁷³ DDF 1963, Bd. 24, Dok. 207, S. 532ff; AAPD 1963III, Dok. 421-423, S. 1455ff.

⁷⁴ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 842.

⁷⁵ Ibid. S. 843.

⁷⁶ Ibid. S. 845.

⁷⁷ Ibid.

⁷⁸ Ibid. S. 846.

⁷⁹ Ibid. S. 847.

Im Frühjahr 1964 stürten weitere europäische Fragen die deutsch-französischen Beziehungen. De Gaulle kündigte gegenüber Alain Peyrefitte an, daß er »die Deutschen anbrüllen« werde [...]. Ich werde Erhard die kalte Schulter zeigen«.⁸⁰ Er warf dem Kanzler vor, den Vertrag in einen »Schwindel« zu verwandeln. Streitpunkt blieb das Verhältnis zu den USA. Vor dem Beginn des Gipfeltreffens mit Ludwig Erhard am 3. Juli 1964 in Bonn⁸¹ traf de Gaulle Adenauer im Bundestag. Er, der doch wegen seiner geradezu militärischen Pünktlichkeit gefürchtet war, zog die Unterhaltung mehr in die Länge als vorgesehen, so daß er Ludwig Erhard warten ließ, der darüber verärgert war. Als Entschuldigung sagte er ihm: »Ich war mit Konrad Adenauer zusammen. Ich war bezaubert und gefangen. Ich habe die Zeit nicht vorübergehen sehen«.⁸²

In Paris, am 7. Juli 1964, während einer Unterhaltung mit Alain Peyrefitte nannte de Gaulle Erhard einen »Trottel«, der sich „mit aller Welt gut versteht«.⁸³ Während der Pressekonferenz am 23. Juli bemühte sich der General nicht mehr, seinen Streit mit dem Bundeskanzler zu verbergen, als er seine Bilanz über den Vertrag zog: »Man muß sehr wohl feststellen, auch wenn der deutsch-französische Vertrag in einigen Bereichen Teilergebnisse gebracht hat, auch wenn er die beiden Regierungen und ihre Administrationen zu zahlreichen Kontakten veranlaßt hat, die wir unsererseits alles in allem für recht nützlich halten und die auf jeden Fall sehr angenehm sind, so ist dennoch bis jetzt keine gemeinsame Linie zu erkennen«.⁸⁴

Am 12. November sagte er, daß »Deutschland nicht wisse, was es wolle. Es weiß nicht, was in seinem Kopf vorgeht [...]. Mitleiderregend«. Bonn und Washington schlossen einen Rüstungsvertrag ab, so daß de Gaulle Bonn umgehend vorwarf, »sich den Amerikanern vollends zu Füßen zu werfen« und den Élysée-Vertrag und Europa zu verraten.⁸⁵ Das Zerwürfnis mit Bonn ließ den General sogar den Dialog mit der UdSSR und den Ländern des Ostblocks suchen, so wie er es im Dezember 1944 mit Stalin in Moskau getan hatte. Dennoch, in der deutschen Frage blieb er bei seinem Standpunkt. Er weigerte sich, die DDR anzuerkennen, denn »die Regierung von Pankow ist im Ausland gebildet worden«. Und fast schon visionär fuhr er fort: »Sie würden nicht eine Sekunde überleben, wenn die Sowjets abhauen; so wird es im übrigen auch enden. Dies ist eine absolut künstliche Regierung«.⁸⁶ De Gaulle erklärte dann,

⁸⁰ Ibid. S. 853.

⁸¹ Vgl. DDF 1964, Bd. 26, Dok. 6, S. 1553; AAPD 1964II, Dok. 180-188, S. 713ff.

⁸² PEYREFITTE (Anm. 17), S. 854.

⁸³ Ibid. S. 859.

⁸⁴ DE GAULLE (Anm. 42), S. 229.

⁸⁵ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 867.

⁸⁶ Ibid. S. 872.

daß er das China Maos am 27. Januar 1964 anerkannt habe, weil die Regierung in Peking »von den Chinesen und niemand anderem« gebildet worden sei. Die Wiedervereinigung setze nicht nur die Zustimmung der Sowjets voraus, sondern auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Bonn und dessen Verzicht auf Atomwaffen: »Sie müssen schon zugeben, die Deutschen, daß sie besiegt worden sind und daß, wenn man besiegt worden ist, auch bezahlen muß«. ⁸⁷ Dieses sagte de Gaulle Anfang Januar 1965!

Die negative Meinung des Generals sollte sich bestätigen. Der Gipfel vom 11. und 12. Juni 1965 in Bonn verlief eher schlecht. ⁸⁸ Auf dem Rückflug nach Paris erklärte der Präsident: »Die Deutschen sind erheblich geschwächt seit Adenauer nicht mehr da ist. Erhard ist kein Staatsmann. Er ist ohne Charakter«. ⁸⁹

Der rasche Autoritätsverlust des Kanzlers führte am 27. Oktober 1966 zum Rückzug der liberalen Minister aus der Bundesregierung. Erhard trat am 30. November zurück: Er hatte nur drei Jahre regiert, während Adenauer 14 Jahre geblieben war. In der Kabinettsitzung, die am gleichen Tag in Paris abgehalten wurde, faßte de Gaulle seine Meinung so zusammen: »Erhard war unbeständig. Schröder war hartnäckig feindlich«. Das Urteil über die Große Koalition, die am 1. Dezember gebildet wurde, war positiv, wenn auch nuanciert: »Mit Kiesinger werden die Beziehungen einfach sein, und, wenigstens, was die Gefühle angeht, ist Brandt auch ganz anständig«. ⁹⁰ Es fand tatsächlich eine Annäherung statt, aber zwei Fragen sollten eine Verstimmung zwischen dem General und die Regierung Kiesinger auslösen: der Beitritt Großbritanniens in die EWG und das Ende des Prager Frühlings 1968.

Die französischen und deutschen Positionen in den wichtigsten Fragen der Außenpolitik lagen sehr viel weiter auseinander als während der Jahre unter Erhard. Die Meinungsverschiedenheiten über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik führten auf französischer Seite zu einer Blockade der europäischen Institutionen (die Politik des »leeren Stuhls« vom 1. Juli 1965 bis 30. Januar 1966). Die Regierung Erhard unterstützte die amerikanische Politik in Vietnam (die massiven Bombardements eingeschlossen), während de Gaulle diese in seiner aufrüttelnden Rede in Phnom-Penh am 30. August 1966 verurteilte. ⁹¹ Die multilaterale Streitmacht, an die die Regierung Erhard geglaubt hatte, scheiterte. Frankreich blieb weiterhin auf Distanz zu den Verei-

⁸⁷ Ibid. S. 873.

⁸⁸ AAPD 1965II, Dok. 242–249, S. 1002ff.

⁸⁹ PEYREFITTE (Anm. 17), S. 884.

⁹⁰ Ibid. S. 1403.

⁹¹ Vgl. Maurice VAÏSSE, *La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998, S. 532ff.; Georges-Henri SOUTOU, *La guerre de cinquante ans. Les relations Est-Ouest 1943–1990*, Paris 2001, S. 470ff.

nigten Staaten (Austritt aus der NATO im März 1966, die Reise de Gaulles in die UdSSR Ende Juni 1966),⁹² was sich auch nach dem ersten französischen Atomtest am 5. September nicht ändern sollte.

VII. Ein widerstandsfähiger Rosengarten

Nach dem Scheitern der Fouchet-Pläne im April 1962, hatte de Gaulle zusammen mit der Bundesrepublik machen wollen, was mit dem Europa der Sechszehn gescheitert war; daher die Bedeutung, die er den Reisen in der zweiten Jahreshälfte 1962 beimaß und seine Erwartungen an den Élysée-Vertrag. Die Schwächung Adenauers, dann dessen Ablösung durch das Tandem Erhard/Schröder sowie die amerikanischen Feindseligkeiten mußten seinen Plan, ein europäisches Europa gegen ein amerikanisches Europa durchzusetzen, zunichte machen. Trotz dieser Enttäuschungen waren mit der feierlichen Besiegelung der deutsch-französischen Aussöhnung, der Einrichtung von Abstimmungsmechanismen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik und der schüchternen Annäherung an die UdSSR und die Ostblockstaaten in diesen Jahren auch Lichtblicke zu erkennen gewesen. Diese und andere Entwicklungen lassen sich im Buch von Alain Peyrefitte nachlesen, der den deutsch-französischen Regierungsalltag in grellem Licht darstellt, sehr weit entfernt vom gewundenen Stil der offiziellen Kommunikationen. Das Wunder ist bis heute, daß der Élysée-Vertrag die starken Spannungen überdauert hat und somit immer mehr jenem widerstandsfähigen Rosengarten ähnelte, der von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer angelegt worden war.

(Übersetzung: Birgit Schöne-Martens)

⁹² Vgl. Jacques BARIÉTY, Die deutsch-französische Annäherung. De Gaulles Reise nach Moskau im Jahre 1966 und die Deutsche Frage, in: Peter R. WEILEMANN, Hanns Jürgen KÜSTERS, Günter BUCHSTAB (Hg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn 1999, S. 243–254.

II. WAS DER ÉLYSÉE-VERTRAG REGELT

ULRICH LAPPENKÜPER

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN:
AUF DEM WEG ZU EINER GLEICHGERICHTETEN
HALTUNG IN FRAGEN GEMEINSAMEN INTERESSES?

»In der Überzeugung, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk [ihr ...] Verhältnis [...] von Grund auf neu gestaltet, [...] und] in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet«,¹ unterzeichneten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulle am 22. Januar 1963 das Abkommen über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Im Vertragstext verpflichteten sie beide Regierungen zu stetigen Konsultationen »vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik«² und vereinbarten dazu mindestens zwei Treffen pro Jahr, um Angelegenheiten der Europapolitik, der Ost-West-Beziehungen sowie der NATO zu erörtern.

Die folgende Untersuchung geht der Frage nach, in welchem Maße der Élysée-Vertrag diesen Auftrag und das von ihm formulierte Ziel einer »gleichgerichteten Haltung« in den auswärtigen Beziehungen erreicht hat.³ Sie konzentriert die Betrachtung dabei chronologisch auf die Phase vom Ende der Ära Adenauer 1963 bis zum Beginn der Ära Kohl 1982, inhaltlich auf das Verhältnis der Bundesrepublik und Frankreichs zu den USA, zur Sowjetunion und zur Einigung Europas.⁴

¹ Gemeinsame Erklärung Adenauers und de Gaulles, 22.1.1963, in: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963, hg. von Horst MÖLLER, Klaus HILDEBRAND, Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie, bearb. von Ulrich LAPPENKÜPER, München 1997, S. 950f., hier S. 951.

² Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die deutsch-französische Zusammenarbeit, 22.1.1963, in: *ibid.* S. 951–955, hier S. 952.

³ *Ibid.*

⁴ Vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, *Entente élémentaire. Die Geschichte des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages vom 22. Januar 1963*, in: *Deutsch-französische Wechselwirkungen. Festveranstaltung anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages*, 22. Januar 2003, hg. von der DVA-Stiftung, Stuttgart 2003, S. 6–22.

I. »Les traités [...] sont comme les jeunes filles et comme les roses«

Jede Würdigung der Entwicklungsgeschichte des Élysée-Vertrages muß von der fundamentalen Ambivalenz der Zwecke ausgehen, die beide Staaten zu Beginn mit ihm verbanden:⁵ Adenauer ging es um die deutsch-französische Versöhnung und deren dauerhafte Verankerung, um die Bindung seines ungeliebten präsuntiven Nachfolgers Ludwig Erhard und eine erste Etappe auf dem Weg zur politischen Einigung der EWG-Staaten, um eine Rückversicherung gegenüber amerikanischen Entspannungstendenzen und die Verhinderung einer französisch-sowjetischen Allianz. De Gaulle teilte die erste und letzte Absicht: Versöhnung und Bindung. Im Kern bedeutete das Abkommen für ihn aber die machtpolitische Basis für die Emanzipation Europas von den USA.

Indem der Deutsche Bundestag in der Präambel des Gesetzes über den Freundschaftsvertrag vom 15. Juni 1963 sowohl die multilateralen Verpflichtungen der Bundesrepublik als auch ihre Partnerschaft mit den USA hervorhob, korrigierte er den von den Staatsmännern eingeschlagenen Kurs in gravierender Weise. Ihr Wunsch, das Élysée-Abkommen möge ein deutsch-französisches Kraftzentrum entstehen lassen, war mit dem Willen der Bonner Parlamentarier wie mit den internationalen Rahmenbedingungen nicht in Einklang zu bringen. Durch den Abschluß der in historischer Dimension wahrlich wunderbaren »étroite entente franco-allemande«⁶ hatten Kanzler und Staatspräsident in die Politik und Psychologie ihrer Völker ein grundlegend neues Element eingeführt. Dennoch verfehlten sie am Ende das anvisierte Ziel, weil sie ihre politische Umwelt überforderten. »Les traités [...] sont comme les jeunes filles et comme les roses: ça dure ce que ça dure«,⁷ grollte de Gaulle enttäuscht.

⁵ Vgl. grundlegend DERS., Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«, 2 Bde., München 2001.

⁶ Unterredung zwischen de Gaulle und Eisenhower, 2.9.1959, in: Ministère des Affaires étrangères (Hg.), Documents diplomatiques français (DDF) 1959, Bd. 2, Paris 1995, S. 283f.

⁷ Zitiert nach: Jean LACOUTURE, De Gaulle, Bd. 3: Le souverain 1959–1970, Paris 1986, S. 308.

II. Keine Option für Frankreich

Um das Gebäude der deutsch-französischen Verständigung weiterzubauen, mußte der Vertrag mit Leben erfüllt werden. Doch nach dem Rücktritt Adenauers im Oktober 1963 kamen die Arbeiten zum Erliegen. Unter seinem Nachfolger Ludwig Erhard gerieten die beiderseitigen Beziehungen in eine dreijährige Periode ständiger Konflikte, die sich insbesondere in der Europapolitik, aber auch in der Sicherheits- und Ostpolitik entluden. Verantwortlich zeichneten dafür einerseits die Veränderungen des internationalen Systems, andererseits die nicht kompatiblen politischen Konzepte der Regierungen in Bonn und Paris.⁸ Unterhalb des sowjetisch-amerikanischen Duopols bildete sich eine neue Staatengesellschaft mit multipolarem Charakter heraus. Das nach dem Zweiten Weltkrieg diskreditiert wirkende Nationalstaatsdenken erlebte eine Renaissance, die für die Bundesrepublik ein erhebliches Gefahrenpotential heraufbeschwor: Das Problem der Teilung Deutschlands drohte aus dem Blickfeld der Verbündeten zu entgleiten; die Verteidigung durch die in Fernost engagierten Amerikaner wirkte unsicher. De Gaulle arbeitete auf ein starkes, die Nationalstaatlichkeit bewahrendes »europäisches Europa«⁹ hin, das unter der Ägide Frankreichs *gleichberechtigt* neben den Weltmächten agieren sollte; Erhard strebte ein supranational geeintes »Europa der Freien und der Gleichen« als *gleichwertigen* Bundesgenossen in der atlantischen Gemeinschaft und engen Partner der USA an.¹⁰

Dennoch schien die Aussicht auf ein gedeihliches Miteinander durchaus gegeben. Erhard betonte zwar in seiner ersten Regierungserklärung Mitte Oktober die Sicherheitspartnerschaft mit den USA, pries aber zugleich Frankreich als unentbehrlichen Partner seiner Europapolitik;¹¹ »nicht ein Entweder-Oder, sondern nur ein Sowohl-als-auch« könne es im Verhältnis zu den beiden wichtigsten Alliierten geben.¹² Und de Gaulle begegnete ihm trotz seiner unrühmlichen Rolle während der parlamentarischen Beratungen über den Élysée-

⁸ Vgl. Klaus HILDEBRAND, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart, Wiesbaden 1984, S. 83–118, 170–202.

⁹ Pressekonferenz de Gaulles, 23.7.1964, in: Charles DE GAULLE, Discours et Messages, Bd. 4, Paris 1970, S. 222–237, hier S. 228 (Übersetzung U.L.); grundlegend Maurice VAÏSSE, La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969, Paris 1998.

¹⁰ Tischrede Erhards in London, 15.1.1964, im Auszug in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung 1964, S. 95.

¹¹ Vgl. Regierungserklärung Erhards, 18.10.1963, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte (BT, Sten. Ber.), Bd. 53, S. 4192–4208.

¹² Ansprache Erhards im CDU-Bundesvorstand, 12.11.1963, in: Günter BUCHSTAB (Bearb.), Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Düsseldorf 1998, S. 524–536, hier S. 530.

Vertrag ohne Arg.¹³ Ja, der Staatspräsident sah im Kanzler einen durchaus vertrauenswürdigen Protagonisten der bilateralen Verständigung, hielt ihn freilich im Umgang mit den atlantisch orientierten Bonner Politikern wie Außenminister Gerhard Schröder für schwach.¹⁴

Die Stunde der Wahrheit schlug für sie Anfang Juli 1964, als de Gaulle zu regulären Regierungskonsultationen an den Rhein kam und seinen Gastgeber zu einem bilateralen Zusammenschluß als Kern einer europäischen Föderation aufforderte. Im Gefühl, zu einer Option zugunsten Frankreichs gezwungen zu werden, lehnte Erhard die Offerte ab und griff auch den Köder einer Beteiligung an der französischen Nuklearstreitmacht nicht auf. Der Versuch des Präsidenten, das Bundeskabinett mit einem grandiosen Plädoyer für die Zweier-Union aufzurütteln, endete mit einem Eklat: Der Kanzler wußte nichts zu erwidern und ließ den historischen Moment stumm verstreichen.¹⁵ »Je suis resté vierge«, beklagte sich de Gaulle zum Abschied, nicht bei Erhard, sondern bei Adenauer, der ganz auf seiner Seite stand.¹⁶ Der Kanzler schwankte zwischen Amerika und Europa, wetterte der Staatspräsident im Conseil des Ministres; eine gemeinsame Politik sei bis auf weiteres ausgeschlossen. Sollte es beim nächsten Mal wieder keine Übereinstimmung geben, werde Frankreich sich nach Rußland wenden.¹⁷

¹³ Vgl. Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 20.11.1963, in: Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. 2: »La France reprend sa place dans le monde«, Paris 1997, S. 246f.

¹⁴ Vgl. Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 27.11.1963, in: *ibid.* S. 249.

¹⁵ Vgl. Unterredung zwischen Erhard und de Gaulle vom 3.7.1964, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1964*, München 1995, S. 713–723; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 3.7.1964, in: *ibid.* S. 738–749; Unterredung zwischen Carstens und de Gaulle vom 4.7.1964, in: *ibid.* S. 766–768; Unterredung zwischen de Gaulle und Erhard vom 4.7.1964, in: *ibid.* S. 768–777; Deutsch-französische Regierungsbesprechung vom 4.7.1964, in: *ibid.* S. 777–787; Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard (1963–1966). Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt*, Düsseldorf 1992, S. 94–100; Hermann KUSTERER, *Der Kanzler und der General*, Stuttgart 1995, S. 417–420; Georges-Henri SOUTOU, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, S. 273–275.

¹⁶ Zitiert nach: Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 888.

¹⁷ Vgl. Conseil des Ministres, 7.7.1964, in: PEYREFITTE (Anm. 13), S. 260; Unterredung zwischen de Gaulle und Peyrefitte vom 7.7.1964, in: *ibid.* S. 260–263.

III. »Geist und Substanz« des Freundschaftsvertrages sind verloren

Mochte auch das deutsche Volk die Versöhnung mit dem westlichen Nachbarn auf seine Fahnen geschrieben haben, so war die deutsche Regierung in den Augen de Gaulles zu den USA übergelaufen. Verärgert über die Fruchtlosigkeit des Élysée-Vertrages, begann er einen Frontalangriff gegen den geplanten Bonner Beitritt zur Multilateralen Nuklearstreitkraft,¹⁸ verweigerte Erhard die Unterstützung für dessen Plan einer neuen »relance européenne«¹⁹ und setzte ihn mit der These unter Druck, die Lösung der »deutschen Frage« sei »par excellence, le problème européen«.²⁰

Trotz massivem Druck von seiten der deutschen »Gaullisten«, die ganz im Sinne des Generals für eine Europäische Union auf der Basis der deutsch-französischen Entente plädierten, hielt der Kanzler seinen außenpolitischen Kurs bei. Er wußte sich darin einig mit der Mehrheit der Bonner Politiker, namentlich mit Außenminister Schröder, für den nicht der Ausbau der europäischen Zusammenarbeit mit Frankreich, sondern die transatlantische Partnerschaft mit den USA und eine »Politik der Bewegung« gegenüber Ostmitteleuropa im Zentrum der Bonner Außenpolitik zu stehen hatten.²¹ Erbst über die Unbotmäßigkeit der Bundesrepublik wie der übrigen europäischen Partner, brach Frankreich 1965 die »Politik des leeren Stuhls« in der EWG vom Zaun,

¹⁸ Vgl. Christoph HOPPE, Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 1993, S. 155–214; Martin KOOPMANN, Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965, Baden-Baden 2000, S. 185–263; Burkard SCHMITT, Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966, München 1998, S. 163–188; SOUTOU (Anm. 15), S. 266–286.

¹⁹ Vgl. Gabriele CLEMENS, »Zwischen allen Stühlen«. Ludwig Erhards Europa-Initiative vom November 1964, in: DIES. (Hg.), Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Peter Krüger zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2001, S. 171–192; Ulrich LAPPENKÜPER, Den Bau des »europäischen Hauses« vollenden. Die Europapolitik Ludwig Erhards (1963–1966), in: Historisch-Politische Mitteilungen, 7 (2000), S. 239–267; DERS., »Ein Europa der Freien und der Gleichen«. La politique européenne de Ludwig Erhard (1963–1966), in: Wilfried LOTH (Hg.), Crises and Compromises: The European Project 1963–1969, Baden-Baden, Brüssel 2001, S. 65–91.

²⁰ Pressekonferenz de Gaulles, 4.2.1965, in: DE GAULLE (Anm. 9), S. 338; vgl. grundsätzlich Pierre MAILLARD, De Gaulle und Deutschland. Der unvollendete Traum, Bonn 1991; Knut LINSEL, Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969, Sigmaringen 1998.

²¹ Zur innerdeutschen Auseinandersetzung über den Kurs der Bonner Außenpolitik vgl. Reiner MARCOWITZ, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969, München 1996; Torsten OPPELLAND, Gerhard Schröder (1901–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession, Düsseldorf 2002.

bahnte engere Beziehungen zur Sowjetunion an²² und trat 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.²³ Erhard unterstellte dem General, Deutschland zu einem »französisch-russischen Protektorat« degradieren zu wollen, und beschloß, härter gegen ihn vorzugehen.²⁴ Auch unter Bonner »Gaullisten« wuchs der Unmut über Frankreichs Außenpolitik. Die Bundesregierung dürfe dem »Entweder-Oder de Gaulles« nicht folgen, hieß es.²⁵ Allein die Vorsitzenden der beiden Unionsparteien schienen beharrlich an der engen Verbindung zu Frankreich festzuhalten. Konrad Adenauer sah sein Lebenswerk in Gefahr und empfahl, beim nächsten Regierungstreffen die kontroversen Themen einfach auszuklammern. Franz Josef Strauß warnte vor einer »außenpolitischen Isolierung«.²⁶

Drei Jahre nach seinem Abschluß hatte der Élysée-Vertrag »Geist und Substanz« verloren.²⁷ Seine einzige Wirkung bestand darin, daß der von ihm ausgeübte Zwang zur Konsultation den Dialog zwischen Bonn und Paris nicht abreißen ließ. Trotz partieller Berührungspunkte waren die eher machtpolitische de Gaullesche und die mehr wirtschaftlich ausgerichtete Erhardssche Außenpolitik unvereinbar. Sie wirkten wie zwei aneinander gesetzte Pyramiden, die sich trotz ihres gemeinsamen Fundamentes mit zunehmender Höhe immer weiter voneinander entfernten. Als der Bundesrepublik im Herbst 1966 tatsächlich die von Strauß beschworene Gefahr der Isolation drohte, weil ihr Verhältnis zu den USA und zu Frankreich beschädigt, wenn nicht zerrüttet war, trieb die CDU ihre einst so beliebte Wahlkampflokomotive Ludwig Erhard aufs Abstellgleis.²⁸

²² Vgl. Jacques BARIÉTY, Die französisch-sowjetische Annäherung. De Gaulles Reise nach Moskau im Jahre 1966 und die »Deutsche Frage«, in: Peter WEILEMANN, Hanns Jürgen KÜSTERS, Günter BUCHSTAB (Hg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn u.a. 1999, S. 243–254.

²³ Vgl. Frédéric BOZO, Deux stratégies pour l'Europe. De Gaulle, les Etats-Unis et l'Alliance atlantique, 1958–1969, Paris 1996, S. 133–151.

²⁴ Vgl. Unterredung zwischen Erhard und McGhee vom 5.5.1965, in: AAPD 1965, S. 792–795, hier S. 794; Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn (L–E–S), NL Erhard, I.2) 12, Erhard an Barzel, 23.4.1965.

²⁵ Heinrich KRONE, Tagebücher, Bd. 2: 1961–1966, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 2003, S. 367, Tb. Krone, 5.5.1965.

²⁶ Ibid., S. 363f., 373, Tb. Krone, 28.4., 30.4.–2.5.1965, 16. und 18.5.1965; L–E–S, NL Erhard, I.1) 10+11, Adenauer an Erhard, 28.5.1965; ibid. I.2) 24, Strauß an Erhard, 25.5.1965.

²⁷ Pressekonferenz de Gaulles, 28.10.1966, in: DE GAULLE (Anm. 9), Bd. 5, Paris 1970, S. 96–117, hier S. 101 (Übersetzung U.L.).

²⁸ Vgl. HILDEBRAND (Anm. 8), S. 202–231.

IV. »Den politischen Kern in die Tat umsetzen«

Der Amtsantritt der Großen Koalition im Dezember 1966 weckte beiderseits des Rheins die Hoffnung auf Besserung im bilateralen Verhältnis. Schon die Frankophonie von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und Außenminister Willy Brandt wurde in Paris als günstiges Omen gedeutet. Die neue Bonner Führung verlagerte die Prioritätenskala deutscher Außenpolitik von West nach Ost, versicherte aber sogleich, bei ihrem Aufbruch zu neuen Ufern die feste Verankerung an den alten Gestaden auf keinen Fall lösen zu wollen. Sie reagierte damit auf die von den USA forcierte globale Entspannungspolitik sowie auf Frankreichs ostpolitische Aktivitäten.²⁹ Mit bündnispolitischem Pragmatismus setzte sich Kiesinger von Erhards Amerika-Hörigkeit ebenso ab wie von Adenauers Frankreichbindung. Im Einklang mit Brandt ging es ihm darum, sich weder auf die atlantische noch auf die gaullistische Karte festlegen zu lassen. Er beteuerte, den »politischen Kern« des Élysée-Vertrages endlich »in die Tat umzusetzen«,³⁰ und dachte dabei vornehmlich an gemeinsame Schritte zur wirtschaftlichen und politischen Einigung Europas, aber auch an eine Intensivierung der bilateralen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten sowie zum anderen Teil Deutschlands.³¹

De Gaulle empfand die »Kehrtwendung«³² der Bundesregierung, die seiner Forderung nach mehr europäischem Selbstbewußtsein und nach einer europaweiten Entspannungspolitik entgegenkam, als wohltuend und genoß es, daß der Kanzler ihn im europäischen Orchester die erste Geige spielen ließ. Der spürbare Klimawechsel zwischen Bonn und Paris konnte freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grenzen der bilateralen Kooperation eng gesteckt blieben. Denn die Gegensätze in den Auffassungen über die militärische Integration der NATO oder über die Einbeziehung Großbritanniens in die wirtschaftlich-politische Zusammenarbeit Europas waren nicht ausgeräumt, sie wurden bloß hinter neudefinierte Gemeinsamkeiten zurückgestellt. Frankreichs Flirt mit dem »ewigen Rußland«, sein Beharren auf die Abnabelung von den USA, sein Veto gegen den britischen EWG-Beitritt und sein Drängen auf

²⁹ Vgl. *ibid.* S. 301–352; Reinhard SCHMOECKEL, Warten auf bessere Zeiten – In aller Freundschaft. Das Verhältnis zu Frankreich und Europa, in: DERS., Bruno KAISER (Hg.), *Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966–1969 und ihre langfristigen Wirkungen*, Bonn 1991, S. 201–230.

³⁰ Unterredung zwischen Kiesinger und de Gaulle vom 13.1.1967, in: AAPD 1967, S. 64–77, hier S. 65.

³¹ Vgl. Unterredung zwischen Brandt und Seydoux vom 8.12.1966, in: AAPD 1966, S. 1605–1609.

³² François SEYDOUX, *Botschafter in Deutschland. Meine zweite Mission 1965 bis 1970*, Frankfurt a. M. 1978, S. 95.

eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ließen die Euphorie bald abebben. In den Augen de Gaulles befanden sich die Deutschen und Franzosen nicht – wie Kiesinger meinte – in einer »Schicksalsgemeinschaft« gegenüber einer sowjetischen Bedrohung, sondern in einer »Interessengemeinschaft« gegenüber einer amerikanischen Herausforderung. Nicht der Wodka, sondern der Whiskey betöre die Europäer, warnte er Mitte 1967.³³

Der Kanzler verschloß sich solchen Worten keineswegs. Die arrogante Art, mit der die USA der Bundesrepublik den Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag aufzwingen, empörte ihn genauso wie das »atomare »Komplizentum« der beiden Supermächte.³⁴ Dennoch kam ein Verzicht auf die transatlantische Partnerschaft für ihn nicht in Frage. An dem von de Gaulle heftig gerügten Vietnamkrieg übte die Bundesregierung keine Kritik. Und im Laufe des Sechstagekrieges im Nahen Osten stand sie nicht mit Frankreich auf der arabischen, sondern mit den USA auf der israelischen Seite. Ungeachtet dieser klaren Prioritätensetzung hoffte Kiesinger gleichwohl, zwischen den beiden wichtigsten westlichen Verbündeten als »treuer Makler« vermitteln zu können.³⁵

V. Keine »präferentielle Zusammenarbeit«

Die in Bonn gehegte Erwartung, de Gaulle werde wegen der geschrumpften parlamentarischen Machtbasis nach den Wahlen vom März 1967 mehr Rücksicht auf die innenpolitischen Widerstände gegen seine nationalistische Außenpolitik nehmen, trog;³⁶ kontinuierlich nahmen die Friktionen mit Paris zu. Die von der Bundesregierung verfolgte Strategie einer Isolierung der DDR mittels Kontaktaufnahme zu den übrigen Ostblock-Staaten³⁷ stimmte mit Frankreichs Konzepten ebenso wenig überein wie ihre positive Einstellung zum britischen EWG-Beitritts-gesuch. Scharfen Protest provozierte de Gaulle seinerseits, als er während eines Staatsbesuchs in Polen geflissentlich deutsche

³³ Unterredung zwischen de Gaulle und Kiesinger vom 13.7.1967, in: AAPD 1967, S. 1052–1062, hier S. 1053.

³⁴ Zitiert nach: HILDEBRAND (Anm. 8), S. 310.

³⁵ Zitiert nach: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969, Bonn 1985, S. 89.

³⁶ Vgl. Aufzeichnung Meyer-Lindenberg, 26.4.1967, in: AAPD 1967, S. 678–680.

³⁷ Vgl. ausführlich Dirk KROEGEL, Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition, München 1997.

Empfindlichkeiten in bezug auf die Ostgebiete übersah und ehemals deutsche Städte öffentlich als Symbol polnischer Größe feierte.³⁸

Kiesinger hielt trotz wachsender Klagen der Koalitionsparteien über derartige Eigenmächtigkeiten³⁹ an der Entente mit Frankreich fest, weil sie seines Erachtens als »europäisches Kernverhältnis« erhalten bleiben mußte.⁴⁰ Da er aber de Gaulles wiederholt vorgebrachtes Angebot einer »präferentiellen Zusammenarbeit« stets zurückwies,⁴¹ konnte er das Spannungspotential nicht beseitigen – im Gegenteil: Die Dissonanzen und öffentlich ausgetragenen Querelen nahmen ein bedenkliches Ausmaß an. Als sinnentstellende Agenturberichte im Februar 1968 meldeten, Außenminister Brandt habe in einer Rede auf dem baden-württembergischen SPD-Landesparteitag in Ravensburg de Gaulle als machtbesessen titulierte, lud der Staatschef kurzerhand zwei SPD-Minister, die den zur selben Zeit in Paris weilenden Bundespräsidenten Lübke begleiteten, von einem geplanten Essen aus und löste eine schwere atmosphärische Störung aus.⁴²

VI. »De Gaulle und der Freundschaftsvertrag – das war zu viel auf einmal!«

Wie wenig belastbar der deutsch-französische Freundschaftsvertrag noch war, zeigte sich vollends bei der Niederschlagung des »Prager Frühlings«. Nicht nur, daß beide Regierungen diametral entgegengesetzte Schlußfolgerungen aus den Ereignissen in der Tschechoslowakei zogen; sie warfen sich auch gegenseitig eine Mitschuld an der sowjetischen Invasion vor. Während der von de Gaulle nach erfolgreich bestrittenen Parlamentswahlen neu bestellte Außen-

³⁸ Vgl. Böx an Auswärtiges Amt (AA), Fernschreiben (FS) Nr. 210, 12.9.1967, in: AAPD 1967, S. 1261–1263; Klaiber an AA, FS Nr. 1813, in: *ibid.* S. 1319–1321; SEYDOUX (Anm. 32), S. 113–116.

³⁹ Vgl. MARCOWITZ (Anm. 21), S. 278–280; Daniela TASCHLER, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966–1969), Düsseldorf 2001, S. 135–147, 211–218, 278–291.

⁴⁰ Rundfunkinterview Kiesingers, 5.11.1967, zitiert nach: Europa-Archiv, (1967), S. Z258f., hier S. Z258.

⁴¹ Unterredung zwischen Kiesinger und de Gaulle vom 28.9.1968 in: AAPD 1968, S. 1248–1260, hier S. 1258.

⁴² Vgl. Klaiber an Brandt, FS Nr. 274, 4.2.1968, in: *ibid.* S. 160–162; Willy BRANDT, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 158–160; DERS., Erinnerungen, Berlin, Frankfurt a. M., Zürich 1999, S. 240–242; SEYDOUX (Anm. 32), S. 121f.

minister Michel Debré das Drama als »accident« auf der Straße der Entspannung bagatellierte,⁴³ wählte Kiesinger das strategische Gleichgewicht bedroht und rief nach einer Stärkung der NATO. De Gaulle präsentierte ihm daraufhin bei einem Konsultationstreffen im September 1968 einen langen Katalog deutscher »Sünden«, der vom »Drang nach Osten« über das Streben nach Nuklearwaffen bis zum Wunsch nach Wiedervereinigung reichte und in dem Vorwurf mündete, die Bundesrepublik habe Frankreichs Wunsch nach echter Solidarität seit 1949 nie erwidert.⁴⁴ »Geschockt« über die scharfen Attacken des Generals, stand der Kanzler vor den »Trümmern seiner Frankreichpolitik«.⁴⁵

Im Zuge der europäischen Währungskrise im Herbst 1968 drohte das Wunder der deutsch-französischen Aussöhnung gänzlich unterzugehen. Anders als Frankreich, das infolge der innenpolitischen Unruhen vom Mai erhebliche Währungs- und Wirtschaftsprobleme zu bewältigen hatte, erlebte die Bundesrepublik nach überwundener Rezession einen wirtschaftlichen Aufschwung und zog dabei erheblichen Nutzen aus französischer Kapitalflucht. Obwohl die Außenhandelsüberschüsse und die steigenden Gold- und Devisenreserven das ökonomische Ungleichgewicht gegenüber dem Ausland vergrößerten, wehrte sich die Bundesregierung standhaft gegen eine Aufwertung der DM und setzte implizit erstmals seit dem Bestehen der Bundesrepublik wirtschaftliche Macht in politische Stärke um. Da sie nicht einsah, »wegen Tüchtigkeit auf die Anklagebank« gesetzt zu werden,⁴⁶ widerstand die Regierung auf der Bonner Währungskonferenz des Zehnerclubs vom 20. bis 22. November 1968 hartnäckig allen Pressionen.⁴⁷

»Die Germanen drückten ihren Brustkorb wieder heraus«, entrüstete sich der französische Botschafter in Bonn, François Seydoux.⁴⁸ Französische Zeitungen warnten vor einer drohenden deutschen Hegemonie. De Gaulle trieb die Sorge um, die Deutschen könnten nicht nur die ökonomische, sondern auch die militärische Vorherrschaft in Europa anpeilen. Obschon seine Vision eines vereinten Europas vom Atlantik bis zum Ural von sowjetischen Panzern in Prag zermalmt worden war, näherte er sich wieder der Sowjetunion, ging auf die USA zu und bemühte sich außerdem darum, Großbritannien in die eu-

⁴³ Michel DEBRÉ, *Trois républiques pour une France. Mémoires*, Bd. 4: *Gouverner autrement 1962–1970*, Paris 1993, S. 259.

⁴⁴ Unterredung zwischen Kiesinger und de Gaulle vom 27.9.1968 in: AAPD 1968, S. 1200–1212, hier S. 1206; vgl. auch die Unterredung zwischen dens. vom 28.9.1968, in: *ibid.* S. 1248–1260.

⁴⁵ Aufzeichnung Bahrs, 1.10.1968, in: *ibid.* S. 1271f.

⁴⁶ Franz Josef Strauß in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 25.11.1968, zitiert nach: HILDEBRAND (Anm. 8), S. 322.

⁴⁷ Vgl. Aufzeichnung Berger, 25.11.1968, in: AAPD 1968, S. 1509–1515.

⁴⁸ SEYDOUX (Anm. 32), S. 152.

ropäische Gemeinschaft hineinzuziehen. Desillusioniert über die Möglichkeit einer bevorzugten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, offenbarte er Kiesinger im März 1969 mit entwaffnender Deutlichkeit, wie schwer es Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg gefallen sei, dem östlichen Nachbarn die Hand zu reichen. Allein der französischen »Selbstüberwindung« hätten die Deutschen es zu verdanken, daß man darauf verzichtet habe, »eine ganz andere Politik [zu] betreiben« – und »Rache« zu nehmen.⁴⁹

Einen Monat später gab der Staatspräsident sein Amt nach einem mißlungenen Referendum über eine Regional- und Senatsreform auf. In Bonn ließ sich die Erleichterung über die Demission mit Händen greifen. »De Gaulle und der Freundschaftsvertrag – das war zu viel auf einmal! Von jetzt an werden unsere Beziehungen problemloser sein«, frohlockte ein Beamter des Auswärtigen Amts ziemlich undiplomatisch gegenüber dem französischen Botschafter.⁵⁰ »Der persönliche, eigenwillige Stil des Generals und seine abrupten Methoden dürften einer pragmatischeren Arbeitsweise Platz machen«, prognostizierte dessen deutscher Kollege in Paris; kein Nachfolger werde über die Größe verfügen, die solche Eigenwilligkeiten rechtfertigen könne.⁵¹

VII. »Faut-il-avoir peur de l'Allemagne?«

Mit dem Rücktritt de Gaulles im Frühjahr und der Abwahl Kiesingers im Herbst 1969 wurden die Karten der deutsch-französischen Beziehungen vor dem Hintergrund tiefgreifender Veränderungen im internationalen System neu gemischt. Die USA intensivierten ihre Kontakte zur Sowjetunion, beendeten den Vietnamkrieg und ordneten ihre Beziehungen zu China neu. Die Bundesrepublik – erstmals in ihrer Geschichte von einer sozial-liberalen Koalition regiert – stellte sich an die Spitze der westlichen Détente, löste Frankreich als Vorreiter der Entspannung ab und gewann erheblich an Statur.⁵²

Angesichts dieser Machtverlagerung war es nicht von Vorteil, daß sich das Verhältnis zwischen den führenden Politikern in Bonn und Paris keineswegs so einfach gestaltete, wie die Bonner Diplomatie es prognostiziert hatte. Georges Pompidou, der gaullistische Staatspräsident, begegnete dem »attraktiven

⁴⁹ Unterredung zwischen de Gaulle und Kiesinger vom 14.3.1969, in: AAPD 1969, S. 402–410, hier S. 405.

⁵⁰ Zitiert nach: SEYDOUX (Anm. 32), S. 166.

⁵¹ Braun an AA, FS Nr. 1014, 7.5.1969, in: AAPD 1969, S. 568–571, hier S. 568.

⁵² Vgl. Werner LINK, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969–1974, in: Karl Dietrich BRACHER, Wolfgang JÄGER, DERS. (Hg.), Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart, Mannheim 1986, S. 162–282.

und schillernden Wesen« des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Willy Brandt mit großem Mißtrauen.⁵³ Und Brandt machte keinen Hehl daraus, daß nicht Pompidou, sondern der Europa-freundliche Senatspräsident Alain Poher sein Wunschkandidat für die Nachfolge de Gaulles gewesen war.⁵⁴ Niemals zuvor, so bekannte später einmal ein amtlicher Dolmetscher, hätte er soviel Schweigen übersetzen müssen wie in den Gesprächen zwischen dem Kanzler und dem Präsidenten.⁵⁵

Pompidous Argwohn richtete sich nicht allein gegen Brandt, vielmehr gegen die Deutschen insgesamt, deren ökonomisches Gewicht ihm, und nicht nur ihm in Frankreich, Furcht einflößte. »Faut-il-avoir peur de l'Allemagne?«,⁵⁶ lautete der Titel eines Buches, das im Sommer 1969 erschien und nach dem Empfinden deutscher Diplomaten so einige Jahre zuvor »noch undenkbar gewesen« wäre.⁵⁷ Pompidous Hauptehrgeiz bestand darin, den industriellen und sozialen Fortschritt der Nation zu beschleunigen. Er setzte dabei auf die enge Kooperation mit Deutschland und hoffte so, das bilaterale Gleichgewicht wieder herstellen zu können.⁵⁸ Die deutsch-französischen Beziehungen deklarierte er nicht mehr als prioritär, sondern nur noch als grundlegend, was der Bundesregierung durchaus recht war, weil damit nach Jahren enttäuschter Erwartungen eine »Rückkehr zu größerem Realismus« möglich schien.⁵⁹ Fixiert auf die beiden Weltmächte, spielte Frankreich im politischen Kalkül Brandts lediglich eine nachgeordnete Rolle; dennoch vergaß er nie, daß er nur mit einem konstruktiven Verhältnis die Errungenschaften der Aussöhnung bewahren und seine Ostpolitik nach Westen absichern konnte.

⁵³ SEYDOUX (Anm. 32), S. 196; vgl. auch Michel JOBERT, *Mémoires d'avenir*, Paris 1974, S. 165.

⁵⁴ Vgl. Braun an AA, FS Nr. 1014, 7.5.1969, in: AAPD 1969, S. 568–571; BRANDT 1976 (Anm. 42), S. 337.

⁵⁵ Vgl. Ernst WEISENFELD, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München 1986, S. 115.

⁵⁶ Michel SALOMON, *Faut-il avoir peur de l'Allemagne?*, Paris 1969.

⁵⁷ Aufzeichnung Frank, 22.10.1969, in: AAPD 1969, S. 1143–1147, hier S. 1144.

⁵⁸ Vgl. Éric ROUSSEL, *Georges Pompidou*, Paris 1984; Georges-Henri SOUTOU, *L'attitude de Georges Pompidou face à l'Allemagne*, in: Maurice VAISSE (Hg.), *Georges Pompidou et l'Europe*, Brüssel 1995, S. 267–313.

⁵⁹ Aufzeichnung Frank, 22.10.1969, in: AAPD 1969, S. 1144; vgl. ausführlich Markus BERNATH, *Wandel ohne Annäherung. Die SPD und Frankreich in der Phase der Neuen Ostpolitik 1969–1974*, Baden-Baden 2001; Haig SIMONIAN, *The privileged partnership. Franco-German relations in the European Community 1969–1984*, Oxford 1985, S. 78–246.

VIII. »Entente élémentaire«

Frankreichs Haltung zur Brandtschen Ostpolitik weist deutliche Anzeichen von »Schizophrenie«⁶⁰ auf. Einerseits begrüßte es sie, andererseits fürchtete es sich vor deren Rückwirkungen, da das von engsten Mitarbeitern des Kanzlers angestrebte neue europäische Sicherheitssystem der Wiedervereinigung Vorschub leisten konnte. Pompidou hielt zwar rhetorisch an der von de Gaulle anvisierten gesamteuropäischen Ordnung fest, glaubte aber, ganz Pragmatiker, der er war, nicht an ihre Realisierbarkeit. Mehr als sein Vorgänger mißtraute er der östlichen Vormacht und ging deshalb ostpolitisch in die Defensive. Den Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion vom August 1970 setzte Pompidou mit einem Abkommen über die Abtretung des Elsaß an das Deutsche Reich gleich – was ihn 1972 freilich nicht davon abhielt, der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Ratifikation des Vertrages dringend nahezulegen.⁶¹ Brandts Kniefall in Warschau vom Dezember 1970 empfand er als schockierend.⁶²

Weitaus gelassener als der Staatschef reagierte Außenminister Maurice Schumann auf die Bonner Ostpolitik. Seine positive Einstellung resultierte zum einen aus seiner langen Beschäftigung mit der »deutschen Frage«, zum anderen daraus, daß er von de Gaulles Détente-Konzept weiterhin überzeugt war. Überdies begegnete er Brandt nicht – wie Pompidou – mit Mißtrauen, sondern mit Sympathie.⁶³

Gleichwohl führte der entspannungspolitische Elan des Nachbarn in Paris zu erheblicher Beunruhigung. Bonns Ostpolitik bedrohte Frankreichs Stellung als Siegermacht, und die vom Westen ergriffene Initiative zur Truppenverminderung beider Militärblöcke gefährdete seine Sicherheit. Obwohl die französische Führung Distanz zu den USA hielt und eine Sonderstellung in Europa beanspruchte, trat sie entschieden für den Verbleib der amerikanischen Soldaten in Europa ein. Konsequenterweise interessierte sie sich weniger für die »Mutual Balanced Force Reductions« (MBFR) als für die von der Sowjetunion angeregte europäische Sicherheitskonferenz KSE, von der sie sich neben

⁶⁰ Michael MEIMETH, Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre. Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing, Baden-Baden 1990, S. 64. In gleicher Diktion bereits Roland DELCOUR, Ein Fall von Schizophrenie. Deutsche Ostpolitik aus Pariser Sicht, in: Der Monat, 263 (1970), S. 51–54.

⁶¹ Vgl. ROUSSEL (Anm. 58), S. 407; Andreas WILKENS, Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990, S. 112f.

⁶² Vgl. JOBERT (Anm. 53), S. 165.

⁶³ Vgl. Christine RIMBAUD, Maurice Schumann, sa voix, son visage, Paris 2000, bes. S. 227–237; WILKENS (Anm. 61), S. 65–67.

einer Milderung der Blockkonfrontation eine Lenkung des gesamtdeutschen Dialogs erhoffte. »Symmetrische Truppenreduzierung sei für Europa gefährlich, asymmetrische für SU unannehmbar«, betonte Schumann Ende Mai 1971 in Bonn.⁶⁴ »Der riskante Versuch, ein militärisches Gleichgewicht durch Verhandlungen zwischen den Blöcken in Europa zu schaffen, sei kein sinnvoller Weg zur Entspannung«, beteuerte er Anfang Juni auf der Ministerkonferenz der NATO.⁶⁵ Die Bundesregierung sah die Dinge genau umgekehrt. Sie strebte danach, die KSE auf kleiner Flamme zu kochen, während sie die MBFR-Verhandlungen als Nukleus eines neuen europäischen Sicherheitssystems zu forcieren gedachte.⁶⁶

Um sich vor der von ihm so wahrgenommenen Gefahr eines deutschen Abdriftens nach Osten zu schützen, pochte Staatspräsident Pompidou auf die Bewahrung der Vier-Mächte-Prärogative und spielte trotz aller Bedenken gegenüber dem Kreml mit der Idee einer sowjetisch-französischen Rückversicherungsallianz. Er nutzte die Verhandlungen mit den USA, Großbritannien und der Sowjetunion über Berlin als deutschlandpolitische »Notleine«⁶⁷, bediente sich der Konsultationen im Rahmen des Élysée-Vertrages als »freundschaftliche[r] Fessel«⁶⁸ und betrieb mit dem Bundeskanzler eine »relance européenne«, die Großbritannien in die EWG bringen, den Gemeinsamen Markt ausbauen und das politische Zwergendasein der Gemeinschaft beenden sollte.

Wenngleich beide Regierungen die Wiederbelebung der europäischen Einigung begrüßten, stimmten sie in den europapolitischen Grundfragen keineswegs immer überein. Der Mitte Juni 1969 mit Unterstützung eines Teils des französischen Zentrums gewählte gaullistische Staatspräsident optierte für die Vertiefung, der sozialdemokratische Kanzler für die Erweiterung der EWG. Pompidou propagierte die politische Zusammenarbeit auf der Ebene der Staaten; Brandt plädierte für den bundesstaatlichen Zusammenschluß und wünschte eine Stärkung der EWG-Kommission wie des Europäischen Parlaments. In der Ende 1969 aufgenommenen Debatte über die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion gaben in Frankreich die Monetaristen den Ton an, wohingegen die Bundesregierung auf der Seite der Ökonomen stand. Dennoch erzielten die Nachbarn in der Europapolitik dank der von Willy Brandt so getauften »entente élémentaire«⁶⁹ gewisse Erfolge. Unter dem

⁶⁴ Runderlaß van Well, 29.5.1971, in: AAPD 1971, S. 894–897, hier S. 895.

⁶⁵ Krapf an AA, FS Nr. 189, 5.6.1971, in: *ibid.* S. 912–918, hier S. 913.

⁶⁶ Vgl. SOUTOU (Anm. 15), S. 333–338.

⁶⁷ WILKENS (Anm. 61), S. 89; MEIMETH (Anm. 60), S. 70, 110.

⁶⁸ Hans-Peter SCHWARZ, *Eine Entente Élémentaire. Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Élysée-Vertrages*, erw. Neuauflage, Bonn 1990, S. 18.

⁶⁹ Ansprache Brandts, 5.7.1971, im Auszug in: Pierre JARDIN, Adolf KIMMEL (Hg.), *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, Paris 2001, S. 161f. (Retour aux textes); vgl.

Druck des Zusammenbruchs der Währungsordnung von Bretton Woods, der in den Augen Pompidous die Ausmaße einer »Art Jalta zwischen den USA und Europa« annahm,⁷⁰ verständigten sich die von Paris und Bonn angetriebenen EWG-Staaten im Oktober 1972 auf die Umwandlung der Gesamtheit ihrer Beziehungen in eine »Europäische Union«; sie beschlossen die Fortführung der Debatte über die Wirtschafts- und Währungsunion und vereinbarten die Aufnahme eines »konstruktiven Dialogs« mit den USA.⁷¹

IX. »Regaullisierung« der französischen Außenpolitik

Wenige Monate später aber gerieten die deutsch-französischen Beziehungen – von Brandt und Pompidou anläßlich der Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des Élysée-Vertrages im Januar 1973 noch unisono als »privilegierte Kooperation« gewürdigt⁷² – in schweres Unwetter. Da die Amerikaner vor dem Hintergrund einer nachlassenden Bedrohung der Sowjetunion und einer wachsenden Konkurrenz der EWG auf wirtschaftlicher Ebene eine Neuregelung des transatlantischen Verhältnisses in Angriff nahmen, brach zwischen ihnen und den Franzosen ein heftiger Machtkonflikt aus, der die Deutschen nicht unberührt lassen konnte. Während die USA Westeuropa zu einer bloßen Regionalmacht des internationalen Systems zu degradieren trachteten,⁷³ zielte Frankreich im Zuge einer »Regaullisierung« der Außenpolitik unter dem neuen Außenminister Michel Jobert⁷⁴ auf die Eindämmung der amerikanischen Dominanz in Europa. Indem die Bundesrepublik diesen Kurs ablehnte, erweckte sie in Paris den Eindruck, als ob ihre Außenpolitik zwischen Treue zur Atlantischen Allianz, Annäherung an die Sowjetunion und Entwicklung einer europäischen Sicherheitsidentität zu schlingern beginne. Jobert sah die Westdeutschen gar seit dem Abschluß des Grundlagenvertrages mit der DDR Ende 1972 von Wieder-

zur Begriffsbildung auch BRANDT 1976 (Anm. 42), S. 341; DERS., Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg 1974, S. 518f.

⁷⁰ Zitiert nach: BRANDT 1976 (Anm. 42), S. 349.

⁷¹ Erklärung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der erweiterten EG, 19./20.10.1972, in: Europa-Archiv (1972), S. D502–D508, D503, D507.

⁷² Zitiert nach: BRANDT 1976 (Anm. 42), S. 361; vgl. auch Ansprache Pompidous, 22.1.1973, in: DERS., Entretiens et Discours 1968–1974, Bd. 2, Paris 1975, S. 165–168, hier S. 166.

⁷³ Vgl. SIMONIAN (Anm. 59), S. 169–177.

⁷⁴ Gilbert ZIEBURA, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart 1997, S. 245; vgl. grundlegend Mary Kathleen WEED, Michel Jobert et la diplomatie française, Paris 1988.

vereinigung, Neutralität und einer noch engeren Verbindung zu den USA träumen.⁷⁵

In der Absicht, sein Land vor den Unbilden des Washingtoner Hegemonialgebarens wie der neu auftauchenden »incertitudes allemandes« zu schützen, rüstete sich der französische Außenminister, Westeuropa zu einem eigenständigen Machtfaktor der Weltpolitik aufzubauen. Mitte September forderte Jobert seine Kollegen aus der EWG dazu auf, »de faire enfin apparaître le visage indépendant de l'Europe, et d'affirmer l'identité européenne«.⁷⁶

X. Gefrierpunkt

Wenngleich die Bundesregierung die deutschen Interessen am besten in der Gemeinschaft vertreten sah, suchte sie aus sicherheitspolitischen Erwägungen weiterhin eine »organische Verbindung EG–USA«⁷⁷ und verweigerte sich daher den französischen Emanzipationsbestrebungen. Die nach dem Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 ausbrechende Erdölkrise und die Zuspitzung der Weltwirtschaftsprobleme ließen Joberts Ruf nach europäischer Identität endgültig verhallen. Wie schon in der Endphase der Großen Koalition reagierten Bonn und Paris auf die Schwierigkeiten einmal mehr mit gegenseitigen Schuldzuweisungen. Als Brandt Ende November anlässlich seiner periodischen Konsultationen mit Pompidou europäische Solidarität in der Ölfrage einforderte, tat die französische Regierung dies als innenpolitisches Manöver ab, weil der Kanzler die Solidarität in anderen europäischen Politikbereichen selbst vermissen ließ.⁷⁸ Wenige Wochen später gelang es zwar den Staats- und Regierungschefs auf dem EWG-Gipfel von Kopenhagen nach einem harten, nicht zuletzt von Brandt und Pompidou ausgetragenen Disput über die Energiefrage, die Behebung der Weltwirtschaftskrise und die Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik, die Meinungsverschiedenheiten mit kosmetischen Beschlüssen zu kaschieren, doch das von ihnen verabschiedete Dokument zur europäischen Identität war kaum das Papier wert, auf dem es gedruckt war.⁷⁹

⁷⁵ Vgl. Michel JOBERT, *L'autre regard*, Paris 1976, S. 256; MEIMETH (Anm. 60), S. 70.

⁷⁶ JOBERT (Anm. 75), S. 328.

⁷⁷ BRANDT 1976 (Anm. 42), S. 404.

⁷⁸ Vgl. JOBERT (Anm. 75), S. 348f.; Tischreden Pompidous und Brandts, 26.11.1973, im Auszug in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 69), S. 195f.

⁷⁹ Vgl. BRANDT 1976 (Anm. 42), S. 371–373; JOBERT (Anm. 53), S. 278–280; DERS. (Anm. 75), S. 352–354; SIMONIAN (Anm. 59), S. 210–218.

Wie wenig die Gemeinschaft die dort umrissene weltpolitische Rolle zu erfüllen vermochte, bewies ihre Unfähigkeit, in der Ölkrise eine gemeinsame Linie zu finden. Während Jobert die Vision einer europäisch-arabischen Zusammenarbeit propagierte und Ende Januar 1974 eine demonstrative Reise in den Nahen Osten unternahm,⁸⁰ versuchten die Bundesrepublik und die übrigen EWG-Mitglieder, auf bilateralem Wege zu möglichst günstigen Lieferbedingungen zu gelangen. Als die USA zwecks Kanalisierung des innerwestlichen Streits zu einer Energiekonferenz nach Washington einluden, um über die Schaffung einer Organisation der erdölverbrauchenden Staaten zu beraten, lehnte Frankreich im Gegensatz zur Bundesrepublik scharf ab. Zwar nahm Jobert dann im Februar doch an der Washingtoner Tagung teil, wurde aber völlig isoliert, da er abermals mehr europäische Eigenständigkeit forderte und einige Beschlüsse der Partner nicht mittrug.⁸¹ Die »prestigepolitischen Schaukämpfe«⁸² des französischen Außenministers und der proamerikanische Kurs seines deutschen Gegenspielers Helmut Schmidt, dem Jobert Verrat an der europäischen Sache vorwarf,⁸³ ließen die Temperatur zwischen Bonn und Paris auf den Gefrierpunkt sinken.

XI. »Vernunftfehe aus Neigung«

Der Tod Georges Pompidous im April und der Rücktritt Willy Brandts im Mai 1974 führten die deutsch-französischen Beziehungen in eine neue Epoche. Sie ging einher mit entspannungspolitischer Ernüchterung und einem personellen Umbruch auf den Führungsetagen der westlichen Welt. In Paris und Bonn bestimmten nunmehr Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt die Richtung der Politik, was aus der Perspektive des zwischenstaatlichen Verhältnisses als »Glücksfall«⁸⁴ gelten darf. Schon während ihrer früheren Tätigkeit als Finanzminister hatten sich der liberale Staatspräsident und der sozialdemokratische Bundeskanzler kennen- und schätzengelernt. Nun begann sich aus der

⁸⁰ Vgl. JOBERT (Anm. 75), S. 372–375.

⁸¹ Vgl. DERS. (Anm. 53), S. 286–289; DERS. (Anm. 75), S. 369–371, 375–383; LINK (Anm. 52), S. 257–261; SIMONIAN (Anm. 59), S. 219–240.

⁸² Archiv der sozialen Demokratie Bonn (AsD), Helmut-Schmidt-Archiv (H-S-A), Mappe Nr. 7095, Vermerk Schmidts, 27.7.1975.

⁸³ Vgl. JOBERT (Anm. 75), S. 380, 383; LINK (Anm. 52), S. 262.

⁸⁴ Kurt BECKER, Zum Verhältnis Valéry Giscard d'Estaing – Helmut Schmidt, in: Klaus MANFRASS (Hg.), Paris-Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner, Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigma-Ringen 1984, S. 241f.

sachlichen Übereinstimmung Sympathie, ja eine »feste Freundschaft« zu entwickeln, die sie durch diverse Privatbesuche in Giscard's Schlößchen in Authon oder Schmidts Reihenhaus in Hamburg auch öffentlich zelebrierten.⁸⁵

Trotz der persönlichen Affinität und ungeachtet der Tatsache, daß der Bundeskanzler dem Staatspräsidenten klugerweise nicht nur protokollarisch, sondern auch politisch »erkennbar den ersten Rang« einräumte,⁸⁶ leitete Giscard keine abrupte außenpolitische Kehrtwende ein. Obschon die V. Republik mit seiner Wahl im Mai 1974 erstmals nicht von einem Gaullisten geführt wurde, blieb der Gaullismus in Frankreich als politischer Faktor so bedeutsam, daß »mentalitäts- und historisch-bedingte Hemmnisse«⁸⁷ den Präsidenten zwangen, die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik zu bewahren; dies um so mehr, als sein Handlungsspielraum durch die sich seit den Parlamentswahlen von 1973 abzeichnende politische Polarisierung eingeschränkt wurde.

Gleichwohl gab Giscard den auswärtigen Beziehungen eine eigene Note, wandte sich den USA wieder zu und von der Sowjetunion ab, ohne den Dialog mit Moskau abbrechen zu wollen. Über die eher eurozentrierte Entspannungskonzeption seines Vorgängers reichte sein Ansatz insofern hinaus, als er die Détente in eine global ausgerichtete Politik einzubetten versuchte. Im Verhältnis zur Bundesrepublik stellte sich ein Klima des Vertrauens ein, das sowohl aus dem persönlichen Verhältnis der beiden Führungspersönlichkeiten in Bonn und Paris als auch aus dem Umstand resultierte, daß mit der Multilateralisierung der Ost-West-Beziehungen im Rahmen der KSZE die bilateral geführte Bonner Ostpolitik kontrolliert wurde und die deutsche Teilung als formell akzeptiert galt.⁸⁸

Grundsätzlich eher auf innen- und wirtschaftspolitische Themen konzentriert, zielte Schmidt im außenpolitischen Bereich vornehmlich darauf ab, ein »Versanden der Ostpolitik zu verhindern«.⁸⁹ Entspannungspolitik verstand der Kanzler in Übereinstimmung mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher vornehmlich als Gleichgewichtspolitik, innerhalb derer die Sicherheit Europas

⁸⁵ Helmut SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II*, Berlin 1990, S. 165; vgl. auch Valéry GISCARD D'ESTAING, *Macht und Leben. Erinnerungen*, Frankfurt a. M., Berlin 1988, S. 108f.

⁸⁶ SCHMIDT (Anm. 85), S. 173.

⁸⁷ AsD, H-S-A, Mappe Nr. 6935, Carlo Schmid an Schmidt, 27.6.1974.

⁸⁸ Vgl. grundlegend: Samy COHEN, Marie-Claude SMOUTS (Hg.), *La politique extérieure de Valéry Giscard d'Estaing*, Paris 1985; Hélène MIARD-DELACROIX, *Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974-1982)*, Bern u.a. 1993.

⁸⁹ Stephan BIERLING, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen*, München, Wien 1999, S. 199.

durch Rüstungskontrolle und langfristige ökonomische Vereinbarungen gewährleistet werden sollte.⁹⁰

Eher scharfsinnige Analytiker denn Visionäre, schlossen Schmidt und Giscard eine »Vernunfthe aus Neigung«,⁹¹ wobei die Abschwächung des Dreiecks-Dilemmas zwischen Bonn, Paris und Washington die »Vermählung« zweifellos erleichterte. Schon bei ihrem ersten Treffen in neuer Funktion kritisierte Schmidt Ende Mai 1974 die übergroße Abhängigkeit der Bundesrepublik von den USA und betonte, er hoffe, niemals zwischen Paris und Washington wählen zu müssen.⁹² Giscard kam ihm diesbezüglich weit entgegen. Indem Frankreich Ende Juni die »Erklärung von Ottawa« über die atlantischen Beziehungen mit unterzeichnete, wurde der amerikanisch-französische Streit des Jahres 1973 beendet.⁹³

Aufgrund der von der Erdölkrise ausgelösten weltwirtschaftlichen Verwerfungen kam es Giscard und Schmidt vornehmlich darauf an, Europas Handlungsfähigkeit zu sichern und den integrativen Fortschritt der EWG pragmatisch voranzubringen. Um dem Primat des Ökonomischen entgegenzuwirken, initiierten sie 1974 die Bildung eines »Europäischen Rats«, der als oberste Beratungsinstanz der Staats- und Regierungschefs den Krisenmechanismus der Gemeinschaft stärken sollte. Dem gelungenen Auftakt folgten jedoch zunächst keine weiteren Schritte einer konzertierten Europapolitik. Weder in der Debatte über die institutionelle Reform der EWG noch in der Agrarpolitik lagen Schmidt und Giscard auf einer Linie.

XII. »Enger und solidarischer Kontakt« in schwieriger Zeit

Trotz diverser Meinungsverschiedenheiten blieb ihr »Tandem« jedoch selbst dann intakt, als Teile der französischen Gesellschaft Mitte der 1970er Jahre im Zuge der politisch-intellektuellen Mobilisation für die »Union de Gauche« der vom Linksterrorismus bedrohten Bundesrepublik »Foltermethoden« im Kampf

⁹⁰ Vgl. Werner LINK, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974–1982, in: Wolfgang JÄGER, DERS., Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart, Mannheim 1987, S. 273–432.

⁹¹ Kurt BECKER, Eine Vernunfthe aus Neigung. Das Vertragswerk hat die europäische politische Landschaft dauerhaft geprägt, in: *Die Zeit*, 14.1.1983.

⁹² Vgl. SCHMIDT (Anm. 85), S. 168–171.

⁹³ Vgl. Erklärung der Außenminister des Nordatlantischen Bündnisses über die Atlantische Gemeinschaft, 19.6.1974, in: Europa-Archiv (1974), S. D339–D341; MIARD-DELA-CROIX (Anm. 88), S. 305f.; Marie-France TOINET, Valéry Giscard d'Estaing et les États-Unis, in: COHEN, SMOUTS (Anm. 88), S. 45–62, hier S. 51.

gegen die skrupellosen Täter der Rote Armee Fraktion (RAF) vorwarfen.⁹⁴ Nachdem der sozialistische Oppositionsführer François Mitterrand im Mai 1976 ein Komitee für die Verteidigung der bundesdeutschen Bürger- und Berufsrechte gegründet hatte,⁹⁵ suchte Giscard demonstrativ »eng[en] und solidarisch[en]« Kontakt zu Schmidt.⁹⁶ Als der Schriftsteller Jean Genet der Bonner Republik im September 1977 eine »activité tortionnaire« gegen die RAF vorwarf,⁹⁷ schickte der Präsident dem Kanzler einen Sonderbotschafter, um der Bundesregierung die »volle Solidarität« der französischen Behörden zu versichern.⁹⁸

Wenige Wochen später flaute die Aufregung in Frankreich nach der Befreiung der Lufthansa-Maschine in Mogadischu durch die Spezialeinheit GSG 9 wieder ab.⁹⁹ Hätte Schmidt es nicht schon vorher gewußt, wären bei ihm spätestens jetzt letzte Zweifel darüber geschwunden, daß die deutsch-französischen Beziehungen im Vergleich mit anderen Pariser Regierungskonstellationen bei Giscard »am besten aufgehoben« waren.¹⁰⁰

XIII. »America is our most important ally, France is our closest ally«

Nach der von der Sowjetunion begonnenen Dislozierung moderner Mittelstreckenraketen und dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter bekam die beiderseitige Entente neuen Auftrieb. Gestärkt durch die Parlamentswahlen von 1978, begann Giscard »eine Öffnung nach Europa« und setzte »auf die deutsche Karte«.¹⁰¹ In der Absicht, das durch die amerikanische Führungsschwäche in der transatlantischen Allianz entstandene Vakuum auszufüllen und die politische Eigenständigkeit der EWG zu festigen, brachte er mit Schmidt gegen erhebliche innenpolitische Widerstände und tiefgreifende Vorbehalte der Partner das Projekt eines Europäischen Währungssystems auf den Weg. Diplomatische Beobachter gewannen den Eindruck, in den deutsch-französischen Beziehungen vollziehe sich ein »kopernikanischer Wandel«! Das »Klischee vom Erbfeind«, so meldete der deutsche Botschafter in Paris, Axel Herbst, im September 1979, »ist zunehmend der

⁹⁴ Vgl. MIARD-DELACROIX (Anm. 88), S. 103–106.

⁹⁵ Vgl. François MITTERRAND, *L'abeille et l'architecte*. Chronique, Paris 1978, S. 186.

⁹⁶ SCHMIDT (Anm. 85), S. 184.

⁹⁷ Vgl. Jean GENET, *Violence et brutalité*, in: *Le Monde*, 2.9.1977.

⁹⁸ AsD, H-S-A, Mappe Nr. 8734, Erklärung von Poniatowski, 22.9.1977.

⁹⁹ Vgl. MIARD-DELACROIX (Anm. 88), S. 122–124.

¹⁰⁰ AsD, H-S-A, Mappe Nr. 8743, Zeller an Schmidt, 18.10.1977.

¹⁰¹ Ibid. Mappe Nr. 6730, Ders. an Dens., 21.2.1979.

Einsicht der Notwendigkeit deutsch-französischer Zusammenarbeit gewichen, die den Boden für gutnachbarliche, ja freundschaftliche Beziehungen bereitet.« Herbst vergaß freilich nicht zu betonen, daß es unter der freundlichen Oberfläche »immer noch Vorbehalte gegen Deutschland« gebe.¹⁰²

Wie groß sie sein konnten, hatte sich einige Monate zuvor im Vorfeld der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament gezeigt. Sowohl die Kommunisten als auch die Gaullisten unterstellten der französischen Führung, ein supranationales Europa unter bundesdeutscher Hegemonie errichten zu wollen. Giscard verwahrte sich gegen die Wiederbelebung anti-deutscher Ressentiments, sah sich aber zugleich genötigt, auf Distanz zu Schmidts Europapolitik zu gehen. Während Paris das Konzept der Intergouvernementalität herauskehrte, pries Bonn die Direktwahl als wichtige Etappe auf dem Weg zu einem europäischen Bundesstaat.¹⁰³

Auch in der Sicherheitspolitik steuerten beide Regierungen keinen einheitlichen Kurs. Schmidt forderte die Wiederherstellung der Rüstungsparität zwischen Ost und West, notfalls durch Aufstellung atomarer Mittelstreckenraketen.¹⁰⁴ Giscard plädierte aus Sorge um das französische Nuklearpotential für eine Beseitigung der Ungleichgewichte im konventionellen Bereich.¹⁰⁵ Um das Monopol der Linksparteien für Abrüstungsvorschläge zu brechen, hatte er im September 1977 mit unverkennbarem Blick auf die nächsten Parlamentswahlen eine große abrüstungspolitische Initiative angekündigt, die seine bisherige Reserviertheit in Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung aufheben sollte.¹⁰⁶ Mochte das dann Anfang 1978 ausformulierte Konzept in der Bundesrepublik auch auf Zustimmung stoßen, weil Frankreich damit Bereitschaft zur Beteiligung an der abrüstungspolitischen Debatte des Westens signalisierte; die fehlende Vorabkonsultation stieß am Rhein bitter auf.

Auch in den großen strategischen Fragen gingen beide Regierungen nicht immer gemeinsame Wege. Die deutsche Anregung, im Vier-Mächte-Kreis über die SALT-II-Verhandlungen der Supermächte zu beraten, lehnten die Franzosen ab.¹⁰⁷ Den von Bundeskanzler Schmidt maßgeblich mit vorbereiteten sog. NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 unterstützte Staatspräsident Giscard d'Estaing nie öffentlich.

Erst nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan begannen sie Anfang 1980 einen intensiven sicherheitspolitischen Diskurs mit dem Ziel, der europäischen Gemeinschaft mehr Verantwortung zu übertragen. An einen Abbruch

¹⁰² Ibid. Mappe Nr. 8854, Aufzeichnung Herbst, 19.9.1979.

¹⁰³ Vgl. ibid. Mappe Nr. 8838, Zeller an Schmidt, 1.6.1979; LINK (Anm. 90), S. 282f.; MIARD-DELACROIX (Anm. 88), S. 154–156.

¹⁰⁴ Vgl. Ansprache Schmidts, 28.10.1977, in: Bulletin 1977, S. 1013–1020.

¹⁰⁵ Vgl. MEIMETH (Anm. 60), S. 182–187.

¹⁰⁶ AsD, H-S-A, Mappe Nr. 8743, Zeller an Schmidt, 18.10.1977.

¹⁰⁷ Vgl. ibid. Mappe Nr. 6712, Ders. an Dens., 2.2.1978; MEIMETH (Anm. 60), S. 180f.

der Entspannungspolitik dachten sie gleichwohl nicht. Wenngleich beide Staatsmänner keinen Zweifel daran ließen, daß die sowjetische Aggression zu verurteilen sei, hielten sie prinzipiell am Dialog mit der Sowjetunion fest.¹⁰⁸ Giscard redete einer »deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft«¹⁰⁹ das Wort und achtete parallel dazu behutsam auf die weltpolitische Eigenständigkeit Frankreichs. Kurz vor einer Reise Schmidts nach Moskau leistete er sich im Mai 1980 einen »diplomatischen Husarenritt«¹¹⁰ zu Leonid Breschnew, um das von ihm so empfundene Übergewicht der Bundesrepublik in Europa zu senken und ein befürchtetes deutsch-sowjetisches Tête-à-tête zu verhindern. Während seines ersten¹¹¹ Staatsbesuchs in der Bundesrepublik rühmte der französische Präsident zwei Monate später die »bonne entente«¹¹² und bemühte sich nach Kräften, den Kanzler von der Notwendigkeit einer unabhängigen europäischen Position im Ost-West-Konflikt zu überzeugen. Doch Schmidt ging ihm trotz seiner zerrütteten Beziehungen zu Carter nicht auf den Leim: »America is our most important ally, France is our closest ally«, ließ sich der Kanzler in der Presse vernehmen.¹¹³ Die Bundesrepublik konnte sich keine Eiszeit im Verhältnis zur westlichen Vormacht leisten, sie folgte daher im Gegensatz zu Frankreich dem amerikanischen Aufruf zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau und webte doch gleichzeitig gemeinsam mit ihm den Faden der Entspannungspolitik fort.¹¹⁴

Seit der Amtsübernahme des neuen US-Präsidenten Ronald Reagan im Januar 1981 deutete sich in Frankreichs Ostpolitik eine gewisse Wende an. Anfang Februar verabschiedeten Giscard und Schmidt im Zeichen zunehmender Friktionen innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft und zwischen den Supermächten nach intensiven Konsultationen eine Gemeinsame Erklärung, die den Willen, einen Beitrag zur Festigung des westlichen Lagers zu leisten, mit dem Wunsch verband, den Kalten Krieg nicht wiederaufleben zu lassen. Zwecks Intensivierung der deutsch-französischen Entente vereinbarten sie überdies größere Anstrengungen bezüglich des Kulturaustauschs und eine gemeinsame Aktion im wirtschaftspolitischen Bereich.¹¹⁵ Zur Konkretisierung dieser In-

¹⁰⁸ Vgl. *ibid.* S. 89, 149; MIARD-DELACROIX (Anm. 88), S. 275–278.

¹⁰⁹ Zitiert nach: SCHMIDT (Anm. 85), S. 194.

¹¹⁰ MEIMETH (Anm. 60), S. 150.

¹¹¹ Seine Frau Anne-Aymone hatte sich einer Fahrt nach Deutschland zuvor stets verweigert, da ihr Vater in einem Konzentrationslager umgebracht worden war; vgl. GISCARD D'ESTAING (Anm. 85), S. 134; SCHMIDT (Anm. 85), S. 191.

¹¹² Zitiert nach: *ibid.* S. 193; vgl. auch Presseerklärung Giscard's, 11.7.1980, im Auszug in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 69), S. 238f.

¹¹³ Zitiert nach: SIMONIAN (Anm. 59), S. 303.

¹¹⁴ Vgl. Helmut SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 108–118.

¹¹⁵ Vgl. AsD, H-S-A, *Mappe* Nr. 6766, Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen vom 6.2.1981; deutsch-französische Erklärungen zur internationalen Lage, zum

initiativen kam es indes nicht; im Mai 1981 zerbrach das »Tandem«, weil Giscard bei den französischen Präsidentschaftswahlen seinem Herausforderer François Mitterrand unterlag.

XIV. »Le couple franco allemand«

Der Einzug des ersten Sozialisten in den Élysée-Palast seit 1954 löste im deutsch-französischen Verhältnis erhebliche Dissonanzen aus. Wie in der Sowjetunion und in den USA wurde der Machtwechsel in der Bundesrepublik höchst mißtrauisch beobachtet, zumal Mitterrand nach dem Erdrutschsieg der Linken bei den Parlamentswahlen im Juni vier kommunistische Minister in die Regierung aufnahm.¹¹⁶ Indem er implizit die Erinnerung an die Volksfront von 1936 wachrief, irritierte er selbst jene ausländischen Politiker, die ihn – wie etwa Willy Brandt – während seines Wahlkampfes unterstützt hatten und die sozialistische Wende in Frankreich grundsätzlich begrüßten.¹¹⁷ Helmut Schmidt gehörte nicht zu dieser Gruppe, sprach noch in seinen Erinnerungen vom »großen persönlichen Bedauern Giscards wegen«.¹¹⁸

Als Realpolitiker vermochte der Kanzler der innenpolitischen Entwicklung jenseits des Rheins dennoch positive Seiten abzugewinnen. Schmidt ging nicht nur davon aus, daß die französischen Sozialisten in der Europapolitik eine weniger problematische Rolle spielen würden, als jene Kräfte, auf die Giscard sich gestützt hatte. Er erwartete von ihnen auch eine »strenge Haltung« in der Ostpolitik, weil sie alles daran setzen mußten, im Westen jeden Zweifel an ihrer Außenpolitik zu zerstreuen.¹¹⁹ Trotz allen Strebens nach einer unabhängigen und selbständigen Politik, so versicherte Schmidt der besorgten amerikanischen Regierung, werde der französische Präsident fest zum westlichen Bündnis stehen. Ja, Mitterrands Strategie erschien ihm geradezu genial, denn durch die angesichts der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse nicht not-

Kulturaustausch und zur Wirtschaftspolitik, 6.2.1981, in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 69), S. 241–244.

¹¹⁶ Vgl. Pierre FAVIER, Michel MARTIN-ROLAND, *La décennie Mitterrand*, Bd. 1: »Les ruptures (1981–1984)«, Paris 1990, S. 45–51.

¹¹⁷ Vgl. AsD, Willy-Brandt-Archiv (W-B-A), SPD-Parteivorsitzender, Parteipräsidium, Parteivorstand, Kontakte zu einzelnen Regierungen etc., Mappe 7, Brandt an Mitterrand, Tel., 8.5.1981, Entwurf; ibid. H-S-A, Mappe Nr. 9380, Koalitionsgespräch vom 13.5.1981.

¹¹⁸ SCHMIDT (Anm. 85), S. 168.

¹¹⁹ AsD, H-S-A, Mappe Nr. 8949, Unterredung zwischen Schmidt und dem japanischen Ministerpräsidenten Suzuki vom 10.6.1981

wendige Berufung von Kommunisten hatte er die Chance gewonnen, sie zu neutralisieren.¹²⁰

Wie von Schmidt vorausgesehen, bekannte sich Mitterrand in außenpolitischer Kontinuität zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, zur Erhaltung des Gleichgewichts der militärischen Blöcke und zur Einigung Europas. In zweierlei Hinsicht setzte er aber neue Akzente. Zum einen brach er den sowjetfreundlichen Kurs Giscard ab, um sich nicht dem Vorwurf der Hörigkeit von Moskau auszusetzen. Zum anderen weigerte er sich, der Bundesrepublik im außenpolitischen System Frankreichs eine Sonderrolle zuzugestehen – »une bonne entente«, ja, aber keine »axe Paris-Bonn«.¹²¹

Nach gut einem Jahr nötigten ihn die inneren Schwierigkeiten der beiden Nachbarländer, den Kurs zu überdenken. Paris geriet in den Strudel finanzpolitischer Turbulenzen, die es nur dank Bonner Unterstützungsmaßnahmen in den Griff bekam; in der Bundesrepublik zerbrach die Debatte über den NATO-Doppelbeschluß den Konsens über Schmidts Gleichgewichtspolitik, was aus der französischen Perspektive die Gefahr eines deutschen National-Neutralismus heraufbeschwor. Kurz nach dem Sturz der sozial-liberalen Koalition Anfang Oktober 1982 nutzte François Mitterrand die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Élysée-Vertrages am 20. Januar 1983 dazu, der neuen Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl im Kampf gegen die inner- wie außerparlamentarische Opposition den Rücken zu stärken. Während seine innerfranzösischen Kontrahenten mit Giscard an der Spitze forderten, Frankreich solle sich aus der deutschen Innenpolitik heraushalten, mischte sich Mitterrand mit einer fulminanten Rede vor dem Bundestag tief ein. Gleich seinem ehemaligen Erzfeind de Gaulle nannte er die Deutschen ein edles, mutiges Volk und sprach sich zum Entsetzen großer Teile der deutschen Sozialdemokratie für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden aus.¹²² Gemeinsam mit Kohl, von dem ihn nicht nur die gesellschaftlichen Vorstellungen, das politische Engagement und der Charakter trennten,¹²³ leitete er anschließend eine neue Blütezeit deutsch-französischer Zusammenarbeit ein und schuf mit ihm das »couple franco-allemand«.¹²⁴

¹²⁰ Vgl. *ibid.* Mappe Nr. 8960, Unterredung zwischen Schmidt und dem amerikanischen Botschafter Burns vom 2.6.1981; vgl. auch SCHMIDT (Anm. 85), S. 253.

¹²¹ François MITTERRAND, *Politique*, Bd. 2: 1977–1981, Paris 1981, S. 279.

¹²² Vgl. Rede Mitterrands im Deutschen Bundestag, 22.1.1983, in: BT, Sten. Ber., Bd. 123, S. 8978–8984.

¹²³ Vgl. François MITTERRAND, *Über Deutschland*, Frankfurt a. M., Leipzig 1996, S. 120.

¹²⁴ Henri MÉNUDIER (Hg.), *Le couple franco-allemand en Europe*, Asnières 1993.

XV. Fazit

Mit der Unterzeichnung des Freundschaftsabkommens von 1963 hatten Adenauer und de Gaulle in den deutsch-französischen Beziehungen einen Schlußstrich unter eine unheilvolle Vergangenheit gezogen und die Grundlage für einen in die Zukunft weisenden Anfang geschaffen. Ihr Wunsch nach einem neuen Kraftzentrum in der Mitte Europas erfüllte sich zwar in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht. Dennoch erwies sich der Élysée-Vertrag in diesem Zeitraum als so lebensfähig, daß die Arbeiten am Gebäude der deutsch-französischen Verständigung nie völlig zum Erliegen kamen. Echte Wirksamkeit entfaltete er erst, als das »Tandem« Giscard-Schmidt die lange vorherrschende Tendenz einer Relativierung des beiderseitigen Verhältnisses stoppte und dem Abkommen neues Leben einhauchte. Von einer »gleichgerichteten Haltung« in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik, die der Élysée-Vertrag 1963 beiden Partnern auferlegt hatte, konnte freilich bis 1982 keine Rede sein.

FLORENCE GAUZY

DIE VERTEIDIGUNG: VON DER ANPASSUNG DER DOKTRINEN ZU GEMEINSAMEN KONZEPTEN?

In einem kürzlich erschienenen Artikel über den Élysée-Vertrag bittet Wolfram Vogel die Akteure und Spezialisten der deutsch-französischen Kooperation, das Pathos endlich in die Regale der Erinnerung zu verbannen.¹ Sicherlich, so erläutert er, verlangte der symbolische Charakter der von Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle im Namen der »Erbfeinde« besiegelten Ausöhnung geradezu nach einer würdevollen Feier mit Pomp und Gloria. Dazu paßte zweifellos auch bestens ein Vertrag, selbst wenn er anfangs in dieser Form nicht vorgesehen war,² aber seit 1963 hätten sich die Hüter des Vertrages unter reichlicher Zuhilfenahme von gemeinsamen Erklärungen, Freundschaftsbezeugungen und Communiqués, die von guten Absichten nur so strotzten, auf ein riskantes gegenseitiges Wettrennen eingelassen, das in der Öffentlichkeit den Eindruck eines fiktiven Erfolges hervorruft, der die tatsächliche Einschätzung der Lage aber verfälscht.³

Über 40 Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages ist dieser Appell nicht unangebracht, insbesondere im Bereich der Verteidigung. Da ständig die deutsch-französische Kooperation zelebriert wird, beginnt die öffentliche Meinung, sofern sie ihrer denn nicht schon überdrüssig ist, wie es für die junge Generation bereits zuzutreffen scheint, schließlich auch an ihren Erfolg zu glauben. In dem einen wie dem anderen Fall hält sie die Kooperation für ganz normal. Aber sie ist es keineswegs und sie ist es niemals gewesen. Um das zu verstehen, reicht ein Blick auf die Entstehungsphase und die ersten Jahre des

¹ Wolfram VOGEL, Der Élysée-Vertrag. Die Zukunftsfähigkeit eines historischen acquis: Fünf Thesen, in: Dokumente, 58 (2002) 6, S. 13–16; DERS., Die Zukunft des Élysée-Vertrags, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1 (2003), S. 13–16.

² Hans-Peter SCHWARZ, Präsident de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und die Entstehung des Élysée-Vertrages, in: Wilfried LOTH, Robert PICTH (Hg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 169–179.

³ Es gibt ein Ritual während der deutsch-französischen Gipfeltreffen, das Pierre JARDIN sehr gut beschrieben hat: Pierre JARDIN, Die deutsch-französischen Gipfeltreffen seit 1963, in: Centre d'Études d'histoire de la Défense (CEHD), Centre d'Études en Sciences Sociales de la Défense (C2SD) (Hg.), Bilan et perspectives de la coopération militaire franco-allemande de 1963 à nos jours, Paris 1999, S. 41–69.

Vertrages.⁴ Es gab nichts Normales in der deutsch-französischen Annäherung, und es brauchte ein großes Maß an gutem Willen und Durchhaltevermögen der Akteure, ob sie nun zur Regierung gehörten oder nicht, um dem Vertrag Leben einzuhauchen: immerhin mehr als zwei Jahrzehnte.

Vor diesem doch recht trügerischen Erwartungshorizont kann man sich die Enttäuschung der Öffentlichkeit vorstellen, wenn sie wie im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Vertrages feststellen muß, daß die Realität nicht immer den Hoffnungen gerecht wird. Daß Frankreich und Deutschland nicht von vornherein eine gemeinsame Position in bezug auf eine militärische Intervention des Westens im Irak hatten, daß sie nicht die gleiche Vorstellung von der zu bildenden »Festung Europa« haben, daß das Eurocorps, die deutsch-französische Initiative schlechthin, die nach Ansicht ihrer Gründerväter Deutschland, Frankreich und ihre europäischen Partner mit einer autonomen militärischen Streitmacht versehen soll, kein Wundermittel ist und daß diese seit 1995 einsatzbereite gemischte Einheit, die ohne die Hilfe der NATO im Bereich des Lufttransports, der strategischen Aufklärung und im Kommandobereich, noch immer nicht in der Lage ist, eine Operation in einem modernen Krieg durchzuführen, all das ist Realität und mag einen traurig stimmen. Gleichwohl rechtfertigen diese Umstände keineswegs die übertrieben abwertenden Kommentare, die oft zu hören sind.

Denn trotz alledem läßt sich ein Ergebnis vorweisen, ein Ergebnis, das vielleicht nicht so ausgefallen ist, wie es sich die Unterzeichner gewünscht haben, aber ein Ergebnis immerhin. Und gerade dieses sollten die offiziellen Feiern in Erinnerung rufen, statt weitere Zukunftsperspektiven aufzuzeigen, die sich schon in der Vergangenheit wiederholt als sehr riskant erwiesen haben. Nehmen wir die bereits oben erwähnten Beispiele. Das kategorische »Nein« von Bundeskanzler Schröder zu einer Intervention im Irak, vermutlich aus wahltaktischen Erwägungen, war sicherlich einschneidend. Seine Weigerung hat dennoch nicht den Prozeß der deutsch-französischen Konsultationen behindert. Besser noch, im Gegenzug unterstützte Deutschland offen die französische Initiative im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die darauf abzielte, den Grundprinzipien des internationalen Rechtes gegen die Idee eines Präventivkrieges durch die Annahme einer Resolution, die die Wiederaufnahme der Inspektionen im Irak forderte, Geltung zu verschaffen. Seit Ende der 1990er Jahre nehmen die europäischen Initiativen im Bereich der Verteidigung trotz unterschiedlicher deutsch-französischer Konzepte in zwei entscheidenden Punkten Formen an: einerseits über das Ausmaß der strategischen

⁴ Jacques BARIÉTY, De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée du 22 janvier 1963, in: Institut Charles de Gaulle (Hg.), De Gaulle en son siècle, Bd. 5: L'Europe, Paris 1992, S. 355–362.

Autonomie Europas gegenüber der NATO; andererseits über die Bedeutung der militärischen Macht im Rahmen der zukünftigen Sicherheitspolitik. Auf der Basis des gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungskonzepts (1996) haben sich Deutschland und Frankreich im Juni 1999 im EU-Ministerrat in Köln verpflichtet, zivile und militärische Kapazitäten bereit zu stellen, die es der Europäischen Union ermöglichen, einen wichtigen Part in der Behandlung von Krisen und in der Verhütung von Konflikten auf internationaler Ebene zu spielen. Die Vereinigten Staaten haben sich im übrigen keinesfalls täuschen lassen und sofort auf die Ankündigung einer europäischen schnellen Eingreiftruppe von 60 000 Mann reagiert – die innerhalb von 60 Tagen aufgestellt und in der Lage sein sollte, ein Jahr lang einen Auftrag vom Typ »Petersberg« durchzuführen⁵ – nämlich durch eine ähnliche Gründung im Rahmen der NATO. Auf der Ebene des Eurocorps liegt der Erfolg in der Fähigkeit, gemeinsam in Krisensituationen eingreifen zu können dank einer verbesserten Interoperabilität der Soldaten, der Einheiten und der Bewaffnung, die von den Experten während der Einsätze des Eurocorps im Rahmen der KFOR und der SFOR in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo gelobt wurde. Daß das Eurocorps selbst nicht in der Lage ist, Probleme zu lösen, deren Bewältigung größere finanzielle, menschliche und technologische Mittel erfordern, als die Mitgliedsländer im Rahmen ihres eigenen Verteidigungshaushaltes vorgesehen haben, ist nicht erstaunlich. Das Eurocorps ist nicht die NATO. Es ist nur ein Instrument im Dienste einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die noch zu definieren ist. Es ist trotzdem sehr nützlich. Seine Anpassungs- und Ausbaufähigkeit nach dem Prinzip der »combined joint task forces« (CJTF)⁶ könnte es zu einem wertvollen Instrument in einem neuen strategischen Kontext werden lassen, der durch die At-

⁵ Unter einem Auftrag vom Typ »Petersberg« versteht man ein großes Spektrum an Missionen von unterschiedlicher militärischer Intensität, die zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Friedens dienen: humanitäre Missionen oder die Evakuierung von Staatsbürgern, Friedensmissionen, Missionen von Kampftruppen zur Bewältigung von Krisensituationen, einschließlich der Wiederherstellung des Friedens. Das Dokument, auf das Bezug genommen wird, ist die Erklärung des Ministerrates der WEU von 1992. Der Vertrag von Amsterdam von 1997 übernimmt diese Definition und macht sie zum Ziel einer neuen europäischen Politik der Sicherheit und Verteidigung (ESVP).

⁶ Ein Konzept von anpassungsfähigen trennbaren, aber nicht getrennten Eingreiftruppen aller Waffengattungen, das im Rahmen der NATO 1996 entwickelt wurde und damals den gemeinsamen Einsatz der Truppen von NATO und WEU in Fragen der Verteidigung Europas vorsah. Der Einsatz der Truppen sollte entweder unter der Führung der NATO oder der WEU stattfinden oder aber unter dem gemeinsamen Kommando von beiden. Seit die EU allein für die Operationen der WEU verantwortlich ist, hängt die Anwendung des neuen militärischen Konzeptes von seiner Fähigkeit ab, Bedingungen einer reellen Interoperabilität mit den Strukturen der NATO zu schaffen; vgl. Johannes VARWICK, Sicherheit und Integration in Europa, Opladen 1998, S. 229–246.

tentate vom 11. September 2001 entstanden ist. Seither steht die Bildung von multilateralen Ad hoc-Truppen im Rahmen einer präzise definierten internationalen Polizeiaktion mehr denn je auf der Tagesordnung, auch wenn sich Frankreich angesichts der Bildung solcher Truppen noch zögerlich verhält.

Dies führt uns zu einer zweiten Vorbemerkung. In der jüngsten Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen waren die Fortschritte ein Ergebnis des Kooperationswillens, der oft genug aus strategischen Notwendigkeiten resultierte und die USA als »dritte Partei« zu berücksichtigen hatte. Auf jeder Etappe der Annäherung war es der Wille zur Kooperation der Beteiligten, der ausschlaggebend war und nicht der Umstand, ob nun gemeinsame Positionen vorhanden waren oder nicht. Er allein hat es beiden Ländern erlaubt, auf dem Wege der Kooperation voranzuschreiten und bei gleicher Gelegenheit auch die europäische Integration über alle unterschiedlichen Standpunkte hinweg vorwärts zu bringen. Im übrigen, um eine Binsenwahrheit aufzugreifen, die Bundeskanzler Ludwig Erhard so am Herzen lag, wenn in den Bereichen wie der Außen- und der Verteidigungspolitik die Standpunkte Deutschlands und Frankreichs nicht so weit auseinander gelegen hätten, wäre der Vertrag auch nicht nötig gewesen.⁷ Unter diesem Gesichtspunkt sind die Gültigkeitsbereiche recht bezeichnend. Die Betonung liegt auf den sensiblen Bereichen, während die Ebenen, auf denen eine breite Kooperation eher einfach zu erreichen war (z.B. die Wirtschaft) ausgeschlossen wurden.⁸ Diese beiden Punkte sind im Gedächtnis zu behalten, wenn eine Bilanz der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit seit 1963 zu ziehen sein wird.

I. Ein Wendepunkt in der Geschichte der deutsch-französischen Militärkooperation?

Bedeutete der Vertrag einen Wendepunkt in der Geschichte der deutsch-französischen Militärkooperation? Ja und nein. Die deutsch-französische Militärkooperation setzte nicht erst mit dem Vertrag ein, denn 1963 sind die Stabschefs beider Länder schon seit mehr als zehn Jahren gewohnt zusammenzuarbeiten, was auf ihre Beteiligung am gescheiterten EVG-Projekt und

⁷ Ludwig Erhard am 12.6.1965: »Wir brauchen ja keinen Freundschaftsvertrag, wenn wir von vorneherein in allen Fragen einer Meinung wären. Der Freundschaftsvertrag ist ja gerade dazu da, um auch unterschiedliche Auffassungen von Mal zu Mal stärker sich einander annähern zu lassen.« Bulletin der Bundesregierung Nr. 102 vom 15.6.1965, S. 817.

⁸ Siehe dazu den Beitrag von Werner Bührer in diesem Band.

ihre gemeinsame Arbeit in WEU und NATO nach der Aufnahme der Bundesrepublik in diese beiden Organe der internationalen Verteidigung zurückgeht. Außerdem hatte die französische Regierung über den bereits bestehenden Rahmen hinaus sehr früh nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge (1954) zum Ausdruck gebracht, daß sie an einem verstärkten bilateralen militärischen Dialog interessiert sei, insbesondere in Rüstungsfragen. Zu diesem Zeitpunkt war Paris über die Entstehung einer zivilen westdeutschen Nuklearindustrie beunruhigt und fürchtete, daß diese in eine unkontrollierbare militärische Nutzung abgleiten und sich daraus eine enge Zusammenarbeit Deutschlands mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien entwickeln könnte. Die Möglichkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit bei Rüstungsproduktion und Strategieplanung kam somit schnell über den Status eines Gedankenspiels hinaus, und sei es auch nur, um nach bewährter Methode durch die eigene Teilnahme die bundesdeutsche Nuklearproduktion im Auge zu behalten. 1955 schlug die französische Regierung Deutschland vor, sich an der Entwicklung einer Fabrik zur isotopischen Spaltung zu beteiligen. Mehr als das industrielle Projekt überrascht seine strategische Dimension. Das Angebot Frankreichs umfaßte dreierlei: erstens die Anstrengungen in der Atomforschung auf mehrere Schultern zu verteilen; zweitens eine langfristige Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung aufzubauen; und drittens die Ausarbeitung gemeinsamer Konzepte für die Planung und den Einsatz dieses Materials. Bonn zeigte sich zunächst sehr zurückhaltend. Sie hatte kommerzielle Kontakte zu den Vereinigten Staaten aufgebaut, von denen ihre Sicherheit abhing. So blieben die Ergebnisse dieser ersten französischen Annäherung eher bescheiden. Verwiesen sei auf die Gründung des deutsch-französischen Forschungsinstituts in Saint-Louis 1958 und die Unterzeichnung einiger Verträge über Waffenkäufe.

1956 veränderten sich die internationale Lage und die amerikanische Nuklearstrategie, die sich vom strikten Konzept der Abschreckung zu entfernen schien. Somit war es Frankreich möglich, sein Projekt einer deutsch-französischen Nuklearkooperation in einem günstigeren Umfeld wieder aufzugreifen. Paris bot der Bundesrepublik »eine Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung an, die sich auch auf die Strategieplanung und auf die Formulierung einer gemeinsamen Konzeption sowie auf die gemeinsame Offiziersausbildung« erstrecken sollte.⁹ Nach einer gewissen Zeit des Abwartens reagierte Bonn Ende 1956 positiv, nachdem Franz Josef Strauß in der Nachfolge von Theodor Blank zum Verteidigungsminister ernannt worden war. Aus diesem plötzlichen Umschwung und dieser Phase der großen strategischen Annäherung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich – von allerdings recht kur-

⁹ Georges-Henri SOUTOU, *L'Alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996*, Paris 1996, S. 47.

zer Dauer! – entstanden 1957 wichtige Abkommen: das deutsch-französische Abkommen von Colomb-Béchar und ein deutsch-französisch-italienisches Protokoll, das auf Initiative von Strauß und seinem französischen Amtskollegen, dem Gaullisten Jacques Chaban-Delmas, bereits die großen Linien einer tatsächlichen gemeinsamen europäischen Rüstungspolitik enthielt, ausgeweitet auch auf den Nuklearsektor (Standardisierung des Materials, gemeinsame rationalisierte Leitung der Forschungszentren und der industriellen Ressourcen etc.). Hier findet sich bereits die Idee, daß ein solches Programm nur sinnvoll durchgeführt werden könne, wenn eine gemeinsame militärische Konzeption (Organisation, Einsatzbedingungen und die Bewaffnung der nationalen Streitkräfte) vorhanden ist.¹⁰ Das Protokoll präzisierte, daß die drei Länder diese Kooperation innerhalb des bereits existierenden institutionellen Rahmens (NATO und WEU) einbetten sollten, aber unter Hinweis auf die Existenz spezifischer europäischer Probleme. Da dieses Protokoll nur die unterzeichnenden Verteidigungsminister verpflichtete, nicht aber deren Regierungen, stieß es sehr schnell auf hohe Hindernisse. Es gab nämlich einen unvorhergesehenen Akteur in den Beziehungen zwischen diesen drei Ländern: die Vereinigten Staaten, gegenüber denen Bonn und Paris recht zwiespältige Positionen einnahmen, wobei jeder versuchte, der privilegierte Partner von Washington zu werden. Abgesehen von der direkten Umgebung von Strauß und Chaban ging niemand in den jeweiligen Regierungen in den Jahren 1956–1958 so weit wie die Formulierungen im Protokoll und niemand dachte ernsthaft an den Aufbau einer europäischen Nuklearmacht.

Der militärische Dialog zwischen Frankreich und Deutschland wurde mit der Rückkehr von Charles de Gaulle an die Macht und sein entscheidendes Treffen in Rambouillet mit Bundeskanzler Adenauer im Jahre 1960 auf einer neuen Grundlage wieder aufgenommen. Die bilateralen sogenannten Strauß-Messmer-Abkommen wurden im Oktober desselben Jahres unterzeichnet.¹¹ Sie erlaubten es der Bundeswehr, in Frankreich Übungen abzuhalten und dort logistische Basen aufzubauen, in denen 50 000 Tonnen Munition gelagert sowie schwere Gerätschaften instand gehalten werden konnten, während die deutsche Luftwaffe nun über Einrichtungen auf den französischen Flughäfen verfügte.¹² Doch das war nicht alles, denn es bestand der gemeinsame Wille, eine militärische Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern außerhalb des Rahmens der NATO aufzubauen. Während auf internationaler Ebene ein

¹⁰ Ibid. S. 93–95.

¹¹ Ibid. S. 157f.

¹² Ulrich DE MAIZIÈRE, Die praktischen Folgen des Élysée-Vertrages im militärischen Bereich, in: Winfried LOTH, Robert PICT (Hg.), *De Gaulle, Deutschland und Europa*, Opladen 1991, S. 203f.

Wiederaufflammen des Kalten Krieges nach dem Scheitern des Gipfeltreffens der Großen Vier in Paris im Mai 1960 zu verzeichnen war, hegten Deutschland und Frankreich dieselbe Befürchtung: Die USA könnten ihre Nuklearwaffen aus Europa abziehen. Angesichts dessen, was als Schwächung der amerikanischen Sicherheitsgarantie für Europa empfunden wurde, die doch immerhin die Existenzberechtigung für die Allianz war, versuchten Paris und Bonn die existierenden bilateralen Bande enger zu knüpfen. Auf Bitte von Adenauer fanden auf Stabsebene deutsch-französische Gespräche über militärisch-strategische Fragen von gemeinsamem Interesse statt. Man sprach vor allem über die sowjetische Bedrohung, die amerikanische Strategie und die Notwendigkeit einer Vorneverteidigung. Diverse strategische Möglichkeiten wurden für die zentraleuropäische Bühne entwickelt. Eine »ständige deutsch-französische Stabsgruppe« wurde eingerichtet. Aus diesen Konsultationen sprach eine große Übereinstimmung bei der Frage eines Ersteinsatzes von Nuklearwaffen, über die Ablehnung, zwischen dem Einsatz von konventionellen und nuklearen Waffen eine Pause einzuhalten sowie über einen selektiven, begrenzten Einsatz von Nuklearwaffen. Der Historiker Georges-Henri Soutou kam zu dem Schluß: »Man stand den neuen amerikanischen Konzeptionen diametral gegenüber, die man angesichts der Brutalität der sowjetischen Strategie für viel zu abstrakt hielt, und man war sich zwischen Frankreich und Deutschland einig über das strikte Konzept der nuklearen Abschreckung.«¹³ Einigkeit herrschte ebenfalls über die Notwendigkeit, die Bundesrepublik so weit wie möglich im Osten zu verteidigen, was die Befriedigung einer ständigen westdeutschen Forderung bedeutete, auch wenn Frankreich immer noch dem Konzept der zwei Schlachten anhing, erst die Schlacht um Deutschland und dann die Schlacht um Frankreich. All das ging den von de Gaulle gewünschten Gang. Er forderte seit 1958 eine tiefgreifende Reform der Atlantischen Allianz, der er vorwarf, die europäischen Sicherheitsinteressen nicht genügend zu berücksichtigen. Nach seiner Vorstellung sollte das Prinzip der Integration zugunsten einer Rückkehr zu einer klassischen Allianz zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und einer großen Union der Staaten Kontinentaleuropas aufgegeben werden, in der Frankreich aufgrund seiner Nuklearwaffen eine herausragende Stellung einnehmen würde. Adenauer schien anfangs seine Vorstellungen zu teilen, so daß dieser zweite deutsch-französische strategische Dialog in wichtigen Fragen, darunter auch im Nuklearbereich, Fortschritte brachte und auf eine positive Entwicklung hoffen ließ,¹⁴

¹³ Georges-Henri SOUTOU, L'arrière-plan stratégique du traité de l'Élysée, in: CEHD, C2SD (Anm. 3), S. 108.

¹⁴ Pierre JARDIN, Adolf KIMMEL (Hg.), Les relations franco-allemandes depuis 1963, Paris 2001, S. 19–45.

was dann in der Folge aber nicht mehr der Fall sein sollte. Somit reihten sich die im Élysée-Vertrag fixierten Bestimmungen zur Verteidigung in die Kontinuität einer deutsch-französischen Annäherung ein, die zehn Jahre zuvor ihren Ursprung genommen hatte.

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, daß die Sicherheitsfragen in der Entstehungsphase des Élysée-Vertrages (1958–1963) neben dem Willen zu einer grundsätzlichen politischen Aussöhnung eine Schlüsselrolle spielten. Was war nun der genaue Inhalt des Vertrages?¹⁵ Im Bereich der Verteidigung erhielt die deutsch-französische Militärkooperation durch die Institutionalisierung in Vertragsform eine neue verstärkt bilaterale und programmatische Dimension. Zur gleichen Zeit wurde sie aber grundsätzlich durch den Entschluß zu einer »atlantischen« Präambel in Frage gestellt, die den Inhalt dermaßen entwertete, daß ihm ein großer Teil der Substanz genommen wurde.¹⁶

Ins Auge sticht der Ehrgeiz des Vertrages, der aus seinem Inhalt, seiner Organisation und seinen Zielen spricht. Der Vertrag sah vor, die Zusammenarbeit in einem Maße auszuweiten, daß praktisch die Grundlagen für eine deutsch-französische Union gelegt wurden, zusammengeschweißt durch dieselben strategischen und taktischen Doktrinen, dieselben Kommandostrukturen, den Gebrauch desselben Materials. Die Führungsebenen der beiden Länder sollten ihre jeweiligen Doktrinen mit dem Ziel der Entwicklung von gemeinsamen Konzepten annähern – dies ist der Punkt, der uns besonders interessiert. Praktisch sollte diese Annäherung in den noch zu gründenden deutsch-französischen Forschungsinstituten für operative Studien stattfinden. Die Basis bildete ein Austausch von Menschen auf allen Ebenen, von ganzen Einheiten bis zur Stabsebene, und dies sollte durch eine gemeinsame Arbeit im Bereich der Bewaffnung erleichtert werden, um letztendlich zur gemeinsamen Planung und Produktion von Waffen zu gelangen. Und schließlich sollten die Regierungen eine mögliche Ausweitung dieser Maßnahmen auf die zivile Verteidigung prüfen. Im Bereich der Organisation wurden regelmäßige Treffen der Verteidigungsminister beider Länder vereinbart, wenigstens alle drei Monate; der Stabschefs sogar alle zwei Monate. Sie sollten an der Arbeit der interministeriellen Kommission teilnehmen, die sich um die Umsetzung des Vertrages kümmern sollte. Das Ziel war klar definiert. Durch die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern sollte auf dem Weg zu einem geeinten Europa vorangeschritten werden.¹⁷ Welch ein Programm!

¹⁵ *Traité entre la République française et la République fédérale d'Allemagne sur la coopération franco-allemande*, 22 janvier 1963, in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 14), S. 53–57.

¹⁶ *Préambule à la loi de ratification adopté par le Bundestag*, 16.5.1963, in: *ibid.* S. 76.

¹⁷ *Ibid.* S. 43.

Von Anfang an stieß der Vertrag auf eine vehemente Ablehnung. Der Kontext, in den die Unterzeichnung fiel, einige Tage nach dem »Nein« von de Gaulle zum Beitritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, war wohl kaum von Vorteil. Das ist ein Punkt, den man hervorheben muß. Die Vereinigten Staaten, die dies alles sehr aufmerksam verfolgten, waren bereits vor seiner endgültigen Fertigstellung gegen den Vertrag – man erinnert sich noch an die Improvisation und die Aufregung, die der Vorbereitung des endgültigen Textes vorausging.¹⁸ Die Verkündung seiner Unterzeichnung am 22. Januar 1963 löste eine Schockwelle aus. Washington sah darin zu Unrecht eine weitere Herausforderung der amerikanischen Vormachtstellung und die Gefahr eines geheimen deutsch-französischen Nuklearabkommens. Auch in der Bundesrepublik war der Moment nicht gerade glücklich gewählt. Adenauer sah sich sowohl den ablehnenden Kräften im eigenen Lager als auch der sozialdemokratischen Opposition gegenüber, die dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorwarf, die atlantische Verankerung der Bundesrepublik zu gefährden und damit gleichzeitig auch die darauf basierende amerikanische Sicherheitsgarantie. Selbst in Frankreich fand der Vertrag keine allgemeine Zustimmung. Auf allen Seiten formierte sich die Opposition. Bundeskanzler Adenauer sah sich dem diplomatischen Druck der Vereinigten Staaten ausgesetzt, die ihm einen allerdings nebulösen Gegenvorschlag machten: Die Bundesrepublik könne an der multilateralen Atomstreitmacht (MLF) teilnehmen, die die Vereinigten Staaten im Rahmen der NATO zur Verteidigung Europas auf die Beine stellen wollten. Adenauer verfügte nicht mehr über genügend innenpolitischen Handlungsspielraum, um seinen Standpunkt durchzusetzen, als er Washington über die Natur des deutsch-französischen Unterfangens beruhigte. Er mußte schließlich die Vorschläge der Mitglieder seines Kabinetts akzeptieren, dem Vertrag eine Resolution des Bundestages voranzustellen, in der die Treue der Bundesrepublik gegenüber der Allianz erneut beteuert wurde. Daraus entstand, inspiriert von Jean Monnet, der eine zu exklusive Achse Paris-Bonn als Hindernis auf dem Weg zu einer europäischen Integration ansah, die berühmte Präambel vom 16. Mai 1963. In ihr wurde festgehalten, daß der Vertrag weder die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten noch die gemeinsame Verteidigung im Rahmen der NATO verändern würde.¹⁹ Es war im Grunde ein Unterwer-

¹⁸ Manfred STEINKÜHLER, *Der deutsch-französische Vertrag von 1963: Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969*, Berlin 2002.

¹⁹ Florence GAUZY, *L'Allemagne, la France et l'OTAN: le temps des malentendus (1963–1964)*, in: CEHD, C2SD (Anm. 3), S. 27–39.

fungsakt gegenüber den Vereinigten Staaten²⁰ und der Triumph einer atlantischen Linie, die sich anschickte, in Bonn die Oberhand zu gewinnen.²¹

Einige Tage vor dem triumphalen Besuch von Präsident Kennedy im Sommer 1963 und seiner Rede in Berlin, die bei den Zuhörern einen Begeisterungssturm auslöste, kündigte de Gaulle an, die französische Flotte im Atlantik und im Ärmelkanal dem integrierten Kommando der NATO zu entziehen. Bei seinem Aufenthalt in Bonn im Juli fiel es ihm schwer, seine Verbitterung durch eine rednerische Pirouette zu maskieren, als er Verträge mit Rosen und jungen Mädchen verglich, die eben nur eine kurze Blütezeit hätten. Zu diesem Zeitpunkt hatte er dennoch nicht jegliche Hoffnung aufgegeben, sein großes Projekt einer europäischen Verteidigung innerhalb einer reformierten Allianz zu verwirklichen. Angespornt durch eine Bemerkung von Bundeskanzler Adenauer, umschrieb er die deutsch-französischen Beziehungen schließlich mit einem Rosengarten, der solange gedeihe, wie man ihn pflege.²² Wie im Vertrag vereinbart fanden im Laufe des Jahres 1963 mehrere Treffen zwischen den Verteidigungsministern und den Stabschefs statt: Der Ton war herzlich und die Gespräche zwischen den militärischen Verantwortlichen konstruktiv. Aber das reichte nicht aus, um die diplomatische Attacke der Vereinigten Staaten abzuwehren. Durch die Aufrechterhaltung von fast ständigen Kontakten behaupteten sie sich als einziger Gesprächspartner der Bundesrepublik in diesem Sommer 1963, in dem über das Dokument MC/100/1 der NATO diskutiert wurde, in dem die neue Nukleardoktrin der flexible response präzisiert wurde (»McNamara-Doktrin«). In ihr wurde nun im Falle einer sowjetischen Aggression den konventionellen Waffen eine bedeutendere Rolle zugewiesen und damit die Schwelle vor dem Einsatz von Nuklearwaffen angehoben. Aus amerikanischer Sicht würde die Schlacht so weit wie möglich im Osten stattfinden, um das deutsche Territorium zu schützen: Jedes Mitglied der NATO sollte einen Teil der Abwehr übernehmen.²³ Trotz gemeinsamer Interessen – die Gefahr für beide, Westeuropa zu verlieren und seiner Zerstörung durch taktische Nuklearwaffen beizuwohnen – gelang es der Bundesrepublik und Frankreich nicht, eine gemeinsame Position zu MC/100/1 zu erarbeiten. Im Militärausschuß der NATO lehnte nur Frankreich, in der Person des Generals Charles Ailleret, dieses Dokument kategorisch ab. Er beharrte auf dem Konzept der französischen Abschreckung, das einen sofortigen Ein-

²⁰ Reiner POMMERIN, *L'attitude américaine face aux relations franco-allemandes*, in: CEHD, C2SD (Anm. 3), S. 104.

²¹ Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996.

²² SOUTOU (Anm. 9), S. 256.

²³ Maurice VAÏSSE, *La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998, S. 139–151.

satz von Nuklearwaffen im Falle einer Bedrohung des nationalen Territoriums vorsah, aber noch ohne seine Integration in die Planung der NATO in Frage zu stellen. Bonn seinerseits suchte nach einer Kompromißlösung mit den amerikanischen Stellen. Diese Tendenz verstärkte sich mit dem Amtsantritt der neuen Regierung Erhard und ihres Außenministers Schröder im Herbst 1963, die in den gaullistischen Vorstellungen ein gefährliches Abenteuer sahen, das bestenfalls dazu geeignet sei, Deutschland des segensreichen amerikanischen Schutzschildes zu berauben: Von nun an wurden die Anfänge der deutsch-französischen Annäherung, die von de Gaulle und Adenauer skizziert wurden, zugunsten einer prinzipiellen Anpassung an die Nuklear- und Europapolitik der USA mit Füßen getreten,²⁴ so daß einige von »Verrat« sprachen.²⁵

Worauf ist dieser Umschwung zurückzuführen? Einerseits auf Unverständnis, ja sogar Verärgerung, die im Kabinett Erhard die gaullistische Politik des Beharrens auf nationaler Souveränität innerhalb der NATO und den europäischen Einrichtungen hervorrief. Andererseits auf die Überzeugung, daß Frankreich allein nicht in der Lage sei, im Falle einer Aggression eine ausreichende Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik zu gewährleisten. Dieser zweite Faktor war entscheidend. Die Möglichkeit einer deutsch-französischen strategischen Kooperation ist in Bonn niemals als eine denkbare Sicherheitsalternative betrachtet worden. Es ist auch nicht sicher, ob diese Möglichkeit in Paris stets sehr ernst genommen wurde.²⁶ In diesem Zusammenhang ist die Episode vom 21. November 1963, dem Tag der ersten Unterhaltung zwischen de Gaulle und Erhard in Paris, besonders signifikant. Es gibt einen Streit zwischen Historikern und Zeitzeugen über die Tragweite des Engagements, das der General an diesem Tag einging. Welche Rolle sollte der französischen Force de frappe im Falle eines Angriffs der Sowjetunion auf Deutschland zukommen? Es trifft zu, daß das französische Angebot unklar formuliert war, da der General klugerweise sehr vage über das Ausmaß und die Art der Ausweitung des »Sanktuariums« blieb. Handelte es sich für Deutschland um eine geschenkte Garantie ohne die Möglichkeit der Teilnahme an der Ausarbeitung der französischen Nuklearpolitik oder um eine wirkliche Beteiligung an der Einsatzdoktrin der Waffen? Der Zweifel bestand fort, doch sprechen wir uns im Zweifel für den »Angeklagten« de Gaulle aus, der in den Jahren 1958–1963 tatsächlich an eine weitgehende deutsch-französische nukleare Zusammenarbeit gedacht zu haben schien, aber eben zu *seinen* Bedingungen.²⁷

²⁴ Horst OSTERHELD, »Ich gehe nicht leichten Herzens...«. Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht, Mainz 1987.

²⁵ Hermann KUSTERER, Der Kanzler und der General, Stuttgart 1995.

²⁶ JARDIN, KIMMEL (Anm. 14), S. 45.

²⁷ GAUZY (Anm. 19), S. 35–39.

Die Monate, die diesem Gespräch folgten, brachten keine Änderung in den deutsch-französischen Beziehungen, die noch immer von deutlichen Spannungen gekennzeichnet waren. Frankreich warf der Bundesrepublik vor, nicht auf sein Angebot der strategischen Zusammenarbeit zu antworten, da man sich nicht ein für alle Mal zwischen Paris und Washington entscheiden und sich auch nicht eindeutig auf eine europäische und unabhängige Politik festlegen wolle. Die Regierung Erhard antwortete, daß Paris sie vor eine unmögliche Wahl stelle. Im Juli 1964 schien sich ein Status quo entwickelt zu haben. Das war just der Moment, den General de Gaulle wählte, um dem Élysée-Vertrag eine zweite Chance zu geben. Am 4. Juli 1964 unterbreitete er erneut sein Angebot zur politischen und militärischen Kooperation, um, so sagte er, um den deutsch-französischen Kern herum ein Gegengewicht gegen die amerikanische Macht in Europa zu bilden. Und er wiederholte gleichzeitig sein Angebot, die Force de frappe automatisch für die Verteidigung Europas einzusetzen. Verblüfft fragte Erhard, ob dies bedeute, daß Europa in diesem Fall über eine eigene Atomstreitmacht verfüge. In kurzer Zeit, so fuhr de Gaulle fort, werde Frankreich seine atomaren Einheiten in den Dienst der Verteidigung Europas stellen, bis dieses über eine autonome Streitmacht in den Händen einer politischen Union verfüge. Das Angebot kam völlig unverhofft: Erhard hörte es, verstand es aber nicht wirklich und verfiel wieder in das klassische Schema, indem er darauf hinwies, daß es die Priorität seiner Regierung bleibe, die Bedingungen für eine Teilnahme an der nuklearen Planung und Strategie im Rahmen des Atlantischen Bündnisses zu schaffen. Am Rande der offiziellen Gespräche wandte sich de Gaulle an Staatssekretär Carstens. Es war ein letzter Versuch, aber auch dieser blieb erfolglos.²⁸ 1966 bestätigte die Gründung der nuklearen Planungsgruppe bei der NATO als Ersatz für die Totgeburt der Multilateralen Atomstreitmacht die Bundesrepublik in ihrer Wahl, verstärkte ihre Atlantische Integration und entfernte sie noch mehr von Frankreich, das einer konzertierten Abschreckung auf europäischer Ebenen ablehnend gegenüberstand.

II. Die Folgen des Vertrages

Im Kontext der Jahre 1963–1966 konnte das kurz- und mittelfristige Ziel der Unterzeichner des Vertrages in den Fragen der Verteidigung nur das eine sein: zu einer gemeinsamen Position gegenüber der Ankündigung der McNamara-

²⁸ Ibid.

Doktrin der flexible response sowie der Reform der Allianz zu gelangen, die sowohl de Gaulle als auch Adenauer für notwendig hielten, um die Sicherheit Europas besser garantieren zu können. Nach der Affäre um die Präambel und die abweisende Haltung der Deutschen, zog der General für Frankreich die Konsequenzen aus der aus seiner Sicht negativen Bilanz: 1966 beorderte er die französischen Truppen aus den integrativen Strukturen der NATO zurück und schwang sich zum Meister einer nationalen Unabhängigkeitspolitik auf, deren Garant die Force de frappe war. Ab diesem Zeitpunkt gab es aufgrund der unterschiedlichen Ausgangspositionen und ihrer abweichenden strategischen Interessen keine wirklich gemeinsame Position mehr: hier Frankreich mit seinen Atomwaffen und einem großen Hinterland (die überseeischen Besitzungen), dort die Bundesrepublik, an der Grenze zum Ostblock, integriert in eine defensive Allianz und abhängig vom atomaren Schutz der Amerikaner. Der Kern des deutsch-französischen Problems in den Fragen der Verteidigung lag genau darin: in der Beziehung zur NATO und über die NATO zu den Vereinigten Staaten und insbesondere zu ihrer Atomwaffenpolitik.²⁹ Untrennbar verbunden mit der gaullistischen Vision von nationaler Unabhängigkeit und einem souveränen Europa verschärfte sich das Problem noch, als Frankreich dem Club der Atommächte beitrug. Bonn war nun gezwungen, zwischen Washington und Paris zu wählen und entschied sich vernunftgeleitet, um so mehr, als die französische Alternative bis zum Schluß eine Grauzone enthielt, über die wir bereits gesprochen haben. Von nun an hatten sich die Bundesrepublik und Frankreich in strategischen Fragen nicht mehr viel zu sagen. Auch wenn der Dialog offiziell niemals wirklich abgebrochen wurde, war die deutsch-französische militärische Zusammenarbeit in eine politisch-strategische Sackgasse geraten. Sie blieb dort fast 30 Jahre lang, durchlebte Höhen und Tiefen, die man mehr im Detail untersuchen könnte, aber die wir hier bewußt übergehen, da dies bereits anderswo geschehen ist.³⁰ Daß es in diesen Jahren zu keinen gemeinsamen Doktrinen kommen konnte, muß also in strukturellen Inkompatibilitäten gesehen werden.

Verweisen wir dennoch kurz als Beispiel auf einen dieser plötzlichen Sprünge: das »Wiederaufleben« des Vertrages Anfang der 1980er Jahre auf Initiative von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Präsident Giscard d'Estaing. Von den Zeitzeugen als ein beachtlicher Fortschritt bejubelt, hat der Versuch der Wiederbelebung eine Kettenreaktion ausgelöst: das Konzept der »Schicksalsgemeinschaft« zwischen diesen beiden Ländern und ein Übergang zu einer Aufweichung des französischen Verständnisses von Abschreckung;

²⁹ Helga HAFTENDORN, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000, Stuttgart, München 2001.

³⁰ SOUTOU (Anm. 9).

die Gründung der deutsch-französischen Brigade 1986, dem Embryo einer zukünftigen europäischen Streitmacht; die Schaffung einer zwischenstaatlichen Planungsgruppe, des deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrates, der 1988 seine Tätigkeit aufnahm. Ohne den individuellen Wert eines jeden dieser Ereignisse mindern zu wollen, bleibt jedoch festzustellen, daß ihr Beitrag bei der Harmonisierung der strategischen Doktrinen eher gering war. Es handelte sich bestenfalls um eine Rückkehr zum Vertragstext.

Wie ging dies vor sich? Angesichts der Verschlechterung des internationalen Umfeldes, gekennzeichnet von der sowjetischen Intervention in Afghanistan (1979) und dem NATO-Doppelbeschluß, war man in Paris und Bonn über die amerikanische Haltung in den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen zwischen der UdSSR und den USA (SALT) sowie über eine beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierung (MBFR) beunruhigt, die zu einer Verringerung der nuklearen und konventionellen Waffen führen sollten. Wieder einmal waren es die Vereinigten Staaten, die indirekt ein Motiv für die deutsch-französische Annäherung lieferten. Mittlerweile durch eine persönliche Freundschaft verbunden entschlossen sich Bundeskanzler Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, die sich der Risiken für Europa im Falle günstiger Verhandlungen für die Sowjetunion bewußt waren, dem Vertrag von 1963 wieder neues Leben einzuhauchen und sprachen gemeinsam, im Juli 1980 in Baden-Baden, von der »Schicksalsgemeinschaft« zwischen Frankreich und Deutschland, der man einen Sinn geben müsse. Der westdeutsche Kanzler ging noch weiter, indem er vorschlug, auf dieser Basis eine wirkliche europäische Verteidigung zu schaffen, zu der jedes Mitglied einen eigenen Beitrag leisten sollte, anders gesagt hieß das für Frankreich die Force de frappe.³¹

Das war ein Schritt zu viel in Richtung auf ein Tabu-Thema, die französische Abschreckung, und Valéry Giscard d'Estaing präzisierte sogleich, daß es keineswegs eine atomare Garantie durch Ausweitung des »Sanktuariums« geben könne. Zwei Jahre später äußerte sich auch François Mitterrand, der mit Helmut Kohl den von ihren Vorgängern begonnenen Versuch einer Annäherung fortsetzte und Arbeitsstrukturen schuf, die 1988 zum deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrat wurden, in bezug auf die strategische Planung sehr klar. Die Angliederung der Bundesrepublik an die französische Nuklearstrategie stünde keineswegs zur Debatte, ebenso wenig eine Weitergabe von Nukleartechnologie an Deutschland noch ein irgend gearteter Beitrag Deutschlands zur Entwicklung der Force de frappe.³² Die Zweideutigkeit der deutsch-französischen Annäherung war offensichtlich, und

³¹ JARDIN, KIMMEL (Anm. 14), S. 54.

³² Ministère des Affaires étrangères, Bulletin d'information, 26.10.1982.

zu einem neuen »Strauß-Chaban-Abkommen« (1957) war der Weg noch weit. Was den deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungsrat anging, dessen Organisation, Aufgaben und Funktionsweise in einem Zusatzprotokoll zum Élysée-Vertrag geregelt wurden, muß man feststellen, daß er über die institutionelle Einrichtung hinaus im Grunde nichts Neues brachte: »Er schafft keine deutsch-französische Verteidigungsdoktrin. Er verändert nichts an den von Frankreich gegebenen Garantien für die Sicherheit der Bundesrepublik. Er geht nicht auf die unterschiedliche Art der Beteiligung jedes der beiden Länder an der Atlantischen Allianz ein. Er enthält nicht ein einziges Projekt für die gemeinsame Rüstungsproduktion. Keines der beiden Länder verzichtet darauf, eine Verteidigungspolitik nach eigenem Gutdünken zu führen«, vermerkte ein französischer Abgeordneter während der Debatte zur Ratifizierung.

Es bleibt aber auch immer wieder zu betonen, daß die strategische Sackgasse, in der sich Deutschland und Frankreich im Laufe dieser langen Jahre befanden, keineswegs Erfolge im Bereich der deutsch-französischen Militärkooperation unterhalb der Suche nach gemeinsamen Doktrinen verhinderte. Der fast tägliche Kontakt zwischen den beiden Armeen, erleichtert durch den Verbleib von französischen Truppen in Deutschland bis 1994, der auf den nach dem Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration (1966) überarbeiteten Statuten beruhte, trug sehr viel dazu bei, ebenso wie die ständigen Bemühungen der Bundesrepublik, zwischen Frankreich und den integrierten Strukturen der NATO zu vermitteln. Es sind also die sekundären, aber nicht unbedingt zweitrangigen Aspekte des Vertrages, in denen Fortschritte zu beobachten waren: die Annäherung zwischen den Menschen, der Austausch von Personal und ganzen Einheiten,³³ die Ausbildung, die Manöver und die gemeinsamen Übungen, wofür 1987 das Manöver »Kecker Spatz« das beste Beispiel bleibt,³⁴ die logistische Unterstützung, die industrielle Zusammenarbeit im Rüstungssektor mit den Programmen Transall, Roland, Tiger, A-400... – so viele konkrete Umsetzungen, deren Auswirkungen schwer zu beziffern sind, solange es noch keine Arbeiten über diese spezifischen Themen gibt. Sie haben sicherlich nicht den erhofften Umfang erreicht, aber sie haben dennoch einen dauerhaften Effekt auf die militärische Praxis der beiden Länder gehabt und können gegebenenfalls auch die Bedingungen für eine zukünftige effiziente Zusammenarbeit schaffen. Bereits 1991 bemerkte General de Maizière zu

³³ Manfred ROSENBERG, Die Annäherung der Menschen in den Streitkräften über eine Politik des Personalaustausches und der systematischen Zusammenarbeit, in: CEHD, C2SD (Anm. 3), S. 237–242.

³⁴ Benoît ROSSIGNOL, Apprendre l'un et l'autre: l'École de guerre navale et la coopération navale franco-allemande, in: CEHD, C2SD (Anm. 3), S. 243–280.

dieser Frage in seinem unnachahmlichen Stil, einer Mischung aus Diplomatie, Realismus und gutem Willen:

Eine weitere substantielle Vertiefung der deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit setzt eine Überwindung der nach wie vor bestehenden grundsätzlichen Auffassungsunterschiede im sicherheitspolitischen und strategischen Bereich voraus. Unterhalb dieser Ebene aber ist der vorhandene Spielraum noch nicht ganz ausgeschöpft. Denkbar bleiben z.B. noch eine Ausweitung der personellen Beziehungen, eine Annäherung der taktischen Doktrinen und die Verbesserung der Interoperabilität im logistischen und im Rüstungsbereich.³⁵

Mit dem Ende des Kalten Krieges bahnte sich seit dem Vertrag von Maastricht die Idee einer eigenen europäischen Verteidigung um einen deutsch-französischen militärischen Kern herum in den Köpfen und in den Texten langsam ihre Bahn. Sicherlich, sie hauchte der deutsch-französischen Zusammenarbeit neues Leben ein, indem sie den bilateralen Rahmen überwand, ohne jedoch die Hypothesen aus der Vergangenheit aufzuheben. Der Bezugsrahmen blieb die Atlantische Allianz und, im Rahmen der NATO, die amerikanische Verteidigungspolitik, der gegenüber, wie man weiß, Deutschland und Frankreich keine gemeinsame Position vertreten. Dort, wo Paris lange Zeit für eine wirkliche europäische Eigenständigkeit in Sicherheit und Verteidigung eingetreten war, ausgestattet mit einem bewaffneten Arm im Rahmen einer reformierten WEU, optierte die Bundesrepublik eher für einen europäischen Pfeiler im Rahmen des Atlantischen Bündnisses. Die NATO, die Vereinigten Staaten und die atomare Abschreckung stellten damit beständige Zankäpfel zwischen den beiden Ländern dar. Hinzu kam seit Ende der 1990er Jahre, die nach dem Ende des Kalten Krieges von neuen Friedenshoffnungen geprägt waren, ein neues Element: die unterschiedliche Bedeutung, die Deutschland und Frankreich der militärischen Stärke in der Definition der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) einzuräumen gewillt scheinen. Denn Berlin versteht unter Sicherheit zunehmend nicht mehr nur militärische Aspekte. In diesem Zusammenhang ist es recht symptomatisch, daß sich beide Länder Mitte der 1990er Jahre auf eine große Umgestaltung ihrer militärischen Apparate eingelassen haben, ohne jegliche bilaterale Konsultation. Als Folge der Professionalisierung der französischen Streitkräfte 1996, die von großen Anstrengungen zur Modernisierung der Bewaffnung begleitet wurde, gibt es nunmehr zwei unterschiedliche Armeearten, unter strikten budgetären Auflagen, insbesondere in Deutschland. In aller Deutlichkeit ist zu erkennen, daß die verantwortlichen Politiker der beiden Länder auch nicht an dieselbe Art von Missionen denken, sofern die rot-grüne Koalition, die in Deutschland seit 1998 an der Macht ist, überhaupt irgendeine militärische Ambition außerhalb

³⁵ DE MAIZIÈRE (Anm. 12), S. 214.

der Landesverteidigung und der Petersberger Aufgaben verspürt. Das Budget, das man dem Verteidigungssektor zugesteht (weniger als 1,5 % des BIP), läßt daran Zweifel aufkommen.

Tatsächlich keimte erst nach dem 11. September 2001 und dem radikalen Wechsel der amerikanischen Strategie im Verlauf der Operationen in Afghanistan wieder die Hoffnung auf eine zweite Blüte des Élysée-Vertrages auf, indem auf Konsultationen jetzt auch Aktionen folgen. In einer auf 19 und bald 26 Mitglieder³⁶ erweiterten Atlantischen Allianz, deren internationaler Einfluß durch die Bildung multilateraler Ad hoc-Streitkräfte unter amerikanischer Ägide wie in Afghanistan und dann im Irak-Krieg notwendigerweise geschwächt wird, könnten sich die deutsch-französischen Erfahrungen auf politisch-strategischer Ebene, aber auch im Bereich der Ausbildung und in der Rüstung, kurz für die Interoperabilität der Streitkräfte als ein entscheidender militärischer Vorteil für die Vermeidung und Bewältigung von zukünftigen Konflikten herausstellen. Wenn sich diese Annahme bestätigt, stünde nicht mehr in erster Linie der strategische Aspekt des Vertrages im Vordergrund, dieser merkwürdige Ehrgeiz, eine gemeinsame Position zwischen Ländern mit unterschiedlichen strategischen Interessen zu entwickeln, sondern der traditionelle militärische Aspekt: der Austausch von Mensch, Material und Technologie, der auch vom Vertrag vorgesehen war und der, von Fall zu Fall, erlauben würde, auf ganz pragmatische Weise eine sehr weitgehende Kooperation anzustreben, jedes Mal wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt.

III. Schlußfolgerung

Was bleibt vom Élysée-Vertrag im Bereich der Verteidigung noch übrig? Vordergründig nur wenige Dinge: Routinetreffen, ein ritualisierter Dialog, standardisierte Kommunikationsgewohnheiten, Absichtserklärungen, akzeptiertes Schweigen, ein Gipfeltreffen, das manchmal unter zuviel Formalismus erstickt, eine Vision von einem auf gemeinsamer Basis noch aufzubauenden Europa der Verteidigung, aber im Grunde weder eine deutsch-französische Doktrin noch eine reelle Einheit der gemeinsamen operationellen Verteidigung. 40 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages muß man feststellen, daß die deutsch-französische Verteidigung keine wirklich greifbare militärische Umsetzung erfahren hat, abgesehen vom Eurocorps, dessen Bestand und Einsatzmöglichkeiten gleichwohl von der NATO abhängen. Man

³⁶ Siehe dazu www.NATO/docu/handbook/2001.

könnte höchstens sagen, daß am Ende eines langen deutsch-französischen Dialoges in Verteidigungsfragen, wenn man sich auf das jeweilige Verhalten während des Beginns der militärischen Operation in Afghanistan (2001) und dann in der Irakkrise (Sommer 2002) stützt, Deutschland ein wenig französischer und Frankreich ein wenig deutscher geworden ist. Man kann sich dazu gratulieren oder darüber traurig sein, je nachdem, wie man die strategischen Doktrinen eines jeden versteht und je nach der Definition, die man einer gemeinsamen Zukunft geben möchte. Wer kann wissen, ob das Ergebnis den Ambitionen der Architekten des Vertrages entspricht.

Wovon hängt diese Diskrepanz zwischen Intention und Realisation ab? Der Élysée-Vertrag definierte im Verteidigungsbereich bislang unerreichte Kooperationsziele. Waren diese Ziele unrealisierbar? Unbestreitbar beschleicht jeden, der den Text buchstabengetreu liest, das Gefühl, daß seine Architekten sich eitlen Hoffnungen hingaben (die Anpassung der taktischen und strategischen Doktrinen) und durch Unterlassung (die weiter bestehende Ungenauigkeit über das Ausmaß dieser neuen Kooperation – sollte sie auch den Atomsektor umfassen oder nicht?) Fehler begingen. Aber sollte man dem Vertrag Buchstabe für Buchstabe folgen? Sollte man ihn nicht lieber wieder in seinen historischen Zusammenhang stellen und als das betrachten, was er vor allem ist: ein feierlicher politischer Akt, der bis in seine Improvisationen und seinen Enthusiasmus hinein die Male der Krisen trug, die seiner Unterzeichnung vorausgingen. In seiner strategischen Dimension war der deutsch-französische Vertrag von 1963 ein in Krisenzeiten geborener Vertrag, der dazu gedacht war, Krisenzeiten zu bewältigen. Aus strategischer Perspektive kann man sich wohl kaum vorstellen, wie langfristig Doktrinen anzupassen sind, die auf gegensätzlichen Interessen basieren, geprägt durch eine grundsätzliche Asymmetrie der geopolitischen Lage der beiden Unterzeichner. De Gaulle und Adenauer waren viel zu pragmatisch, um das nicht zu bemerken. Hingegen ist es durchaus möglich, gemeinsame Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln, wenn die Bedingungen dazu geschaffen sind. So könnte, wenn auch nicht der Buchstabe, so doch der Geist des Vertrages lauten.

Haben die Ziele im Bereich der Verteidigung durch einen manchmal fehlenden politischen Willen auf der anderen Seite des Rheins gelitten? Zweifellos in einigen ganz bestimmten Fällen. Aber über die ganze Periode betrachtet, haben die Regierungen in Bonn und Paris mehrere schwere Krisen überwunden, ohne jemals die Notwendigkeit des deutsch-französischen Bandes in Frage zu stellen. Die Akteure haben in ihrer Mehrheit viel zu seinem Fortbestehen beigetragen, und sei es nur durch herzliche und regelmäßige Beziehungen untereinander. War es also das internationale Umfeld, das während des Kalten Krieges das Entstehen einer gemeinsamen Position zwischen zwei Ländern verhindert hat, deren strategische Interessen offensichtlich verschieden waren und es auch bleiben sollten, falls nicht einer von ihnen auf die eigenen ver-

zichten würde, um sich auf ein recht unsicheres Abenteuer einzulassen? Alle Faktoren haben, Mal für Mal, dazu beigetragen, aber der Kern der Frage liegt möglicherweise woanders.

Wenn man genauer hinsieht, ist die Bilanz nicht so enttäuschend wie sie scheint. 40 Jahre deutsch-französische Kooperation, sowohl auf politisch-strategischem als auch im strengeren Sinne auf militärischem Sektor, haben zwischen Deutschland und Frankreich im Bereich der Verteidigung ein Netz von soliden Beziehungen geknüpft, das auf der besseren Kenntnis des anderen basiert, auf einer Tradition des Austausches von Personal und gemeinsamen Übungen, einer gemeinsamen Arbeitsroutine im Bereich der Rüstung, einer Gewöhnung an die fremden Kommandomethoden – so viele Erfahrungen also, die sich, auch wenn sie noch nicht völlig ausgeschöpft sind, im gegebenen Augenblick als entscheidend in einem internationalen Kontext herausstellen könnten, der von den nationalen Streitkräften immer mehr die Fähigkeit zur Interoperabilität erfordert. Der Élysée-Vertrag war Produkt und Opfer des Kalten Krieges, der seine Unterzeichner vor eine Quadratur des Kreises stellte, doch könnte er heute seinen militärischen Wert in einer anderen strategischen Konfiguration unter Beweis stellen.

(Übersetzung: Birgit Schöne-Martens)

ANSBERT BAUMANN

ERZIEHUNGS- UND JUGENDFRAGEN: DIE BANDE ENGER GESTALTEN UND DAS VERSTÄNDNIS FÜREINANDER VERTIEFEN?

In einem Vermerk der französischen Botschaft in Bonn vom 19. Januar 1963¹ wurde bereits drei Tage vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages festgestellt, daß die engen transatlantischen Bindungen der Bundesrepublik der künftigen deutsch-französischen Kooperation zumindest im politischen und militärischen Bereich im Weg stehen könnten. Und auch auf deutscher Seite rechnete man damit, daß die Unterzeichnung einer deutsch-französischen Erklärung größere politische Probleme mit sich bringen könnte – dies zeigen verschiedene Stellungnahmen des Auswärtigen Amtes.²

Man kann also davon ausgehen, daß sich beide Seiten bei der Unterzeichnung des Vertrages durchaus der Schwierigkeiten bewußt waren, die sich im politisch-diplomatischen und im militärischen Bereich ergeben könnten. Allerdings hatte der Vertrag darüber hinaus einen sehr viel weitergehenden Anspruch – so wurde bereits in der vorangestellten Gemeinsamen Erklärung betont, daß »die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet«.³ Ein wirklich großes Ziel für einen politischen Vertrag!

Unter dieser langfristigen Perspektive fällt dem mit »Erziehungs- und Jugendfragen« überschriebenen Teil C ein besonderes Gewicht zu: Die bestehenden Bande zwischen den Völkern sollten enger gestaltet und das Verständnis füreinander vertieft werden.

Ich möchte zunächst einen kurzen Blick auf die Rahmenbedingungen für die auswärtige Kulturpolitik zwischen den beiden Staaten werfen, vor deren Hintergrund die entsprechenden Bestimmungen zu sehen sind und dann auf die einzelnen in diesem Abschnitt erwähnten Punkte eingehen.

¹ MAE/Paris, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1600.

² So insbesondere in der Aufzeichnung von Ministerialdirektor Jansen vom 20.1.1963, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPD) 1963, Bd. 1, Dok. 35, S. 109.

³ Gemeinsame Erklärung und Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22.1.1963, in: Bundesgesetzblatt 1963, Teil II, S. 705–710, hier S. 705.

I. Rahmenbedingungen der deutschen und französischen auswärtigen Kulturpolitik

Für Frankreich hatten die weltpolitischen Entwicklungen in den 1950er Jahren große Umbrüche mit sich gebracht: Angesichts der Entkolonialisierung, des verlorenen Indochina-Kriegs, des Ausgangs der Suez-Krise und der Blockbildung im Zeichen des Kalten Kriegs, nicht zuletzt auch angesichts des wirtschaftlichen Aufstiegs des deutschen Nachbarn mußte man in Paris schmerzlich erkennen, daß Frankreich eben keine Weltmacht mehr war. Die französische Politik versuchte dieser Entwicklung unter anderem dadurch entgegenzutreten, daß ein neuer Schwerpunkt auf die auswärtige Kulturpolitik gelegt wurde.⁴ Zu diesem Zweck wurde die »Direction Générale des Relations Culturelles« (DGRC) im Quai d'Orsay 1956 komplett umstrukturiert und dabei in »Direction Générale des Affaires Culturelles et Techniques« (DGAT) umbenannt.⁵ Am 31. Juli 1957 wurde Außenminister Christian Pineau mit der Bildung eines Komitees zur Ausarbeitung eines Fünfjahresplans beauftragt, das die Zielsetzungen der künftigen kulturpolitischen Aktivitäten im Ausland festlegen sollte.⁶ Das Komitee⁷ erstellte Ende Juni 1958 einen Abschlußbericht, den der neue Außenminister Couve de Murville am 10. September 1958 dem Kabinett vorlegte; die neue Regierung verabschiedete daraufhin den Fünfjahresplan (»Premier programme quinquennal d'expansion et de reconversion des activités culturelles françaises à l'étranger«),⁸ der sich auf die Jahre 1959 bis 1963 bezog.⁹ Er war somit quasi ein Erbe der IV. Republik, welches nun in der V. Republik unter Général de Gaulle Anwendung finden sollte.

Auf bundesdeutscher Seite gab es zwar seit 1949 diverse Ansätze zu einer staatlich geförderten auswärtigen Kulturpolitik,¹⁰ insgesamt spielten kulturelle Aspekte in der bundesdeutschen Außenpolitik zunächst aber eher eine be-

⁴ Eine ähnliche Neuakzentuierung der französischen Außenpolitik ließ sich auch nach 1871 beobachten; vgl. Hélène TROVA, *Le statut juridique de l'action culturelle et linguistique de la France à l'étranger*, Paris 1994, S. 30f.; François ROCHE, Bernard PINIAU, *Histoire de diplomatie culturelle des origines à 1995*, Paris 1995, S. 14f.

⁵ TROVA (Anm. 4), S. 36f.; Victoria ZNINED-BRAND, *Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse*, Frankfurt a. M. 1999, S. 46.

⁶ ROCHE, PINIAU (Anm. 4), S. 91f.

⁷ Zusammensetzung: TROVA (Anm. 4), S. 37.

⁸ ROCHE, PINIAU (Anm. 4), S. 92.

⁹ Ansbert BAUMANN, *Begegnung der Völker? Der Élysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969*, Frankfurt a. M. 2003, S. 93.

¹⁰ Hans ARNOLD, *Auswärtige Kulturpolitik. Ein Überblick aus deutscher Sicht*, München, Wien 1980, S. 14.

scheidene Rolle.¹¹ Immerhin wurden ab Mitte der 1950er Jahre kulturpolitische Vereinbarungen mit anderen Staaten abgeschlossen – das erste schriftlich fixierte Kulturabkommen im übrigen am 23. Oktober 1954 mit Frankreich.¹² Allerdings handelte es sich bei diesen Abkommen eher um Absichtserklärungen¹³ – die Kulturpolitik fällt in der Bundesrepublik bekanntlich unter die Hoheitsrechte der Länder, so daß die Bundesregierung hier rechtlich gebunden war.¹⁴ Dennoch gewann die auswärtige Kulturpolitik Ende der 1950er Jahre deutlich an Bedeutung; dies zeigte sich nicht zuletzt am Ausbau der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, welche ab 1958 mit einem deutlich höheren Budget¹⁵ ausgestattet wurde und ab 1959 unter der Leitung von Ministerialdirektor Dieter Sattler mehr und mehr an Einfluß gewann.¹⁶

Man kann also festhalten, daß Anfang der 1960er Jahre sowohl auf bundesdeutscher als auch auf französischer Seite ein verstärktes Interesse an der auswärtigen Kulturpolitik zu verzeichnen war. Allerdings zeigte sich im Frühjahr 1962, daß gerade in den deutsch-französischen Beziehungen in dieser Hinsicht Wunschenken und Realität auseinanderklafften: Aus diesem Grund forderte die französische Botschaft in Bonn dringend eine Intensivierung der französischen Kulturpolitik in Deutschland,¹⁷ und der Quai d'Orsay kündigte daraufhin tatsächlich eine »reconversion de notre action culturelle en Allemagne«¹⁸ an.

Auch auf deutscher Seite war man mit der Entwicklung unzufrieden. So konstatierte der deutsche Botschafter Herbert Blankenhorn, daß ein verstärktes kulturpolitisches Engagement der Bundesrepublik in Frankreich im Interesse einer »Stabilisierung des deutsch-französischen Verhältnisses unaufschiebbar«¹⁹ sei. Interessanterweise wurde von Seiten der deutschen Diplomaten mehrfach versucht, diesem Argument unter Hinweis auf die kulturpolitischen Aktivitäten der

¹¹ BAUMANN (Anm. 9), S. 94.

¹² Horst MÖLLER, Klaus HILDEBRAND (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963 (BDFD), Bd. 1, München 1997, Nr. 40, S. 184–188. Mit den USA war bereits am 9.4.1953 eine kulturpolitische Vereinbarung in Form eines Notenwechsels geschlossen worden.

¹³ Christoph HIRSCH, Kulturhoheit und Auswärtige Gewalt, Berlin 1968, S. 88.

¹⁴ BAUMANN (Anm. 9), S. 111–128.

¹⁵ Manfred ABELEIN, Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland. Ihre verfassungsgeschichtliche Entwicklung und ihre verfassungsrechtlichen Probleme, Köln, Opladen 1968, S. 161; Dieter SATTLER, Die dritte Bühne der Außenpolitik, in: Berthold MARTIN (Hg.), Jahrbuch der auswärtigen Kulturbeziehungen 1964, Bonn 1964, S. 13–21.

¹⁶ ZNINED-BRAND (Anm. 5), S. 43.

¹⁷ Französische Botschaft in Bonn (Service culturel) an Außenminister Couve de Murville, 5.1.1962; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1475.

¹⁸ Note du Ministère des Affaires étrangères, 9.2.1962; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1475.

¹⁹ Deutsche Botschaft, Paris, Vermerk, 11.1.1962, betr. Ausweitung der kulturellen Arbeit in Frankreich; PA/AA, B 90–600, Bd. 545.

DDR in Frankreich politisch eine gewisse Nachdrücklichkeit zu verleihen, so beispielsweise mit der Feststellung, die intellektuellen Kreise in Frankreich seien alle »von der rein politischen Kulturpropaganda der Sowjet-Zone mehr oder weniger beeinflusst«.²⁰ Der im Frühsommer 1962 begonnene Bau eines großen bundesdeutschen Kulturinstituts in Paris machte deutlich, daß die Bonner Regierung von den vielfältigen Argumenten nicht unbeeindruckt war und ganz offensichtlich neue kulturpolitische Akzente setzen wollte.²¹

Die politische Annäherung, die sich im Anschluß an Adenauers Frankreichbesuch vom Juli 1962 vollzog, rückte die Kulturpolitik noch mehr ins Blickfeld der politischen Akteure. Unmittelbar vor seinem Gegenbesuch in der Bundesrepublik im September 1962 kündigte de Gaulle daher an, daß er neben der politischen und militärischen auch eine enge Zusammenarbeit im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich anstrebe.²² Erziehungsminister Pierre Sudreau erstellte daraufhin einen Vermerk, in welchem er diesbezüglich konkrete Vorschläge lieferte.²³ Bei ihren Gesprächen waren sich de Gaulle und Adenauer darin einig, daß in diesen Fragen ebenfalls Fortschritte erzielt werden sollten,²⁴ und die »Erziehungs- und Jugendfragen« tauchten folglich auch im Memorandum der französischen Regierung vom 19. September 1962²⁵ auf. Die deutsche Reaktion im Antwortmemorandum vom 8. November 1962²⁶ war zwar recht positiv, jedoch wurde in einem Nebensatz auf ein wesentliches Problem hingewiesen, nämlich auf die Zuständigkeit der Länderregierungen im Bereich des Erziehungswesens.²⁷

Diese Komplikation auf deutscher Seite erwies sich während der darauffolgenden Wochen als beträchtlicher Hemmschuh: Bei der Ausarbeitung der Entwürfe für die beabsichtigte deutsch-französische Erklärung wurde mehr und mehr klar, daß das Problem der Beteiligung der Länder in angemessener

²⁰ Vermerk des Auswärtigen Amtes, 18.4.1962: Ergebnisse der Arbeitstagung des Goethe-Instituts in Paris vom 11.–13.4.1962; PA/AA, B 90–600, Bd. 518.

²¹ Vermerk des Auswärtigen Amtes, 20.6.1962; *ibid.*

²² Knut LINSEL, Charles de Gaulle und Deutschland 1914–1969, Sigmaringen 1998, S. 200f.

²³ Le Ministre de l'Éducation nationale, Note à l'attention du ministre des Affaires étrangères, 1.9.1962; MAE, Europe 1961–1965, RFA, Bd. 1578 (alte Signatur).

²⁴ Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963, Fragmente, Stuttgart 1968, S. 179f.

²⁵ MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1598; deutsche Übersetzung: PA/AA, B 90–600, Bd. 411; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStASt), EA 3/505, Nr. 327/1, Blatt 12 – Anlage; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD), Kultusministerium NW 69–314, Bl. 39.

²⁶ Memorandum der Bundesregierung vom 8.11.1962; PA/AA, B 90–600, Bd. 411; HStASt, EA 3/505, Nr. 327/1, Bl. 12 – Anlage; französische Übersetzung: MAE, Europe 1961–1965, RFA, Bd. 1598.

²⁷ »Der Vorschlag [...] wird von der Bundesregierung in Verbindung mit den Länderregierungen geprüft, die für Maßnahmen auf dem Gebiet des Erziehungswesens in der Bundesrepublik zuständig sind«; *ibid.*

Weise berücksichtigt werden mußte, damit die kulturpolitischen Absichten überhaupt eine gewisse Effizienz haben könnten.²⁸

Tatsächlich wurde dann im Élysée-Vertrag versucht, eine Lösung für dieses innerdeutsche Problem zu finden, indem bei den vorgesehenen Konsultationen eine nicht näher definierte »Persönlichkeit« als Gesprächspartner des französischen Erziehungsministers »benannt« werden sollte; diese »Benennung« sollte in Abstimmung mit den Länderregierungen erfolgen.²⁹

Die Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern über die Kompetenzen jener Institution zogen sich sechs Jahre lang hin, ehe schließlich im Februar 1969 eine Durchführungsvereinbarung zum Élysée-Vertrag unterzeichnet werden konnte, in der auch diese Frage endgültig geregelt wurde.³⁰ In Gestalt des Kulturberechtigten, den die Ministerpräsidenten aus ihren Reihen wählen, besitzt die Bundesrepublik nunmehr gegenüber Frankreich – und nur gegenüber Frankreich – einen »Bundeskulturminister«. Dies war die entscheidende Grundlage dafür, daß auch kulturpolitische Ziele Gegenstand der vertraglich geregelten politischen Konsultationen sein konnten. Der Élysée-Vertrag ist also bis zum heutigen Tag der einzige völkerrechtliche »Kultur-Vertrag« der Bundesrepublik Deutschland – der Versuch, die innerdeutsche Zuständigkeitsproblematik konsequent zu regeln, blieb einmalig und ist ein häufig verkannter großer Erfolg des Élysée-Vertrages.

II. Die inhaltlichen Aspekte des Vertrages

Fremdsprachenunterricht

Wenden wir uns nun den einzelnen Bestimmungen des mit »Erziehungs- und Jugendfragen« überschriebenen Absatzes zu: Die als erstes Ziel anvisierte Förderung des Fremdsprachenunterrichts stellt für die französische Politik bekanntermaßen ein Schwerpunkt dar,³¹ während dieses Thema für die bundesdeutsche Außenpolitik in den 1960er Jahren eher eine untergeordnete Rolle

²⁸ BAUMANN (Anm. 9), S. 129–132.

²⁹ Martin J. SATTLER, Der deutsch-französische Zusammenarbeitsvertrag. Eine Untersuchung zur Vertragsmacht des Bundes und der Länder, Meisenheim 1976, S. 6f. Die Verwendung des Begriffs »Benennung« weicht von der üblichen Terminologie internationaler Verträge ab und trägt der rechtlich komplizierten Situation bewußt Rechnung; (Vermerk des Staatsministeriums Baden-Württemberg über die Stellung des Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages vom 22.1.1963, S. 4f.; HStASt, EA 3/505, Nr. 327/2).

³⁰ BAUMANN (Anm. 9), S. 141–181.

³¹ Suzanne BALOUS, L'action culturelle de la France dans le monde, Paris 1970, S. 17.

spiele.³² Hinzu kam das bereits erwähnte Kompetenzproblem mit den Bundesländern, die allein für den schulischen Sprachunterricht zuständig sind.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß das Französische an den höheren Schulen in Deutschland bis zum Jahr 1937 die erste unterrichtete lebende Fremdsprache war – erst unter den Nationalsozialisten wurde der Französischunterricht aus ideologischen Gründen zugunsten des Englischen an den Rand gedrängt.³³ Nach 1945 erhielt Französisch dann lediglich in der französischen Besatzungszone wieder den Rang der ersten lebenden Fremdsprache.³⁴ Im übrigen Gebiet der späteren Bundesrepublik hatte die britische oder die amerikanische Besatzungsmacht den weiteren Ausbau des Englischunterrichts begünstigt.³⁵ Nach der Gründung der Bundesrepublik war somit in allen Ländern, mit Ausnahme von Baden, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Hohenzollern, Englisch erste Fremdsprache; ein weiteres Zurückdrängen des Französischen schien daher nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Frankreich versuchte zwar durch verschiedene Interventionen bei den Länderregierungen die Situation des Französischunterrichts insgesamt zu verbessern, konnte dabei jedoch keine entscheidenden Fortschritte erzielen.³⁶ Die Frage spielte deswegen bei den schon Anfang der 1950er Jahre aufgenommenen Verhandlungen über ein deutsch-französisches Kulturabkommen eine wichtige Rolle,³⁷ die französische Regierung konnte allerdings auch hier zu keinem größeren Erfolg kommen. Schließlich einigte man sich im Deutsch-Französischen Kulturabkommen vom 23. Oktober 1954 auf eine Kompromißformel, derzufolge die Vertragspartner lediglich »soweit irgend möglich Sorge dafür« tragen sollten, daß ein entsprechender »Unterricht [...] veranstaltet [...] wird«.³⁸

Diese Absichtserklärung ließ, wie sich schon wenige Wochen später zeigen sollte, sehr viele Spielräume offen: Am 17. Februar 1955 unterzeichneten die Mi-

³² Ulrich AMMON, Zur Geschichte der Sprachverbreitungspolitik der Bundesrepublik Deutschland von den Anfängen bis 1985. Kommentierte Dokumentation der Diskussion im Bundestag mit anschließendem Ausblick, in: Deutsche Sprache, 17 (1989), S. 229–263, hier S. 229f.; DERS., Die internationale Stellung der deutschen Sprache, Berlin, New York 1991, S. 524f.

³³ Ansbert BAUMANN, Der sprachlose Partner. Das Memorandum vom 19. September 1962 und das Scheitern der französischen Sprachenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 34 (2002) 1, S. 55–76.

³⁴ Georges CUER, Der Französischunterricht und die französische Sprachpolitik in Deutschland nach 1945, in: Franz KNIPPING, Jacques LE RIDER (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950, Tübingen 1987, S. 57–83.

³⁵ Roland LEJEUNE, La vie universitaire et scolaire. Menaces sur l'enseignement du français en Allemagne, in: Allemagne d'aujourd'hui, (1955), S. 28–35, hier S. 28f.

³⁶ BAUMANN, (Anm. 33), S. 59f.

³⁷ Ulrich LAPPENKÜPER, »Sprachlose Freundschaft«? Zur Genese des deutsch-französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954, in: Lendemains, 84 (1996), S. 67–82, hier S. 69f.

³⁸ Deutsch-französisches Kulturabkommen vom 23. Oktober 1954, Artikel 7, in: BDFD, Bd. 1, Nr. 40, S. 184–188, hier S. 186.

nisterpräsidenten der Länder in Düsseldorf ein »Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens«, ³⁹ in welchem für die höheren Schulen mit Ausnahme der altsprachlichen Gymnasien Englisch als erste lebende Fremdsprache festgelegt wurde. Die Bundesregierung konnte den Beschluß der Länderchefs lediglich zur Kenntnis nehmen, Einfluß darauf hatte sie keinen. Die französische Regierung bemühte sich in den folgenden Jahren, den Konsequenzen des Beschlusses entgegenzutreten – im großen und ganzen jedoch ohne Erfolg: Der Französischunterricht in der Bundesrepublik ging bis zum Jahr 1962 insgesamt sogar noch weiter zurück. ⁴⁰ Vor diesem Hintergrund war es mehr als verständlich, daß die Frage auf Drängen der französischen Regierung im Élysée-Vertrag wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde.

Im französischen Memorandum vom September 1962 war gefordert worden, daß allen Schülern der höheren Schulen in der Bundesrepublik die Möglichkeit gegeben werden solle, Französisch als erste lebende Fremdsprache zu wählen. ⁴¹ Angesichts der schwierigen Rechtslage war die deutsche Reaktion vom 8. November sehr vorsichtig formuliert: »Der Vorschlag [...] wird von der Bundesregierung in Verbindung mit den Länderregierungen geprüft, die für Maßnahmen auf dem Gebiet des Erziehungswesens [...] zuständig sind.« ⁴²

Diese Antwort war der Pariser Regierung viel zu vage; ⁴³ somit wurde quasi bis zur letzten Minute über die endgültige Formulierung im Vertragstext gestritten. ⁴⁴ Schließlich erhielt er eine sehr allgemein gehaltene Erklärung:

Die beiden Regierungen [...] werden [...] sich bemühen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen. Die Bundesregierung wird in Verbindung mit den Länderregierungen, die hierfür zuständig sind, prüfen, wie es möglich ist, eine Regelung einzuführen, die es gestattet, dieses Ziel zu erreichen.

³⁹ Archiv der Gegenwart (AdG) 1955, S. 5055f.

⁴⁰ Klaus-Berto von DOEMMING, Deutsch in Frankreich, Französisch in Deutschland. Die Entwicklung seit 1959, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 5.7.1963.

⁴¹ MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1598; deutsche Übersetzung: HStASt, EA 3/505, Nr. 327/1, Bl. 12 – Anlage; HStAD, Kultusministerium NW 69–314, Bl. 39.

⁴² HStASt, EA 3/505, Nr. 327/1, Bl. 12.

⁴³ So kritisierte François Seydoux die deutsche Antwortnote am 19.11.1962 deutlich: »Cette réponse ne va pas au-delà d'une simple manifestation de bonne volonté sur un terrain que nous considérons comme capital.« (Protokoll der Sitzung der interministeriellen Kommission am 19.11.1962; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1659). Auch die Kulturbteilung des französischen Außenministeriums äußerte sich am 21.11.1962 mit einer ähnlichen Stoßrichtung: »La question essentielle posée par notre mémorandum du 19 septembre était celle des mesures à prendre pour que tout élève allemand ou français des établissements secondaires et techniques puisse choisir le français ou l'allemand comme première langue vivante«. La réponse allemande sur ce point ne nous satisfait que partiellement«; MAE, Europe 1961–1965, RFA, Bd. 1665.

⁴⁴ BAUMANN (Anm. 33), S. 66–69.

Obwohl diese endgültige Formulierung nunmehr einen eher unverbindlichen Charakter angenommen hatte und somit kaum mehr Aussagekraft besaß als die Regelung des Kulturabkommens von 1954, hoffte die französische Politik offenbar dennoch, mit Hilfe dieser Vertragsbestimmung eine Ausweitung des Französischunterrichts in der Bundesrepublik erreichen zu können.⁴⁵ Der Grund für diesen Optimismus war wohl vor allem darin zu suchen, daß das »Düsseldorfer Abkommen«, welches in den Augen der politischen Akteure maßgeblich für den Rückgang des Französischunterrichts verantwortlich war, eine Laufzeit von zehn Jahren hatte und daher im nächsten Jahr eine Neuregelung anstand.⁴⁶ Selbst auf deutscher Seite meldeten sich einige Politiker zu Wort, die bei der Neufassung des »Düsseldorfer Abkommens« die Stellung des Französischunterrichts verbessert sehen wollten.⁴⁷ Allerdings zeichnete sich schon frühzeitig ab, daß eine große Mehrheit der Länderregierungen für die Beibehaltung der bisherigen Regelung war, und tatsächlich unterzeichneten die Ministerpräsidenten dann im Oktober 1964 in Hamburg die »Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens«, welche später unter der Bezeichnung »Hamburger Abkommen« bekannt wurde.⁴⁸ Danach sollte die erste unterrichtete Fremdsprache »in der Regel« weiterhin das Englische sein.

Der Spielraum, den diese Formulierung bot, wurde faktisch im Grunde jedoch nur im Saarland genutzt, wo Französisch seit der Eingliederung in die Bundesrepublik erste Fremdsprache war und dies auch weiterhin blieb. Im übrigen Bundesgebiet kam es dagegen insgesamt zu einem weiteren Rückgang des Französischunterrichts an den höheren Schulen. Im deutsch-französischen Dialog wurde in den kommenden Jahren zwar immer wieder stolz auf Statistiken verwiesen, die einen Anstieg der Schülerzahlen im Französischunterricht do-

⁴⁵ So äußerte sich der Leiter der Kulturabteilung des Quai d'Orsay Jean Basdevant noch im November 1963 recht zuversichtlich: »Il nous appartient alors, non pas d'engager une bataille absurde pour éliminer l'anglais, mais de rechercher les moyens de reconquérir la place que nous estimons devoir revenir à notre langue. Pour ne parler que de l'Allemagne, c'est un des objectifs du traité de Coopération franco-allemand du 22 janvier 1963 et je suis persuadé que nous parviendrons à l'atteindre.« (Jean Basdevant, Ministre plénipotentiaire, Directeur Général des Affaires culturelles et techniques au Ministère des affaires étrangères, *La Langue française dans le monde d'aujourd'hui*, Conférence prononcée le 27 novembre 1963, Université des Annales, S. 8 ; PA/AA, B 90-600, Bd. 597).

⁴⁶ § 19 des »Düsseldorfer Abkommens«, in: AdG 1955, S. 5056.

⁴⁷ Bundesfamilienminister Bruno Heck äußerte sich sogar dahingehend, daß Französisch ab 1965 generell erste Fremdsprache sein könnte; damit erntete er jedoch bei der Kultusministerkonferenz entschiedenen Widerspruch; Französisch als erste Fremdsprache, in: *Augsburger Allgemeine*, 26./27.1.1963.

⁴⁸ Neufassung des Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens vom 28.10.1964, in: Manfred ABELEIN (Hg.), *Deutsche Kulturpolitik. Dokumente, Düsseldorf 1970, Dokument 34, S. 185-190.*

kumentierten.⁴⁹ Dieser Anstieg der absoluten Zahlen beruhte aber lediglich auf dem demographischen Faktor und war keineswegs auf eine verstärkte Hinwendung zum Französischen zurückzuführen.⁵⁰

Allerdings war in Frankreich eine ähnliche Entwicklung zu sehen: Hier hatte der Englisch- den Deutschunterricht schon seit dem Ersten Weltkrieg mehr und mehr verdrängt. In den 1960er Jahren war es an den französischen höheren Schulen zwar nach wie vor möglich, Deutsch als erste Fremdsprache zu wählen, jedoch machten davon nur sehr wenige Schüler Gebrauch.

In der Realität verlor die Partnersprache gegenüber dem Englischen somit in beiden Ländern an Boden, eine Entwicklung, die auch durch das 1972 unterzeichnete Abkommen zur Errichtung deutsch-französischer Gymnasien nicht aufgehalten werden konnte. Die Einführung der reformierten Oberstufe führte Ende der 1970er Jahre in Deutschland zu einem weiteren Rückgang des Französischunterrichts,⁵¹ gleichzeitig nahm auch in Frankreich das Interesse am Deutschunterricht deutlich ab.⁵² In den 1990er Jahren erlebte der Unterricht in der Partnersprache in beiden Ländern einen dramatischen Einbruch, so daß die Förderung des Sprachunterrichts bis heute einer der neuralgischen Punkte der deutsch-französischen Zusammenarbeit geblieben ist.

Schulzeiten und Studienäquivalenzen

Als nächstes anvisiertes Vertragsziel werden im Teil C die »Bestimmungen über die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, der Prüfungen, der Hochschultitel und -diplome« genannt, die zweifellos ein zentrales Element der Freizügigkeit zwischen beiden Ländern und damit des Kontaktes zwischen den Bevölkerungen bilden.

Entsprechende Initiativen waren bereits in den 1950er Jahren von verschiedenen europäischen Gremien ins Leben gerufen worden,⁵³ und auch im

⁴⁹ So wurde beispielsweise am 21.4.1967 darauf hingewiesen, daß die Zahl der Schüler an bundesdeutschen Gymnasien mit verbindlichem Französischunterricht von 1963 (314 000) bis 1966 (343 000) »um fast 10 % gestiegen« sei; Kurzbericht über die Arbeitssitzung des Unterausschusses »Sprachen« der Gemischten Deutsch-Französischen Kulturkommission, Bonn, 21.4.1967, S. 2; Bayerisches Hauptstaatsarchiv (BayHStA), MK, Bd. 65915.

⁵⁰ Die Zahl der Schüler mit Englischunterricht stieg im gleichen Zeitraum von 443 778 auf 912 177 an; vgl. Arno EULER, Zur Entwicklung des Französischunterrichts seit 1945, in: Michael NERLICH (Hg.), Kritik der Frankreichforschung, Karlsruhe 1977, S. 216–233, hier S. 224.

⁵¹ Herbert CHRIST, Fremdsprachenunterricht und Sprachenpolitik, Stuttgart 1980, S. 128.

⁵² Jean-Michel HANNEQUART, Deutschunterricht in Frankreich – Ein Zustandsbericht, in: Dokumente, 59 (2003) 1, S. 28–35, hier S. 31.

⁵³ August RUCKER, Äquivalenz der Hochschulabschlüsse im internationalen Bereich, in: Berthold MARTIN (Hg.), Jahrbuch der auswärtigen Kulturbeziehungen 1965 (2. Folge),

deutsch-französischen Kulturabkommen von 1954 fand sich eine entsprechende Vereinbarung.⁵⁴ Der im Anschluß an das Abkommen errichtete Ständige Gemischte Ausschuß, in dem auch die Bundesländer vertreten waren, sollte die Arbeit weiter voranbringen.⁵⁵ Im Jahr 1958 hatte dann die Deutsch-Französische Rektorenkonferenz ihre Arbeit aufgenommen, die sich in den folgenden Jahren schwerpunktmäßig mit der Erstellung von Studienäquivalenzen beschäftigte.⁵⁶

Das Problem der Äquivalenzen stand also ebenfalls bereits vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages auf der politischen Tagesordnung, und in dieser Frage herrschte bei den Memoranden des Jahres 1962 und bei der Ausarbeitung des Protokoll- bzw. Vertragstexts Einvernehmen zwischen der deutschen und der französischen Seite. Im Vertrag wurde schließlich festgelegt, daß »die Tätigkeit der bereits bestehenden Organe« in keiner Weise beeinträchtigt und die »zuständigen Behörden beider Staaten« gebeten werden sollten, entsprechende Bestimmungen zu erlassen. Somit wurden die Kompetenzen der Deutsch-Französischen Rektorenkonferenz und des Ständigen Gemischten Ausschusses ausdrücklich respektiert und damit indirekt auch die Zuständigkeiten der Länder und Hochschulverwaltungen auf deutscher Seite. Es kam zwar dennoch zu kleineren Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern,⁵⁷ aber die bereits etablierten Organe arbeiteten tatsächlich weiterhin effizient, so daß insbesondere die Deutsch-Französische Rektorenkonferenz bis zum Jahre 1968 eine ganze Anzahl von Äquivalenzbestimmungen für den Hochschulbereich vorlegen konnte.⁵⁸ Diese waren dann jedoch mit der umfassenden französischen Hochschulreform von 1968 bereits wieder überholt!

In den folgenden Jahren war die Bildungspolitik in beiden Staaten überwiegend mit nationalen Problemen beschäftigt; zwar wurde 1971 eine Deutsch-Französische Expertenkommission für die Zusammenarbeit im Hochschul-

Bonn 1965, S. 133–143, hier S. 142; Otto SCHIEFER, Äquivalenzen im Bildungswesen, in: Berthold MARTIN (Hg.), *Auswärtige Kulturbeziehungen* 4, Neuwied, Berlin 1967, S. 311–318, hier S. 313.

⁵⁴ Im Artikel 8 des Kulturabkommens verpflichteten sich beide Parteien, »darauf hinzuarbeiten, daß die in ihrem Gebiet absolvierten Studien, Prüfungswettbewerbe und Examina sowie die hierfür erlangten Zeugnisse im Gebiete des anderen Teiles entweder für Schul- oder Hochschulzwecke oder in bestimmten Fällen zur Ausübung bestimmter Berufe ganz oder teilweise als gleichwertig anerkannt wurden«; BDFD, Bd. 1, Nr. 40, S. 184–188, hier S. 186.

⁵⁵ Reinhart MEYER-KALKUS, *Die akademische Mobilität zwischen Deutschland und Frankreich* (1925–1992), Bonn 1994, S. 172.

⁵⁶ Helmut COING, *Les relations entre les universités françaises et allemandes pendant les années 50*, in: Klaus MANFRASS (Hg.), *Paris – Bonn: Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949*, Sigmaringen 1984, S. 84–89, hier S. 86f.

⁵⁷ BAUMANN (Anm. 9), S. 236–241.

⁵⁸ *Ibid.* S. 244–246.

und Wissenschaftsbereich eingesetzt und 1974 ein Hochschullehrer-Austauschprogramm begonnen, substantielle Fortschritte im Bereich der Studienäquivalenzen wurden jedoch nicht erzielt. Der Stillstand zeigte sich auch an der Tatsache, daß die deutsch-französische Rektorenkonferenz nach 1968 nicht mehr zusammentrat, und es erst wieder 1975 zu regelmäßigen Kontakten der Westdeutschen Rektorenkonferenz mit der Conférence des Présidents d'Universités kam.⁵⁹

Erst am 10. Juli 1980 wurde eine grundlegende »Vereinbarung über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungen« unterzeichnet⁶⁰ und bis 1986 auf die meisten Fachbereiche ausgedehnt.⁶¹ 23 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages war somit zumindest ansatzweise eine Grundvoraussetzung für den akademischen Austausch geschaffen worden.

Die Bedeutung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich wurde in den 1980er Jahren bei mehreren deutsch-französischen Konsultationstreffen herausgestellt: Nachdem bereits in der »Gemeinsamen Kulturerklärung« vom 6. Februar 1981 eine Verstärkung des Austauschs »von Lehrkräften, Forschern und Studierenden im Rahmen gesonderter Vereinbarungen gemeinsamer Arbeitsprogramme und integrierter Studiengänge«⁶² gefordert worden war, wurde in diesem Sinne am 28. Oktober 1986 die Schaffung eines Kollegs aus deutschen und französischen Persönlichkeiten angekündigt, das Konzeptionen erarbeiten sollte, um künftig die Mobilität der Studenten und der Lehrkräfte zu erleichtern; ein längerfristiges Ziel war dabei die Einrichtung gemeinsamer Studienprogramme und integrierter Studiengänge.⁶³ Das Gründungsabkommen für das mit dieser Aufgabe betraute Deutsch-Französische Hochschulkolleg wurde am 12. November 1987 unterzeichnet.⁶⁴

Nach seiner Konstituierung legte das Hochschulkolleg zunächst die wichtigsten Kriterien für die Schaffung integrierter binationaler Studiengänge fest. Ab dem

⁵⁹ MEYER-KALKUS (Anm. 55), S. 89.

⁶⁰ Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Befreiung von Studienzeiten, -leistungen und Prüfungen zum Studium im Partnerland in den Geistes- und Naturwissenschaften, in: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Sammlung der Beschlüsse der deutsch-französischen Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, berufliche Bildung und Hochschule auf der Grundlage des deutsch-französischen Vertrages, Bonn 1995, S. 98f.

⁶¹ Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 10.7.1980 – Studiengänge in den Fächern Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre), Politische Wissenschaft und Rechtswissenschaften, 27.10.1986, in: *ibid.* S. 106f.

⁶² Gemeinsame Kultur-Erklärung, 6.2.1981, in: *ibid.* S. 6f.

⁶³ Gemeinsame Erklärung über kulturelle Zusammenarbeit, 28. Oktober 1986, in: *ibid.* S. 12–14.

⁶⁴ Deutsch-französische Vereinbarung der Außenminister über das gemeinsame Hochschulkolleg vom 12.11.1987, in: Bundesgesetzblatt 1988, Teil II, S. 137.

Studienjahr 1990/91 wurden dann zwischen einzelnen deutschen und französischen Hochschulen die ersten derartigen Studiengänge eingerichtet, in denen deutsche und französische Studierende gemeinsam an beiden Partneruniversitäten studieren und nach erfolgreichem Studienabschluß die Diplome beider Hochschulen erwerben sollten.⁶⁵ In den folgenden Jahren entstanden ungefähr 70 solcher Studiengänge, vor allem in naturwissenschaftlichen, technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern, aber auch in den Rechts-, Geistes- und Sozialwissenschaften.

Am 19. September 1997 wurde das Regierungsabkommen über die Gründung der Deutsch-Französischen Hochschule unterzeichnet,⁶⁶ welche die Arbeit des Hochschulkollegs fortsetzen und weiterentwickeln sollte. Damit wurden zunächst aber nur die juristischen Grundlagen für die neuartige supranationale Hochschuleinrichtung geschaffen, in die dann ein Großteil der vom Hochschulkolleg eingerichteten Studiengänge übernommen wurde; erst im September 1999 nahm die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken dann offiziell ihre Arbeit auf.⁶⁷ Sie besitzt zwar den Rechtsstatus einer Hochschule, setzt sich aber aus einem Verbund von Mitgliedshochschulen zusammen; Saarbrücken ist lediglich Sitz der Verwaltung. Die Deutsch-Französische Hochschule verfolgt seit ihrer Gründung selbstbewußt große Ziele, wie beispielsweise die Schaffung eines binationalen akademischen Grades. Dabei ist allerdings zu befürchten, daß sie Gefahr läuft, die Realitäten der Hochschulsysteme in beiden Ländern zu ignorieren. Die spektakulären Ankündigungen stehen beispielsweise in einem gewissen Widerspruch zur derzeitigen Situation in Deutschland, wo mit solchen Planungen ja zusätzlich zum Problem der Zuständigkeit der Länderregierungen die Frage der prinzipiell in der Bundesrepublik nach wie vor bestehenden Autonomie der Universitäten tangiert wird. Diese findet ja gerade im Diplomierungsrecht ihren Ausdruck – ein Recht, dessen Bedeutung im Zeichen der allseits propagierten Konkurrenz zwischen den Hochschulen sogar zunehmen soll.⁶⁸ Es erscheint deswegen als sehr unwahrscheinlich, daß deutsche Universitäten auf dieses Recht zugunsten einer Verwaltungsinstitution verzichten werden! Eine weitere Schwierigkeit bildet die Beteiligung von Universitäten, Grandes Écoles und Fachhochschulen, die sich auf nationaler Ebene in einer konkurrierenden Situation befinden. Der

⁶⁵ Ansbert BAUMANN, Grenzenlos studieren. Deutsch-französische Doppeldiplom-Studiengänge, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 53 (2002) 9, S. 530–534.

⁶⁶ Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gründung einer Deutsch-Französischen Hochschule, 19.9.1997, in: Bundesgesetzblatt 1999, Teil II, S. 451–454.

⁶⁷ Konrad KRAJEWSKI, Die Deutsch-Französische Hochschule – Eine Chance für die Region, in: Quoi de neuf?, 15 (1999), S. 2–5.

⁶⁸ Dieser Aspekt wird beispielsweise in der Diskussion um das neue Hochschulrahmengesetz in der Bundesrepublik immer wieder betont.

Eindruck drängt sich daher auf, daß mit der Gründung der Deutsch-Französischen Hochschule der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wurde, gerade auch angesichts der Probleme, die viele der beteiligten Studiengänge tagtäglich erleben müssen – so gleicht die Festlegung von Studienäquivalenzen häufig nach wie vor einer Sisyphusarbeit.

Der Erfolg des Élysée-Vertrages in bezug auf die Äquivalenzen im Schul- und Hochschulbereich muß also eher kritisch beurteilt werden. Die bisher erzielten Ergebnisse wären höchstwahrscheinlich auch auf der Basis der bereits bestehenden Kooperation erreichbar gewesen.⁶⁹ Auch die Deutsch-Französische Hochschule, die zweifellos in Zusammenhang mit den Intentionen des Élysée-Vertrages gebracht werden kann, hat zwar die Kontakte zwischen deutschen und französischen Hochschulen deutlich voran-gebracht – was zweifellos ein großes Verdienst darstellt – konkrete Fortschritte im Hinblick auf die Festlegung von Studienäquivalenzen erreichte sie jedoch kaum. Bei der unterschiedlichen Struktur der Hochschullandschaft in beiden Ländern kann die seit 1954 verfolgte Suche nach punktueller Gleichwertigkeit wohl nicht zu realistischen Lösungen führen – Titel und Diplome, die in diesen im Grunde nicht kompatiblen Ausbildungssystemen erworben wurden, lassen sich kaum in das starre Gerüst von Äquivalenzfestlegungen pressen. Erfolgsversprechender wäre möglicherweise eine inhaltliche Gewichtung der Leistungsnachweise und ein System wechselseitiger Subsidiarität.

Forschungsk Kooperationen und wissenschaftliche Zusammenarbeit

Bei der im Élysée-Vertrag geforderten Vertiefung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, kam ebenfalls die Unterschiedlichkeit der Hochschulsysteme und der Forschungsorganisation in beiden Ländern zum Tragen. Dennoch hatte es gerade in diesem Bereich schon vor 1963 beachtliche Initiativen gegeben: So entstanden beispielsweise ab Mitte der 1950er Jahre zahlreiche Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Universitäten.⁷⁰ Die Umwandlung des militärischen Forschungslabors im elsässischen Saint-Louis in ein binationales Forschungsinstitut im Jahr 1959 zeigte zudem, daß die Kooperation nicht allein auf den universitären Bereich beschränkt war.⁷¹ Aber schon allein an den Universitäten gab es, wie eine Umfrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

⁶⁹ So wurden bis 1968 Äquivalenzbestimmungen von der Deutsch-Französischen Rektorenkonferenz ausgearbeitet, die ja bereits vor 1963 existierte.

⁷⁰ COING (Anm. 56), S. 84–89.

⁷¹ Rudi SCHALL, Vom Laboratoire zum Institut. Eine Chronik zur Entstehung des Instituts Saint-Louis, Saint-Louis 1988, S. 34f.

ergab, Anfang der 1960er Jahre bereits 30 gemeinsame deutsch-französische Forschungsprojekte.⁷²

Allerdings kam es auch in dieser Frage zunächst zu heftigen Diskussionen zwischen Bund und Ländern,⁷³ zumal die Regierungen der Länder besonders sensibel reagierten, nachdem bei der Kabinettsumbildung im Dezember 1962 das bisherige »Bundesministerium für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft« in ein »Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung« umgewandelt worden war. Das Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung mischte sich dann tatsächlich schon kurz nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages aktiv in den deutsch-französischen Dialog ein: Bundesforschungsminister Hans Lenz und sein französischer Amtskollege Gaston Palewski trafen im März 1963 zusammen⁷⁴ und verabschiedeten nach Abschluß ihrer Gespräche ein gemeinsames Kommuniqué zur weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit.⁷⁵ Dies führte zu Verstimmungen zwischen dem Wissenschaftsministerium und dem Bevollmächtigten Kiesinger, der darin einen Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder zu erkennen glaubte.⁷⁶ Nach einigen juristischen Auseinandersetzungen verständigte man sich schließlich darauf, daß »die Begegnungen der Forschungsminister nicht ›in Ausführung‹ des deutsch-französischen Vertrages, sondern ›im Geiste‹ dieses Vertrages erfolgen«⁷⁷ sollten. Ab 1966 waren die Ministerien für wissenschaftliche Forschung dann sogar offiziell an den deutsch-französischen Regierungstreffen beteiligt.⁷⁸

Inhaltlich kann dieser Abschnitt des Élysée-Vertrages, allen Kompetenzproblemen zum Trotz, als Erfolg bewertet werden: Die wissenschaftliche Zusammenarbeit nahm in den Jahren nach 1963 einen merklichen Aufschwung. Ein besonders markantes Ergebnis der Kooperation zeichnete sich dabei schon im September 1964 ab, als sich die Fachminister beider Länder auf den gemeinsamen Bau eines Neutronenflußreaktors verständigten.⁷⁹ Das Regie-

⁷² Claus MÜLLER-DAHN, Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereiche der wissenschaftlichen Forschung, in: Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hg.), Schwarze Hefte 1962, Stücke 360–395/1962, S. 31–34, hier S. 32f.

⁷³ BAUMANN (Anm. 9), S. 249–253.

⁷⁴ Protokoll der Unterredung zwischen Bundesminister Lenz und Staatsminister Palewski vom 18.3.1963 in Paris; Bundesarchiv Koblenz (BAK), B 138, Bd. 2674.

⁷⁵ Gemeinsames Kommuniqué vom 19.3.1963; *ibid.*

⁷⁶ Vgl. Ansbert BAUMANN, Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs, in: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 10 (2003), S. 225–253, hier S. 236.

⁷⁷ Ergebnisprotokoll der Besprechung zwischen Vertretern des Bundesforschungsministeriums und des Auswärtigen Amtes am Montag, 18.11.1963; PA/AA, B 90–600, Bd. 597.

⁷⁸ BAUMANN (Anm. 9), S. 252.

⁷⁹ Irmgard HEINEMANN, Le traité franco-allemand du 22 janvier 1963 et sa mise en œuvre sous le général de Gaulle 1963–1969. Thèse de doctorat de spécialité (3ème cycle) »Coopération internationale«, Université de Nice, 1977, S. 333.

rungsabkommen zur Gründung des deutsch-französischen Instituts Max von Laue – Paul Langevin (ILL) in Grenoble und dem damit verbundenen Bau des Reaktors wurde dann am 19. Januar 1967 unterzeichnet.⁸⁰ Dieser modernste Neutronenflußreaktor der Welt wurde im August 1971 in Betrieb genommen.⁸¹ Bis zum heutigen Tag wird an dem Forschungsinstitut in Grenoble Spitzenforschung im Bereich der Kern- und Festkörperphysik geleistet.

Ebenfalls sehr erfolgreich verlief die Zusammenarbeit im Bereich der Fernmeldetechnik: Beide Seiten verständigten sich im April 1967 auf die Entwicklung und den Bau eines gemeinsamen Fernmeldesatelliten.⁸² Ein entsprechendes Abkommen wurde am 6. Juni 1967 von den beiden Forschungsministern unterzeichnet.⁸³ Der neue Satellit »Symphonie« sollte als Kombination des französischen Kommunikationssatelliten »Saros II« mit dem deutschen Fernsehsatelliten »Olympia« der erste vielseitige europäische Fernmeldesatellit werden, der in den bis dahin allein von den Vereinigten Staaten dominierten Sektor der Weltraumforschung eindringen sollte. Tatsächlich wurde der erste entsprechende Satellit im Dezember 1974 ins All geschossen – allerdings nicht, wie ursprünglich vorgesehen, mit einer neu entwickelten europäischen Trägerrakete, sondern mit einer amerikanischen.⁸⁴

In der Luft- und Raumfahrt wurden bis Ende der 1970er Jahre bedeutende Fortschritte erzielt, so daß diese bis heute eine der wichtigsten Säulen der deutsch-französischen Kooperation innerhalb der europäischen Weltraumorganisation »European Space Agency« (ESA) bildet. Im Dezember 1979 begann mit dem Start der Ariane 1 auf der Startanlage in Kourou (Französisch Guayana) die europäische Beteiligung an der internationalen Raumfahrt.⁸⁵ Auch die Entwicklung des Airbus – der Typ A 300B startete im Oktober 1972 zum Erstflug – ist ein herausragendes Beispiel der Zusammenarbeit im europäischen Rahmen.⁸⁶ Während sich diese Kooperation im Laufe der 1980er und

⁸⁰ Vierter Bericht der Interministeriellen Kommission der Bundesregierung über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit, Teil II: Berichtszeitraum 1. Januar 1967–30. Juni 1967, S. 20; BAK, B 138, Bd. 2675.

⁸¹ Carlo SCHMID, Pierre-Olivier LAPIE, Die deutsch-französische Zusammenarbeit, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – Stand: 20. Dezember 1972, Bonn o.J. [1973], S. 37.

⁸² Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 46/3.5.1967, S. 396.

⁸³ Vierter Bericht der Interministeriellen Kommission der Bundesregierung über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit, Teil II: Berichtszeitraum 1. Januar 1967–30. Juni 1967, S. 20; BAK, B 138, Bd. 2675; Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 61/13.6.1967, S. 524.

⁸⁴ Heinz MICHAELS, Symphonie unter den Sternen, in: *Die Zeit*, 3.1.1975, S. 33.

⁸⁵ Jürgen REICH, Ariane – ein europäisches Raketenprogramm, in: *Soldat und Technik*, 8 (1981), S. 424–427.

⁸⁶ Felix KRACHT, Der europäische Airbus: Leichtfertige Herausforderung oder marktgerechtes Denken?, o.O. o.J. [1994].

1990er Jahre weiter vertieft, entstanden auch im geistes- und sozialwissenschaftlichen Bereich beachtliche Projekte.⁸⁷

Auch wenn sich in vielen Forschungsbereichen die amerikanische Konkurrenz nach wie vor als übermächtig erwies, sollten die Erfolge der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem wissenschaftlichen Sektor daher insgesamt nicht zu gering veranschlagt werden.

Die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks

Die vielleicht wichtigste Maßnahme, die der dritte Teil des Élysée-Vertrages vorsah, war die Errichtung eines Austausch- und Förderungswerks für die Jugend in beiden Ländern, ausgestattet mit einem deutsch-französischen Gemeinschaftsfonds und mit einem unabhängigen Kuratorium an der Spitze.

Mit dieser Bestimmung wurde ebenfalls an vorangegangene Initiativen angeknüpft: Gleich nach Kriegsende waren von privater Seite, aber auch von der Abteilung »Jugend und Volksbildung« der französischen Militärregierung große Treffen zwischen deutschen und französischen Jugendlichen organisiert worden,⁸⁸ im Kulturabkommen von 1954 wurde ein weiterer Ausbau der Jugendbegegnungen anvisiert,⁸⁹ und ab Dezember 1959⁹⁰ wurde das Thema zwischen beiden Regierungen wiederholt verhandelt.

De Gaulle kündigte im September 1962 gegenüber seinem Erziehungsminister an, daß er eine Intensivierung der menschlichen Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen anstrebe, wobei der Zusammenführung der Jugend beider Völker eine Schlüsselrolle zufalle.⁹¹ Diesen Gedanken verkündete er dann bei seiner

⁸⁷ Hans Manfred BOCK, Der DAAD in den Deutsch-französischen Beziehungen, in: Peter ALTER (Hg.), Der DAAD in der Zeit. Geschichte, Gegenwart und zukünftigen Aufgaben, Bonn 2000, S. 196–217.

⁸⁸ Corine DEFRANCE, La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955, Straßburg 1994, S. 121f., S. 193–196; Stefan ZAUNER, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994, S. 183–200; Monique MOMBERT, Les Français et la jeunesse en Zone Française d'Occupation de 1945–1949, in: Stefan MARTENS (Hg.), Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, S. 175–199; Jean-Charles MOREAU, Jugendarbeit und Volksbildung in der französischen Besatzungszone, in: Jérôme VAILLANT (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, S. 23–41.

⁸⁹ Kulturabkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik, Art. 5; Bundesgesetzblatt 1955, Teil II, 885–888.

⁹⁰ Documents diplomatiques français (DDF) 1959II, Nr. 233/III, S. 656–665, hier S. 664.

⁹¹ Schreiben des französischen Erziehungsministers Sudreau an Außenminister Couve de Murville vom 3.9.1962; MAE, Europe 1961–1965, RFA, Bd. 1578 (alte Signatur).

Ludwigsburger Rede an die Jugend⁹² nachdrücklich. Auf deutscher Seite stieß der französische Vorschlag auf breite Zustimmung, so daß sich die Überlegungen in den folgenden Wochen konkretisieren konnten. Ein Austausch- und Förderungswerk wurde am 15. Januar 1963 von der französischen Seite vorgeschlagen und dann erstmals in einem »Entwurf einer gemeinsamen Erklärung«⁹³ der Bundesregierung vom 16. Januar 1963 erwähnt.

Die gute Zusammenarbeit während der Ausarbeitung des Vertragstextes setzte sich auch nach der Unterzeichnung des Vertrages fort: Es wurde bald klar, daß die Gründung einer solchen binationalen Institution, für die es keine Präzedenzfälle gab, nur durch ein weiteres binationales Abkommen erfolgen könne. Die juristischen Arbeiten und die vorbereitenden Planungen über den Sitz und die Struktur der Institution kamen rasch voran, und das Gründungsabkommen⁹⁴ für das nun so genannte Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) konnte somit bereits bei dem nächsten Regierungstreffen am 5. Juli 1963 unterzeichnet werden. Das wichtigste Ziel des Jugendwerks sollte ein gegenseitiges Kennenlernen, und darauf aufbauend eine künftige Verständigung, Solidarität und Zusammenarbeit sein – Ziele, die primär durch den Jugendaustausch verwirklicht werden sollten.⁹⁵

Die von den Regierungen der neuen Institution zugesagte finanzielle Ausstattung in Höhe von insgesamt 40 Millionen D-Mark erweckte aber nicht nur Zustimmung; einige der bestehenden Jugendverbände befürchteten, daß sie nun mit rückläufigen finanziellen Zuschüssen zu rechnen hätten.⁹⁶ Diese Besorgnis erwies sich allerdings als ungerechtfertigt: Das Jugendwerk nahm zunächst nämlich primär »eine Orientierungs- und Finanzierungsaufgabe für den Ausbau der deutsch-französischen Jugendbegegnung«⁹⁷ wahr und unterstützte somit gerade diese Organisationen. Eigene Programme wurden nur in Ausnahmefällen durchgeführt. Im übrigen verfügten die Vertreter der bestehenden Jugendverbände über die Stimmenmehrheit im Kuratorium und hatten daher einen erheblichen Einfluß auf die Entscheidungen.

⁹² Charles DE GAULLE, *Discours et messages: Pour l'effort: août 1962 – décembre 1965*, Paris 1970, S. 15–17.

⁹³ Entwurf einer gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des Präsidenten der Französischen Republik im Anschluß an die Konferenz vom 21., 22. und 23.1.1963 in Paris; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1598.

⁹⁴ Bundesgesetzblatt 1963, Teil II, S. 1613–1617.

⁹⁵ Vgl. Ansbert BAUMANN, Die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks: Im Spannungsfeld zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Zivilgesellschaft, in: Hans Manfred BOCK (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003*, Opladen 2003, S. 39–60.

⁹⁶ Ergebnissniederschrift über die Besprechung mit Vertretern führender deutsch-französischer Organisationen am 28. März 1963 im Auswärtigen Amt; BAK, B 106, Bd. 34564.

⁹⁷ Henri MÉNUDIER, *Das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein exemplarischer Beitrag zur Einheit Europas*, Stuttgart, München 1991, S. 71.

Die Finanzierung aus staatlichen Mitteln barg aber noch eine weitere Gefahr: Verständlicherweise versuchten möglichst viele Organisationen eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, und der Jugendaustausch drohte so zu einer Massenveranstaltung zu verkommen, bei der die Quantität der Kontakte weit mehr zählte als deren Qualität. Diese Entwicklung wurde schon im Mai 1964 in einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung*⁹⁸ beklagt, der innerhalb der Bundesregierung für erhebliche Unruhe sorgte. Das Bundeskanzleramt bat das Bundesministerium für Familien und Jugendfragen unverzüglich um eine Stellungnahme zu den Vorwürfen,⁹⁹ und die Antwort¹⁰⁰ aus dem Ministerium wurde im Kanzleramt eher reserviert zur Kenntnis genommen: »Aus dem sehr allgemein und in verharmlosendem Ton gehaltenen Antwortschreiben des Bundesfamilienministeriums ist erkennbar, daß die Arbeit des Deutsch-Französischen Jugendwerks noch nicht in allen Punkten reibungslos und mit dem erwünschten Erfolg abläuft.«¹⁰¹ In der Tat war das Jugendwerk anfangs dem großen Echo, das es ausgelöst hatte, kaum gewachsen. Die Zahl der Förderanträge überschritt 1964 bereits im Sommer den Etat für das gesamte Tätigkeitsjahr in Höhe von 40 Millionen D-Mark,¹⁰² so daß das Kuratorium sämtliche privaten oder öffentlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich auffordern mußte, auch genügend eigene Mittel für ihre Austauschprojekte zur Verfügung zu stellen.¹⁰³

Dennoch waren schon allein die Zahlen der Austauschaktivitäten beeindruckend: Das Jugendwerk förderte im Jahr 1964 in Frankreich 2 979 und in Deutschland 2 246 Programme¹⁰⁴ und ließ dabei 97 297 jungen Franzosen und 120 336 jungen Deutschen eine finanzielle Unterstützung zukommen.¹⁰⁵ Außerdem bemühten sich die Verantwortlichen des Jugendwerks in der Folgezeit um eine qualitative Verbesserung der Austauschprogramme,¹⁰⁶ so daß sich diese gerade in Zeiten der politischen Abkühlung im deutsch-französischen

⁹⁸ Alfred FRISCH, Deutsch-französisches Jugendwerk in Gefahr. Die gute Sache erstickt an der Verwaltungsroutine. Arbeit des Goethe-Instituts in Frankreich eingeschränkt, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13.5.1964.

⁹⁹ Staatssekretär Globke an das Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen, 14.5.1964; BAK, B 136, Bd. 5531.

¹⁰⁰ Bundesminister für Familie und Jugend (i.A. Ludwig) an Staatssekretär Globke, 29.5.1964; *ibid.*

¹⁰¹ Vermerk des Referats 7 im Bundeskanzleramt vom 8.6.1964; *ibid.*

¹⁰² Bericht der Interministeriellen Kommission der Bundesregierung über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit vom 1.6.1964, S. 15; BAK, B 138, Bd. 2674.

¹⁰³ Ergebnisniederschrift der vierten Sitzung des Kuratoriums des Deutsch-Französischen Jugendwerks; PA/AA, B 90–600, Bd. 412.

¹⁰⁴ DFJW/OFAJ, Tätigkeitsbericht / Rapport d'Activité 1963–1968, Bad Honnef ²1969, S. 10.

¹⁰⁵ *Ibid.* S. 23.

¹⁰⁶ Vermerk des Bundeskanzleramts, 18.5.1965; BAK, B 136, Bd. 5531.

Verhältnis sehr erfreulich entwickelten. Selbst das Bulletin des Bundespresseamts konstatierte deswegen im September 1965: »In der sog. ›hohen Politik‹ hat es, was das deutsch-französische Verhältnis betrifft, seit der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages schon manche Komplikation und manche Enttäuschung gegeben. Das Deutsch-Französische Jugendwerk jedoch bildet eine rühmliche Ausnahme.«¹⁰⁷ Auch auf französischer Seite wurde in den Halbjahresberichten der Kulturabteilung des Quai d'Orsay die erfreuliche Arbeit des Jugendwerks als ein Lichtblick in den belasteten Beziehungen herausgestellt.¹⁰⁸

In den ersten Jahren konnte das Jugendwerk seine Tätigkeit unter gesicherten finanziellen Verhältnissen ausüben; nach der Finanzkrise im Jahr 1968 kürzte die französische Regierung allerdings ihren Anteil am Gesamtetat für das Haushaltsjahr 1969 von 25 Millionen Francs auf 23,5 Millionen Francs, umgerechnet also von 20 Millionen D-Mark auf 18,8 Millionen D-Mark.¹⁰⁹ Die Bundesregierung steuerte sogar nur noch 18 Millionen D-Mark¹¹⁰ bei. In den darauffolgenden Jahren wurden die staatlichen Mittel noch weiter zurückgefahren, was auch die Handlungsspielräume der Organisation mehr und mehr einengte. Der dem Jugendwerk 1963 zugestandene Gesamtetat in Höhe von 40 Millionen D-Mark wurde erst wieder im Jahre 1991 erreicht.¹¹¹

Trotz dieser Schwierigkeiten setzte das DFJW den intensivsten Jugendaustausch in Gang, den es je zwischen zwei Ländern gab: Bis heute nahmen mehr als 7 Millionen Jugendliche an über 220 000 Programmen teil. Bemerkenswert dabei ist, daß von Anfang an darauf geachtet wurde, die Begegnungen auch für solche Jugendliche offen zu halten, die in der Regel kaum die Möglichkeit zu Auslandsaufenthalten haben – so wurden beispielsweise jugendliche Arbeitnehmer in besonderer Weise an den Austauschmaßnahmen beteiligt.

Die Aktivitäten des Jugendwerks beschränkten sich zudem nicht ausschließlich auf die »Jugend«; so wurden in den ersten Jahren nach seiner Gründung besonders Städtepartnerschaften und die meistens darin eingebundenen Schulpartnerschaften gefördert: Deutsche und französische Städte, die eine Partnerschaft eingehen wollten, wurden durch beträchtliche finanzielle Zuschüsse unterstützt.¹¹² Mit großem Erfolg: Die Zahl der Neugründungen

¹⁰⁷ Bulletin Nr. 153/15.9.1965, S. 1238.

¹⁰⁸ État des relations culturelles entre la France et la République fédérale d'Allemagne, 14.1.1965; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1476; 27.1.1966; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1477; 2.7.1966; *ibid.*

¹⁰⁹ MÉNUDIER (Anm. 94), S. 123.

¹¹⁰ *Ibid.* S. 125.

¹¹¹ *Ibid.*

¹¹² DFJW/OFAJ, Tätigkeitsbericht/Rapport d'Activité 1963–1973, Paris 1974, S. 77.

von deutsch-französischen Städtepartnerschaften stieg im Jahre 1963 sprunghaft an und blieb bis 1975 auf einem anhaltend hohen Niveau.¹¹³

In solchen indirekten Einflüssen liegt möglicherweise eine wesentliche Bedeutung des Élysée-Vertrages, der gerade in den Erziehungs- und Jugendfragen auf eine Popularisierung der deutsch-französischen Beziehungen abzielte, die, in einer langfristigen Perspektive, das Verhältnis der beiden Völker zueinander positiv beeinflussen sollte. Auch wenn sich die Wirkungen dieser Bestimmungen nur schwer in gängigen Kategorien messen lassen, sollte doch der Versuch gewürdigt werden, ein Beziehungsgeflecht zwischen dem deutschen und dem französischen Volk zu etablieren, das letztlich unabhängig von diplomatisch-politischen Imponderabilien sein sollte!

¹¹³ Thomas GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städte-Partnerschaften. Ein Beitrag zur europäischen Integration, Kehl, Straßburg 1981, S. 99.

III. WAS DER ÉLYSÉE-VERTRAG NICHT REGELT

ANDREAS WILKENS

WARUM IST DIE WIRTSCHAFT NICHT GEGENSTAND DES ÉLYSÉE-VERTRAGES?

Die Erklärung der *raison d'être* des Élysée-Vertrages, der Motivationen der Beteiligten auf deutscher wie auf französischer Seite ist bereits ein schwieriges Unterfangen. Doch noch kniffliger wird diese Aufgabe, wenn es gilt, die Nicht-Erwähnung dieser oder jener Bestimmung im Vertragstext zu begründen. Auszugehen ist zunächst von der Feststellung, daß die drei hervorgehobenen Bereiche im Programm des Deutsch-Französischen Vertrages vom 22. Januar 1963 die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik und den Bereich Bildung und Jugend betreffen. Es findet sich kein oder fast kein Hinweis auf jenen Bereich, den man gemeinhin in einem Kooperationsvertrag zwischen zwei Ländern erwarten würde: die Wirtschaft. Dennoch ist die Idee der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht ganz aus dem Vertrag verdrängt. Sie taucht in Gestalt der vorgesehenen außenpolitischen Beratungsthemen auf, beispielsweise der »Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der europäischen politischen Zusammenarbeit«. Beide Regierungen nahmen sich außerdem vor, zusammen die Mittel und Wege »zu prüfen«, ihre Zusammenarbeit »im Rahmen des Gemeinsamen Marktes in anderen wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik, zum Beispiel der Land- und Forstwirtschaftspolitik, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportfragen, der industriellen Entwicklung ebenso wie der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken«.¹ Diese Formulierungen verstärken eher den Eindruck einer bewußt vorsichtigen Behandlung des Themas und der Beschränkung auf allgemein gehaltene und alles in allem recht begrenzte Möglichkeiten.

Der Begriff des »Handels« wird in jedem Fall sorgsam vermieden und taucht in keinem Zusammenhang auf. Und die Wirtschafts-, Finanz- und Industrieminister werden nicht als Teilnehmer der geplanten, regelmäßigen Konsultationstreffen genannt. So heterogen das Triptychon aus »Auswärtigen Angelegenheiten, Verteidigung, Erziehungs- und Jugendfragen« auch erscheinen mag, es stand bereits zu Beginn der viermonatigen Diskussionen fest, die

¹ Deutscher Text des Élysée-Vertrages in: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich: Dokumente 1949–1963, hg. von Horst MÖLLER, Klaus HILDEBRAND, Bd. 1: Außenpolitik und Diplomatie, München 1997, Nr. 13.

mit dem Deutschland-Besuch de Gaulles im September 1962 begannen und schließlich zur Vertragsunterzeichnung am 22. Januar 1963 führen sollten.

Ohne Zweifel erfolgte die Auswahl dieser drei Bereiche in ihrer Ausschließlichkeit keineswegs zufällig. Sie kann nur erklärt und verstanden werden vor dem Hintergrund der vorhergehenden Auseinandersetzungen über die sogenannten »Fouchet-Pläne« der wesentlichen Anliegen de Gaulles und des deutschen Bundeskanzlers zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung und natürlich der Existenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Ohne daß hier in extenso auf die Geschichte des de Gaulle'schen Projekts einer europäischen »Politischen Union« eingegangen werden kann, erscheint dessen Verwandtschaft mit dem Élysée-Vertrag so eng, daß einige wesentliche Züge der vorangegangenen Verhandlungen hier in Erinnerung gerufen werden sollen.²

Im Mittelpunkt der Gespräche und Verhandlungen zwischen den Regierungen der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) vom Sommer 1960 bis zum Frühjahr 1962 stand zum einen die Funktionsweise der avisierten neuen politischen Struktur und zum anderen das Feld, auf das sich der Neuansatz tatsächlich erstrecken sollte. Das erste Konzept de Gaulles, das Kanzler Adenauer am 30. Juli 1960 in Rambouillet unterbreitet wurde, beschränkte sich nicht auf bestimmte Bereiche, da es sich um ein Grundsatzprojekt für eine umfassende Reorganisation der europäischen Zusammenarbeit handelte.³ So wurden im französischen Entwurf der politische, der wirtschaftliche, der kulturelle und der militärische Bereich nebeneinander genannt, in denen die Europäer nach Ausarbeitung adäquater Strukturen kooperieren sollten.

Dieser breite Ansatz entsprach ganz dem gaullistischen Plan einer nachhaltigen Umgestaltung der vorhandenen Strukturen. In dem Konzept war das Vordringen zu den Zuständigkeitsbereichen der bestehenden Organisationen wie der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der NATO nicht nur unvermeidlich, sondern gehörte zu den ausdrücklich angestrebten Zielen. Für

² Vgl. zum mit dem »Fouchet-Plan« zusammenhängenden Projekt: Robert BLOES, *Le »Plan Fouchet« et le problème de l'Europe politique*, Brügge 1970; Pierre GERBET, *La construction de l'Europe*, Paris 1999, S. 232ff.; Georges-Henri SOUTOU, *Le général de Gaulle, le plan Fouchet et l'Europe*, in: *Commentaire*, 13 (1991) 52, S. 757–766; Maurice VAÏSSE, *La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998, S. 175–191; Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«*, München 2001, S. 1543–1602.

³ »Note au sujet de l'organisation de l'Europe«, 30.7.1960, in: Charles DE GAULLE, *Lettres, notes et carnets*, Bd. 8: juin 1958 – décembre 1960, Paris 1985, S. 382ff.; Protokoll der 3. Unterredung Adenauer – de Gaulle, 30.7.1960, in: *Documents diplomatiques français (DDF) 1960/II*, Nr. 54/III; vgl. auch Jacques BARIËTY, *Les entretiens de Gaulle – Adenauer de juillet 1960 à Rambouillet. Prélude au plan Fouchet et au Traité de l'Élysée*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 29 (1997) 2, S. 167–175.

de Gaulle ging es darum, den »supranationalen« Einrichtungen ein Ende zu bereiten, die, wie er glaubte, zu »Superstaaten ohne Verantwortung« zu werden drohten. Künftig sollten die wichtigen Entscheidungen bei regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs, also ausschließlich in intergouvernementaler Weise getroffen werden. Obwohl nicht im Detail auf das Verhältnis der neuen Struktur zu den bereits bestehenden Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaften eingegangen wurde, machte de Gaulle kein Geheimnis daraus, daß letztere »den Regierungen untergeordnet sein und sich den normalen beratenden und technischen Aufgaben widmen« sollten.⁴

Dieses Großprojekt wurde von den betroffenen Regierungen mit gemischten Gefühlen aufgenommen, und die öffentliche Präsentation, die de Gaulle bei seiner Pressekonferenz vom 5. September vornahm, trug eher zur Verstärkung der Besorgnisse als zu ihrer Entkräftung bei.⁵ Einmal mehr erwähnte der französische Präsident nicht nur den Bereich der Politik, sondern auch den der Wirtschaft, der Kultur und der Verteidigung als Anwendungsgebiete des künftigen »regelmäßigen organisierten Konzerts der verantwortlichen Regierungen«, was klar darauf hinauslief, die bereits bestehenden Strukturen nicht zu ergänzen, sondern sie den neu zu schaffenden Bedingungen anzupassen.

Adenauers erste Reaktion war inhaltend. Er beabsichtigte in dieser Phase noch nichts zu tun, was den Zusammenhalt der NATO und die Kooperation mit den Vereinigten Staaten gefährden könnte und hielt zunächst Abstand zu den Plänen de Gaulles. Was Europa betraf, war er bereit, gegenüber dem französischen Präsidenten einen gewissen »Gigantismus« der Brüsseler Kommission zu kritisieren, ließ sich aber nicht darauf ein, die bestehenden Institutionen der Gemeinschaft grundsätzlich in Frage zu stellen.⁶ In den anderen europäischen Ländern gab es – mutatis mutandis – die gleiche Skepsis, ohne daß die Vorschläge des französischen Präsidenten en bloc abgelehnt worden wären.⁷

Es ist bekannt, daß selbst Jean Monnet sich am Vorstoß de Gaulles zunächst interessiert zeigte, schien er doch geeignet zu sein, den Aufbau Europas durch die Akzentuierung der politischen Dimension voranzubringen. »Ich glaube«, ließ er im November 1960 Adenauer wissen, der bei seiner Meinungsbildung noch zögerte, »daß der Vorschlag, häufig und so regelmäßig wie

⁴ Zitate: Unterredung de Gaulle – Adenauer, Rambouillet, 30.7.1960 (Anm. 3); vgl. auch Maurice COUVE DE MURVILLE, *Une politique étrangère 1958–1969*, Paris 1971, S. 347ff.

⁵ Charles DE GAULLE, *Discours et messages, 1958–1962: Avec le renouveau*, Paris 1970, S. 245.

⁶ Unterredung de Gaulle – Adenauer, Rambouillet, 30.7.1960 (Anm. 3); vgl. Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1959–1963. Fragmente*, Stuttgart 1968, S. 59–67.

⁷ Vgl. Paul-Henri SPAAK, *Combats inachevés*, Bd. II: *De l'espoir aux déceptions*, Paris 1969, S. 357–380; Yves STELANDRE, *Les pays du Benelux, l'Europe politique et les négociations Fouchet (26.6.1959–17.4.1962)*, in: *Revue d'histoire de l'intégration européenne*, 2 (1996), S. 21–38.

möglich Treffen der Regierungschefs, der Außenminister und auch der Verteidigungs- und Bildungsminister zu organisieren, um über die gemeinsame Politik unserer sechs Länder zu diskutieren, seinen Nutzen hat.«⁸ Es wird deutlich, daß Monnet nicht die Wirtschaft erwähnte, sondern bewußt lediglich die drei Bereiche, die sich bis dato außerhalb der Kompetenzen der bestehenden Gemeinschaften befanden. Wenn er als Pragmatiker nicht gegen die Einrichtung einer intergouvernementalen Institution auf höchster Ebene war, so hielt er es doch für unabdingbar, von vornherein das Verhältnis zu klären, das zu den bestehenden Organen hergestellt werden sollte.⁹

Eines war sicher: Das Projekt einer Politischen Union, wie es der französische Präsident vorantrieb, war für die fünf anderen Mitgliedsstaaten nur annehmbar, wenn es – zumindest der Form nach – mit der EWG und dem Atlantischen Bündnis kompatibel gestaltet wurde. De Gaulle zeigte sich so auch zu erheblichen Zugeständnissen bereit. Bei seinem Treffen mit Adenauer am 9. Februar 1961 verzichtete er darauf, die Gemeinschaft direkt in Frage zu stellen. Er ließ faktisch zum ersten Mal die wirtschaftlichen Belange bei seinem Projekt beiseite. Zugleich war nicht mehr vom militärischen Bereich die Rede – um so weniger, als Adenauer, der Zeit gewinnen wollte, sein Vertrauen in »eine einschneidende Neugestaltung der NATO« bekundete.¹⁰

Niemand konnte allerdings wissen, daß de Gaulle seinen Premierminister Michel Debré bereits anläßlich seiner Entsendung nach Bonn am 7. und 8. Oktober 1960 instruiert hatte, es bestünde gar keine Notwendigkeit, die bestehenden Gemeinschaften auf direkte Weise zu attackieren. Diese würden ohnehin »auf ihren Platz verwiesen«, wenn erst das »Europa der Kooperation der Staaten« verwirklicht wäre. »Nur wenn wir das politische Europa nicht zuwege bringen«, fügte de Gaulle erklärend hinzu, »werden wir uns direkt die ersten Früchte der Integration vornehmen«.¹¹

Augenscheinlich legte de Gaulle, für den Europa »zuerst eine deutsch-französische Angelegenheit« war,¹² eine beträchtliche taktische Flexibilität an den Tag, um die Unterstützung Adenauers zu gewinnen. Wahrscheinlich hatte er anfangs auch die Kritik Adenauers am Atlantischen Bündnis überschätzt und damit auch dessen Bereitschaft, an den vorhandenen Strukturen zu rütteln, denn nun bedauerte er es, dem Kanzler »so offen« seinen Plan unterbreitet zu

⁸ Jean MONNET, *Mémoires*, Paris 1976, S. 511; vgl. François DUCHÊNE, Jean Monnet. The First Statesman of Interdependence, New York, London 1994, S. 315–320.

⁹ Vgl. die Erklärung des Comité d'Action pour les États-Unis d'Europe vom 10./11. Juli 1961, in: Comité d'Action pour les États-Unis d'Europe 1955–1965, *Recueil des déclarations et communiqués*, Lausanne 1965, S. 103f.

¹⁰ Protokoll der beiden Unterredungen vom 9.2.1961, DDF 1961/I, Nr. 59; vgl. auch ADENAUER (Anm. 6), S. 80–88.

¹¹ »Directives pour Michel Debré, Premier ministre«, 30.9.1960, in: DE GAULLE (Anm. 3), S. 398f.

¹² De Gaulle an Couve de Murville, 1.8.1960, *ibid.* S. 383f.

haben.¹³ Wäre Adenauer erst überzeugt, müßte man sich nur noch mit Italien einigen, worauf wiederum die Benelux-Länder sich kaum mehr verweigern könnten. Bereits seit dem Sommer 1960 hatte de Gaulle im übrigen auch ein zunächst bilaterales Übereinkommen mit der Bundesrepublik nicht ausgeschlossen, sollten Italien und die Benelux-Länder sich dauerhaft widersetzen.

Die Hintergedanken der einen standen dem verdeckten Kalkül der anderen um nichts nach: Die Niederlande und Belgien erklärten sich dem supranationalen Prinzip verpflichtet, das für sie ein Mittel darstellte, sich gegen eine eventuelle französische oder deutsch-französische Vorrangstellung zu schützen. Allerdings war erkennbar, daß die Teilnahme Großbritanniens, die sie mehr und mehr zur Forderung erhoben, kaum mit der Idee der Supranationalität zu vereinbaren war. De Gaulle seinerseits betonte die Notwendigkeit eines »europäischen Europas«, ließ aber kaum einen Zweifel daran, daß dieses Europa wesentlich auf französische Interessen zugeschnitten sein würde.

Auf der Gipfelkonferenz am 10. und 11. Februar 1961 in Paris kamen die Staats- und Regierungschefs der Sechs zu keiner einvernehmlichen Position. De Gaulle gestand widerstrebend zu, »die bestehenden wirtschaftlichen Einrichtungen« seien »gut« und sollten »aufrechterhalten werden«. Doch würden die Fliehkräfte Überhand gewinnen, so de Gaulle, wenn nicht ihre »politische Weiterentwicklung« in Form von regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs, der Außenminister und der Kulturbeauftragten gewährleistet würde.¹⁴ Adenauer blieb flexibel und erklärte sich im Grundsatz mit den Vorschlägen de Gaulles einverstanden; am reserviertesten zeigten sich die Niederlande. Eine Kommission unter dem Vorsitz des Diplomaten Christian Fouchet wurde damit beauftragt, einen Bericht zu den Bedingungen und Modalitäten neuer Formen der Zusammenarbeit zu erstellen.

Die Ausarbeitung von Kompromißformeln war mühsam, schien aber Früchte zu tragen. Auf der Bad Godesberger Konferenz der Staats- und Regierungschefs am 18. Juli 1961 gab es Ansätze zu ausgewogenen Lösungen.¹⁵ Die Gratwanderung bestand darin, die »politische Zusammenarbeit« zwischen den Regierungen einzuführen, ohne damit die weiterhin unterschiedlich eingeschätzte Legitimität der bestehenden Gemeinschaften zu schwächen. Der offene Gegensatz brach dabei nicht etwa bei der Organisationsform Europas oder den Beziehungen zu Großbritannien auf, sondern über den Status und die Benennung der künftigen »Europäischen Universität« in

¹³ »Directives pour Michel Debré, Premier ministre«, in: DE GAULLE (Anm. 3).

¹⁴ Zirkulartelegramm Couve de Murvilles, 14.2.1961, DDF 1961/I, Nr. 65.

¹⁵ Für das Protokoll: DDF 1961/II, Nr. 36; Bad Godesberger Erklärung, 18.7.1961, in: Pierre GERBET u.a. (Hg.), *L'Union politique de l'Europe. Jalons et textes*, Paris 1998, S. 113f.; vgl. auch Horst OSTERHELD, »Ich gehe nicht leichten Herzens«. Adenauers letzte Kanzlerjahre – ein dokumentarischer Bericht, Mainz ²1987, S. 40–43.

Florenz, ein Punkt, in dem französische, deutsche und italienische Auffassungen weit auseinanderliefen.

Die erste Fassung des »Fouchet-Plans«, von Frankreich am folgenden 19. Oktober vorgestellt, bemühte sich, die diversen Kompromißlösungen in Form zu bringen. Es ging weiter darum, möglichst Überschneidungen mit den Institutionen und den Zuständigkeitsbereichen der bestehenden Gemeinschaften zu vermeiden. Die geplante »Union der Staaten« sollte sich dagegen darauf beschränken, eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik auszuarbeiten und eine wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu entwickeln. Der wirtschaftliche Bereich wurde nicht angesprochen, was eine wesentliche Grundlage der sich abzeichnenden Übereinkunft darstellte. Die Union sollte sich auf ihre eigenen Institutionen stützen, an erster Stelle auf einen Rat der Staats- und Regierungschefs, auf eine politische Kommission und auf eine parlamentarische Versammlung.

Damit war das Fortbestehen der Europäischen Gemeinschaften nicht mehr in Frage gestellt und die Fouchet-Kommission konzentrierte sich auf verschiedene »supranationale« Elemente, die Beziehungen zum Atlantischen Bündnis und die Frage des britischen Beitritts. Verhandlungserfolge schienen in greifbarer Nähe gerückt, als die französische Regierung mit einem neuen, am 18. Januar 1962 vorgestellten Projekt zur allgemeinen Überraschung eine Reihe wichtiger Zugeständnisse zurücknahm, die sie zuvor gemacht hatte. Diesmal war die Wirtschaft wieder explizit im Zuständigkeitsbereich der Politischen Union enthalten, was um so gravierender war, als man zugleich die vereinbarte Formulierung hinsichtlich der Respektierung der bestehenden Gemeinschaften ersatzlos gestrichen hatte. Ebenso fehlte jeder Bezug auf das Atlantische Bündnis.¹⁶ Diese völlig unerwartete Wendung konfrontierte die Partnerländer mit der nunmehr klaren Tatsache, daß die »Union der Staaten« dazu bestimmt war, die Institutionen der Gemeinschaften zu überwölben, daß ferner die Beziehungen zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten unvermeidlich angespannt würden und daß der vorgesehene Entscheidungsmodus – Aufgabe des Einstimmigkeitsgebots ohne Bindung der nicht zustimmenden Länder an gefaßte Beschlüsse – in der Praxis die größeren Länder begünstigte. Der Ausgang der Verhandlungen war damit wieder offen, ein Scheitern nicht ausgeschlossen.

Zeugen berichten, daß de Gaulle selbst die entscheidenden Passagen des neuen Dokuments verfaßt hatte.¹⁷ Hatte er die Reaktionen seiner größtenteils

¹⁶ Vgl. die tabellarische Übersicht in: GERBET (Anm. 15), S. 114–120; Zirkulartelegramm Couve de Murvilles, 20.1.1962, DDF 1962/I, Nr. 17.

¹⁷ Michel DEBRÉ, Gouverneur. Mémoires III, 1958–1962, Paris 1988, S. 440; Étienne BURIN DES ROZIERES, Retour aux sources. 1962, l'année décisive, Paris 1986, S. 47. Der Betroffene selbst erwähnt diese Wendung mit keinem Wort: Charles DE GAULLE, Mémoires d'Espoir: Le renouveau 1958–1962, Paris 1970, S. 205–210.

verärgerten, ja bestürzten Partner falsch eingeschätzt?¹⁸ Hatte er alle Rücksichtnahme aufgegeben, nachdem er am vorhergegangenen 14. Januar die Verabschiedung der von Frankreich gewünschten gemeinsamen Landwirtschaftspolitik durchgesetzt hatte? Oder wollte er reflexartig zu den Anfängen seines Projekts zurückkehren, um nicht dabei zuschauen zu müssen, wie es immer weiter seinem ursprünglichen Sinn entfremdet wurde? Die Historiker haben noch keine klare Antwort auf diese Fragen gefunden.

Festzustellen ist, daß de Gaulle in der Folge wieder einige seiner Positionen lockerte. Als die Diplomaten des Quai d'Orsay die Aussichten für einen Kompromiß analysierten, legten sie erheblichen Optimismus an den Tag, und sei es nur wegen der Divergenzen unter den fünf Partnerländern, die es wahrscheinlich zu machen schienen, daß Paris die – real vorhandenen, aber untereinander widersprüchlichen – Vorbehalte würde überspielen können. So glaubte man, daß es relativ einfach sei, sich über die Zuständigkeiten der künftigen parlamentarischen Versammlung und über die (Wieder-)Einführung der Formulierung zu einigen, nach der die gemeinsame Verteidigungspolitik »das Atlantische Bündnis stärken« solle. Schwierigkeiten erwarteten sie bei einem dritten Punkt, nämlich bei den »Zuständigkeiten der Union in Wirtschaftsfragen und dem Status der bestehenden Gemeinschaften«. In diesem Punkt, so die Analyse, würde »der deutsche Widerstand am heftigsten« sein.¹⁹

Diese Einschätzung war nicht ganz falsch. Bei den Besprechungen am 15. Februar 1962 in Baden-Baden, die de Gaulle zur Wiederbelebung seines europäischen Projekts gewünscht hatte, zeigte sich Adenauer bemerkenswert standfest und setzte sich engagiert für die bestehenden Europäischen Gemeinschaften ein: »Der Gemeinsame Markt funktioniert gut und wird von allen Seiten auf das Höchste gelobt. Wollte man ihn jetzt reformieren, würde dies von niemandem verstanden werden. Die sechs Staaten haben bewußt diese wirtschaftliche Verflechtung auf den gegenwärtigen Grundlagen gewollt. Es habe gute Gründe dafür gegeben«.²⁰ Er fügte hinzu, daß die deutsche Einheit ausgehend von der Vereinheitlichung auf wirtschaftlicher Ebene durch den Zollverein und, in dessen Folge, durch den Deutschen Bund geschaffen worden wäre. Auch wenn bezweifelt werden kann, daß dies das beste Argument war, de Gaulle vom Nutzen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) zu überzeugen, hatte Adenauer

¹⁸ Telegramm des französischen Botschafters in Luxemburg, 22.1.1962, DDF 1962/I, Nr. 22.

¹⁹ Aufzeichnung der politischen Abteilung zum Projekt des Vertrages zur Union der Staaten, 13.2.1962, DDF 1962/I, Nr. 51; vgl. auch die Aufzeichnung vom 13.3.1962 zu einer Unterredung zwischen Jean-Marie Soutou, Direktor der Europaabteilung im Quai d'Orsay, und Josef Jansen, Auswärtiges Amt, DDF 1962/I, Nr. 85.

²⁰ Gesprächsprotokoll, DDF 1962/I, Nr. 55, hier S. 168.

diesmal klar die divergierende Einschätzung der bestehenden europäischen Einrichtungen zur Sprache gebracht, bis hin zu einer Verteidigung der Gemeinschaften, die »sich nichts anmaßen, was ihnen nicht schon in die Wiege gelegt worden sei«. Die durch die Pariser und die Römischen Verträge vorgegebene »Doppelgleisigkeit«, insistierte der Kanzler weiter, werde sich zumindest auf einige Zeit hinaus »nicht vermeiden lassen« und schon aus praktischen Gründen könne sich die Gaull's Staaten-Union »nicht auf alle Bereiche erstrecken«. ²¹ De Gaulle nahm dies zur Kenntnis, versprach, in das Vertragsprojekt die Erwähnung der Existenz der Gemeinschaften einfließen zu lassen, »aber nicht mehr«, und machte auch das Zugeständnis, im Bezug auf das Atlantische Bündnis »irgendwo zu erwähnen, daß es existiert«. ²² Wenn das Treffen von Baden-Baden, wie Hans-Peter Schwarz urteilt, die Phase einer »vergleichsweise harmonischen Zusammenarbeit« zwischen dem Kanzler und dem General einleitete, die bis zum Rücktritt Adenauers andauern sollte, ²³ so beruhte diese Harmonie jedenfalls nicht auf einer identischen oder auch nur ähnlichen Bewertung der europäischen Zusammenhänge und deren weiterer Entwicklung.

Auf der Ebene der Verhandlungen unter den Sechs verhärteten sich die Fronten eher, trotz der formalen Lockerungen, die Couve de Murville beim Treffen der Außenminister am 20. März 1962 in Luxemburg in Aussicht stellte. ²⁴ Die Niederlande und Belgien fixierten sich mehr und mehr auf die Haltung, dem intergouvernementalen Modell nur zustimmen zu können, wenn dies den Beitritt Großbritanniens zur Gemeinschaft den Weg ebnete. Zur Erwähnung der Wirtschaft als einem der Ziele der Union wurde kein Beschluß gefaßt; selbst die italienische Delegation, die zu vermitteln versuchte, wünschte die Streichung dieser Erwähnung. Ebenso groß blieben die Divergenzen in der Frage einer eventuellen gemeinsamen Verteidigungspolitik und deren Verhältnis zur NATO.

De Gaulle machte bei seinem Treffen mit dem italienischen Regierungschef Amintore Fanfani am 4. April in Turin einen weiteren Überzeugungsversuch. ²⁵ Doch mit der Hinnahme einer Anspielung auf das Atlantische Bündnis

²¹ Der letztgenannte Aspekt wird deutlicher in der Gesprächswidergabe in Adenauers Erinnerungen (Anm. 6), S. 136–150, hier S. 146.

²² DDF 1962/I, S. 170; »Note pour Maurice Couve de Murville, ministre des Affaires étrangères«, 16.2.1962, in: Charles DE GAULLE, Lettres, notes et carnets 1961–1963, Paris 1986, S. 209. Vgl. auch das Zirkulartelegramm Couve de Murvilles, 17.2.1962, DDF 1962/I, Nr. 59.

²³ Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967 (II), Stuttgart 1991, S. 736.

²⁴ Zirkulartelegramm Couve de Murvilles, 25.3.1962, DDF 1962/I, Nr. 103.

²⁵ Protokoll, DDF 1962/I, Nr. 118; vgl. auch Attilio CATTANI, Essai de coopération politique entre les Six, 1960–1962, et échec des négociations pour un statut politique, in: Chronique de politique étrangère, 20 (1967), S. 389–400.

und der Erklärung, im Wirtschaftsbereich bleibe »alles, wie es ist«, schien der französische Präsident seinen Kompromißwillen ausgeschöpft zu haben. Die Einschätzung der Rolle Großbritanniens oder auch der Zukunft des Europäischen Parlaments war nicht dieselbe, was die Gesprächspartner nicht daran hinderte, auf einen baldigen Vertragsabschluß zu setzen.

Es ist indessen bekannt, daß mit der Konferenz der sechs Außenminister vom 17. April 1962 das Projekt der Politischen Union der Staaten de facto aufgegeben wurde.²⁶ Die Niederlande und Belgien, von London bestärkt, forderten nun als Vorbedingung einen Beschluß zum Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt und wünschten außerdem das britische Mitwirken am Projekt der politischen Kooperation – zwei Forderungen, die Frankreich kategorisch ablehnte. Der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak sollte wenig später seine Haltung mit dem Argument rechtfertigen, daß die kleinen Länder in der geplanten Politischen Union nur zwei Möglichkeiten hätten, ihren Einfluß zu wahren: entweder die Anwendung der Prinzipien der Gemeinschaft oder das Gegengewicht Großbritanniens. Die französischen Pläne indessen wollten weder das eine noch das andere.²⁷ Die Befürchtung, daß in einem auf die Sechs beschränkten Europa der Staaten die Benelux-Länder »zwischen Frankreich und Deutschland eingezwängt« würden, nährte sich im übrigen ebenso durch das Projekt selbst wie durch das formale Vorgehen der französischen Diplomatie. Es sollte nicht das letzte Mal in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses sein, daß die »kleinen« Länder sich einem Projekt verweigerten, das nach ihrem Geschmack allzu sehr auf die Interessen der »Großen« abgestellt war. Die späteren, vor allem von Italien bis zum Sommer 1962 unternommenen Bemühungen, die Positionen doch noch anzunähern, sollten ergebnislos bleiben.

Diese geraffte Übersicht über die Verhandlungen zu dem sogenannten »Fouchet-Plan« sollte zeigen, daß die Einbeziehung des Bereichs der Wirtschaft in die Zuständigkeiten der Union der Staaten einer der wesentlichen Punkte bei der Debatte der Sechs um die zukünftige Organisation Europas war. Je nach Beschluß wurden die Grundlagen der noch im Entstehen begriffenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beibehalten oder wesentlich modifiziert. Ohne Zweifel wäre es für die Staats- und Regierungschefs schwierig gewesen, bei ihren vierteljährlichen Treffen Wirtschaftsfragen ganz außen vor zu lassen. De Gaulle hatte von seiner Warte aus recht, dies zu betonen.²⁸ Doch das Projekt eines Europas der Staaten hätte eine ganz andere Dimension gewonnen, hätte man den neuen Instanzen unbegrenzte Zuständig-

²⁶ Vgl. das Zirkulartelegramm Couve de Murvilles, 24.4.1962, DDF 1962/I, Nr. 132.

²⁷ Telegramm Spaaks an belgische diplomatische Vertretungen, in: SPAAK (Anm. 7), S. 369; vgl. auch Robert ROTHCHILD, *Un Phénix nommé Europe. Mémoires 1945–1995*, Brüssel 1997, S. 274–277.

²⁸ Pressekonferenz vom 15.5.1962, in: DE GAULLE (Anm. 5), S. 408.

keiten gegeben – mit dem erklärten Ziel, auch die Kompetenzen der bestehenden Gemeinschaft in den Kernbereichen Wirtschaft, Handel und Landwirtschaft abzudecken.

Es erscheint als eine taktisch bedingte Konzession de Gaulles, den Wirtschaftsbereich bei den Verhandlungen über die politische Union – vorübergehend – auf Eis gelegt zu haben. Solange die »politische Kooperation« mit dem Funktionieren der bestehenden Gemeinschaften vereinbar schien, bestanden gute Aussichten auf das Gelingen der Verhandlungen. Die überraschende Einbeziehung der Wirtschaft in den »Fouchet-Plan II«, die zusammen mit anderen, ebenso wesentlichen Veränderungen von de Gaulle brüsk und einseitig vorgenommen wurde, läutete dagegen das Ende des Projektes in seiner Gesamtheit ein. Das Vorgehen de Gaulles hatte dem Ziel nach einem »anderen Europa« Ausdruck verliehen, einem Europa, an dem sich die Niederlande und besonders Belgien nicht beteiligten wollten.

Der bilaterale deutsch-französische Vertrag, auf den sich Adenauer nach seiner Frankreich-Reise und de Gaulle nach seiner Deutschland-Reise (Juli und September 1962) zubewegten, liegt unverkennbar auf der Linie des Projekts des Europas der Staaten, das wenige Monate zuvor gescheitert war. Die Deutung bleibt zutreffend, nach der die Regierenden in Paris und Bonn nunmehr zu zweit verwirklichen wollten, was sich zu sechst als unmöglich erwiesen hatte.²⁹ Seit dem Pariser Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer am 5. Juli 1962 ist der Weg deutlich vorgezeichnet. De Gaulle stellte ohne Umschweife die Frage, ob die Bundesrepublik bei einem definitiven Scheitern der Union der Sechs »mit Frankreich eine Politische Union eingehen« wolle, die »faktisch und gezwungenermaßen auf zwei Partner beschränkt wäre«. Aus der Antwort Adenauers ist zunächst das Bestreben herauszuhören, sich nicht allzu rasch auf eine ausschließlich bilaterale Lösung einzulassen, bis er schließlich erklärte, »dieser eingeschränkten Union zuzustimmen, wenn der Platz für die anderen Mitglieder freigehalten wird«.³⁰

Allem Anschein nach hatten die deutsche und die französische Regierung keine Schwierigkeiten, sich über die Themenfelder des bilateralen Abkommens zu einigen. Als sich de Gaulle und Adenauer am 5. September 1962 darauf verständigten, daß ein »schriftlicher Akt« das Bündnis fixieren solle, war bereits davon die Rede, die diplomatische Zusammenarbeit »besser zu

²⁹ In seinem Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Bartholomew am 8.6.1962 erwähnte Adenauer bereits die Möglichkeit einer trilateralen politischen Union unter Einschluß Italiens: Adenauer. Teegespräche 1961–1963, hg. v. Hans-Peter MENSING, Berlin 1992, S. 200.

³⁰ Wortwechsel in der Plenarsitzung, Protokoll, DDF 1962/II, Nr. 4/VI (S. 40). In seinem Schreiben an Adenauer vom 15.7.1962 wiederholte de Gaulle die Alternative einer Einigung der Sechs bei einem letzten – von Adenauer gewünschten – Rettungsversuch oder die Lösung zu zweit: DE GAULLE (Anm. 22), S. 248f.

organisieren«, insbesondere in der Berlin-Frage und in den Ost-West Beziehungen, und sich in Verteidigungsangelegenheiten anzunähern. Zusätzlich wurden von de Gaulle auch der Jugendaustausch, die universitäre Zusammenarbeit und der Sprachunterricht angesprochen.³¹ Von Wirtschafts- und Handelsfragen kein Wort! Es war abgemacht, ohne daß es offensichtlich ausgesprochen werden mußte, daß diese Angelegenheiten der Gemeinschaft vorbehalten bleiben sollten.

Das Memorandum de Gaulles vom 18. September 1962, um das Adenauer gebeten hatte, sah dementsprechend eine organische Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik sowie in Bildungs- und Jugendfragen vor.³² Regelmäßige Ministertreffen, mindestens alle zwei oder drei Monate, sollten der Annäherung in den Grundsätzen und der praktischen Verwirklichung der Zusammenarbeit dienen. Die anschließend von deutscher Seite gewünschten Abänderungen betrafen im wesentlichen Präzisierungen innerhalb der drei erwähnten Kategorien. Der Bereich Bildung warf besonders die Frage der Zuständigkeit der Bundesländer auf.³³ In politischer Hinsicht dachte man im Auswärtigen Amt daran, eine Formulierung einzufügen, nach der die beiden Regierungen »zusammen an einer gemeinsamen NATO-Strategie arbeiten« würden – was Bände spricht über die unterschwelligen Divergenzen, die weiterhin fortbestanden!³⁴

Jedenfalls nimmt die Architektur des Vertrages wohlbekannte Elemente wieder auf. So findet man an erster Stelle den Konsultationsmechanismus wieder, der als *modus operandi* der Union der Staaten bestimmt gewesen war. Einzig der Rhythmus wurde verlangsamt, entschied man sich doch für halbjährliche Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs statt der ursprünglich vorgesehenen vierteljährlichen. In den drei direkt erwähnten Bereichen der Zusammenarbeit – auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung sowie Bildung und Jugend – spiegeln sich unmittelbar die Anwendungsberei-

³¹ Protokoll, DDF 1962/II, Nr. 67/II, S. 177f.; ADENAUER (Anm. 6), S. 177–184.

³² Jacques BARIÉTY, De Gaulle, Adenauer et la genèse du traité de l'Élysée du 22 janvier 1963, in: De Gaulle en son siècle, Bd. 5: L'Europe, Paris 1992, S. 352–364, hier S. 360; Pierre MAILLARD, De Gaulle et l'Allemagne. Le rêve inachevé, Paris 1990, S. 208; Thomas JANSEN, Die Entstehung des deutsch-französischen Vertrages vom 22. Januar 1963, in: Dieter BLUMENWITZ u.a. (Hg.), Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 249–271; SCHWARZ (Anm. 23), S. 768.

³³ Vgl. die Diskussion zwischen Couve de Murville und Schröder vom 17.12.1962 über das französische Memorandum und die deutsche Antwort darauf am 8.11.1962: DDF 1962/II, Nr. 201/II.

³⁴ Vgl. Protokoll über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Entwurf), 7.1.1963, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963 (AAPD), hg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, München 1994, Nr. 6, S. 26.

che des ersten »Fouchet-Plans« wider, auf den sich die Sechs weitgehend geeinigt hatten.

Der Platz, der der Verteidigung eingeräumt wurde, mag überraschen. Aus ihm spricht das gemeinsame Mißtrauen de Gaulles und Adenauers gegenüber dem uneingeschränkten Engagement der Vereinigten Staaten für die Verteidigung Westeuropas, bis hin zur Bereitschaft des Einsatzes von Nuklearwaffen. Liest man die Protokolle der Gespräche Adenauers und de Gaulles der Jahre 1961 bis 1963, kann kein Zweifel bestehen, daß das Thema der hegemonialen und in ihrer Politik unberechenbaren Supermacht ein entscheidender Faktor ihres besonderen Bündnisses war. Es war vor diesem Hintergrund nur folgerichtig, daß die Annäherung der Militärstrategien, der Austausch von Personal und die Harmonisierung im Rüstungsbereich am Ende einen erheblichen Platz einnahmen in einem Vertrag, der den Unterzeichnern einen gewissen Spielraum gegenüber der atlantischen Vormacht verschaffen sollte. Ob dieses Programm ohne parallele und tiefgreifende Reformen von Strukturen und Einsatzplänen der NATO wirklich Aussicht auf Erfolg haben konnte, steht auf einem anderen Blatt.

Der Bereich Bildung und Jugend schließlich war eine Domäne, in dem – wie bei der Außen- und Verteidigungspolitik – die Europäischen Gemeinschaften fast keinerlei Zuständigkeit besaßen. Da diese Fragen bereits Gegenstand der Politischen Union hätten sein sollen, gab es keinen Grund, diesen symbolträchtigen Bereich nicht im deutsch-französischen Vertrag zu berücksichtigen.

Bei unserem Versuch einer Erklärung für die Abwesenheit des Bereichs Wirtschaft im Élysée-Vertrag wurde auf die Genese des Vertrages verwiesen, wie auf allgemeine Zwänge, die de Gaulle und Adenauer kaum ignorieren konnten. In der Tat stehen uns sehr wenige Elemente zur Verfügung, die die beiderseitigen Überlegungen in dieser Sache offen erkennen ließen. Immerhin mag ein kurzer, von Alain Peyrefitte notierter Wortwechsel vom Tag der Vertragsunterzeichnung unsere Darstellung erhärten. So soll de Gaulle auf die direkte Frage Peyrefittes nach den Gründen der Nicht-Erwähnung des Wirtschaftsbereichs im bilateralen Vertrag seinem damaligen Regierungssprecher geantwortet haben: »Den Deutschen sagt der Kanzler, er wolle die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht antasten. Uns sagt er, der hauptsächlichste Grund sei, daß er nicht von Erhard nach Paris begleitet werden wollte.«³⁵ Mag die Anspielung auf das Zerwürfnis mit Erhard hier eher anekdotischer Natur sein, erscheint das Bestreben Adenauers, einen politischen und wirtschaftlichen Rahmen intakt zu halten, zum dem es keine reelle Alternative gab und an dessen Einrichtung er selbst wichtigen Anteil hatte, überaus wahrscheinlich. In Bonn und in Paris wußte man durchaus, daß die erste Etappe der Realisierung

³⁵ Alain PEYREFITTE, *C'était de Gaulle*, Bd. II, Paris 1997, S. 222.

des Gemeinsamen Marktes im Rahmen der EWG bereits zu einem spektakulären Anstieg des Handelsaustausches geführt hatte, sowohl im deutsch-französischen Verhältnis wie mit den übrigen Partnern der Gemeinschaft.³⁶

Angesichts der stark konfliktbeladenen europäischen Diskussionen der Jahre 1961 und 1962 erscheint es daher angebracht, die Entscheidung de Gaulles und Adenauers, die Wirtschaft nicht in den Deutsch-Französischen Vertrag einzubeziehen, als Akt der Neutralität gegenüber den drei Europäischen Gemeinschaften zu bewerten, deren Funktionieren nicht durch die verstärkte bilaterale Zusammenarbeit beeinträchtigt werden sollte. Aus Eigeninteresse sahen de Gaulle und Adenauer davon ab, eine bestimmte Grenze bei der Konfrontation mit den anderen europäischen Partnern zu überschreiten. Wenn die beiden Protagonisten sich schon sicher sein konnten, daß die Unterzeichnung des bilateralen Vertrages in Europa und jenseits des Atlantiks hohe Wellen schlagen würde, wollten sie nicht durch die Einbeziehung der wirtschaftlichen Belange noch zusätzlich die Kritik innerhalb und außerhalb beider Länder anfachen. Das Konfliktpotential einer ohnehin schon bis in die enge Umgebung des alten Kanzlers hinein heftig umstrittenen Initiative war bereits groß genug. Der Sinn des Vertrages war es gewesen, eine enge Kooperation auf diplomatischem und verteidigungspolitischem Gebiet zu ermöglichen, wobei im übrigen jeder der beiden Unterzeichner seine eigenen Ziele verfolgte: Der eine strebte eine gestärkte, unabhängigere Rolle auf der internationalen Szene an, der andere suchte den transatlantischen Zusammenschluß und zugleich die europäische Zusammenarbeit zu verfestigen. Diesen strategischen Zielen galt de Gaulles und Adenauers Aufmerksamkeit in erster Linie. Und da in jedem Fall das »non-dit« des Vertrages mindestens genauso wichtig war wie das explizit Festgelegte, war es nur folgerichtig, daß die Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister beider Länder wie selbstverständlich doch an den regelmäßigen Unterredungen teilnehmen konnten – und zwar seit den ersten »Gipfelkonsultationen« im Juli 1963.³⁷ Die Anwendung des Élysée-Vertrages als pragmatischer Zusammenarbeitsvertrag hatte begonnen.

(Übersetzung: Matthias Drebbler)

³⁶ Für eine genauere Darstellung vgl. Andreas WILKENS, *Le rapprochement économique franco-allemand: bilatéralisme et intégration européenne (1949–1963)*, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 162 (2002), S. 63–75.

³⁷ Vgl. die Protokolle der Besprechungen vom 4. und 5.7.1963 in deutscher und französischer Fassung: AAPD 1963, Nr. 218, 219 und DDF 1963/II, Nr. 6/I, 6/IV et 6/VII.

WERNER BÜHRER

WIRTSCHAFTLICHE AKTEURE UND DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT: FORMEN, ZIELE, EINFLUSS

In seinem Jahresbericht 1963 nahm der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) unter der Überschrift »Das weltpolitische Spannungsfeld« auch zum Elysée-Vertrag Stellung. Die deutsche Industrie, heißt es dort, »begrüßt die in diesem Vertrag dokumentierte Ausräumung des für die Geschichte beider Länder so verhängnisvollen Gegensatzes«. Der BDI habe von Anfang an die Politik der deutsch-französischen Aussöhnung nach Kräften gefördert und halte an dieser Auffassung genauso fest, »wie er unverdrossen bemüht bleibt, den Graben zuzuschütten«, der sich am 29. Januar 1963, also mit dem Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, in Brüssel aufgetan habe. Es sei »tief bedauerlich, daß dieses Vertragswerk, das den uralten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich endgültig auszuräumen« verspreche, durch die Gleichzeitigkeit der Ereignisse den »Eindruck eines inneren Zusammenhangs« mit dem Scheitern der Beitrittsverhandlungen erwecke. Darum müßten die europäischen Partner ebenso wie die Amerikaner davon überzeugt werden, daß mit dem Vertrag »nur das bestätigt und befestigt wird, was bereits praktisch zur Pflege der Beziehungen zwischen den beiden Ländern geschieht und was das gute Verhältnis zu den übrigen Partnern nicht stört«.¹

Dieses Zitat läßt eine eher gedämpfte Freude über den deutsch-französischen Vertrag vom Januar 1963 erkennen, verglichen etwa mit der Euphorie, die Bundeskanzler Adenauer zum Ausdruck brachte, als er den Vertrag in einer Fernsehansprache einen Tag nach der Unterzeichnung als »einzigartig in der Geschichte« würdigte.² Wegen der gegen die Vereinigten Staaten von Amerika gerichteten Intentionen de Gaulles und – wenigstens zeitweise – auch Adenauers hegte der BDI sogar Bedenken, weil diese Intentionen die Einheit des Westens zu unterminieren drohten. Und mit Blick auf die deutsch-französische Aussöhnung hielt der

¹ BDI-Jahresbericht 1962/63, S. 11.

² Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1959–1963. Fragmente*, Stuttgart 1968, S. 212.

Verband den Vertrag eigentlich für überflüssig, diene er doch hauptsächlich dazu, die bereits zuvor erreichte »Ausräumung des für die Geschichte beider Länder so verhängnisvollen Gegensatzes« zu dokumentieren. Das Gefühl, daß es dieses formellen Aktes gar nicht mehr bedurft hätte, herrschte auch auf französischer Seite vor – allerdings nicht etwa, weil die Unternehmer links und rechts des Rheins eine solche Aussöhnung ablehnten, sondern vielmehr, weil sie individuell oder unter Einschaltung von Organisationen unterschiedlichster Art seit 1947/48 auf verschiedenen Ebenen vergleichsweise eng kooperierten.

Dies traf auf die Gewerkschaften nicht zu. Ungeachtet ihrer internationalistischen Rhetorik waren sie wesentlich stärker auf ihr jeweiliges nationales politisches System und auf das Erreichen ihrer Ziele in der Auseinandersetzung mit ihren jeweiligen Regierungen und Industriellen ausgerichtet.³ Ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für eine intensive Zusammenarbeit bildeten schließlich die Unterschiede in der politischen Orientierung. Im Gegensatz zu den sozialpartnerschaftlich-sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaften in der Bundesrepublik gaben in der Gewerkschaftsbewegung jenseits des Rheins sozialistische und kommunistische Organisationen den Ton an. Kam es auch gelegentlich zu Treffen zwischen deutschen und französischen Gewerkschaftern – jene bemerkenswerte (außen-) politische Qualität, welche die Kooperation der Unternehmer auszeichnete, erreichten diese Kontakte zweifellos nicht.⁴ Aus diesen Gründen konzentrieren sich die folgenden Überlegungen auf die Unternehmer und ihre Organisationen.

Drei Aspekte der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sollen eingehender erörtert werden: Am Beginn steht ein Überblick über Akteure und Formen der Zusammenarbeit, danach werden gemeinsame und besondere, länderspezifische Ziele erörtert, ehe zum Abschluß der Versuch unternommen wird, den Einfluß der Unternehmerschaft auf die deutsch-französische Zusammenarbeit zu gewichten. Der zeitliche

³ Vgl. dazu grundsätzlich Bernhard EBBINGHAUS, Jelle VISSER, *European Labor and Transnational Solidarity: Challenges, Pathways, and Barriers*, in: Jytte KLAUSEN, Louise A. TILLY (Hg.), *European Integration in Social and Historical Perspective. 1850 to the Present*, Lanham u.a. 1997, S. 195–221; am konkreten Beispiel Werner BÜHRER, *Le Plan Schuman et les syndicats ouest-allemands*, in: Andreas WILKENS (Hg.), *Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts nationaux et projet européen*, Brüssel 2004, S. 303–322.

⁴ Dieser Befund ergibt sich auch aus der umfassenden Dokumentation von Andreas Wilkens zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, in der die Gewerkschaften nur am Rande vorkommen: *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, Dokumente 1949–1963*, hg. von Horst MÖLLER, Klaus HILDEBRAND, Bd. 2, *Wirtschaft* (=BDFD 2), bearb. von Andreas WILKENS, München 1997.

Schwerpunkt liegt auf den knapp zwei Jahrzehnten zwischen 1945 und 1963, ergänzt durch einige Bemerkungen zu den Jahren davor und danach.

I. Akteure und Formen der Zusammenarbeit

Zwar hatten sich bereits zuvor einzelne Kontakte ergeben,⁵ doch läßt sich eine nachhaltige Steigerung erst seit Herbst 1947, also nach der Ankündigung des Marshall-Plans und dem Beginn der Verhandlungen über ein europäisches Wiederaufbauprogramm, konstatieren, als eine positive Vorentscheidung über die Zukunft der Industrie zumindest im westlichen Teil des besetzten Landes gefällt war. Die Protagonisten konnten dabei an eine Tradition deutsch-französischer Wirtschaftsbeziehungen anknüpfen, deren Anfänge sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen lassen und die nach 1918 unter Bedingungen, die denen nach 1945 durchaus ähnelten, einen ersten Höhepunkt erlebten: Um das Reparationsproblem, insbesondere den Streit um deutsche Kohlenlieferungen nach Frankreich zu entschärfen, hatten sich nämlich nach dem Ersten Weltkrieg Schwerindustrielle beider Länder mit einigem Erfolg in direkten Verhandlungen um eine für beide Seiten akzeptable Lösung bemüht. Impulse zur Intensivierung der bilateralen Kontakte gingen auch von der 1926 gegründeten Internationalen Rohstahlgemeinschaft aus, die den Industriellen als institutionalisierter Rahmen für die Erprobung neuer Praktiken transnationaler wirtschaftlicher Interessenregulierung diente, sowie von dem auf Initiative des luxemburgischen Stahlindustriellen Emile Mayrisch entstandenen, gleichnamigen Komitee, das sich der ideellpolitischen Annäherung der »Erbfeinde« verschrieben hatte.⁶ Der daraus erwachsene Fundus an persönlichen Bekanntschaften und Erfahrungen dürfte dazu beigetragen haben, daß selbst während der deutschen Besatzung kooperative Formen des geschäftlichen Umgangs nicht völlig verschwanden. Allerdings setzten sich

⁵ Vgl. Sylvie LEFÈVRE, *Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1955. De l'occupation à la coopération*, Paris 1998, S. 215–217.

⁶ Vgl. Werner BÜHRER, *Die Reorganisation der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1918 und nach 1945*, in: Ilja MIECK, Pierre GUILLEN (Hg.), *Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert*, München 1998, S. 67–81, hier S. 68–76; zum »Mayrisch-Komitee« vgl. Fernand L'HUILLIER, *Dialogues Franco-Allemands 1925–1933*, Paris 1971.

die französischen Industriellen dabei dem Vorwurf der Kollaboration aus⁷ – ein Grund dafür, daß sie in den ersten Jahren nach Kriegsende sorgfältig darauf achteten, die Wiederbelebung der Beziehungen nicht zu forcieren.

Zu denen, die im Herbst 1947 den Gesprächsfaden wiederaufzunehmen versuchten, gehörten Vertreter der de Wendel-Gruppe, des luxemburgischen AR-BED-Konzerns und der Kölner Bankier Robert Pferdenges, ein enger Vertrauter Konrad Adenauers; letzterer konnte sich bei seinen Sondierungen der Unterstützung einflußreicher Ruhrindustrieller wie Hermann Reusch von der Gutehoffnungshütte und Günter Henle von Klöckner gewiß sein. Schon im März 1948 meldete Reusch zufrieden, daß es keine Schwierigkeiten bereite, mit den »von früher her befreundeten französischen Wirtschaftskreisen erneut Fühlung aufzunehmen«.⁸ Aus solchen unregelmäßigen Treffen wurden im Herbst 1948 regelmäßige, institutionalisierte Kontakte: Auf französischer Seite übernahm zunächst die »Association pour le Commerce et l'Industrie Française en Allemagne« (ACIA) die Führungsrolle, im Frühjahr 1949 rückte die »Association Française pour les Relations Economiques avec l'Allemagne« (AFREA) an ihre Stelle. Auf deutscher Seite entstand im November 1948 in Frankfurt auf Initiative der Industrie- und Handelskammern des Rhein-Main-Gebietes der »Arbeitskreis Frankreich«, wenig später konstituierte sich in Düsseldorf ein »Studienausschuß für die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen«, ehe Mitglieder dieser beiden Zusammenschlüsse im September 1949 die »Deutsche Vereinigung zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich« (DEFRA) gründeten. Zu diesem Zeitpunkt hatte bereits ein erstes »offizielles« Treffen zwischen dem Vorstand der AFREA und Mitgliedern des Frankfurter und des Düsseldorfer Kreises stattgefunden. Die Zusammenarbeit dieser beiden Organisationen mündete schließlich im Juni 1955 in die Gründung der deutsch-französischen Handelskammer.⁹

An diesen Zusammenkünften nahmen zwar auch Vertreter des 1946 aus der Taufe gehobenen »Conseil National du Patronat Français« (CNPF) und des im Entstehen begriffenen deutschen Pendant, des BDI, teil, doch bemühten sich die beiden Spitzenverbände schon bald um eine exklusivere organisatorische Platt-

⁷ Vgl. Annie LACROIX-RIZ, *Industriels et banquiers français sous l'occupation. La collaboration économique avec le Reich et Vichy*, Paris 1999; Monika RIESS, *Die deutsch-französische industrielle Kollaboration während des Zweiten Weltkrieges am Beispiel der RENAULT-Werke (1940–1944)*, Frankfurt a. M. 2002.

⁸ Aufzeichnung Kroll, 8.3.1948, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 53, 113, Bl. 103–105.

⁹ Vgl. auch Werner BÜHRER, *Wegbereiter der Verständigung. Deutsch-französische Industriellenkontakte 1947–1955*, in: *Revue d'Allemagne*, 23 (1991) 1, S. 73–86.

form für den als notwendig erachteten, kontinuierlichen Meinungsaustausch. Diese Bemühungen wurden dadurch begünstigt, daß führende Repräsentanten des BDI und des CNPF als Mitglieder europäischer bzw. internationaler Industriellenverbände häufig zusammenkamen – beispielsweise im »Rat der Europäischen Industrieverbände« (oder »Conseil des Fédérations Industrielles de l'Europe«, CIFE), der die Interessen der Industrie gegenüber der »Organisation for European Economic Co-operation« (OEEC) vertrat, oder in der »Union der Industrien der sechs Schumanplanländer«, einem Vorläufer der noch heute bestehenden »Union des Confédérations de l'Industrie et des Employers d'Europe« (UNICE). Im November 1951 etablierten die Spitzen der Industrie bzw. der Dachverbände beider Länder schließlich ein deutsch-französisches »Industrie-Komitee«, nach einem der französischen Initiatoren auch »Métral-Komitee« genannt, das künftig mindestens einmal pro Jahr tagte. Das erste Treffen in Düsseldorf zeichnete sich durch einen hochrangigen Teilnehmerkreis aus – darunter Fritz Berg und zwei weitere Präsidiumsmitglieder des BDI auf deutscher, CNPF-Präsident Georges Villiers und sein Stellvertreter Pierre Ricard auf französischer Seite – und signalisierte schon allein dadurch den Führungsanspruch der beiden Spitzenverbände.

Die im großen und ganzen reibungslose und enge Kooperation zwischen BDI und CNPF war zweifellos auch eine Folge der guten persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Präsidenten. Angesichts ihrer gegensätzlichen Karrieren mag diese wechselseitige Sympathie auf den ersten Blick überraschen: Berg, seit 1941 Alleininhhaber eines mittelständischen Betriebs, der sich auf die Drahtherstellung und -verarbeitung spezialisiert hatte, NSDAP-Mitglied von 1937 bis zum Kriegsende, war unter anderem als Leiter der Fachgruppe Fahrrad- und Krafttradteile-Industrie sowie, seit Anfang 1942, auch der Fachgruppe Metallmöbel und Matratzen ein »gut funktionierendes Rädchen im Getriebe des nationalsozialistischen Wirtschaftsystems« gewesen;¹⁰ Villiers hingegen, gleichfalls in der mittelständischen metallverarbeitenden Industrie tätig, 1941 bis 1943 von der Vichy-Regierung ernannter Bürgermeister von Lyon, war wegen Verbindungen zur Résistance vom Sommer 1944 bis zur Befreiung im KZ Dachau interniert gewesen.¹¹ Dennoch, die »Chemie« zwischen den beiden stimmte: Ihre Zugehörigkeit zur mittelständischen Industrie dürfte dabei ebenso eine Rolle gespielt haben wie ihre intellektuelle Mittelmäßigkeit, die manchen der »Großen« aus traditionsreichen Unternehmerdynastien gelegentlich die Nase über solche »Empor-

¹⁰ Achim SCHULTE-GOEBEL, Fritz Berg 1901–1979: Unternehmer und Industriepräsident in der Adenauer-Ära, unveröffentlichte Diss. Düsseldorf 1999, S. 10–20, hier S. 20.

¹¹ Vgl. Henry W. EHRMANN, *Organized Business in France*, Princeton 1957, S. 132–135; Henri WEBER, *Le parti des patrons. Le CNPF (1946–1986)*, Paris 1986, S. 76.

kömmlinge« rümpfen ließ und bei den beiden Inferioritätsgefühle auslöste, sowie ihr gemeinsamer Glaube an das »freie Unternehmertum« und ihre »europäische« Passion und Mission.¹² Jedenfalls spielte sich schon Anfang der 1950er Jahre eine direkte und gute, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen BDI und CNPF ein, die ihren Ausdruck beispielsweise auch in der Rede Villiers' auf dem »Europatag« des BDI im Oktober 1952 oder auf dessen Mitgliederversammlung im Mai 1955 fand. Insofern verwundert es nicht, daß die Spitzen des BDI und des CNPF die Aufforderung des französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès France anläßlich seines Treffens mit Bundeskanzler Adenauer in La Celle-St. Cloud im Oktober 1954,¹³ die Verbände sollten ihre Beziehungen »lebendiger« gestalten, nicht auf sich bezogen, aber dafür sorgen wollten, daß die »bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen den »industries homologues«« intensiviert werde; ferner sollten die bilateralen Gespräche durch vorherige Konsultation interessierter Firmen und Verbände noch besser vorbereitet werden.¹⁴ Im übrigen war der BDI sogar bereit, auf die Mitte der 1950er Jahre anscheinend »wachsende Besorgnis der französischen Industrie über das Ausmaß und Tempo der Wiederherstellung der deutschen Produktionskapazitäten« Rücksicht zu nehmen und die »unbestreitbar hervorragenden Leistungen der deutschen Industrie nach außen nicht zu betont herauszustellen«.¹⁵

Obwohl die Intensität ihrer Kontakte nicht das Niveau der Verbindung zwischen BDI und CNPF erreichte, arbeiteten zu diesem Zeitpunkt auch manche Branchenverbände schon seit einigen Jahren zusammen. Vor allem die Stahlverbände der Bundesrepublik und Frankreichs bemühten sich, nicht zuletzt unter dem Druck der Verhandlungen über den Schuman-Plan, um eine Klärung und Abstimmung ihrer Positionen und Zielsetzungen. Die Treffen beispielsweise zwischen den Organisationen der Chemie-, der Automobil- und der Elektroindustrie wurden gleichfalls allmählich zahlreicher. Der Einsatz der Industrie- und Han-

¹² Vgl. zum letzten Punkt Marine MOGUEN-TOURSEL, *L'ouverture des frontières européennes dans les années 50. Fruit d'une concertation avec les industriels?*, Brüssel 2002, S. 35.

¹³ Vgl. Andreas WILKENS, *Das Programm von La Celle-St. Cloud. Der Ausbau der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1954–1957*, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande*, 25 (1993) 4, S. 565–580 (Themenheft zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen im 20. Jahrhundert unter der Leitung von Raymond Poidevin).

¹⁴ Protokoll Präsidialsitzung vom 26.1.1955, BDI-Archiv, HGF Pro, 4; Berg an Adenauer vom 11.5.1955 (mit Anlage), in: BDFD 2 (Anm. 4), S. 1022–1026. Der deutsch-französische Wirtschaftsausschuß, der als Folge des Treffens zwischen Mendès France und Adenauer gegründet wurde, sollte nach Ansicht der beiden Verbände ein »reiner Regierungsausschuß« bleiben, so der BDI-Jahresbericht 1956/57, S. 30. Nennenswerte Bedeutung erlangte dieses Gremium jedoch nicht.

¹⁵ Protokoll Präsidialsitzung vom 13.9.1954, BDI-Archiv, HGF Pro, 3.

delskammern zugunsten einer Institutionalisierung ihrer Verbindungen und die beharrliche Arbeit, welche AFREA und DEFRA leisteten, trug mit der Gründung einer deutschen Handelskammer in Frankreich, einer französischen in der Bundesrepublik und schließlich, wie erwähnt, einer gemischten deutsch-französischen Handelskammer im Sommer 1955 in Paris ebenfalls Früchte. Dagegen kam die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen nur langsam in Gang: Der erste spektakuläre Fall nach Kriegsende ereignete sich 1953, als ein französisches Konsortium vom Flick-Konzern die Aktienmehrheit der Harpener Bergwerks AG erwarb. Ein qualitativer Sprung fand indes erst nach der Konstituierung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) statt, als mit der schrittweisen Verwirklichung des Binnenmarktes für die Unternehmen neue Möglichkeiten und Zwänge zur Kooperation entstanden.¹⁶ Erwähnt zu werden verdient zuletzt noch die 1949 zunächst auf multilateraler Basis aufgenommene, wenngleich nicht gänzlich reibungslos funktionierende Verbindung zwischen dem Deutschen Bauernverband und den französischen Agrarverbänden.¹⁷

Spätestens Mitte der 1950er Jahre existierte somit ein dichtes Netz institutionalisierter bilateraler und multilateraler Kontakte zwischen der deutschen und französischen Wirtschaft, das durch informell-individuelle Zusammenkünfte einzelner Industrieller noch engmaschiger wurde. Zusätzliche Organisationen, wie sie manche Politiker gelegentlich wünschten, waren also überflüssig und hätten möglicherweise eher einen gegenteiligen, die Zusammenarbeit erschwerenden Effekt gehabt.

¹⁶ Vgl. mit zahlreichen Beispielen für die Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen BDFD 2, S. 950–1046; ferner Gottfried PLUMPE, Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Chemieindustrie vor und nach dem Weltkrieg, in: Yves COHEN, Klaus MANFRASS (Hg.), Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, S. 224–233; Thomas HERZIG, Elektroindustrie und Energieverbund zwischen Deutschland und Frankreich von der Jahrhundertwende bis in die 50er Jahre, in: *ibid.* S. 289–301; Patrick FRIDENSON, Les relations entre les industries automobiles française et allemande des années 1880 aux années 1960, in: *ibid.* S. 334–342; Sylvie LEFÈVRE, Les sidérurgistes français propriétaires de charbonnages dans la Ruhr (1945–1954), in: Andreas WILKENS (Hg.), Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1960, Sigmaringen 1997, S. 237–247, hier S. 244–246; Jean-François ECK, Les entreprises françaises face à l'Allemagne de 1945 à la fin des années 1960, Paris 2003.

¹⁷ Vgl. Gilbert NOEL, France, Allemagne et »Europe Vert«, Bern 1995; Guido THIEMEYER, Vom »Pool Vert« zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, München 1999.

II. Separate und gemeinsame Ziele

Zwischen der deutschen und französischen Wirtschaft hatte sich seit dem später 19. Jahrhundert ein enges, wechselseitig vorteilhaftes Austauschverhältnis entwickelt, das allerdings infolge politischer Eingriffe und Kriege wiederholt Störungen unterworfen war. Ende der 1920er Jahre hatten sich die wirtschaftlichen Beziehungen wieder weitgehend normalisiert, d.h. Deutschland importierte aus dem Nachbarland vor allem landwirtschaftliche Güter, Wolle und Textilien, Erz und Eisenerzeugnisse; umgekehrt führte Frankreich hauptsächlich Kohle, Eisen- und Metallerzeugnisse, Textil- und Werkzeugmaschinen, elektrotechnische Produkte und Holz ein.¹⁸ Allerdings war die Abhängigkeit Frankreichs wegen der nur schwer und recht kostspielig zu ersetzenden Ruhrkohle deutlich größer. Nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierte sich die französische Politik deshalb zunächst darauf, diese Abhängigkeit zu beseitigen oder wenigstens zu verringern, indem sie forderte, das Ruhrgebiet internationaler Kontrolle zu unterstellen. Nachdem dieses und andere einseitig-machtpolitischen Konzepte vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und unter amerikanischem Druck zugunsten kooperativer Regelungen nach und nach aufgegeben werden mußten, verfolgte Frankreich eine Strategie der Kontrolle des westdeutschen Industriepotentials durch Integration und die Herstellung gleicher Ausgangsbedingungen insbesondere bei der Stahlproduktion, um auf dieser Grundlage zu den früheren Strukturen fruchtbarer wirtschaftlicher Zusammenarbeit zurückkehren zu können.¹⁹ Auch die deutsche Seite war verständlicherweise an einer raschen Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen mit dem westlichen Nachbarn interessiert, allerdings unter der Bedingung der Gleichberechtigung. Der Chefunterhändler bei den Verhandlungen über das erste Handelsabkommen zwischen Bonn und Paris, Vollrath von Maltzan, vermochte dementsprechend schon im Januar 1950 kein anderes westeuropäisches Land zu erkennen, mit dem zusammenzuar-

¹⁸ Hermann BOHRER, Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen und die Möglichkeiten ihrer zukünftigen Gestaltung, in: Europa-Archiv, 4 (1949), S. 2549–2556; Raymond POIDEVIN, Les relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914, Paris 1998.

¹⁹ Vgl. Rolf STEININGER, Ein neues Land an Rhein und Ruhr. Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens, Köln 1990; Werner BÜHRER, Frankreich und das Ruhrgebiet – Mythos und Realität, in: WILKENS (Anm. 16), S. 225–236.

beiten den Deutschen »annähernd gleiche wirtschaftliche Vorteile bringen könnten«.²⁰

Zu den besonderen Zielen der französischen Seite zählten zunächst die Sicherung des Kohlenbedarfs zu nicht-diskriminierenden Konditionen und eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Exporte – vor allem Wein und Weizen – in die Bundesrepublik. Nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gewann die Kanalisierung der Mosel, von der sich die französischen Stahlerzeuger eine Verbilligung der Kohle- und Koksimporte und gleichzeitig der Stahlexporte nach Süddeutschland erhofften, rasch an Dringlichkeit; die Erneuerung von Kartellabsprachen, die bis zu diesem Zeitpunkt ebenfalls weit oben rangierte, büßte dagegen zumindest im Montansektor an Bedeutung ein. Ferner sollte die Wiederkehr einer selbständigen deutschen Rüstungsindustrie verhindert werden, ebenso eine Orientierung der Wirtschaft der Bundesrepublik auf die früheren Absatzmärkte in Osteuropa und in der Sowjetunion. Als Gegenleistung bot man den Deutschen eine Zusammenarbeit bei der Durchführung rüstungswirtschaftlicher Projekte – und zwar sowohl zur Produktion »klassischer« als auch moderner Rüstungsgüter – sowie eine schrittweise Öffnung der eigenen Märkte an. Schließlich drängte die französische Seite angesichts der durch die EGKS und später die EWG veränderten Wettbewerbsverhältnisse auf eine allmähliche Harmonisierung der Soziallasten – eine Forderung, die letztlich auf eine Erhöhung des deutschen Niveaus hinauslief.²¹

Für die Bundesregierung und die westdeutsche Wirtschaft stand, wie erwähnt, die Erlangung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung ganz oben auf der Agenda, und bei der Beseitigung der in den Jahren der Besatzung auferlegten alliierten Restriktionen hoffte man sogar auf Hilfe aus dem Nachbarland. Um diesen Beistand zu bekommen, war man zu begrenzten Zugeständnissen etwa bei französischen Anliegen wie der Moselkanalisierung oder beim Tempo der Handelsliberalisierung bereit. Der Abbau von Kontingenten und Zöllen diene allerdings nicht nur als »Einsatz« bei bilateralen Verhandlungen, sondern lag im ureigenen Interesse der Bundesrepublik mit ihrer hochgradig exportabhängigen Wirtschaft. Auf eine Erleichterung wirtschaftlicher Aktivitäten in Frankreich zielten auch die Forderungen nach Rückgabe der deutschen Warenzeichen und nach Niederlassungsfreiheit für deutsche Unternehmen – ein Anliegen, das selbst Mitte der

²⁰ Ministerialdirektor v. Maltzan an Bundeswirtschaftsminister Erhard, 21.1.1950, in: BDFD 2, S. 146–149, hier S. 148.

²¹ Vgl. mit zahlreichen Belegen BDFD 2 (Anm. 4); LEFÈVRE (Anm. 5); Raymond POIDEVIN, Jacques BARIÉTY, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975, München 1982, S. 448–455.

1960er Jahre noch nicht zu deren Zufriedenheit geregelt war. Und im Stahlsektor zeigten sich die Unternehmen an Rhein und Ruhr entschlossen, ihre »natürlichen« Standortvorteile, also die räumliche Nähe zur Kohle und zur Weiterverarbeitung, und die »Verbundwirtschaft«, d.h. die durch entsprechende Eigentumsverhältnisse abgesicherte Verbindung von Kohlezechen und Stahlwerken hartnäckig zu verteidigen.

Beide Seiten waren indes bemüht, die gemeinsamen Interessen zu betonen: Dazu gehörten insbesondere die Intensivierung des Handels, der sich zwischen 1960 und 1970 in der Tat in etwa vervierfachte und auch eine Steigerung der französischen Fertigwarenexporte implizierte, sowie in zunehmendem Maße die Zusammenarbeit bei Projekten, etwa auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion, des Flugzeugbaus, der Atomenergie und der Glasherstellung. Diese Vorhaben schlossen unter anderem die Entwicklung gemeinsamer Produktionsprogramme ein, ebenso die Suche nach Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität. Einen prominenten Platz nahm auch die Entwicklung gemeinsamer Vorhaben zur wirtschaftlichen Entwicklung Nordafrikas ein.²² Die geplante Kooperation erstreckte sich ferner auf die Aufteilung einzelner Märkte und die Vermeidung »überflüssiger« Konkurrenz durch Übereinkünfte zwischen bestimmten Industriebranchen. Diese hauptsächlich bilateral ausgerichteten Pläne wurden mit der Intensivierung der Integration mehr und mehr überlagert von »europäischen« Zielen und der Absicht, gemeinsam eine Führungsrolle im Einigungsprozeß übernehmen zu wollen.

Einen guten Überblick über die jeweiligen Zielsetzungen ermöglichen die Treffen des deutsch-französischen Industrie-Komitees, zu denen BDI- und CNPF-Repräsentanten in regelmäßigen Abständen zusammenkamen. Stand 1952 die Erörterung von Wegen zur Steigerung des Warenaustausches durch eine Multilateralisierung des Zahlungsverkehrs und einen raschen Übergang zur Konvertibilität der Währungen im Mittelpunkt,²³ ging es zwei Jahre später um die Möglichkeiten für eine Intensivierung der Kooperation auf Branchenebene und um eine bessere Beteiligung der Wirtschaft an den Wirtschaftsverhandlungen zwischen den beiden Regierungen.²⁴ Bei dem Treffen im Jahr 1956 wurde insbesondere über das Verhältnis des Komitees zur deutsch-französischen Handelskammer und zum gemischten, mit Regierungsvertretern besetzten Wirtschaftsausschuß sowie

²² Vgl. Sylvie LEFÈVRE, *Projets franco-allemands de développement économique en Afrique du Nord (1950–1955)*, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande*, 25 (1993) 4, S. 581–588.

²³ Vgl. BDI-Jahresbericht 1951/52, S. 14.

²⁴ Vgl. BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 24.

über ein neues Handelsabkommen debattiert.²⁵ Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge und der Gründung der EWG rückte die Abstimmung in integrationspolitischen Fragen stärker in den Vordergrund. In dieser Phase waren die Beziehungen zwischen BDI und CNPF nicht frei von Spannungen, da die beiden Verbände unterschiedliche Konzepte verfolgten: Verstand der BDI den Gemeinsamen Markt lediglich als Zwischenschritt auf dem Weg zur Schaffung einer OEEC-weiten oder gar »atlantischen« Freihandelszone, waren für den CNPF mit der EWG bereits die »Grenzen der Belastbarkeit« der heimischen Wirtschaft erreicht.²⁶ Der BDI erblickte deshalb seine »große Aufgabe« darin, zwischen den europapolitisch »auseinanderstrebenden Auffassungen insbesondere der Franzosen und der Engländer einen Ausgleich« zu finden.²⁷ Dieses Thema blieb zunächst auf der bilateralen Agenda: 1962 wurde neben den Perspektiven des Gemeinsamen Marktes und den Beziehungen zu dritten Ländern auch der Beitritt Großbritanniens zur EWG erörtert.²⁸ Erst 1963, nach dem Scheitern des britischen Beitritts, wandten sich die beiden Delegationen neuen Problemen zu, beispielsweise der Notwendigkeit einer »verstärkten Abstimmung in wettbewerbs-, steuer- und agrarpolitischen Fragen«, der Möglichkeit von deutschen Investitionen in ehemals französischen Entwicklungsländern und den bevorstehenden Zollverhandlungen im Rahmen des GATT.²⁹ Obwohl bei diesen Treffen nicht immer ein Konsens erzielt werden konnte, vermittelten sie doch hilfreiche Einblicke in die Vorstellungen und Absichten der Gegenseite und halfen mit, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen.

III. Zum Einfluß wirtschaftlicher Akteure auf die deutsch-französische Zusammenarbeit

Den Einfluß der beiden Spitzenverbände und der anderen wirtschaftlichen Akteure auf die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bis zum Elysée-Vertrag zu bewerten, erscheint allenfalls im Einzelfall möglich. Generell läßt sich festhalten, daß die deutsche Wirt-

²⁵ Vgl. BDI-Jahresbericht 1956/57, S. 30.

²⁶ Zahlreiche Belege in BDFD 2, das Zitat in WILKENS (Anm. 4), S. 45.

²⁷ Protokoll Präsidialsitzung vom 20.3.1958, BDI-Archiv, HGF Pro, 5.

²⁸ Vgl. BDI-Jahresbericht 1961/62, S. 34.

²⁹ Vgl. BDI-Jahresbericht 1963/64, S. 34.

schaft einen größeren Einfluß ausgeübt zu haben scheint als die französische. Diesen Schluß erlauben jedenfalls die wiederholten Klagen der französischen Industrie über eine unzureichende Beteiligung an den Verhandlungen sowohl über den Schuman-Plan als auch über den Gemeinsamen Markt; zwar beschwerten sich ihre deutschen Kollegen ebenfalls, doch hatten sie zumindest im ersteren Fall kaum Grund dazu. Sofern sich die jeweilige Regierung jedoch dezidiert für eine bestimmte Politik entschieden hatte, vermochten weder die deutschen noch französischen Unternehmer daran etwas zu ändern: Weder konnten etwa die französischen Stahlindustriellen die Montanunion verhindern, noch die deutsche Industrie insgesamt die EWG zugunsten einer Freihandelszone.³⁰

Wenn hingegen eher technische Probleme zu klären waren – beispielsweise die Rückgabe der Warenzeichen, der Abbau von Kontingenten oder die Implikationen der sozialen Harmonisierung – fanden Forderungen einzelner Verbände teilweise wörtlich Eingang in Regierungsdokumente. Auf diesen Feldern konnten sie ihr Fachwissen ausspielen, auf das die Bürokratien gerade in Bonn, aber auch in Paris mitunter dringend angewiesen waren. Auch im Fall der europäischen Integration gilt es zu unterscheiden: Sofern die Vorstellungen und Wünsche von Unternehmern und Unternehmerverbänden die Regierungspolitik unterstützten, war die Chance, daß sie in offiziellen Verhandlungspapieren ihren Niederschlag fanden, recht groß. Es waren also keine eminent politischen Angelegenheiten, bei denen sich eine Einflußnahme nachweisen läßt. Dennoch sollte die »atmosphärische« Bedeutung intensiver und vertrauensvoller Kontakte gerade zwischen hochrangigen Unternehmern dies- und jenseits des Rheins nicht unterschätzt werden. Nicht nur in den Anfangsjahren der deutsch-französischen Verständigung, als die Möglichkeiten direkter »politischer« Kontakte noch gering waren, spielten sie eine wichtige Rolle. Auch in späteren »kritischen« Momenten der deutsch-französischen Beziehungen dienten sie dazu, Standpunkte zu klären und Probleme zu entschärfen. Und manchmal erteilten insbesondere die beiden Spitzenverbände sogar wohlmeinende Ratschläge an die Politik – eine Praxis, an die der BDI und sein französischer Partnerverband, der inzwischen unter dem Namen MEDEF firmiert, anläßlich des 40. Jahrestages des deutsch-französischen Vertra-

³⁰ Vgl. Werner BÜHRER, *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*, München 1986, S. 185–215; Matthias KIPPING, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952*, Berlin 1996; Thomas RHENISCH, *Europäische Integration und industrielles Interesse. Die deutsche Industrie und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Stuttgart 1999; MOGUEN-TOURSEL (Anm. 12).

ges anknüpften.³¹ Das Beziehungsgeflecht aus Verbänden, Unternehmen und Unternehmern bildete jedenfalls ein enorm strapazierfähiges Fundament für die dauerhafte Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen den einstigen »Erbfeinden«. Das Fehlen substantieller wirtschaftlichen Bestimmungen im Elysée-Vertrag läßt sich deshalb zwar auch damit erklären, daß die entscheidenden Protagonisten – Adenauer und de Gaulle – wirtschaftlichen Fragen seit jeher keine große Beachtung schenkten; wichtiger war jedoch, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit bereits so gut funktionierte, daß zusätzliche vertragliche Vereinbarungen überflüssig waren.

³¹ Pressemitteilung des BDI und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 19.1.2003.

WARUM IST DIE KULTUR NICHT GEGENSTAND DES ÉLYSÉE-VERTRAGES?

Die Frage, warum die Kultur nicht Gegenstand des Élysée-Vertrages ist, könnte auf den ersten Blick provozierend wirken, ist es doch gang und gäbe, von seinem »kulturellen Teil« zu sprechen. So schrieb der Politologe Gilbert Casarus in »La Croix« anlässlich der Gedenkfeiern zum 40. Jahrestag, der Erfolg des Élysée-Vertrages sei »seinem kulturellen Teil geschuldet«¹. Doch dem aufmerksamen Leser wird auffallen, daß das Wort »Kultur« im Programmteil des Vertragstextes nicht ein einziges Mal vorkommt. Lediglich von »Bildung und Jugend« ist die Rede. Und der deutsche Historiker Hartmut Kaelble hat noch kürzlich betont, daß im Mittelpunkt des Dokuments keineswegs kulturelle und soziale Fragen stünden, auch wenn sie eine gewisse Rolle spielten, und daß es im Vertragstext keinen einzigen Ausblick auf eine kulturelle und gesellschaftliche Annäherung Frankreichs und Deutschlands gebe.²

Unstrittig ist, daß die Populärkultur und der Jugendaustausch³ Teil des »erweiterten Kulturbegriffs« sind. Doch gilt es zu verstehen, warum die Kultur

¹ Gilbert CASARUS, 40 ans après le traité de l'Élysée, in: *La Croix*, 17.1.2003, S. 23. Verwiesen sei auch darauf, daß der damalige Außenminister Maurice Couve de Murville nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages vor der Nationalversammlung von einer »engen Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik, Bildung, Kultur und Jugend« sprach, vgl. Pierre JARDIN, Adolf KIMMEL, *Les relations franco-allemandes depuis 1963*, Paris 2001, S. 58.

² Vgl. Hartmut KAEUBLE, Die sozialen und kulturellen Beziehungen Frankreichs und Deutschlands seit 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, B 3–4 (2003), S. 40–46, hier S. 40. »Bis auf die erstaunliche Ausnahme der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks richtete sich nichts in diesem Dokument auf das, was man heute die Zivilgesellschaft nennt«, Bernard LALLEMENT, *Vous avez-dit: société civile?*, in: *Documents*, 54 (1999) 5, S. 96–102, hier S. 96.

³ Vgl. den Beitrag von Ansbart Baumann in diesem Band und DERS., Die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks im Spannungsfeld zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Zivilgesellschaft, in: Hans Manfred BOCK (Hg.), *Deutsch-Französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003*, Opladen 2003, S. 39–60; Jacqueline PLUM, Jugend und Deutsch-Französische Verständigung. Die Entstehung des Deutsch-Französischen Vertrages und die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, in: *Francia*, 26/3 (1999), S. 77–108; DIES., *Erziehung zum Frieden. Die Entstehung des gemeinsamen Jugendwerkes*

im Sinne des klassischen, des bürgerlichen Kulturbegriffs,⁴ also der künstlerisch-literarische Austausch und die audiovisuelle Zusammenarbeit (Radio, Fernsehen, Film) im Vertragstext nicht angesprochen wird.

Die Abwesenheit eines derart definierten Kulturbegriffs im Élysée-Vertrag überrascht aus zweierlei Gründen:

1. Diese Fragen waren im deutsch-französischen Kulturabkommen vom Oktober 1954 keineswegs außer acht gelassen worden. Daher ist der Vertragstext von 1963 in dieser Hinsicht weit restriktiver als der Text von 1954.

2. Das Wort »Kultur« taucht im Élysée-Vertrag nicht auf, obwohl vier Jahre zuvor in Frankreich ein großes Kulturministerium mit André Malraux an der Spitze gegründet worden war. Das Fehlen der Kultur in dem bilateralen Abkommen befremdet um so mehr, als der Kultur im politischen Leben Frankreichs ein hoher Stellenwert beigemessen wird.

Dies führt zu mehreren Hypothesen: Ist die kulturelle Zusammenarbeit bereits im Kulturabkommen von 1954 so befriedigend geregelt worden, daß es nicht mehr nötig war, sie im Januar 1963 noch zu erwähnen? Oder waren künstlerische, literarische und audiovisuelle Aspekte im Verhältnis zu Bildungs- und Jugendfragen nur von sehr geringer Relevanz? Oder wurden kulturelle Belange bereits wie die wirtschaftlichen Fragen von anderen europäischen Mechanismen und Akteuren geregelt? Kann man schließlich die Asymmetrie der politischen Systeme in Frankreich und Deutschland heranziehen – hier die Kultur als Angelegenheit der Länder, dort als Angelegenheit eines großen nationalen Ministeriums?

Zur Beantwortung dieser Fragen gilt es zunächst, das Augenmerk auf die kulturelle Zusammenarbeit im engeren Sinne unter besonderer Berücksichtigung des Abkommens von 1954 zu richten. Im folgenden wird die kulturelle Dimension der deutsch-französischen Zusammenarbeit der 1960er Jahre und ihrer Fundamente zu behandeln sein. Art und Ausmaß des Herangehens beider Regierungen an kulturelle Belange nach den 1960er Jahren werden im letzten Teil dieser Untersuchung skizziert werden. Ein solcher Ansatz führt notwendigerweise dazu, das Hauptaugenmerk auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zu richten – unter Vernachlässigung anderer Ebenen der Zusammenarbeit, besonders der nicht zu unterschätzenden Rolle der Zivilgesellschaften.⁵

wurde von diplomatischen Unstimmigkeiten und öffentlicher Kritik begleitet, in: Die Politische Meinung, 398 (2003), S. 48–54.

⁴ Kultur, in: Ansgar NÜNNING (Hg.), Metzler Lexikon. Literatur und Kulturtheorie, Stuttgart, Weimar 2001, S. 343f. Zum »erweiterten Kulturbegriff« Hans Manfred BOCK, Gesellschaftliche Neubegründung interkulturellen Austauschs. Zur Vorgeschichte und Struktur des Deutsch-Französischen Jugendwerks 1949–1963, in: Lendemains, 27 (2002) 107/108, S. 139–145, hier S. 142f.

⁵ Vgl. den Beitrag von Hans Manfred Bock und Ulrich Pfeil in diesem Band.

I. Die deutsch-französische Zusammenarbeit vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages

Die Kultur und das Kulturabkommen von 1954

Obwohl das Kulturabkommen vom 23. Oktober 1954 mit besonderem Nachdruck den Bildungs- und Jugendfragen gewidmet war, behandelten drei Artikel »kulturelle« Fragen im klassischen Sinne:⁶ Auf die Organisation von Tagungen, Konzerten, Ausstellungen, Theateraufführungen und künstlerischen Veranstaltungen im jeweiligen Partnerland wurde größten Wert gelegt. Der Import kultureller Produktionen (Publikationen, Kunstwerke, Partituren, Filme, Schallplatten) und der »gegenseitige[n] Austausch von Rundfunk- und Fernsehsendungen, die der Verbreitung von Kulturgut gewidmet sind« sollten vereinfacht werden. Schließlich wollten beide Länder gemeinsam geeignete Wege finden, »um den Schutz, die Einbeziehung und die Überweisung der aus dem Urheberrecht fließenden Beträge, der Künstlerhonorare sowie aller mit Rundfunk- und Fernsehsendungen verbundenen Rechte zu erleichtern«. In künstlerischer, literarischer und medialer Hinsicht beruhte die Zusammenarbeit – wie bei den Bildungs- und Jugendfragen – auf einer »Gemischten Ständigen Kommission«. Dieses erste Kulturabkommen der Bundesrepublik mit einem ausländischen Staat (noch vor der Wiedererlangung der vollen außenpolitischen Souveränität) war – nach vier Jahren intensiver Verhandlungen – eine schwere Geburt und ist fast gänzlich in Vergessenheit geraten,⁷ weil es in der Folge kaum Früchte trug.⁸ Die »Gemischte Ständige Kommission« trat zum ersten Mal im März 1957 zusammen und beschäftigte sich vor allem mit Fragen des Sprachunterrichts.⁹ 1963 konnte der ständige Ausschuß kein einziges Arbeitsergebnis vorweisen, und erst 1965 wurde ein mit künstlerischen Fragen befaßter Unterausschuß ins Leben gerufen, wie wir später noch genauer sehen werden.

⁶ Vertragstext in: La Documentation française (articles et documents), 28.10.1957.

⁷ Vgl. Margarete STURM, Un texte tombé dans l'oubli: l'accord culturel franco-allemand du 23 octobre 1954, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, 84 (1983), S. 9–22.

⁸ Vgl. Ulrich LAPPENKÜPER, Sprachlose Freundschaft? Zur Genese des Deutsch-Französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954, in: *Lendemains*, 21 (1996) 84, S. 67–82.

⁹ Vgl. Horst MÖLLER, Klaus HILDEBRAND (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, Dokumente 1949–1963*, München 1997, Bd. 3, Dok. 341, S. 901–905; Ansgert BAUMANN, Der sprachlose Partner. Das Memorandum vom 19. September 1962 und das Scheitern der französischen Sprachenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*, 34 (2002) 1, S. 55–75, hier S. 65.

*Das Netz französischer Kulturinstitute in Deutschland und
der Beginn der Goethe-Institute in Frankreich*

Bei Unterzeichnung des Vertrages bestand ein beträchtliches Ungleichgewicht zwischen den deutschen und französischen Kulturinstituten im jeweiligen Partnerland. Verfügte Frankreich seit der Besatzungszeit über ein enges Netz kultureller Einrichtungen in der Bundesrepublik und in West-Berlin, begann Bonn nun erst mit der Eröffnung der Goethe-Institute in Frankreich.¹⁰ Eine paradoxe Situation, war doch vom deutsch-französischen Kulturabkommen gerade erwartet worden, die Relevanz der kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten hervorzuheben. Dieser Umstand führt zu der Frage, warum das erste Goethe-Institut in Frankreich erst anderen in Ankara, Madrid, Neu-Delhi oder Kairo (die Liste ist nicht vollständig) folgen mußte. Wie Eckard Michels zeigt, war zum einen das französische Nachbarland kein »Missionsgebiet« zu Zeiten des Kalten Krieges, zum anderen standen der Eröffnung eines Goethe-Instituts in Paris zahlreiche praktische Probleme entgegen.¹¹ Die Bundesrepublik konnte daher bei der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages noch nicht auf die Goethe-Institute als Träger ihrer Kulturpolitik in Frankreich zurückgreifen und verfügte erst ab Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre über ein eng geknüpfted kulturelles Netz in Frankreich.¹² Paris seinerseits konnte sich zu dieser Zeit bereits auf ein dichtes kulturelles Netz stützen – mit den Kulturinstituten als kompetenten Garanten für die Organisation künstlerischer, literarischer und intellektueller Veranstaltungen. Doch sollte man die Leistung der Instituts français bei der Verbreitung der französischen Kultur in Deutschland nicht überschätzen. Im Januar 1962 hatte Botschafter François Seydoux, einen Bericht über die notwendige Umstrukturierung des kulturellen Netzes Frankreichs in der Bundesrepublik verfaßt:

Bezüglich des Kulturauftrags läßt sich sagen, daß er in den verschiedenen Instituten unterschiedlich umgesetzt wird, aber im allgemeinen nur im sehr begrenzten Bereich der jeweiligen Stadt, in der sich das Institut befindet. Die Institute, die über den Horizont ihrer Stadt hinausgehen und deren Aktionsradius sich auf eine Region oder sogar ein Land erstreckt, wie es die Anweisungen von 1952 von ihnen gefordert haben, bleiben die Ausnahme.¹³

¹⁰ Vgl. Corine DEFANCE, La création du réseau de centres culturels français en Allemagne dans l'immédiat après-guerre, in: Lendemains, 26 (2001) 103/104, S. 83–96.

¹¹ Vgl. Eckard MICHELS, Vom Glück der verspäteten Arbeitsaufnahme: die Anfänge des Goethe-Instituts in Paris, in: Lendemains, 26 (2001) 103/104, S. 97–107.

¹² Vgl. Victoria ZNINED-BRAND, Deutsche und französische auswärtige Kulturpolitik. Eine vergleichende Analyse. Das Beispiel der Goethe-Institute in Frankreich sowie der Instituts und Centres Culturels Français in Deutschland seit 1945, Frankfurt a. M. 1999.

¹³ Depesche von François Seydoux an die Kulturabteilung, 5.1.1962; Ministère des Affaires étrangères (MAE), Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1475.

II. Die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit in den 1960er Jahren

Die Vorbereitung des Élysée-Vertrages: Hypothesen zum Fehlen des Wortes »Kultur«

Im französischen Memorandum vom 18./19. September 1962 kam das Wort Kultur nicht vor,¹⁴ während das Auswärtige Amt in seiner Antwort auf den französischen Teil in seinem Memorandum vom 8. November 1962 vorschlug, den künstlerischen und literarischen Austausch in das Gebiet der bilateralen Zusammenarbeit einzuschließen.¹⁵ In der Tat wurden bei einer Versammlung im Auswärtigen Amt zwei Zusatzpunkte zu Forschung und Kultur auf Verlangen des damals auf Bundesebene für Bildung, Kultur und Sport zuständigen Bundesinnenministeriums hinzugefügt. Im Bereich Forschung und Kultur wurden vier Themen angesprochen: Künftleraustausch, Förderung der Übersetzung literarischer Werke, gemeinsame Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung des technischen Personals in den Museen, Informations- und Erfahrungsaustausch im Bereich der Erhaltung des Kulturerbes.¹⁶ Es sei hier in Erinnerung gerufen, daß die Bundesrepublik in diesen Jahren besonders um ihr Bild im Ausland besorgt war und nicht nur für ihre technischen, sondern auch für ihre kulturellen Kompetenzen Anerkennung erheischte. Zur selben Zeit strukturierte das französische Außenministerium im Zuge der Entkolonialisierung seine Kulturpolitik neu und setzte besondere Priorität auf die Sprachpolitik sowie auf wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit.¹⁷

¹⁴ Memorandum vom 18.9.1962, »geheim«; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1598.

¹⁵ Memorandum vom 8.11.1963, »vertraulich«: »Die Bundesregierung möchte ihrerseits die französischen Entwürfe um die folgenden Vorschläge ergänzen: Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Forschung, besonders zwischen den wissenschaftlichen Organisationen und Instituten, die Spitzenforschung betreiben; Präsentation von gemeinsamen Ausstellungen, Büchern und Kunstwerken in beiden Ländern; Publikation einer deutsch-französischen Bibliographie und einer illustrierten Zeitschrift; gemeinsame Radio- und Fernsehsendungen; Intensivierung der Arbeit an Geschichts- und Geographielehrbüchern in beiden Ländern...«; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1597.

¹⁶ Im Forschungsbereich schlug der Bundesinnenminister vor: engere Zusammenarbeit zwischen der DFG und dem CNRS, Austausch von Wissenschaftlern zwischen den wissenschaftlichen Einrichtungen beider Länder; Organisation gemeinsamer wissenschaftlicher Kongresse; Informationsaustausch zur jeweiligen nationalen Sicherheitspolitik, vergleichende Statistiken zur Forschungsförderung; vgl. »Vom BMI dem AA überreichte Ergänzungsliste« in: Besprechung im AA am 10.10.1962; BAK, B 106, Bd. 34564.

¹⁷ Vgl. ZNINED-BRAND (Anm. 12), S. 53; vgl. Ansbart BAUMANN, *Begegnung der Völker? Der Élysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969*, Frankfurt a. M. 2003, S. 91ff.; Jean-François de RAYMOND,

Aus diesem Grunde maßen die französischen Entscheidungsträger dem deutschen Wunsch nach künstlerischem Austausch (anders als der wissenschaftlichen Zusammenarbeit) wenig Beachtung bei. Das französische Außenministerium war der Auffassung, daß die künstlerische und literarische Kooperation nach den Modalitäten des Abkommens von 1954 zu gestalten war.¹⁸

Zu dieser Unlust an kultureller Zusammenarbeit im klassischen Sinne seitens des Quai d'Orsay kann vorsichtig die folgende Vermutung formuliert werden: Könnte die französische Diplomatie nicht den Wunsch gehabt haben, die Kultur aus dem Vertrag oder aus dem vorzubereitenden Abkommen¹⁹ auszuschließen, weil sich Kompetenzrängeleien zwischen dem Außenministerium und dem neuen Kulturministerium anbahnten? In der Tat hatte es seit Mitte 1958 Spannungen zwischen Außenminister Couve de Murville und André Malraux gegeben, den de Gaulle gerade zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt und mit der Verbreitung der französischen Kultur beauftragt hatte. Das Außenministerium fürchtete zunehmend, daß Malraux versuchen könnte, sich der auswärtigen Kulturpolitik Frankreichs zu bemächtigen.²⁰ Im Januar 1959 vermehrte sich die Unruhe, als de Gaulle den Schriftsteller an die Spitze eines großen Kulturministeriums beordnete, dessen Handlungsbereich zu großen Teilen aus früheren Kompetenzbereichen anderer Ministerien, insbesondere des Bildungs- und des Informationsministeriums bestehen sollte. Zum Eklat kam es zwischen den beiden Ministerien im Februar 1960, während der Japan-Reise von Malraux, als der Kulturminister den Anspruch erhob, von der französischen Regierung für den Abschluß der Verhandlungen über den Kultur- und Kunstaustausch der beiden Länder beauftragt zu sein. Vehement

L'action culturelle extérieure de la France, Paris 2000, S. 22–23. 1956 wurde die Hauptabteilung kulturelle Beziehungen in eine Hauptabteilung für kulturelle und technische Angelegenheiten (DGACTION) umgewandelt, um den neuen Zielen Frankreichs im Ausland Rechnung zu tragen. Vgl. François ROCHE, Bernard PINIAU (Hg.), *Histoires de diplomatie culturelle des origines à 1995*, Paris 1995, S. 91–92.

¹⁸ In einem Vermerk vom 16.1.1963 kommentierte die Abteilung den deutschen Vorschlag wie folgt: »Was die Kunstwerke betrifft, haben die beiden Länder bereits gemeinsame Ausstellungen organisiert, die in keinem direkten Bezug zu der jeweiligen Nationalkunst standen. Man könnte auch gemeinsame Ausstellungen mit Werken aus beiden Ländern konzipieren, z.B. über eine bestimmte geschichtliche Epoche. Für den Literaturbereich könnte man sich darauf einigen, die besten französischen und deutschen Bücher eines Jahres vorzustellen – nach einer Klassifizierung, die die verschiedenen Kategorien der Verlage zur Geltung bringt.« MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1635.

¹⁹ Vgl. Ansbert BAUMANN, *Die organisierte Zusammenarbeit. Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Élysée-Vertrags (1958–1962)*, Ludwigsburg 2002 (dfi compact, 1), S. 50–59.

²⁰ Vgl. Olivier TODD, *André Malraux*, Paris 2001, S. 421–434. Vgl. auch den unsignierten Vermerk vom 28.7.1958; MAE, *Relations culturelles, 1945–1970*, Bd. 33.

bezichtigte ihn Roger Seydoux, Vorsitzender der Kulturabteilung am Quai d'Orsay, der Einmischung in die Angelegenheiten des Außenministeriums:

Auf seinen Auslandsreisen seit seiner Ernennung zum Chef in der Rue de Valois hat der mit kulturellen Angelegenheiten beauftragte Minister eine ganze Reihe von Initiativen ergriffen, die unsere künstlerischen Aktivitäten im Ausland betreffen. [...] Malraux macht keinen Hehl daraus, daß er unsere Kulturpolitik im Ausland kontrollieren möchte.²¹

Natürlich war bei der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages der Höhepunkt der Krise zwischen den beiden Ministerien überschritten, und Malraux machte dem Quai d'Orsay sogar Vorschläge für eine bessere Zusammenarbeit (Einrichtung einer ständigen Kommission für kulturellen Austausch mit dem Ausland).²² Die Kulturabteilung zeigte sich interessiert, aber ein Brief von Jean Basdevant, dem Nachfolger von Seydoux, an einen seiner Kollegen im Kulturministerium zeugt von weiterhin bestehenden Spannungen:

Es ist zu wünschen, daß die in diesem Brief genannten Verfügungen, die ich meinem Minister anempfehle, die Beziehungen zwischen unseren Ministerien verbessern und die Ausarbeitung unserer kulturellen und künstlerischen Aktionsprogramme im Ausland erleichtern.²³

Im Zusammenhang mit dem Spannungsverhältnis zwischen den französischen Ministerien, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Quai d'Orsay die Anwesenheit des Kulturministers bei den deutsch-französischen Zusammenreffen verhindern wollte. Fest steht, daß kein Vertreter der Rue de Valois an den regelmäßig stattfindenden Zusammentreffen der Interministeriellen Kommission für die deutsch-französische Zusammenarbeit teilnahm, die sich erstmals im Oktober 1962 traf, um den späteren Élysée-Vertrag vorzubereiten.²⁴ Erst im September 1968 wurde ein Vertreter des Kulturministeriums zu dieser Kommission hinzugebeten. Im Mai 1970 mußte der Vertreter des Kulturministeriums in dieser Kommission daran erinnern, daß die Rolle seiner Abteilung für die deutsch-französische Zusammenarbeit darin bestehe, »Dienstleistungen auf Anfrage der zuständigen Abteilung des Außenministeriums zu erfüllen.«²⁵ Vorsicht war noch immer angebracht!

²¹ Vermerk von Roger Seydoux, 5.3.1960; MAE, Relations culturelles, 1945–1970, Bd. 33.

²² André Malraux an Maurice Couve de Murville, 23.4.1963; MAE, Relations culturelles, 1945–1970, Bd. 33.

²³ Jean Basdevant an Philippe Blanc, persönlicher Referent des Kulturministers, 7.5.1963; MAE, Relations culturelles, 1945–1970, Bd. 33.

²⁴ Ihre Aufgaben waren: Koordination der Aktivitäten der betreffenden Ministerien und regelmäßige Erstellung eines Berichts über die deutsch-französische Zusammenarbeit. Vgl. Rapport de la commission interministérielle pour la coopération franco-allemande, 29.4.1963; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1659. In der Bundesrepublik wurde Anfang Januar 1963 ein interministerieller Ausschuß eingesetzt.

²⁵ Sitzungsprotokoll der interministeriellen Kommission für die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 8.6.1970; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1661.

Hier ist weiterhin anzumerken, daß Jacques Jaujard, der Generalsekretär des Kulturministeriums, zwar einer der französischen Vertreter im bilateralen Kulturausschuß war, seine Nominierung jedoch erfolgte, als er noch hoher Beamter des Außenministeriums in der Abteilung kulturelle Beziehungen war. Im Mai 1961 stand er einem »provisorischen« Unterausschuß vor, der damit beauftragt war, einen Bericht über den künstlerischen Austausch der Gemischten Kommission vorzulegen.²⁶ Vier Jahre später, im Oktober 1965, war Jaujard noch immer Mitglied dieses Ausschusses, wurde jedoch nicht mehr mit der Vorbereitung dieses Berichts betraut, weil die Vertreter des Quai d'Orsay und des Auswärtigen Amts sich allein dieser Aufgabe angenommen hatten.²⁷

Eine weitere Vermutung kann angestellt werden, um den Ausschluß der »Kultur« aus dem deutsch-französischen Vertrag von 1963 zu erklären: Während im zentralistischen Frankreich die Kultur einem großen Staatsministerium untersteht, ist sie in der Bundesrepublik wie die Bildung Ländersache. Doch wenn für die Zusammenarbeit im Bildungsbereich ein Bevollmächtigter für alle Länder gefunden werden konnte, hätte sich eine solche Lösung auch für die kulturelle Zusammenarbeit im engeren Sinne finden lassen können. Kurt-Georg Kiesinger, der seit dem 3. Juli 1963 amtierende erste Bevollmächtigte für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen der deutsch-französischen Zusammenarbeit,²⁸ nahm für sich in Anspruch, für sämtliche kulturellen Angelegenheiten zuständig zu sein, einschließlich der Wissenschaften und dem künstlerischen Austausch.²⁹ Bei seinem Treffen mit dem französischen Bildungsminister Christian Fouchet am 23. November 1965 sprach der deutsche Bevollmächtigte die Frage des künstlerischen Austauschs an, über die die »Ständige Gemischte Kommission« einen Monat zuvor beraten hatte.³⁰ Kiesinger zeigte besonderes Interesse an dieser Art von Zusammenarbeit, was er

²⁶ Vierte Versammlung der deutsch-französischen Ständigen Kulturkommission, Paris, 16./17.5.1961; PA/AA, B 90–600, Bd. 314.

²⁷ Auswärtiges Amt an die Botschaft der Bundesrepublik in Paris vom 27.9.1965 und in derselben Akte die Verbalnote von Pierre Moisy, Französische Botschaft an das Auswärtige Amt vom 30.9.1965; PA/AA, B 90–600, Bd. 546.

²⁸ Zur Ernennung des Bevollmächtigten PA/AA, B 90–600, Bd. 464. Vgl. auch Ansbert BAUMANN, Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs, in: Historisch-politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, 10 (2003), S. 225–253; DERS., (Anm. 17), S. 141ff.

²⁹ Basdevants an den Minister für wissenschaftliche Forschung, Atom- und Weltraumfragen, 2.3.1966; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1477. Kiesinger ging so weit zu fragen, was sein französischer Amtskollege, damals Bildungsminister Christian Fouchet, mit ihm zu wissenschaftlichen und künstlerischen Fragen zu besprechen haben könnte.

³⁰ Bericht über die 7. Unterredung zwischen Kiesinger und Fouchet vom 23.11.1965 in Paris; PA/AA, B 90–600, Bd. 598.

auch im September 1967 nunmehr als Bundeskanzler unter Beweis stellte, als er in Paris die Organisation gemeinsamer Ausstellungen vorschlug.³¹

So muß die Vermutung verworfen werden, daß die kulturelle wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit in ausreichendem Maße auf europäischer Ebene behandelt worden seien. Die »Fouchet-Pläne« waren kurz zuvor gescheitert und damit indirekt auch die kulturellen, übrigens ausschließlich auf universitäre und wissenschaftliche Fragen konzentrierten Vereinbarungen, die in diesem Rahmen ausgearbeitet worden waren. Da diese Vereinbarungen abgeschlossen waren, wurde vorgeschlagen, den Kulturbereich des ursprünglichen Planes zu erhalten, doch lehnte die französische Regierung dieses Ansinnen ab und erwies sich damit als Vertreter einer Alles-oder-Nichts-Haltung. Sie war daher bestrebt, dieser multilateralen europäischen Zusammenarbeit zugunsten der bilateralen deutsch-französischen Kooperation ein Ende zu bereiten.³² So blieb auch die Eröffnung eines europäischen Universitätsinstituts in Florenz unter den Partnerstaaten des Europa der Sechs eine äußerst heikle Angelegenheit.³³

Die Grundlagen der kulturellen Zusammenarbeit

Ogleich das Wort »Kultur« im Programm des Abkommens nicht vorkommt, war der Boden für eine deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit bereitet. Zum einen fanden sich die Grundlagen außerhalb der vertraglich geregelten Bereiche bzw. gingen ihm voraus. Zum anderen erwies sich das System der regelmäßigen Beratungsgespräche als nützlich, das im ersten Teil des Vertrages vom 22. Januar 1963 (»Organisation«) festgelegt wurde.

Erstens bleibt festzuhalten, daß das anfänglich für eine Laufzeit von fünf Jahren abgeschlossene deutsch-französische Kulturabkommen vom Oktober 1954 weiter gültig blieb.³⁴ Hervorzuheben ist, daß das französische Memorandum

³¹ Um ein Exempel zu statuieren, schlug Kiesinger Ausstellungen zu französischen Architekten in Deutschland im 18. Jahrhundert und deutschen Kunstschreibern im Frankreich des 18. Jahrhunderts vor. Am Rand des Berichts über das Treffen der Direktoren für kulturelle Angelegenheiten vom 16.9.1967 findet sich der handschriftliche Kommentar unbekannter Herkunft: »Ganz schön harmlos«; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1478.

³² Vgl. Corine DEFRANCE, La culture dans les projets d'union politique de l'Europe (1961–1962), in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 29 (1997) 2, S. 289–302.

³³ Vgl. Jean-Marie PALAYRET, Une université pour l'Europe: les origines de l'Institut universitaire européen de Florence (1948–1976), in: Andrée BACHAUD, Josefina CUESTA, Michel TREBITSCH (Hg.), Les Intellectuels et l'Europe de 1945 à nos jours, Paris 2000, S. 225–242, hier S. 234f. Vgl. auch Jean-Marie PALAYRET, Une Université pour l'Europe. Préhistoire de l'Institut Universitaire Européen de Florence (1948–1976), hg. von der Présidence du Conseil des ministres, Florenz 1996.

³⁴ Vgl. LAPPENKÜPER (Anm. 8), S. 74.

dum vom September 1962 sich hinsichtlich der Zusammenarbeit in Bildungs- und Jugendfragen mit keinem Wort auf dieses Abkommen bezieht, was im deutschen Antwort-Memorandum vom November 1962 angemerkt und geflissentlich korrigiert wird. In Bonn wagten allerdings einige die Vermutung, daß André François-Poncet, Vorsitzender der französischen Delegation im bilateralen Ausschuß, ins Visier von gewissen Pariser Kreisen geraten sei und diese Unterlassung das Ziel verfolge, ihn außen vor zu lassen!³⁵ Wie dem auch sei: Das Abkommen bildete immer noch die rechtliche Grundlage der deutschen und französischen Aktivitäten im jeweiligen Partnerland.

Paris und Bonn waren sich jedoch bewußt, daß die Befugnisse der »Ständigen Gemischten Kommission«, die lediglich Wünsche und Empfehlungen aussprechen konnte, ohne die Umsetzung derselben einzufordern, nicht ausreichten. Daher vertrauten sie es dem Élysée-Vertrag an, diesen Mangel im Kulturbereich durch regelmäßige Treffen der Entscheidungsträger zu beheben.³⁶ Die »Ständige Gemischte Kommission« kam nach der Unterzeichnung des Vertrages weiterhin etwa alle zwei Jahre zusammen (1967 wurde zusätzlich eine sich zweimal im Jahr treffende Arbeitsgruppe gegründet)³⁷ und gab sich im Oktober 1965 sogar neue Unterausschüsse, darunter einen Unterausschuß für den künstlerischen Austausch.³⁸ Im Dezember 1966 waren diese Unterausschüsse noch immer nicht zusammengetreten.³⁹

Trotz allem war die Kultur Gegenstand des Vertrages: An erster Stelle durch die regelmäßigen monatlichen Treffen der beiden Leiter der Kulturabteilungen des jeweiligen Außenministeriums, die neben Bildungs-, Universitäts- und Wissenschaftsangelegenheiten auch für den künstlerischen und literarischen

³⁵ »Gegenstand der Verhandlung war das bekannte französische Memorandum, in dem das Bestehen eines Kulturabkommens völlig ignoriert wird. Herr Sattler gab bekannt, daß in der deutschen Antwortnote auf das Kulturabkommen und die gemischte Kommission Bezug genommen werde. Von Seiten einiger Mitglieder wurde vermutet, daß Herr François-Poncet in Paris nicht mehr überall Anerkennung findet und daß das französische Verhalten möglicherweise damit in Zusammenhang steht. Daraus ist vielleicht auch der französische Wunsch zu erklären, die nächste Sitzung des gemischten Ausschusses nicht, wie ursprünglich geplant, im März, sondern erst im Juni 1963 stattfinden zu lassen«; Anmerkung des Bundesinnenministers vom 19.12.1962; BAK, B 106, Bd. 34564.

³⁶ Vermerk zu den deutsch-französischen Kulturbeziehungen, 28.8.1968; MAE, Relations culturelles, 1960–1968, Bd. 54.

³⁷ Vermerk für den Generalsekretär, 20.1.1967; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1477.

³⁸ Bericht über die 6. Plenarsitzung der Gemischten Deutsch-Französischen Kulturkommission in Paris; PA/AA, B 90–600, Bd. 465. Drei weitere Kommissionen wurden damals gegründet: zur Sicherung der Beziehungen zwischen der Gemischten Kommission und der Hochschulrektorenkonferenz, zu den deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen und zum außeruniversitären Austausch; Vermerk für den Minister, 23.11.1965; MAE, Relations culturelles, 1960–1968, 53.

³⁹ Vermerk für den Staatssekretär, 5.12.1966; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1477.

Austausch verantwortlich waren.⁴⁰ Dann war die Kultur durch die Zusammenarbeit im Bereich des Informationswesens präsent: Über diesen Weg entwickelte sich die Zusammenarbeit in den Domänen Rundfunk, Fernsehen und Film. Der Vertrag von 1963 war der erste Vertrag, der einen Abschnitt über Information enthielt. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich begann etwa ein Jahr vor der Unterzeichnung des Vertrages,⁴¹ das Prinzip einer Kooperation im Informationswesen war bereits bei den deutsch-französischen Beratungen in Bonn im Oktober 1962 festgehalten worden.⁴²

Bereiche der kulturellen Zusammenarbeit

In einem Bericht vom Januar 1964 beklagte Roland de Margerie, französischer Botschafter in Bonn, hinsichtlich der kulturellen Beziehungen:

In Bezug auf die Aktivitäten in Deutschland, die wir verfolgen und intensivieren wollen, bin ich überaus enttäuscht, denn die Mittel, die mir zur Verfügung gestellt werden, sind im Vergleich zu 1963 geringer, nicht etwa größer geworden.

Doch zwei Jahre später, im Februar 1966, sprach er von »glücklichen Entwicklungen in allen Bereichen (kultureller Aktivitäten)«.⁴³ In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre schienen die Diplomaten mit der kulturellen Zusammenarbeit zufrieden zu sein, die vielleicht weniger delikat war als andere Bereiche der deutsch-französischen Kooperation. Nichtsdestotrotz frappt den heutigen Leser des Archivmaterials die Dürftigkeit der offiziellen Berichte über künstlerische Beziehungen: Vier bis fünf Zeilen reichten im allgemeinen aus, um »diverse und verschiedenartige« Veranstaltungen zu belobigen.⁴⁴

Ohne Anspruch auf eine vollständige Bilanz der kulturellen Zusammenarbeit in den Jahren nach der Unterzeichnung des Vertrages läßt sich doch von einem positiven Effekt des Vertrages auf die Zusammenarbeit der Fernseh-

⁴⁰ Die Abteilung für künstlerischen Austausch des Quai d'Orsay unter der Leitung von Philippe Erlanger und die Abteilung IV/6 »Kunst, Film, Rundfunk, Fernsehen« des Auswärtigen Amtes unter der Leitung von Dr. Kramer.

⁴¹ Vermerk der Abteilung über »die deutsch-französische Zusammenarbeit im Bereich Information«, 10.2.1964; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1663.

⁴² Vermerk vom November 1962 über »die deutsch-französischen Unterredungen«, 22./23.10. 1962; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1663.

⁴³ Vgl. ZNIDED-BRAND (Anm. 12), S. 107.

⁴⁴ Vgl. beispielhaft eine Vermerk der DGACT vom 27.1.1966. Auf fünf Seiten widmen sich ganze sechs Zeilen dem künstlerischen Austausch: »Vielfältige künstlerische Veranstaltungen finden statt, die in deutschen und französischen Städten mit immer größerem Interesse aufgenommen werden, gleichwohl es sich um bildende Kunst, um Musik oder Theater handelt. Ein Unterausschuß der Kulturkommission wurde ins Leben gerufen, um diesen Austausch zu intensivieren«; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1477.

und Rundfunkanstalten beider Länder sprechen (und dies trotz der Affäre um die Farbfernsehsysteme PAL und SECAM!): die Zusammenarbeit zwischen ORTF und ARD, Kooperation zwischen den Sendeanstalten der ARD und den Regionalsendern, Beginn eines Programmaustauschs, Sprachkurse im Rundfunk und im Fernsehen (Abkommen über filmischen Austausch von 1965 und Koproduktionsabkommen von 1974).⁴⁵

Der größte Teil des künstlerischen Austauschs zwischen den beiden Ländern vollzog sich am Rande der Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und beruhte zur Freude derselben meist auf Privatinitiativen. 1961 und 1965, als der künstlerische Austausch zum Diskussionsgegenstand der Gemischten Kulturkommission wurde, erklärten sich beide Seiten zufrieden mit der Bilanz, wobei bemerkt wurde, daß das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der französischen Kultur größer sei als umgekehrt.⁴⁶ Es war deutlich, daß kulturelle und künstlerische Veranstaltungen für Paris und Bonn mittlerweile zur Normalität gehörten.⁴⁷ 1965 freute sich die deutsche Seite über die Intensivierung und Diversifizierung deutscher kultureller und künstlerischer Veranstaltungen in Frankreich, besonders in Paris, aber auch in der Provinz, wo der Einfluß auf das Publikum manchmal größer war als in der Hauptstadt mit ihrem überbordenden Kulturangebot.⁴⁸ Aus den deutschen und französischen Berichten der 1960er Jahre geht klar hervor, daß die Veranstaltungen im wesentlichen auf Privatinitiativen zurückgingen, besonders im Bereich der bildenden Künste (die meisten deutschen Museen genossen beträchtliche Subventionen aus den Ländern und Kommunen und verlangten oft nicht einmal finanzielle Beteiligung von französischer Seite für französische Ausstellungen), während die beiden Regierungen am Theater- und Musikbereich mit Subventionen stärker beteiligt waren.⁴⁹ Dem französischen Staat kam bei der Entwicklung dieses Austauschs eine wesentliche Bedeutung zu, weil er durch finanzielle Hilfen die Kooperation in die Wege leitete. So bot die Kulturabteilung des Außenministeriums (DGRC) seine Hilfe an, um »das deutsche Publikum mit unseren Solisten und unseren Chor- und Orchesterforma-

⁴⁵ Die Abkommen über die cinematographischen Beziehungen vom 22.4.1965 und vom 5.12.1974 finden sich in: *Recueil des Traités et Accords de la France*, Paris 1965, Bd. 2, S. 786–794; Paris 1975, Bd. 1, S. 545–551.

⁴⁶ Bericht zur vierten Sitzung der Gemischten deutsch-französischen Kulturkommission, »Austausch auf dem Gebiet der Kunst«, Bonn, 3.5.1961; PA/AA, B 90–600, Bd. 314.

⁴⁷ »Künstlerische und literarische Veranstaltungen der Bundesrepublik Deutschland in Paris Oktober 1963 bis Juni 1965«, Herbst 1965; PA/AA, B 90–600, Bd. 465.

⁴⁸ *Ibid.*

⁴⁹ Vermerk vom 3.9.1968; MAE, Relations culturelles, 1960–1968, Bd. 54. Bericht zur vierten Sitzung der Ständigen Gemischten Deutsch-Französischen Kulturkommission, Bonn, 3.5.1961, PA/AA, B 90–600, Bd. 314.

tionen bekannt zu machen, die dann im allgemeinen um weitere Tourneen gebeten werden«. Außerdem sollte dem Mangel an finanziellen Mitteln abgeholfen werden, da die von deutschen Theaterintendanten angebotenen finanziellen Bedingungen oftmals nicht ausreichten.⁵⁰ Weder der französische noch der deutsche Staat nahmen für sich in Anspruch, Hauptakteure der internationalen Kulturszene zu sein. Sie beabsichtigten vielmehr, die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit herzustellen, die Kooperation anzuregen, zu unterstützen und zu lenken. So schlug im Juni 1967 Basdevant seinem deutschen Amtskollegen vor, hinsichtlich der neuesten Entwicklungen des französischen Kulturlebens seine Gesprächspartner dazu anzuregen, »in stärkerem Ausmaß auf die Kulturinstitute und auf die Opernhäuser in der Provinz zu achten und Ausstellungen für ein sehr großes Publikum zu organisieren«.⁵¹ Präsident Georges Pompidou erklärte bei den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des Vertrages in Gegenwart von Kanzler Willy Brandt:

Es gibt noch viel zu tun in den bilateralen Beziehungen. Es gibt viel Anlaß zu Hoffnungen, wenn unsere Regierungen ihre Vorreiterrolle voll ausspielen und wenn die Verantwortlichen für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Aktivitäten, die einander oft ergänzen, all ihre Möglichkeiten auszuschöpfen wissen.⁵²

Bis in die 1980er Jahre hinein scheinen die deutsche und die französische Regierung bei dieser recht begrenzten Konzeption ihrer Rolle bei den bilateralen Kulturbeziehungen geblieben zu sein, bevor sie sich daran machten, einige größere Kulturprojekte in Angriff zu nehmen.

III. Größere Kulturprojekte bei der deutsch-französischen Zusammenarbeit

Nach einer schwierigen Periode der Zusammenarbeit bekam diese in der Ära Valéry Giscard d'Estaing/Helmut Schmidt neuen Elan. Doch für den Kultur-

⁵⁰ Vermerk vom 3.9.1968; MAE, Relations culturelles, 1960–1968, Bd. 54.

⁵¹ Gemeinsames Protokoll der siebten Sitzung der Interministeriellen Kommission für die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 19./20. Juni 1967; MAE, Europe, RFA, Bd. 1478. Es scheint, daß Basdevant Beachtung geschenkt wurde. In der Sitzung der interministeriellen Kommission für die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 4.3.1969 signalisierte der Vertreter des Kulturministeriums, Robert Boyer, »ein steigendes Interesse unserer Gesprächspartner für unsere Kulturinstitute. Der kulturelle Austausch beginnt sich in diesem dezentralen Rahmen günstig zu entwickeln«; MAE, Europe 1961–1970, RFA, Bd. 1661.

⁵² Vgl. JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 175–177.

bereich kann schwerlich von einer Vertiefung der Kooperation in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre gesprochen werden (sicher müßte hier differenzierter auf die Zusammenarbeit im Bildungs- und Ausbildungsbereich eingegangen werden).⁵³ So zeichnete sich das Jahr 1978 durch das schmerzliche Scheitern der audiovisuellen Zusammenarbeit aus: Ein Programmaustausch zwischen ARD und TF1 war für den 30. Juni vorgesehen, doch führte die unglückliche Wahl des Datums zu Beginn der Ferienzeit und die Mittelmäßigkeit der Programme zu einer katastrophal niedrigen Einschaltquote.⁵⁴ Daher brachte Joseph Rovin die Idee einer vom DFJW inspirierten deutsch-französischen Fernseh- und Rundfunkanstalt ein, um diesem Bereich der Kooperation neue Impulse zu geben, doch das Projekt führte zu keinem Ergebnis.⁵⁵

Den Wendepunkt markierte die deutsch-französische Erklärung zur Kultur vom 6. Februar 1981,⁵⁶ doch brachte sie eher das Scheitern der kulturellen Zusammenarbeit zum Vorschein als einen wirklichen Wiederaufschwung. Zunächst handelte es sich lediglich um eine Erklärung, während das 37. Gipfeltreffen in Paris als erstes Treffen geplant gewesen war, auf dem die kulturelle Zusammenarbeit speziell zur Sprache kommen sollte. Das internationale Tagesgeschehen hatte jedoch die beiden Regierungen gezwungen, dieses Treffen aufzuschieben.⁵⁷ Doch muß nach dem Sinn einer solchen Initiative gefragt werden: Während die französische Regierung gerade ein Kulturabkommen mit der DDR⁵⁸ (das vielleicht Paris und Bonn dazu anspornte, diesen Bereich nicht zu vernachlässigen) unterzeichnet hatte, erweckten die französischen und westdeutschen Verantwortlichen den Eindruck, daß die Kultur trotz mancher Erfolge (Städtepartnerschaften, Jugendbegegnungen etc.) zum Stiefkind in den deutsch-französischen Beziehungen geworden war: Zum einen gab es die fortdauernden Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Sprache und Bildung, zum anderen das Gefühl

⁵³ Aufgrund der in diesen Jahren so zahlreichen Abkommen zu deutsch-französischen Gymnasien und deutsch-französischen bzw. europäischen Sektionen der Einrichtungen des höheren Schulwesens.

⁵⁴ Vgl. Henri MÉNUDIER, *Les mass media en question*, in: *Documents*, (Sondernummer vom November 1978), S. 158–178.

⁵⁵ *Ibid.*

⁵⁶ Vgl. JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 242–244.

⁵⁷ In seinem Artikel in *Le Monde* »Les nouvelles orientations de Washington domineront le sommet franco-allemand« vom 5.2.1982 schrieb Bernard Brigouleix: »Das ursprüngliche Programm dieser Unterredungen gestand der kulturellen Zusammenarbeit Priorität zu, doch die aktuelle Weltlage, besonders die neue Linie der amerikanischen Diplomatie, hat dieses Thema schließlich in den Hintergrund rücken lassen«.

⁵⁸ Der Text dieses Abkommens findet sich in: *Recueil des Traités et Accords de la France*, Bd. 1, Paris 1984, S. 429–438. Vgl. auch Ulrich PFEIL, *Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich, 1949–1990*, Köln 2004, S. 506f.

nicht ausreichender Kenntnisnahme der geistigen, künstlerischen und literarischen Entwicklungen im jeweiligen Partnerland. Etliche vertraten folglich die Auffassung, daß der Élysée-Vertrag im Bereich Kultur nicht all seine Früchte getragen habe.⁵⁹ Die Erklärung widmete sich zwar vor allem dem Sprachunterricht und den Bildungs- und Forschungsangelegenheiten, handelte aber auch von Rundfunk und Fernsehen, von Film und künstlerischer Zusammenarbeit, und die beiden Regierungen versprachen, die Organisation großer künstlerischer Veranstaltungen im jeweiligen Partnerland zu fördern. Durch die Erklärung schienen die beiden Regierungen, eher die Intensivierung als die Institutionalisierung der Verhältnisse zwischen Personen und Organisationen anzustreben. Konkrete Resultate scheint es dabei kaum gegeben zu haben. Erst fünf Jahre später sollte mit dem Frankfurter Gipfeltreffen im Oktober 1986 eine wirkliche »Wiederbelebung« bewerkstelligt werden.⁶⁰

Am Vorabend des Frankfurter Gipfels schien allerdings die Situation für eine solche Wiederbelebung nicht eben günstig. So waren die Vorbereitungstreffen, wie etwa das Forum zu Bildung und Sprache im September 1986 in Paris ohne Enthusiasmus abgewickelt worden. Die französischen und deutschen Pressevertreter schienen sich nichts von dem Gipfel zu erhoffen, wenn sie ihn nicht sogar für überflüssig hielten.⁶¹ Im Bewußtsein dieses für die Beteiligten aus dem Kulturbereich nicht gerade motivierenden Klimas verpflichteten sich beide Regierungen, die Institutionalisierung der kulturellen Kooperation voranzubringen. Zwei der großen Institutionen, die während des

⁵⁹ Vgl. die Ergebnisse des achten deutsch-französischen Kolloquiums in Ludwigsburg im Dezember 1980 und dazu besonders den Artikel Robert PICH, Rüdiger STEPHAN, Fragen zur Weiterentwicklung der deutsch-französischen Kulturbeziehungen, in: Robert Bosch Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (Hg.), Deutsch-Französische Kulturbeziehungen. Bilanz und Vorschläge. Ergebnisse des VIII. Deutsch-Französischen Kolloquiums in Ludwigsburg, Stuttgart, Ludwigsburg 1981, S. 5f.

⁶⁰ Vgl. das deutsch-französische Communiqué zu Kulturfragen vom 28.2.1986 und v.a. die gemeinsame Erklärung zur kulturellen Kooperation vom 28.10.1986, in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 276, 279–283.

⁶¹ Im Zuge einer Art Presseschau schrieb *Le Monde*-Journalist Luc Rosenzweig in seinem Artikel »Une double épreuve de vérité« vom 27.10.1986: »Der *Spiegel* schreibt: »Ein Zirkustreffen«. Die *Zeit* geht noch weiter: »Überflüssig wie ein Kropf« [...] Man kann nicht gerade sagen, daß der nächste deutsch-französische Gipfel jenseits des Rheins Begeisterungstürme auslöst [...], so daß Alfred Grosser heute in der *FAZ* schreiben kann: »die Erwartungen müssen bescheiden bleiben, sonst wird die Enttäuschung unvermeidbar sein« [...] Die Vorbereitungsforen des Frankfurter Gipfels [...] haben nur den toten Punkt gezeigt, an dem wir jetzt angekommen sind.« *Le Monde* schrieb im Leitartikel der Ausgabe vom 30.10.1986 unter dem Titel »Paris – Bonn et la culture«: Von allen Bereichen der im Élysée-Vertrag von 1963 institutionalisierten deutsch-französischen Zusammenarbeit ist sicher die Kultur der enttäuschendste – der einzig wirkliche Mißerfolg des Vertrages, wie einige sogar meinen [...] Diese Einsicht kommt ziemlich spät.«

Gipfels angekündigt wurden,⁶² der Deutsch-Französische Kulturrat und der deutsch-französische Kultursender ARTE, betrafen die kulturellen und audiovisuellen Beziehungen (die dritte Institution war das Deutsch-französische Hochschulkolleg,⁶³ der »Vorgänger« der Deutsch-französischen Hochschule). Die Gründung des Deutsch-Französischen Kulturrats zeugte davon, daß beide Staaten gewillt waren, die Kooperation zwischen den Kulturschaffenden (Künstlern, Schriftstellern, Intellektuellen) zu fördern – freilich ohne sie ihnen aus der Hand zu nehmen. Der Haut-Conseil culturel sollte Persönlichkeiten aus dem Kulturleben beider Länder versammeln und so »dem kulturellen Dialog [...] einen neuen Impuls geben«. Es ist anzumerken, daß das Abkommen zur Gründung des Kulturrats vom 22. Januar 1988 auf deutscher Seite allein von Außenminister Hans-Dietrich Genscher, auf französischer Seite aber von zwei Ministern unterzeichnet wurde, von Außenminister Jean-Bernard Raimond und Kultur- und Kommunikationsminister François Léotard.⁶⁴ Im Falle von ARTE handelt es sich klar um eine »Entscheidung von oben«, da keine wirkliche Kooperationsbereitschaft der französischen und deutschen Fernsehsender bestand, die sich bisweilen sogar dezidiert dagegen aussprachen (wodurch sich teilweise die Schwierigkeiten bei der Entstehung des deutsch-französischen Kanals erklären).⁶⁵ Besonders interessant ist hier, daß der Vertrag über den europäischen Kulturkanal nicht zwischen Paris und Bonn unterzeichnet wurde, sondern zwischen der französischen Regierung (Jack Lang als Kulturminister und Catherine Tasca als Verantwortliche für die Kommunikation im Kulturministerium) und den elf westdeutschen Ländern zuzüglich Berlin.⁶⁶ Am Rande sei bemerkt, daß sich die Unterzeichnung um vier Monate verspätete, weil die Vertreter von ARD und ZDF darauf bestanden, daß die Länder als Inhaber der Rundfunkhoheit zu unterzeichnen hätten.⁶⁷

⁶² Vgl. die gemeinsame Erklärung zur kulturellen Zusammenarbeit vom 28.10.1986, in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 279–283.

⁶³ Vgl. die Vereinbarung zur Gründung des Deutsch-französischen Hochschulkollegs vom 13.11.1987, in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 292–294; vgl. auch Hermann HARDER, Doktor, Doktor. La cotutelle de thèse, instrument de la coopération universitaire internationale et franco-allemande, in: Passerelles et passeurs. Hommages à Gilbert Krebs et Hansgerd Schulte, Asnières 2002, S. 105–122.

⁶⁴ Text des Abkommens in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 300f.

⁶⁵ Vgl. Inge GRÄSSLE, Der Europäische Fernseh-Kulturkanal ARTE. Deutsch-französische Medienpolitik zwischen europäischem Anspruch und nationaler Wirklichkeit, Frankfurt a. M., New York 1995.

⁶⁶ Text des Abkommens in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 374–375. Der kurz vor der Wiedervereinigung unterzeichnete Vertrag wurde am 9.11.1996 von den neuen Bundesländern ratifiziert.

⁶⁷ Vgl. Patrick DEMERIN, Arte, vache sacrée des Français, vache à lait des Allemands, vache folle européenne, in: Le débat, 120 (2002), S. 4–31, hier S. 7.

Kanzler Helmut Kohl gab am Ende nach, und erstmals konnten die Länder einen internationalen Vertrag unterzeichnen.

In den 1990er Jahren setzte sich die Aufmerksamkeit für die kulturelle Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Rheins fort. Den Anfang machte das Gipfeltreffen in Weimar 1997, das sich ausführlich diesen Angelegenheiten widmete⁶⁸ und die Institutionalisierung der Kooperation vorantrieb, wie sich an der Gründung der Deutsch-französischen Hochschule⁶⁹ 1999 und der Deutsch-französischen Filmakademie 2000⁷⁰ ablesen läßt. Weitere Wegmarken waren der Appell des Gipfels von Potsdam im Dezember 1998, sich »mit ganzem Herzen für die Wiederbelebung der Beziehungen« einzusetzen,⁷¹ und die Beteiligung des »Staatsministers beim Bundeskanzler, Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien« seit seiner Einsetzung 1998 an den deutsch-französischen Gipfeltreffen bzw. am deutsch-französischen Ministerrat, wie es seit 2003 heißt.

So blieben die Entwicklungsmöglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit bewahrt, auch wenn die Kultur im engeren Sinne nicht explizit Gegenstand des Élysée-Vertrages war. Die Außenminister, die Verantwortlichen der Kulturabteilungen in den jeweiligen Außenministerien, die Informationsminister und – ganz oben in der Hierarchie – die Staats- und Regierungschefs beider Länder konnten in diesem Bereich Initiativen ergreifen. Die künstlerische, intellektuelle und audiovisuelle Zusammenarbeit kam zwar im Programmteil nicht vor, war aber dennoch im Teil »Organisation« berücksichtigt (für die wissenschaftliche Zusammenarbeit ist es übrigens umgekehrt).

⁶⁸ Vgl. die deutsch-französische Erklärung zur Kooperation in Bildung und Kultur vom 19.9.1997, in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 456–457.

⁶⁹ Vereinbarung zur Gründung einer deutsch-französischen Universität vom 19.9.1997, in: ibid. S. 458–459. Die Vereinbarung trat im September 1999 in Kraft, die Universität wurde im Mai 2000 eröffnet.

⁷⁰ Auf dem 74. deutsch-französischen Gipfel schlug Gerhard Schröder Jacques Chirac die Gründung einer deutsch-französischen Filmakademie vor; vgl. Erklärung Schröders vor der Nationalversammlung am 30.11.1999, in: ibid. S. 490. Diese wurde im Februar 2000 gegründet. Im Mai 2001 wurden im Zusammenhang mit dieser Akademie zwei neue Vereinbarungen zur Koproduktion und zur Finanzierung getroffen, wobei eine selektive bilaterale Finanzhilfe für ko-produzierte Filme abgesprochen wurde. Die beiden Vereinbarungen wurden unterzeichnet von Kulturministerin Catherine Tasca und ihrem deutschen Amtskollegen Julian Nida-Rümelin. Die Vereinbarung zur Koproduktion findet sich im »Journal officiel de la République française« vom 6.3.2002.

⁷¹ Vgl. die Abschlußklärung des Potsdamer Gipfels vom 1.12.1998, in: JARDIN, KIMMEL (Anm. 1), S. 470–472. Zur Aufnahme dieses Appells durch die »Fédération des Associations franco-allemandes« (FAFA) vgl. LALLEMAND (Anm. 2) und (im Anhang) den Antrag an die Regierungsverantwortlichen, der auf ihrem 44. Kongreß 1999 einstimmig angenommen wurde.

Ohne Zweifel kam der Kultur 1963 keine prioritäre Rolle zu. Dies um so weniger, als die französische Regierung auf die deutschen Vorschläge vom November 1962 nicht einging und sich mit dem weiterhin gültigen Kulturabkommen von 1954 begnügte, das für sie die Grundlage für die weitere kulturelle Kooperation war. Weil sie nach ihrer Einschätzung nicht die Hauptakteure der »kulturellen« Zusammenarbeit waren, konnten sich beide Regierungen darauf beschränken, Anstöße zu geben – durch finanzielle Unterstützung oder durch die Unterzeichnung von Abkommen, die die Rahmenbedingungen vorgaben. Erst zwanzig Jahre später beschlossen Paris und Bonn – angesichts der drohenden Marginalisierung der kulturellen Zusammenarbeit gegenüber der enormen Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Kooperation –, der Kultur (nicht nur den Bereichen Bildung und Jugend) eine weit höhere Priorität zuzugestehen. Dazu wurden alle für Kultur zuständigen Instanzen eingespannt: die Außen- und Kulturministerien, Bund und Länder. Seither fördern die Regierungen nicht nur die Zusammenarbeit und regen die Bürgergesellschaften zu mehr Engagement an, sondern handeln auch selbst, wenn es an Kooperationswillen mangelt wie im Fall von ARTE. Trotz dieser positiven Bilanz sei angemerkt, daß die gegenwärtige Umstrukturierung der französischen und deutschen Kulturinstitute im jeweiligen Partnerland von den einen als Rationalisierungs- und Neugestaltungsbestrebung dargestellt, von anderen aber als Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen kritisiert wird. Der Staat scheint mehr als zuvor darauf zu bauen, daß die Zivilgesellschaft bzw. die Körperschaften in Regionen, Ländern und Gemeinden ihre vormaligen Aufgaben übernehmen.

(Übersetzung: Matthias Drebber)

KULTURELLE AKTEURE UND DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT: FORMEN, ZIELE, EINFLUSS

»Deutsch-französische Beziehungen entwickeln sich zunächst vor allem auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet und im Bereich der Kontakte von Mensch zu Mensch, dann allmählich auch zunehmend zwischen den Regierungen, die sich aktiv um Verständigung bemühen«.¹ Die in dieser Einschätzung eines bundesdeutschen Diplomaten vom Juli 1963 zum Ausdruck kommenden Interdependenzen zwischen den verschiedenen Ebenen der transnationalen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich nach 1945/49 fanden lange keinen Eingang in die Historiographie, die sich über Jahrzehnte fast ausschließlich der politisch-diplomatischen Komponente dieses bilateralen Verhältnisses gewidmet und mit dieser Konzentration auf die gouvernementale Ebene »das Untersuchungsobjekt in ganz unzulässiger und unproduktiver Weise« verkürzt hatte.² Obwohl sich seit einiger Zeit sowohl bei der Erforschung der internationalen Beziehungen im allgemeinen³ als auch für den Fall der deutsch-französischen Beziehungen immer stärker die Tendenz abzeichnet, die diplomatiegeschichtliche und gesellschafts- bzw. kulturgeschichtliche Ebene miteinander zu kombinieren, um die Interaktionsformen zwischen gouvernementalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in internationalen Entscheidungs- und Implementationsprozessen herauszuarbeiten, be-

¹ Gedankenskizze für einen Vortrag über die Neuorientierung der politischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nach 1945 [Juli 1963]; PA/AA, B 24, Bd. 473, Bl. 205–220, hier Bl. 210.

² Hans Manfred BOCK, Wiederbeginn und Neuanfang in den deutsch-französischen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen 1949 bis 1950, in: *Lendemains*, 21 (1996) 84, S. 58–66, hier S. 60.

³ Vgl. Wilfried LOTH u.a. (Hg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Ausichten*, München 2000; Ursula LEHMKUHL, *Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 27 (2001) 3, S. 394–423.

stehen bis heute zahlreiche Desiderata auf dem Feld der gesellschaftlichen und kulturellen Akteure.⁴

Ausdruck dieser Forschungslücken scheint es zu sein, daß die Funktionen und Aufgaben der kulturellen und gesellschaftlichen Akteure im (west-) deutsch-französischen Annäherungsprozeß weiterhin nicht eindeutig definiert sind. Während der ehemalige Bundesaußenminister Gerhard Schröder nach der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) bemerkte, daß die Idee zu seiner Schaffung 1962/63 »in der Luft« gelegen habe,⁵ ohne jedoch zu erklären, durch wen die »Luftveränderungen« seit 1945 herbeigeführt worden seien, ist der Élysée-Vertrag für die junge Historikerin Gesa Bluhm ein Beispiel dafür, wie »politisches Vertrauen zwischen zwei Ländern fast aus dem Nichts heraus erfolgreich beschworen wird und die weitere Zukunft beeinflussen konnte [...]. Vertrauen wurde, bevor es überhaupt »von unten« zu wachsen begonnen hatte, durch diesen Akt zur moralischen Ressource aufgebaut und verfestigt.«⁶ Diese gegensätzlichen Positionen werfen die Frage auf, ob der 22. Januar 1963 auf halbem Wege oder noch am Anfang des Aussöhnungsprozesses stand, so wie verschiedene Festredner zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages verlauten ließen.

So gilt es in diesem Beitrag nicht nur zu fragen, wann die Einsicht im Lernprozeß Oberhand gewann, daß das gegenseitige Mißtrauen zwischen beiden Nationen und die immer wieder aufflackernde Feindseligkeit »verderblich war, verderblich für sie selbst, für Europa, für die Welt«, wie es die bundesdeutsche Diplomatie formulierte.⁷ Über die Analyse der personellen, strukturellen und ideellen Verflechtungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Kräften und den kulturpolitischen Akteuren in der Bundesrepublik und in Frankreich gilt es zudem Antworten zu suchen, über welche Zielvorstellungen, Praktiken und Verfahren sie Annäherungs- und Wandlungsprozesse zwischen der (west-)deutschen und französischen Gesellschaft anstießen und mitgestalteten.

⁴ Vgl. Hans Manfred BOCK, Gesellschaftliche Neubegründung interkulturellen Austauschs. Zur Vorgeschichte und Struktur des Deutsch-Französischen Jugendwerks 1949–1963. Einleitung, in: *Lendemains*, 27 (2002) 107/108, S. 139–145.

⁵ Zit. nach Henri MÉNUDIER, *Das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein exemplarischer Beitrag zur Einheit Europas*, Bonn 1991, S. 66.

⁶ Gesa BLUHM, Vertrauensarbeit. Deutsch-französische Beziehungen nach 1945, in: Ute FREVERT (Hg.), *Vertrauen. Historische Annäherung*, Göttingen 2003, S. 365–393, hier S. 372, 377.

⁷ Note der Bundesregierung an die sowjetische Regierung, 29.3.1963; PA/AA, B 24, Bd. 473, Bl. 154.

I. Transnationale Akteure zwischen Staat und Zivilgesellschaft

*Die französische Kulturpolitik in Deutschland nach 1945 zwischen
Säuberung und Umerziehung*

Nach drei Kriegen innerhalb von 80 Jahren und den gerade überwundenen années noires war es die »furchtbare Erinnerung« an die nationalsozialistischen Verbrechen, die eine kollektive Erfahrung, die das deutsch-französische Verhältnis im Jahre 1945 prägte. Auf die andere Erfahrung weist der französische Germanist Edmond Vermeil in seinem Vorwort zu Alfred Grossers Buch »L'Allemagne de l'Occident« hin, nämlich auf den Willen in der französischen Besatzungsverwaltung, die Konstellation, die die deutsche Niederlage mit sich gebracht hatte, für eine Normalisierung der Beziehungen mit dem östlichen Nachbarn zu nutzen.⁸ Dieses Ziel fand in einer differenzierten Kulturpolitik ihren Ausdruck, die Kontrolle und Entnazifizierung mit einer doppelten Bedeutung versah und damit einem Rückfall der Deutschen vorbeugen wollte, wie Corine Defrance anmerkt: »*Strictu sensu* beschreibt Entnazifizierung den repressiven Prozeß der Säuberung oder *Épuration*, gleichzeitig weist sie auf den konstruktiven Prozeß der Umerziehung hin.«⁹ Mit Blick auf die deutsche Jugend kamen aus der Sektion Jeunesse et Sports der französischen Militärregierung, dem späteren Service des Rencontres internationales, schon 1945 Initiativen und finanzielle Mittel für Begegnungsprogramme mit einer bewußt pädagogischen Mission, wie Alfred Grosser berichtete:

Diese Sektion erlaubte ihre materielle Verwirklichung, sie hat ihnen Leben eingehaucht, sie hat privaten Institutionen erlaubt, sich zu entfalten, sie hat zahlreichen französischen Verantwortlichen die Bedeutung einer deutsch-französischen Begegnungsarbeit verständlich gemacht.¹⁰

In einer Zeit, als es noch keine deutsch-französischen Kulturbeziehungen, sondern einzig eine französische Kulturpolitik in Deutschland gab, lag ein weiterer Schwerpunkt der französischen Besatzungspolitik in der eigenen Zo-

⁸ Vgl. allgemein zur französischen Kulturpolitik in Deutschland: Corine DEFANCE, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955*, Straßburg 1994; Stefan ZAUNER, *Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949*, München 1994.

⁹ Corine DEFANCE, *Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit*, in: Kurt HOCHSTUHL (Hg.), *Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000*, Stuttgart 2003 (Werkhefte der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie A Landesarchivdirektion, Heft 18), S. 43–59.

¹⁰ Alfred GROSSER, *L'Allemagne de l'Occident 1945–1952*, préface d'Edmond VERMEIL, Paris 1953, S. 295.

ne auf der Reorganisation von Bildung, Kultur und Forschung. Dies läßt sich an der Neugründung von Orten des institutionalisierten wissenschaftlichen Austausches (Dolmetscherinstitut Germersheim, Verwaltungshochschule Speyer, Institut für Europäische Geschichte, Akademie der Wissenschaften und der Literatur und der Universität in Mainz¹¹) ablesen, die damals zu den Spezifika der französischen Kulturpolitik gehörten und heute etablierter Bestandteil der deutschen Wissenschaftslandschaft sind. In der Nachkriegszeit waren sie als Instrumente der *rééducation* konzipiert und zielten auf die Ausbildung neuer Eliten ab, um den Prozeß der Demilitarisierung, Demokratisierung und »Déprussification« gesellschaftlich und kulturell abzusichern. Nach der Gründung der Bundesrepublik dehnte Frankreich unter Hochkommissar André François-Poncet seine Kulturpolitik über die Grenzen der ehemaligen Besatzungszone aus und baute ein Netz von Instituts Français und ähnlichen offiziellen Einrichtungen auf,¹² die es in die Position versetzen sollten, mit den anderen westlichen Siegermächten im kulturellen Bereich zu konkurrieren.¹³

Aufbau und Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Kommunikationsnetzes in der Bundesrepublik

Zu den Charakteristika der französischen Kulturpolitik in den Nachkriegsjahren gehörte der Einsatz einer hohen Anzahl von Vertretern aus der Zivilgesellschaft und hier besonders aus dem Bildungsbereich (Raymond Schmittlein, Jean Moreau, César Santelli u.a.),¹⁴ die in diesen Jahren zwischen Besatzungs-

¹¹ Vgl. zu weiteren Literaturangaben jetzt: Corine DEFANCE, Mainz in der französischen Kulturpolitik, 1945–1951, in: Mainzer Zeitschrift. Mittelrheinisches Jahrbuch für Archäologie, Kunst und Geschichte, 98 (2003), S. 73–84.

¹² Vgl. Les rapports mensuels d'André François-Poncet, Haut-Commissaire français en Allemagne 1949–1955, hg. von Hans Manfred BOCK, 2 Bde., Paris 1996; Corine DEFANCE, La création du réseau de centres culturels français en Allemagne dans l'immédiat après-guerre, in: Lendemains, 26 (2001) 103/104, S. 83–96; DIES., La Fondation de l'Institut Français et la mise en place du réseau de centres culturels français en Allemagne dans l'immédiat après-guerre, in: Nathalie PRAT, Jean-Pierre OSTERTAG, Institut Français de Mayence 1951 bis 2001. 50 Jahre französische Kultur in Mainz. »... Mayence ist das Tor zu Frankreich, das Tor zu Deutschland...«, Mainz 2001, S. 15–38.

¹³ Vgl. Corine DEFANCE, Les relations universitaires franco-allemandes avant 1963. Impulsions institutionnelles et initiatives privées, in: Lendemains, 27 (2002) 107/108, S. 202–219.

¹⁴ Innerhalb der französischen Administration arbeiteten Germanisten, deren Deutschlandbilder maßgeblich auf die französische Deutschlandpolitik einwirkten; vgl. Corine DEFANCE, Le rôle des germanistes dans la politique universitaire de la France en Allemagne pendant la période d'occupation (1945–1949), in: Lendemains, 26 (2001) 103/104, S. 56–67.

verwaltung, Ministerialbürokratie und Bildungseinrichtungen wechselten. Diese personelle Durchlässigkeit erlaubte eine schnelle Verbreitung des Verständigungsimpulses der ersten Nachkriegsjahre, den die Protagonisten der bilateralen Begegnung und Kommunikation in die geduldige Kleinarbeit der institutionellen und privaten Austauschaktivitäten zwischen beiden Ländern in den 1950er Jahren einbrachten. Zu ihnen gehörte der gebürtige Münchner Joseph Rován (1918–2004), der 1933 nach Frankreich emigriert und im Juli 1944 nach Dachau deportiert worden war. Er kam am 1. Juni 1945 nach Paris zurück und veröffentlichte im Oktober 1945 in der Zeitschrift *Esprit* den Artikel »L'Allemagne de nos mérites«, in dem er von einem moralisch-demokratischen und universalistischen Ansatz ausgehend die französischen Besatzungspolitiker mahnte, »daß Deutschland nicht unter Ungerechtigkeit und Unordnung derselben Natur zu leiden hat wie die, welche Deutschland Frankreich zugefügt hatte [...]. Wir können die Menschenrechte nicht durch einen Gegenrassismus mit umgekehrten Vorzeichen korrigieren, der uns ein Recht auf Rache, auf Blutrache, geben würde«. Er forderte, die Deutschen für die Sache der Demokratie zu gewinnen und wies auf die große Verantwortung der Alliierten hin:¹⁵ »Das Deutschland von morgen wird das Maß unserer Verdienste sein.«¹⁶ Als Vertreter der Erwachsenenbildungsinstitution »Peuple et Culture« stieß er zur Kulturabteilung der französischen Militärregierung bzw. des Hochkommissariats (1947–1951) und kehrte 1954 in die gesellschaftliche Erziehungsarbeit zurück, um eine publizistische Karriere einzuschlagen. Später spielte er eine entscheidende Rolle bei einem der wichtigsten Schrittmacher des sozio-kulturellen Austausches, dem »Bureau International de Liaison et de Documentation« (BILD). Dies war vom Jesuitenpater Jean du Rivau (1903–1970)¹⁷ 1945 in Offenburg ins Leben gerufen worden war und ging mit der »Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit« (GÜZ) eine Zwillingspartnerschaft ein. Beide gründeten noch im August die Zeitschriften »Documents« und »Dokumente«, die als Kommunikationskanäle über den Rhein hinweg konzipiert waren.¹⁸

¹⁵ Vgl. Joseph ROVÁN, *Contes de Dachau*, Paris 1987; DERS., *Mémoires d'un Français qui se souvient d'avoir été Allemand*, Paris 1999, S. 234f.

¹⁶ Vgl. DERS., *Zwei Völker – eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*, München 1986, S. 83–102.

¹⁷ Er hatte ab 1940 im Widerstand gegen die Nationalsozialisten gekämpft und war nach seiner Festnahme 1944 nach Mauthausen und später nach Dachau deportiert worden; vgl. Michel GURVEL, *Le fondateur Jean du Rivau*, in: *Documents*, 45 (1990) 1, S. 125–131.

¹⁸ Vgl. Raïssa MÉZIÈRES, *Documents, revue des questions allemandes et l'idée européenne*, 1945–1949, in: *Bulletin de l'Institut Pierre Renouvin* (Université de Paris I-Panthéon-Sorbonne), 5 (1998), S. 33–50; Henri MÉNUDIER, *La revue Documents et le BILD*, in: *Passerelles et Passeurs* (Hommages à Gilbert Krebs et Hansgerd Schulte), Asnières 2002, S. 233–256.

Rovan fand in Alfred Grosser (geb. 1925 in Frankfurt) einen Mitstreiter, der sich für die deutsch-französische Aussöhnung als Generalsekretär im »Comité français d'échanges avec l'Allemagne nouvelle« engagierte, das 1948 auf Initiative von Emmanuel Mounier (1905–1950), dem Gründer der Zeitschrift *Esprit*, ins Leben gerufen worden war.¹⁹ Das sogenannte »Grosser-Comité« wollte – unabhängig von der französischen Besatzungsmacht in Deutschland und ihren offiziellen Kulturinstitutionen – den Dialog mit der deutschen Gesellschaft auf privater Ebene aufnehmen und gemeinsam mit seinem deutschen Partner, dem im Februar 1949 unter maßgeblicher Einwirkung von Carlo Schmid eröffneten Deutsch-Französischen Institut in Ludwigsburg (DFI),²⁰ zum demokratischen Neuanfang in Deutschland beitragen. Das Engagement seiner Mitglieder für die deutsch-französischen Beziehungen entstand zumeist aus dem Geist ihres Engagements in der Résistance²¹ und dem Willen, den Trägern des Demokratisierungsprozesses in Westdeutschland die Hand zu reichen, damit dort nicht wieder die Fürsprecher nationalistischer Ideen die Oberhand gewannen. Mit den Begegnungsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen bot das Comité im kleinen Maßstab einen vorpolitischen Raum bzw. eine transnationale Öffentlichkeit, »in der Deutungsangebote bezüglich der deutschen und französischen Gesellschaft bzw. ihren Beziehungen zueinander von Intellektuellen artikuliert und gehört werden konnten«.²² Die Zielgruppen des Comité wie auch der oben angeführten Organisationen ging jedoch über den Kreis der kulturellen Elite hinaus, wie Alfred Grosser 1953 in bewußter Abkehr von den gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in der Zwischenkriegszeit betonte:

Die Definition des Wortes »Kultur« muß hingegen bedeutend erweitert werden. Die zeitgenössische französische Kultur, die für Deutschland nützlich sein kann, ist nicht alleine Theater und Literatur, sondern auch die Forschung zu Wirtschaft und Humanismus, die verschiedenen Formen von Jugendarbeit, die Entwicklung der Wahlgeographie und der Soziologie der politischen Parteien sowie die pädagogische Entwicklung der »classes nouvelles«.²³

Mit diesem gewandelten Kulturbegriff, auf den noch zurückzukommen sein wird, entwickelten die genannten Vereinigungen eine öffentlichkeits- und multiplikatorenwirksame Verständigungsstrategie sowie neue zivilgesellschaftliche Kommunikations- und Kontaktstrukturen. Ein Beispiel dafür ist die

¹⁹ Vgl. Alfred GROSSER, *Une vie de Français. Mémoires*, Paris 1997.

²⁰ Vgl. Hans Manfred BOCK (Hg.), *Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des DFI in Ludwigsburg*, Opladen 1998.

²¹ Vgl. GROSSER (Anm. 10), S. 299.

²² Carla ALBRECHT, *Das Comité français d'Échanges avec l'Allemagne nouvelle als Wegbereiter des Deutsch-Französischen Jugendwerkes*, in: *Lendemain*, 27 (2002) 107/108, S. 177–189, hier S. 181.

²³ GROSSER (Anm. 10), S. 297.

am 24. Oktober 1949 gegründete »Deutschen Auslandsgesellschaft« Lübeck, die sich in den 1950er Jahren als Teil der neuen gesellschaftlichen Austauschstrukturen in der Bundesrepublik profilierte und von der gesellschaftlichen Basis her das Beziehungs- und Kommunikationsgeflecht mit den Nachbarländern verdichten half. Ihr Name war Programm, denn sie wollte sowohl im Ausland Interesse für Nachkriegsdeutschland als auch in Deutschland eine neue Art von Interesse für das Ausland wecken:

Man möge nicht vergessen, daß es schwer war, Kontakte wieder herzustellen, die durch die Brutalität der vergangenen Zeit so endgültig zerrissen schienen, Vertrauen wieder aufzubauen, wo das Mißtrauen fast vollständig herrschte, Menschen zu bewegen, zu uns zu kommen und sich der Gefahr auszusetzen, als Kollaborateure mit einem verachteten Volk zu gelten. Wir wollen nicht vergessen, daß in dieser Zeit die Hilfsbereitschaft des Auslandes eines jener beglückenden und auch unsere Absichten stärkenden Momente war, die uns die Zuversicht gaben, daß auch auf dem Gebiet des menschlichen Zusammenlebens allgemein eine Wendung eintreten müßte.²⁴

Ganz diesem Ziel verpflichtet, veröffentlichte die Gesellschaft in ihrer Zeitschrift *Ausblick* (1949–1994) gerade in den ersten Jahren vor allem Reiseberichte und Literaturbesprechungen, die Ausdruck eines neuen transnationalen Bewußtseins mit interkulturellen Wirkungsabsichten waren. Initiator der Gesellschaft war der Lübecker Senator Dr. Georg Kalkbrenner,²⁵ der einen Kreis von Persönlichkeiten des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens in der Hansestadt um sich scharte und in der ersten Ausgabe des *Ausblicks* vom Dezember 1949 die Orientierung seiner Gesellschaft vorgab:

Eines der traurigen Ergebnisse der Hitlerherrschaft war die Isolierung des deutschen Volkes auf fast allen Gebieten des menschlichen Daseins. Es ist eine lebenswichtige Aufgabe, diese Isolierung zu beseitigen. In neuerer Zeit mehren sich die Anzeichen, daß im Auslande die Neigung wächst, uns bei der Lösung dieser Aufgabe entgegenzukommen. Es gilt, solche Anzeichen richtig zu werten und daraus die Folgerungen zu ziehen [...]. Die Gesellschaft soll zunächst einmal ein Zeichen der Bereitschaft und des Willens zur zwischenstaatlichen Verständigung von deutscher Seite aus sein.

Zu diesem Zweck organisierte die »Auslandsgesellschaft« insbesondere für die junge Generation und Multiplikatoren aus dem schulischen Bereich Veranstaltungen, die dem neuen Informationsbedarf dieser Zielgruppe entsprechen sollten.²⁶ Mit dieser Ausrichtung auf die europäischen Integrationsbemühun-

²⁴ Soweit die Zitate nicht eigens gekennzeichnet sind, stammen sie aus: Deutsche Auslandsgesellschaft, Lübeck (Hg.), *Unsere Auslandsarbeit 1949–1964. Ein Bericht*, Lübeck 1964.

²⁵ Vgl. Ahasver von BRANDT, Georg Kalkbrenner †, in: *Hansische Geschichtsblätter*, 75 (1957), S. 1–3.

²⁶ Neben Ausstellungen, Musik- und Theaterveranstaltungen sowie Austauschprogrammen für Lehrer und Jugendliche wurden Geisteswissenschaftler aus den nord- und westeuropäischen Ländern sowie aus Amerika eingeladen. Über Frankreich referierten zwischen 1949 und 1964 insgesamt 34 Wissenschaftler, unter ihnen die Germanisten Maurice Bou-

gen unter abendländischen Vorzeichen stellte sich die »Auslandsgesellschaft« in den Geist der Nachkriegszeit, der in den folgenden Jahren die Grundlage für ihre Anschlußfähigkeit an größere gesellschaftliche Milieus und Bewegungen war und sie in den Kreis der oben genannten sozio-kulturellen Mittlereinrichtungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich führte.

Die geographische Lage der Stadt Lübeck und ihre historische Rolle als »Königin der Hanse« machte die skandinavischen Staaten zu den natürlichen Partnern der »Auslandsgesellschaft«, doch bemühte sie sich von Beginn an genauso intensiv um Frankreich. Bereits im Jahre 1950 suchte sie mit der Teilnahme an der Tagung der Deutsch-Französischen Gesellschaften in Schluchsee den Kontakt zum deutsch-französischen Mittlerrmilieu und fand gleichzeitig Unterstützung bei dem von Adenauer berufenen Generalkonsul bzw. Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland in Paris, Wilhelm Hausenstein (1882–1957).²⁷ Indem die Gesellschaft 1952 eine Gruppe von Lehrern aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu Hospitationen nach Frankreich vermittelte, erwarb sie sich im äußersten Norden der Bundesrepublik den Ruf eines privilegierten Partners für bilaterale Austauschprogramme und arbeitete nach 1963 eng mit dem DFJW zusammen. Früh hatte die französische Regierung die Lübecker »Auslandsgesellschaft« schätzen gelernt und übergab ihr aus Anerkennung eine umfangreiche französische Bibliothek, die sie seit den 1950er Jahren in ihren Räumen in der »Breiten Straße 48« beherbergte.²⁸

Kalkbrenners Grundhaltung,²⁹ jegliche politisch-administrative oder parteipolitische Instrumentalisierung der privaten Verständigungsorganisationen zu verhindern, traf sich mit den Interessen der anderen sozial und kulturell engagierten privaten Mittlerorganisationen. So wurde in den Statuten des im September 1956 gegründeten »Freundschaftskreises Rheinland-Pfalz – Burgund«

cher (»Heimat, Vaterland und Menschheit – oder über Leben und Krankheit der Begriffe«), Claude David (»Literarische Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich«) und der Politologe Alfred Grosser (»Deutsch-französische Beziehungen seit 1945«).

²⁷ Vgl. Georg Kalkbrenner an Wilhelm Hausenstein, 1.8.1951, und die Antwort von Hausenstein, 7.8.1951; PA/AA, Nachlaß Wilhelm Hausenstein, Bd. 23, Bl. 3–5.

²⁸ Darüber hinaus war sie von 1964 bis 1977 in Norddeutschland der offizielle Ansprechpartner für den Einzelschüleraustausch mit Frankreich. Der 1977 gegründete Deutsch-Französische Arbeitskreis machte es sich bis zur Einstellung seiner Aktivitäten im Jahre 2003 zum Ziel, die Verbindungen mit dem Nachbarland zu erweitern, Einblicke zu geben in Geschichte, Kultur und Wirtschaft und die Kenntnis der Sprache zu fördern. Von 1978 bis 1989 führte er in den Sommerferien ein Schüleraustausch-Programm mit der Region Poitou-Charente durch, engagierte sich für die Intensivierung des Französischunterrichts und war am Zustandekommen der Städtepartnerschaft Lübeck – La Rochelle beteiligt.

²⁹ Zum 25. Gründungsjubiläum der Gesellschaft hieß es in der Festbroschüre über ihn: »Politische Absichten lagen ihm bei seinen Bemühungen fern. Er wollte den menschlichen Kontakt und wußte, daß er auf dem kulturellen Gebiet besonders notwendig ist«.

ausdrücklich sein überparteilicher und überkonfessioneller Charakter festgelegt.³⁰ Zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Momentes bemühten sich die Vereinigungen ab 1954, die lokal und regional entstandenen Stützpunkte deutsch-französischen Verkehrs auf Bundesebene zusammenzufassen.³¹ Mit diesen integrativen Bestrebungen um eine gemeinsame Außenvertretung reagierten sie auf die gesteigerten gouvernementalen Aktivitäten und den Abschluß des Deutsch-Französischen Kulturabkommens vom 23. Oktober 1954, das bei ihnen die Sorge erweckt hatte, der bilaterale Gesellschafts- und Kulturaustausch solle nun überwiegend in staatliche Regie genommen werden. So gehörte die Lübecker »Auslandsgesellschaft« neben BILD, GÜZ, DFI, »Grosser-Komitee« u.a. zu den Gründungsmitgliedern des »Arbeitskreises der privaten Institutionen für internationale Begegnung und Bildungsarbeit« (APIBB). Dieser wurde im März 1954 als Dachorganisation privater Mittlerorganisationen gegründet und bemühte sich in den folgenden Jahren besonders um die politisch-öffentliche Anerkennung und die finanzielle Sicherung der Arbeit ihrer Mitglieder.

II. Die Begegnungsarbeit der kulturellen Akteure in der Praxis

Der »erweiterte Kulturbegriff« avant l'heure

Als Teilnehmer an den konstituierenden Treffen des APIBB in Marly-le-Roi (1955) und Ludwigsburg (1957) machte sich die »Auslandsgesellschaft« zu einem Befürworter und Vertreter eines neuartigen Kulturbegriffs, der gleichsam Lernziele und Methoden der organisierten internationalen Begegnungen bestimmen und Vorurteile sowie Mißtrauen abbauen helfen sollte. Diesem Ziel verpflichtet waren auch die westdeutsch-französischen Städtepartnerschaften, die in der Kontinuität des transnationalen Verständigungswillens und

³⁰ Vgl. Generalkonsulat in Lyon an AA, 10.10.1967; PA/AA, B 24, Bd. 607, Bl. 504.

³¹ Zu den Pionieren der dezentralen Austauscharbeit gehört auch das 1957 gegründete »Comité de Liaison Normandie – Basse-Saxe«, dessen treibende Kraft Raymond Adline, Deutschlehrer am Lycée von Deauville, war. Die Tätigkeit des »Comité« erstreckte sich in den Anfangsjahren auf die Gebiete des Jugend- und Erwachsenen austauschs, wobei es alle sozialen Schichten ansprach. Sechsmal im Jahr brachte es eine zweisprachige Publikation mit einer Auflage von ca. 2 500 Exemplaren heraus. Der Erwachsenen austausch wurde fallweise von den Regierungsstellen in Paris, Bonn und Hannover unterstützt; die bundesdeutsche Botschaft in Paris trug einen Teil der Kosten für die Publikation, und für den Jugendaustausch erhielt das »Comité« nach 1963 Mittel vom DFJW; Bundesdeutsche Botschaft in Paris an AA, 23.6.1967; PA/AA, B 24, Bd. 607, Bl. 492ff.

der gesellschaftlich-kulturellen Initiativen zur Überwindung der wechselseitigen Ressentiments aus der Zwischenkriegszeit standen und ab 1950 – wie in der Einleitung dieses Sammelbandes bereits angedeutet – den Anfang zu einer Entwicklung von interkommunalen Verbindungen mit breitenwirksamen Dimensionen darstellten.³² Auch ihre Begegnungsprogramme waren nun nicht mehr auf eine kulturelle Elite beschränkt, sondern bezogen breite Kreise der Bevölkerung aus verschiedenen gesellschaftlichen Tätigkeitsbereichen in ihre Arbeit ein. Kennzeichnend war für den in dieser Austauschform zum Tragen kommenden »erweiterten Kulturbegriff« (ein Ausdruck, der sich erst ab Anfang der 1970er Jahre in den allgemeinen deutschen Sprachgebrauch einbürgerte, aber bereits in den 1950er Jahren der Sache nach existierte), daß weiter gefaßte Manifestationen kulturellen Schaffens in den transnationalen Austausch einbezogen wurden, während die bilateralen Treffen in den 1920er Jahren an der Hochkultur beider Länder orientiert waren. Privat organisierte Austauschbewegungen sollten weiterhin Garantie dafür sein, daß an die Stelle der nationalen »Kulturpropaganda« im jeweils anderen Land, die ein möglichst scharf umrissenes Bild der eigenen und der fremden Identität zu zeichnen sucht, ein inter- und übernationaler Erfahrungsraum eröffnet wurde, in dem mehr die Gemeinsamkeiten als die Unterschiede in den Vordergrund treten. Die Diversifizierung der sozialen Trägergruppen sollte darüber hinaus die Gelegenheit geben, möglichst zahlreiche Realitätsausschnitte des nationalen Lebens in einem Land den Partnern im anderen Land zu vermitteln.

Mit zeitlicher Verzögerung, aber nachweisbar bereits ab Anfang der 1960er Jahre fanden diese Ideen Schritt für Schritt auch Eingang in die konzeptionellen Überlegungen der bundesdeutschen Kulturpolitiker und in die Praxis der Mittlerorganisationen. So bemängelte noch im April 1964 das bundesdeutsche Generalkonsulat in Nancy in seinem Bericht an die Botschaft die fehlende Bereitschaft des Goethe-Instituts vor Ort, sich neuen gesellschaftlichen Gruppen zu öffnen: »Es werden also stereotyp dieselben Menschen angesprochen. Die erwünschte Tiefen- und Breitenwirkung bleibt damit praktisch aus.« Da in den anderen Goethe-Instituten in Frankreich die gleiche Erfahrung gemacht wurde, erschien es der Botschaft unumgänglich, »nach neuen Formen der Arbeit der Goethe-Institute zu suchen. Vor allem sollten breitere Kreise der französischen

³² Hans Manfred BOCK, Europa von unten. Zu den Ursprüngen und Anfängen der deutsch-französischen Gemeindepartnerschaften, in: Annette JÜNEMANN u.a. (Hg.), Gemeindepartnerschaften im Umbruch Europa, Frankfurt a. M. 1994, S. 13–36, hier S. 25; vgl. auch Thomas GRUNERT, Langzeitwirkungen von Städtepartnerschaften, Kehl, Straßburg 1981; Corine DEFRANCE, Les premiers jumelages franco-allemands, 1950–1963, in: *Lendemains*, 21 (1996) 84, S. 83–95; Ulrich PFEIL, Rendsburg – Vierzon – Bitterfeld: Ein Fallbeispiel deutsch-französischer Städtepartnerschaften im Kalten Krieg, in: *Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, 129 (2004), S. 141–161.

Bevölkerung und alle sozialen Schichten angesprochen werden.«³³ Wie eng kulturelle Öffnung und soziale Reichweite zusammenhängen, hatte der neue Direktor des im Oktober 1965 in der »Avenue de Iéna« eröffneten Pariser Goethe-Instituts bereits verstanden, wie aus seinem Halbjahresbericht (1.1. bis 30.6.1966) hervorgeht, den die bundesdeutsche Botschaft in ihrem kulturpolitischen Jahresbericht für 1966 zitierte:

Man muß sich darüber im klaren sein, daß unsere Aufgabe in einem Lande wie Frankreich und im besonderen in einer Stadt wie Paris nicht etwa »Volksbildungsarbeit« oder gar sogenannte »Öffentlichkeitsarbeit« sein kann, sondern daß es sich hier in erster Linie um eine »Offenheitsarbeit« handeln muß: Es geht darum, möglichst verschiedenartige französische Kreise mit dem heutigen Deutschland, seinen Leistungen und seinen Problemen bekanntzumachen, Interesse und Verständnis für Deutschland in seiner augenblicklichen Situation zu erwecken, ich möchte fast sagen, »den Deutschen« wieder glaubwürdig zu machen.³⁴

Eckhard Michels bezeichnet es in diesem Zusammenhang als Glücksfall, daß sich die Eröffnung des Pariser Goethe-Instituts so lange hinausgezögert habe, denn mit der Übergabe der Verantwortung für die Programmgestaltung vom Auswärtigen Amt an die Leiter der örtlichen Goethe-Institute am 23. März 1961 und der nun nicht mehr geltenden Weisungsbefugnis durch die diplomatischen Vertretungen seien durch diesen neuen inhaltlichen Freiraum Programme möglich gewesen, die den »erweiterten Kulturbegriff« bereits in die Praxis umgesetzt hätten, noch bevor dieser während der sozial-liberalen Koalition in die öffentliche Diskussion eingeführt worden sei.³⁵

Die oben zitierte Klage diplomatischer Vertreter in Frankreich belegt jedoch die These, daß sich die kulturellen Neuerungstendenzen nicht nur auf die Mittlerorganisationen beschränkten, sondern auch vor der bundesdeutschen Diplomatie nicht Halt machten. So geht aus dem kulturpolitischen Jahresbericht für 1967 hervor, welcher Wertschätzung sich die Goethe-Institute in Frankreich mittlerweile bei der Botschaft erfreuten:

Dabei enthalten sich die Institute bewußt jeglicher Polemik, ziehen Diskussionsredner verschiedener geistiger und politischer Provenienz hinzu und gewinnen mit dieser Methode langsam aber sicher das Vertrauen von Kreisen, die bislang der Bundesrepublik ablehnend gegenüber standen. Die Leistung der Goethe-Institute, gewisse, sich aus der geistigen und geschichtlichen Situation des Gastlandes ergebende »Tabus« gebrochen und das dem Offiziellen oft anhaftende Odium überwunden zu haben, ist nicht hoch genug zu bewerten.³⁶

³³ Beide Zitate in: Kulturpolitischer Jahresbericht der bundesdeutschen Botschaft in Paris für 1965, 10.6.1966; PA/AA, B 97, Bd. 376, S. 4f.

³⁴ Kulturpolitischer Jahresbericht der bundesdeutschen Botschaft in Paris für 1966, März 1967; PA/AA, B 97, Bd. 376, S. 14.

³⁵ Vgl. Eckhard MICHELS, Vom Glück der verspäteten Arbeitsaufnahme: Die Anfänge des Goethe-Instituts in Paris, in: Lendemains, 26 (2001) 103/104, S. 97–107.

³⁶ Kulturpolitischer Jahresbericht der bundesdeutschen Botschaft in Paris für 1967, 6.3.1968; PA/AA, B 97, Bd. 376, S. 9.

Die Institutionalisierung der Kulturbeziehungen: eine originelle Synthese zwischen staatlicher Kulturpolitik und zivilgesellschaftlichen Akteuren

Es waren die privaten Verständigungsorganisationen und Austauschdienste in der Bundesrepublik und Frankreich, die zwischen 1945 und 1963 eine »Luftveränderung« in den beiden Gesellschaften bewirkt hatten. Sie bewog die Regierungen beider Länder, im Élysée-Vertrag die Gründung des DFJW vorzusehen, das mit der Verabschiedung des Abkommens vom 5. Juli 1963 seine Arbeit aufnahm und sich als binationaler Akteur im Spannungsfeld zwischen politischer Administration und gesellschaftlicher transnationaler Austausch- und Verständigungsarbeit etablierte.³⁷ Das hier skizzierte zivilgesellschaftliche Beziehungsnetz und die von ihm ausgehenden Impulse zur bilateralen Begegnung und Zusammenarbeit verlängerten sich nun in die Institutionsgeschichte des DFJW und brachten eine in allen wesentlichen Aspekten eingeübte Praxis der Begegnung und der punktuellen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Franzosen ein, die durch den neuen institutionellen Rahmen eine Chance der Verbreiterung und Vertiefung dieser zivilgesellschaftlichen Kooperation erhielt.

Die Zusammenführung der älteren verständigungspolitischen Akteure mit den neu auf den Plan tretenden Trägern deutsch-französischer Begegnungsaktivitäten unter dem institutionellen Dach des DFJW vollzog sich in mehreren Schritten und Formen. Die in der Bundesrepublik und in Frankreich für die Arbeit des DFJW zuständigen Ministerien (»ministères de tutelle«) – das Familien- und Jugendministerium auf der einen, das Jugend- und Sportministerium auf der anderen Seite – hielten im Rahmen dieser institutionellen Gegebenheiten zwar die Macht zur Besetzung der wichtigsten Führungsgremien (Generalsekretariat, Kuratorium des DFJW) in den Händen; sie konnten sich jedoch in der Ausübung dieser Macht auf ein vorhandenes Ensemble von verständigungs- und jugendpolitischen Organisationen stützen und sich in der Ausgestaltung der Begegnungsprogramme auf deren Kompetenz und Kreativität verlassen. Auf dieser institutionellen Grundlage vollzog sich ab 1963 der größte Teil der sozio-kulturellen Austauschvorgänge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. In diesem institutionellen Handlungsrahmen und durch die dort wirkenden Akteure wurde die Leitidee des »erweiterten Kulturbegriffs« in immer neuen Anläufen, die von der gesellschaftlichen Entwicklung beider Nationen diktiert wurden, in die Praxis umgesetzt. Die Darstellung einiger Entwicklungslinien in dieser Kooperations- und Förde-

³⁷ Vgl. zu seiner Gründung und Arbeit jetzt: Hans Manfred BOCK (Hg.), *Deutsch-französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003*, Opladen 2003.

rungspraxis, die zumeist experimentell verlief, mag die Entstehung und Eigenart des Modells deutsch-französischer Kulturbeziehungen seit 1963 genauer hervortreten lassen, dessen Prinzipien in den nachfolgenden vierzig Jahren nicht wirklich mehr in Frage gestellt wurden.³⁸

Während der ersten beiden Jahrzehnte der Arbeit des DFJW fügten sich die drei (ministeriellen, institutionellen und organisationellen) Bauelemente in einem längeren Vorgang des Um- und Anbaus zu einer funktionsfähigen Einheit zusammen, die in ihrem Grundriß beständiger blieb, als man es nach den eher schwierigen Anfängen der neuartigen binationalen Kulturinstitution hätte erwarten können.³⁹ Die Dauerhaftigkeit dieser funktionalen Synthese ist ein Indiz dafür, daß alle beteiligten Akteure aus ihr für die Erfüllung ihrer spezifischen Zweckbestimmung Gewinn zogen. Die für die Jugend zuständigen Ministerien beider Länder erhielten im Rahmen dieser Synthese zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten und im jugendverbandlichen Bereich eine Infrastruktur für die materielle Umsetzung des politischen Ziels der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen. Das DFJW erhielt von der öffentlichen Hand die finanziellen Ressourcen und aus dem Bereich der Jugendverbände sowie der bilateralen Verständigungsvereine das personelle Rekrutierungsangebot und die sachliche Kompetenz. Die jugend- und verständigungspolitischen Organisationen in beiden Ländern selbst gewannen im bilateralen Handlungsbereich finanzielle Unterstützung durch den Staat und Reflexions- bzw. Kontaktherstellungschancen durch die zentrale Institution DFJW.

Im Interaktionsfeld der gesellschaftlichen Verbände bedeuteten Élysée-Vertrag und DFJW längerfristig eine Stabilisierung der bilateralen Austauschorganisationen und eine Vervielfachung der im deutsch-französischen Begegnungsverkehr tätigen Organisationen, die ihre internationalen Kontakte ab 1963 um einen deutsch-französischen Schwerpunkt ergänzten. Die älteren privaten Mittlerorganisationen, deren Handschrift besonders die frühesten Richtlinien für die Förderungspraxis des DFJW trugen, waren in dem sich alle zwei Jahre erneuernden Kuratorium des DFJW quantitativ zwar eher schwach vertreten, spielten aber vor allem in der Person hervorragender Sprecher (u.a. Joseph Rovin und Alfred Grosser) in dessen Sitzungen eine reflexive Schrittmacherrolle. Gerade in der Frühgeschichte des DFJW stellten sie jene selbstkritischen Kräfte, die um die pädagogisch und technisch angemessene Planung, Durchführung und Evaluierung der konkreten Austauschmaßnahmen zwischen

³⁸ Teilweise erfolgt eine solche Infragestellung gegenwärtig durch eine deutsch-französische Parlamentarier-Arbeitsgruppe; vgl. deren Ausarbeitung: Bericht der Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, 23. Juni 2004.

³⁹ Vgl. dazu die einschlägigen ersten vier Kapitel in BOCK (Anm. 37), S. 13–122.

jungen Deutschen und Franzosen Sorge trugen. Diese Sorge brachte Alfred Grosser Anfang der 1970er Jahre auf die griffige Formel »Massenwandern statt Nachdenken?«.⁴⁰ Gemeint war damit die Gefahr, daß gerade bei den zahlreich als Antragsteller für die Förderung von Austauschmaßnahmen neu auf den Plan tretenden Verbänden infolge ihrer mangelnden interkulturellen Kompetenz mehr Schaden als Nutzen für die wechselseitige Kenntnis deutscher und französischer Jugendlicher gestiftet wurde. Höhepunkt der entsprechenden internen Kritik war die Tagung aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens des DFJW im Jahre 1968.⁴¹ Es scheint, daß die Reformen des DFJW, die in den Jahren 1974/75 eingeleitet wurden, die Ursachen für diese Kritik teilweise beseitigten; das Problem eines effektiveren und verbesserten transnationalen und interkulturellen Lernens voneinander und miteinander blieb aber ein zentrales Thema, dem sich das DFJW in den 1980er Jahren auf neuen Wegen näherte.⁴² Diese schwierig zu lösende Aufgabe war in den Prämissen des »erweiterten Kulturbegriffs« und in der Erweiterung der gesellschaftlichen Trägergruppen für den transnationalen Austausch angelegt. Die Tatsache, daß die Dachverbände der privaten Austauschdienste, die in Frankreich Ende der 1940er Jahre und in der Bundesrepublik Mitte der 1950er Jahre gegründet worden waren, in den frühen 1970er Jahren ihre Tätigkeit einstellten,⁴³ kann als Hinweis dafür interpretiert werden, daß ihre Zielsetzungen in der DFJW-Synthese aufgehoben zu sein schienen.

Die jugendpolitischen Organisationen, die mit dem »Deutschen Bundesjugendring« (DBJR) und dem »Conseil français des mouvements de jeunesse« über eigene Dachverbände verfügten, waren seit 1963 überwiegend Neuankömmlinge im bilateralen deutsch-französischen Gespräch und wurden anfangs von den älteren Protagonisten dieses Dialogs skeptisch beäugt. Sie hatten den Vorkämpfern der deutsch-französischen Verständigung voraus, daß sie in einem eingeübten Verhältnis zu den Jugendministerien standen, die für die Ingangsetzung der neuen DFJW-Strukturen verantwortlich waren. Aus diesem Sachverhalt erklärt sich die privilegierte Repräsentanz dieser Verbände des Jugendsektors in der Gruppe der nichtgouvernementalen Mitglieder in den

⁴⁰ Vgl. Alfred GROSSER, Versagen die Mittler? Was Deutschland und Frankreich voneinander wissen, in: Robert PICHT u.a. (Hg.), Perspektiven der Frankreichkunde. Ansätze zu einer interdisziplinär orientierten Romanistik, Tübingen 1974, S. 3–9, hier S. 10.

⁴¹ Vgl. Kongreß DFJW, Colloque OFAJ 1968, Paris o. J. (1969).

⁴² Dazu Katja MARMETSCHKE, Krise und Neugestaltung des DFJW in den siebziger Jahren, in: BOCK (Anm. 37), S. 114–116.

⁴³ Das »Comité de coordination des associations d'échanges internationaux« löste sich zu Beginn der siebziger Jahre auf und fusionierte teilweise mit einem neuen Dachverband; der Arbeitskreis der privaten Institutionen existierte bis 2002, verringerte jedoch seine nach innen und außen gerichteten Aktivitäten seit Beginn der siebziger Jahre deutlich.

Kuratorien des DFJW.⁴⁴ Besonders für diese Verbände- und Vereinskategorie wurden schon in der Anfangsphase des DFJW Finanzmittel zur Verfügung gestellt, die zur Ergänzung ihrer administrativen Kapazität um eine deutsch-französische Komponente (in der Regel eine halbe Sekretariatsstelle) dienen sollten. Diese Anschubfinanzierung wurde nicht immer angemessen verwendet, und seit der Reform des DFJW in den frühen 1970er Jahren wurde ein weniger eng gewebtes Netz von pädagogischen Mitarbeitern eingeführt, die bei den gesellschaftlichen Organisationen arbeiten und der Pflicht zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch und zur Rechenschaftslegung unterworfen sind.

Als funktionales Problem erwies es sich schon im ersten Jahrzehnt der binationalen Austauschinstitution, daß sich aus den Hunderten von Vereinigungen in beiden Ländern, die Projekte mit dem DFJW durchführten, ein sehr beständiger Kern von verständigungs- und jugendpolitischen Organisationen herausbildete, der zeitweilig zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel des Zweck- bzw. Interventionshaushalts für sich in Anspruch nahm. Da nur eine begrenzte Zahl der gesellschaftlichen Partnerorganisationen des DFJW die Kapazität und die Kompetenz für die Planung, Durchführung sowie Auswertung bilateraler Austausch- und Begegnungsprogramme hatte und hat, ist dieses Problem nicht wirklich zu lösen, sondern allenfalls mittels aktiver Wachsamkeit gegen Kartellbildungen und »Erbhöfe« in diesem Bereich zu begrenzen. Eine Stichprobe vom Anfang und vom Ende der 1990er Jahre zeigt, daß von den zehn größten Empfängern von DFJW-Fördermitteln für Begegnungsprogramme die Mehrheit in Deutschland wie in Frankreich solche Organisationen waren, die schon seit den 1960er Jahren zu den aktivsten Kooperationspartnern der binationalen Institution gehörten.⁴⁵

Indem die deutschen oder den französischen Amtsinhaber (bzw. deren Mitarbeiter) abwechselnd die Kuratoriumssitzungen leiteten, waren die für das DFJW zuständigen Jugendministerien in der institutionellen Synthese dieser Einrichtung direkt vertreten; indirekt schalteten sie sich durch die Ernennung der jeweils 10 (später 15) Kuratoriumsmitglieder und ihrer Stellvertreter sowie des Generalsekretärs und seines Stellvertreters ein. Im Verhältnis des deut-

⁴⁴ Gemäß Artikel 6 des Abkommens vom 5.7.1963 setzten sich die jeweils zehn Mitglieder aus vier Vertretern der öffentlichen Verwaltung und aus sechs »namhaften Persönlichkeiten und Leitern von Organisationen der freien Jugendarbeit« zusammen. Diese Relation wurde bei den Abänderungen des Abkommens von 1973 und 1983 gewahrt (ab 1983 im Verhältnis sechs zu neun); vgl. die Vertragstexte in Adolf KIMMEL, Pierre JARDIN (Hg.), *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation*, Opladen 2002, S. 485, 489, 492.

⁴⁵ Verzeichnis der 50 wichtigsten Verbands-Partner des DFJW in der Anlage zum Orientierungsbericht 1991 (67. Kuratoriumssitzung) und zum Orientierungsbericht 2000 (85. Kuratoriumssitzung), beide im Archiv des DFJW-Kuratoriums in Paris.

schen und des französischen Ministeriums zu den Organen des DFJW (Kuratorium und Generalsekretär) spiegeln sich unterschiedliche Traditionen der öffentlichen Verwaltungsstruktur in der Weise wider, daß die Verbindung und Interaktion der DFJW-Organen mit den Ministerialbeamten auf der deutschen Seite eher locker, auf der französischen Seite eher stark ist. Das läßt sich z.B. an der Art der Vorbereitung der Kuratoriumssitzungen beobachten, die in Frankreich in der Regel in enger Abstimmung zwischen beiden Akteursgruppen verläuft, in Deutschland hingegen in zwangloser Form. In der alle fünf Jahre fälligen Besetzung der beiden Generalsekretariatsstellen, die abwechselnd von einem Deutschen und einem Franzosen eingenommen werden und deren Stellvertreter aus der jeweils anderen Nation stammen muß, ist anhand der längerfristigen Entwicklung der Institution in beiden Ländern die Regel erkennbar, daß nach einem Regierungswechsel die Neubesetzung dieses Amtes entsprechend der politischen Parteizugehörigkeit des Jugendministers vorgenommen wird. Da gemäß dem juristischen Status des DFJW, der sich an die Stellung der Sonderorganisationen der UNO anlehnt,⁴⁶ der Generalsekretär gegenüber den Jugendministerien nicht weisungsgebunden ist und entsprechend autonom die Institution leitet, spielt die gemeinsame politische Grundüberzeugung eine wichtige Rolle als Klammer zwischen der ministeriellen Ebene und der institutionellen Leitungsebene des Jugendwerks. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn man in der Analyse der Herkunft der bisher neun Generalsekretär-Tandems des DFJW eine sehr starke Prägung derselben durch ihre vorhergehende Tätigkeit in der Ministerialbürokratie (Außen- und Jugendministerium, in Frankreich auch Erziehungsministerium) findet. In der praktischen Arbeit der binationalen Austauschinstitution ist allem Anschein nach die parteipolitische Zugehörigkeit der Generalsekretäre weit weniger ausschlaggebend als ihre persönliche Führungs- und Initiativkraft.

Die institutionelle Eigendynamik des DFJW, die im Generalsekretariat und im Kuratorium ihre Antriebsquellen hat, stellt die dritte Komponente der originellen Synthese dar, die diese Neuschöpfung der transnationalen Kulturpolitik kennzeichnet. Besonders in der Frühgeschichte des DFJW beteuerten nicht nur die Generalsekretäre, daß die neue Institution nicht an die Stelle der bislang von gesellschaftlichen Initiativen getragenen deutsch-französischen Austauscharbeit treten wolle, sondern dies wurde auch schon in den Vorläufigen Richtlinien für die Arbeit des Jugendwerks vom Januar 1964 festgeschrieben. Dort hieß es u.a.:

⁴⁶ Zum internationalen Rechtsstatus des DFJW siehe Irmgard HEINEMANN, *Le Traité franco-allemand du 22 janvier 1963 et sa mise en œuvre sous le général de Gaulle (1963–1969)*, thèse de 3^{ème} cycle, Faculté de droit, Université de Nice 1977, S. 311–331.

Das Jugendwerk wird die auf dem Gebiet der Begegnung und des Austauschs zwischen der deutschen und der französischen Jugend seit dem Jahre 1945 geleistete Arbeit fortsetzen und weiterentwickeln. [...] Das DFJW soll nur ausnahmsweise selbst Träger von Programmen und Maßnahmen sein. Das Jugendwerk hat nicht die Absicht, an die Stelle von Trägern zu treten, die schon in der Jugendarbeit tätig sind.⁴⁷

Die Möglichkeiten und die Versuchung des Generalsekretariats, die Initiative zu Lasten der zivilgesellschaftlichen Träger an sich zu reißen, war gerade im ersten Jahrzehnt der DFJW-Entwicklung aufgrund eines schmalen Personalhaushaltes und einer anfangs komplizierten Führungsstruktur gering.⁴⁸ Überdies waren die Beziehungen zwischen dem Generalsekretariat und den Kuratorien in dieser Zeitspanne in den Grundfragen der praktischen Förderungspolitik besonders konfliktthaltig, beispielsweise in der Frage des politischen oder unpolitischen Zuschnitts der Programme, die vor und nach dem Mai 1968 eine besondere Aktualität erhielt. In der weiteren Entwicklung des DFJW wurde das konfliktbeladene Verhältnis zwischen den (von den zuständigen Ministerien eingesetzten) Generalsekretariaten und den Kuratorien (in denen statutarisch stets eine Mehrheit aus zivilgesellschaftlichen Verbänden und Vereinen gegeben war) zwar abgemildert, tauchte jedoch fallweise immer wieder auf. Das Kuratorium und das Generalsekretariat als institutionelle Kernstrukturen des DFJW konzentrierten ihre Tätigkeit auf die Festlegung der Regularien (»Richtlinien«), die großen Querschnittaufgaben wie interkulturelles Lernen und Erlernen der Partnersprache, sowie auf die Schwerpunktsetzung in der Förderung von Austausch- und Begegnungsprogrammen, die von Verbänden, Vereinen und sonstigen Gruppen im deutsch-französischen Kontext durchgeführt wurden.

Die Richtlinien, für die gemäß Art. 9 des Abkommens über die Gründung des Jugendwerkes das Kuratorium zuständig war, wurden in der Frühgeschichte des DFJW mehrmals verändert; sie fixierten den Jugendbegriff auf die Altersgrenze bis zum 30. Lebensjahr, gliederten die Programmbereiche und schrieben das »Zentralstellenprinzip« auf Förderungsmittel für Antragsteller fest. Nach schwierigen Anfängen und eingestandenen Fehlstarts im Bereich des interkulturellen Lernens⁴⁹ beschritt das Jugendwerk hier in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre den Weg der Kooperation der Praktiker des Jugendaustauschs mit universitären Vertretern der Bildungssoziologie und der

⁴⁷ Vorläufige Richtlinien des DFJW in: Deutsche Jugend, 1964, Heft 2, S. 89–93.

⁴⁸ Vgl. zur Funktion der beiden nationalen Direktionen in der Führungsebene unterhalb des Generalsekretariats u.a. Georg Walther HEYER, Das deutsch-französische Jugendwerk. Ziele, Möglichkeiten, Erfahrungen, Freudenstadt 1969.

⁴⁹ Vgl. den Versuch zur Synthese in Andreas THIMMEL, Pädagogik der internationalen Jugendarbeit. Geschichte, Praxis, Konzepte des Interkulturellen Lernens, Schwalbach am Taunus 2001, S. 169–199.

Erziehungswissenschaften, der trotz anfänglicher Theorie-Praxis-Kontroversen später fortgesetzt wurde und zu einer größeren Zahl viel beachteter Studien zu den Problemen transnationalen Lernens führte.⁵⁰ Im Bereich des Erlernens der Partnersprache, dem anderen zentralen Aufgabenfeld mit unmittelbarer Praxisrelevanz in der deutsch-französischen Jugendbegegnung, nahm sich das Jugendwerk vorzugsweise des Terrains des außerschulischen Fremdsprachenunterrichts an. Hier stellte sich eine dauerhafte Zusammenarbeit der Praxisvertreter mit der seit den 1970er Jahren expandierenden universitären Linguistik und Sprachlehrforschung nicht her; es entstanden aber aus dem Zusammenwirken des DFJW-Sprachenreferats und einer größeren Zahl von Berufsfeldvertretern praktisch hilfreiche Sprachglossare, deren Gebrauchswert weit über den Gruppenbegegnungszweck hinausreicht.⁵¹

In der Programmgestaltung für die Förderung und Strukturierung der vielfältigen Begegnungsaktivitäten, die von den öffentlichen oder den privaten Trägerorganisationen beantragt wurden, liegt zweifellos das stärkste Steuerungsinstrument, über das die Führungsgremien des DFJW verfügen. In der langfristigen Entwicklung dieser Gestaltungsfunktion durch das Kuratorium und das Generalsekretariat sind mindestens zwei Trends zu erkennen: Eine große Beweglichkeit der Programmtypen, ein Neuauftauchen und ein Verschwinden von Begegnungskategorien im deutsch-französischen Jugendaustausch und eine kontinuierlich wachsende Zahl von Programmtypen, die nicht von den Trägerorganisationen bzw. -institutionen kreiert, sondern von den Führungsgremien des DFJW selbst definiert und lanciert wurden. An die Stelle der Programmgruppe »Gemeinsame Kinder-, Jugend-, Familienerholung und Familienaustausch« z.B., die in den Anfängen des DFJW im Rahmen des Einzelaustauschs noch eine nicht unbedeutende Rolle spielte, traten verstärkt seit den 1980er Jahren andere Programmschwerpunkte, die im Zusammenhang mit der neuartigen Situation der damaligen Jugend in beiden Ländern standen (Jugendarbeitslosigkeit, Drogensucht, AIDS-Prävention). Mit diesen neuen Programmgruppen dehnte das DFJW den »erweiterten Kulturbegriff« am weitesten aus zur gemeinsamen, gleichsam sozialpädagogischen Bearbeitung brennender kollektiver Probleme der Jugendlichen in beiden Ländern; es ging damit an die Grenze der allgemein akzeptierten Auffassung von Kultur, die durch den Siegeszug massenkultureller Phänomene allerdings selbst in Bewegung geriet. Dabei ist in der Programmgestaltungsfunktion der DFJW-Steuerungsgremien in der Langfristperspektive erkennbar, daß neue Programmcluster zunehmend aus seiner eigenen Initiative hervorgingen; dies ist eine Entwicklung, die in deutlichem Kontrast zur Praxis des ersten Jahr-

⁵⁰ Vgl. dazu die Bibliographie in BOCK (Anm. 37), S. 330f.

⁵¹ Vgl. *ibid.* S. 332f.

zehnts steht. Offensichtlich wird dies in einigen Programmschwerpunkten, die sich seit den 1980er Jahren sehr dynamisch ausweiteten.⁵² Das Drittländer-Programm, das statutarisch lange Zeit auf 5 % der durchgeführten Maßnahmen begrenzt blieb, wurde 1989 auch auf Nicht-EG-Länder ausgeweitet, und das DFJW übernahm ab der Wende von 1989/90 zahlreiche selbstgenerierte und durch Sonderfonds finanzierte jugendpolitische Missionen in den ost- und mitteleuropäischen Ländern.

Im Umfang nicht vergleichbar und intern durchaus umstritten ist das Förderungsprogramm für junge Künstler, das bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre auf Verbandsebene keine Fürsprache fand, dann aber aus der Referatsebene des DFJW heraus lanciert und erfolgreich durchgeführt wurde. Auch in diesem Tätigkeitsbereich stellte sich regelmäßig die Frage nach der Dehnbarkeit des Kulturbegriffs, und zwar in diesem Fall nach seiner Offenheit zur Hochkultur. Die feststellbare verstärkte Programmdefinition durch Eigeninitiative des DFJW steht zumindest teilweise im ursächlichen Zusammenhang mit der weithin konstatierten und beklagten Veränderung der in der Jugendwerksarbeit beteiligten Verbände und Vereine, in denen mit der Schwächung des Elements des freiwilligen und unentgeltlichen Engagements der Mitglieder die wesentliche Antriebskraft für ihre transnationale Verständigungsarbeit zu schwinden scheint.

Die Wirkung des Élysée-Vertrages und des DFJW auf die bilateralen Gesellschafts- und Kulturbeziehungen sind quantitativ unbestreitbar positiv, qualitativ in jedem Fall konstruktiv – wenngleich schwieriger zu messen. Für den erstgenannten Aspekt, die quantitative Ausweitung, sprechen die Zahlen für sich selbst. Bereits in den ersten vier Jahren wurden 1 080 540 Jugendliche im Rahmen von 28 151 Begegnungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich zusammengeführt;⁵³ für die vorausgehende Zeitspanne von 1945 bis 1963 waren rund 200 000 junge Franzosen im Rahmen organisierten Austauschs nach Deutschland gekommen, allein in den Jahren 1963 bis 1967 waren es dann schon 506 917.⁵⁴ In den 40 Jahren seiner Tätigkeit förderte das DFJW die Begegnung von 7,2 Millionen jungen Franzosen und Deutschen in rund 235 000 Programmen. In qualitativer Hinsicht entstand in der Folge der Gründung dieser ersten binationalen Institution des Kulturaustauschs zwischen Deutschland und Frankreich im Zeichen eines »erweiterten Kulturbegriffs«

⁵² Zu den Drittländerprogrammen und zu den Künstlerprogrammen, auf die im folgenden Bezug genommen wird, vgl. die einschlägigen Beiträge von Carla ALBRECHT und Anne-Kathrin AUEL in: BOCK (Anm. 37), S. 287–301 und S. 267–286.

⁵³ Tätigkeitsbericht des DFJW 1963–1968, Bad Honnef, Paris 1969, S. 10, 23.

⁵⁴ Diese Zahlen in: Untersuchung über den zahlenmäßigen Stand und die Art des deutsch-französischen Jugendaustauschs vor Gründung des DFJW. Aufenthalt junger Franzosen in Deutschland, ungedrucktes Ms. (13 S.) im Kuratoriums-Archiv des DFJW in Paris.

und der Demokratisierung der Gruppenteilhabe am transnationalen Austausch eine überaus originelle Austauschpraxis, die von ministeriellen, eigeninstitutionellen und verbandlichen Akteuren gestaltet wird und in der die Selbstkritik immer einen Impuls der Erneuerung darstellte. In Zukunft werden die Parlamente beider Länder bei den Beratungen über die Neugestaltung des DFJW daher gut beraten sein, wenn sie die Originalität dieser zukunftsfähigen institutionellen Synthese zur Kenntnis nehmen und respektieren.

IV. DER ÉLYSÉE-VERTRAG UND DIE
DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN
AUS HEUTIGER SICHT

ROBERT FRANK

DER ÉLYSÉE-VERTRAG: EIN DEUTSCH-FRANZÖSISCHER ERINNERUNGORT?

Nachdem in den vorangegangenen Beiträgen die verschiedenen Aspekte des Élysée-Vertrages analysiert worden sind, stellt sich nun die Frage, welchen Platz der Vertrag in der Erinnerung der Franzosen, der Deutschen und der Europäer einnimmt. Bis 1963 hatten Frankreich und Deutschland eine *gemeinsame Geschichte*, die jedoch nicht notwendigerweise zu einer *gemeinsamen Erinnerung* führte. In der Folge der verschiedenen Kriege besaßen die beiden Länder eine gemeinsame Geschichte, die sich zwischen sie gestellt und belastet hatte. Siege auf der einen, Niederlagen auf der anderen Seite erschwerten es Franzosen und Deutschen, eine gemeinsame Erinnerung zu besitzen. Es ist schwierig, eine geteilte Erinnerung von wechselseitigen Blutbädern zu haben. Die kollektive Erinnerung ist an eine kollektive Identität gebunden, die auf dem Gefühl beruht, einer Gemeinschaft anzugehören. Nun beruht dieses Zusammengehörigkeitsgefühl aber auf Gefühlen, Liebe, Tod, Blut und Tränen; und die Gemeinschaft, mit der sich das Individuum am stärksten identifiziert, ist die Nation, sieht man einmal von privaten Gemeinschaften wie der Familie ab. So bleibt die Nation die bedeutendste öffentliche Erinnerung, und es scheint, daß für eine binationale Erinnerung wenig Platz zur Verfügung steht, weil sie nicht in der Lage ist, geteilte Gefühle und eine gemeinsame Erinnerung hervorzubringen. Dies gilt um so mehr für Nationen, die sich regelmäßig in Kriegen gegenüberstanden.

Sicherlich folgt auf Krieg Frieden, und Frankreich und Deutschland weisen eine gemeinsame Friedensgeschichte auf. Doch war es schwierig, darauf eine gemeinsame Erinnerung aufzubauen, denn nach 1871 blieb der Frieden für Frankreich schmerzhaft, während er Deutschland den Sieg und die Einheit brachte, und nach 1918/19 wollte Deutschland den Frieden nicht anerkennen, nicht zuletzt weil er Frankreich begünstigte. Der Frieden war eben nur das Ende der Kriegshandlungen bzw. der Beginn einer Zwischenkriegsphase; das Bemühen um Annäherung und Versöhnung gab es bis zur Ära Briand-Stresemann (1925–1929) nicht. Diese wenigen Jahre reichten jedoch nicht aus, um eine tiefe und dauerhafte Erinnerung in den nationalen Erinnerungslandschaften zu verankern und eine binationale Erinnerung an den Frieden aufzubauen.

Die Situation hat sich mittlerweile zweifellos geändert, seit der Frieden zwischen beiden Ländern nicht mehr nur ein Waffenstillstand zwischen zwei

Kriegen darstellt, seit er auf beiden Seiten des Rheins mit dem Willen verbunden ist, eine gemeinsame Zukunft zu gestalten, einen Rahmen für eine Schicksalsgemeinschaft und einen Grundstein für die Europäische Integration zu schaffen. Für diese Veränderungen war der Vertrag von 1963 sicherlich unentbehrlich. War er aber auch ein »Erinnerungsort« im Sinne von Pierre Nora, ein Ort, in dem sich die »Erinnerung kristallisiert und Zuflucht sucht«?¹ Um auf diese Frage eine Antwort zu geben, wollen wir einen Blick auf die Definition werfen, die der Urheber dieser Formel vorschlägt:

Ein Erinnerungsort ist eine materielle oder immaterielle Bedeutungseinheit, die durch menschlichen Willen oder mit der Zeit zu einem symbolischen Element des Erinnerungserbes einer Gemeinschaft [in diesem Fall der französischen Nation; R.F.] geworden ist.²

Ist der Vertrag von 1963 »zu einem symbolischen Element des Erinnerungserbes« einer deutsch-französischen Gemeinschaft geworden? Hat die Zeit die Wunden geheilt, um eine solche Gemeinschaft zu schaffen und aus dem Vertrag eines ihrer Symbole zu machen? Gibt es den Willen, um aus ihm einen Erinnerungsort werden zu lassen? Hat sich also ein binationaler Wirkungsprozeß um diesen Vertrag herum in Gang gesetzt, der sowohl 1950 als auch 1963 noch unmöglich erschien?

Infolge der Wirkungskraft und der herausragenden Stellung der nationalen Erinnerungslandschaften gab es in den 20 Jahren nach der Vertragsunterzeichnung keinen Platz für eine binationale Erinnerung oder einen binationalen Erinnerungsort. Es bedurfte erst der Zeit und dem politischen Willen der Regierungen, damit sich die Situation in den 1980er Jahren änderte. Wirkungsvolle Symbole und manche Mythen wurden geschaffen, um den symbolischen Gebrauch der deutsch-französischen Vergangenheit zu modifizieren.

I. Die Wirkungskraft der Zeit: von der Gewohnheit bis zur Erinnerung

Kann ein Datum (22. Januar 1963) ein Erinnerungsort werden? Dazu bedarf es bestimmter Bedingungen: die Wirkungskraft der Zeit und einer plausiblen Übereinstimmung zwischen der Vergangenheit, dem Erinnerungsobjekt und der Gegenwart, die diese Erinnerung aktiviert oder reaktiviert. In diesem Fall ermöglicht die verstreichende Zeit, daß ein Wille zur Erinnerung einsetzen kann. Der 14. Juli ist ein gutes Beispiel für solch einen Prozeß: Er wurde erst im Jahre 1880 zu einem wirklichen Erinnerungsort, als die wiedergeborene

¹ Pierre NORA (Hg.), *Les lieux de mémoire*, Bd. 1: *La République*, Paris 1984, S. XVI.

² DERS., *From lieux de mémoire to realms of memory*, in: DERS., Lawrence KRITZMAN (Hg.), *Realms of Memory: Rethinking the French Past*, Bd. 1: *Conflicts and divisions*, New York, Chichester 1996, S. XVII.

Republik sich gefestigt hatte und diesen Tag zu ihrem Nationalfeiertag machte.

Von Beginn an stellten sich die Grundbedingungen für die Erinnerung an den Élysée-Vertrag jedoch schwierig dar. Die oben beschriebene Beziehung zwischen feierlich begangener Vergangenheit und feierlich zu begehender Gegenwart gestaltete sich besonders in den ersten Jahren nach der Vertragsunterzeichnung konfliktreich, so daß die ersten Geburtstage in beiden Ländern nicht zum Anlaß für Feierlichkeiten genommen wurden. Die Gründe sind naheliegend, und die verschiedenen Beiträge in diesem Sammelband beleuchten sie aus unterschiedlichen Perspektiven: In vielerlei Hinsicht war der Vertrag ein improvisiertes Gebilde, der Ausdruck eines doppelten Mißerfolges und der Prolog zu einer paradoxen Situation. Er bildete zum einen eine Art von Kompensation für den durchgefallenen »Plan Fouchet«. De Gaulle versuchte zwischen Frankreich und Deutschland Beziehungen in bilateraler Form auf die Beine zu stellen, die ihm im multilateralen Rahmen der Europäischen Gemeinschaft (EG) versagt worden waren. Da der Vertrag folglich nur eine Notlösung war, war es offensichtlich nicht ganz einfach, aus ihm ein Objekt der Erinnerung zu machen. Bleibt aber die Frage, ob ein Ersatzmittel würdig genug sein kann, um feierlich begangen zu werden?

Zum anderen erschwerte die transatlantische Ausrichtung der Präambel, die der Bundestag wenige Monate später hinzufügte, die Ausgangslage. Der enttäuschte General bemerkte in seinem legendär gewordenen Urteil, daß die Verträge wie Rosen und junge Mädchen seien und nur kurze Zeit Bestand hätten. Der Rückzug von Konrad Adenauer und die Ernennung des »Atlantikers« Ludwig Erhard zu seinem Nachfolger sind Ereignisse, die den zweiten Mißerfolg bekräftigten, jenen vom Geist des 22. Januars. Aus allen diesen Vorkommnissen resultierte ein großes Paradox: Der Vertrag von 1963 leitete eine Periode ein, die von sehr schlechten Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geprägt war. Die äußeren Umstände begünstigten folglich wenig den Hang zu Feierlichkeiten, die einzig einen deutsch-französischen Mißerfolg hätten konstatieren können, der selbst aus dem Scheitern europäischer Einigungspläne hervorgegangen war.

Zum ersten Geburtstag im Januar 1964 erwähnte die französische Presse den Vertrag nur im Zusammenhang mit dem Befremden des bundesdeutschen Außenministers, der sich über die offizielle Anerkennung der Volksrepublik China durch Frankreich erstaunt zeigte, weil diese Entscheidung mit der Bundesrepublik nicht abgesprochen gewesen sei, so wie es der ein Jahr zuvor unterzeichnete Vertrag für solche Fälle eigentlich vorsah. Das Zusammentreffen von de Gaulle und Erhard im Jahre 1965 gab Anlaß zu der Hoffnung, daß sich das Klima zwischen beiden Ländern wieder verbessern könnte. Doch bereits 1966 trübte sich diese Zuversicht wieder ein, denn der Geburtstag fiel mit der Konferenz von Luxemburg zusammen, auf der eine Lösung für die »Krise des

leeren Stuhls« gesucht werden sollte, die von Frankreich ausgelöst worden war. Die verabschiedete EntschlieÙung erlaubte zwar einen Ausweg aus der verfahrenen Situation, doch konnte sie nicht über die Enttäuschung auf deutscher Seite über die französische Haltung hinwegtäuschen. Im Januar 1968 sprach die französische Presse mehr über den Vietnamkrieg und die Tet-Offensive als über den fünften Geburtstag des Vertrages. Nichtsdestotrotz erschienen einige aufschlußreiche Artikel, die sich mit dem Zustand der deutsch-französischen Beziehungen beschäftigten. P.-T. Franceschini bediente sich des blumigen Bildes von de Gaulle, um die Erfolge und Mißerfolge abzuwägen:

Der im Élysée-Vertrag genährte französische Traum von einer »gemeinsamen Politik« lebte nur so kurz wie die Rosen. Die durch den Vertrag von 1963 eingeleitete institutionalisierte Kooperation bewies jedoch, daß sie dem Vertrag eine Langlebigkeit verleihen konnte.³

Zudem wird in dem Artikel auf die Erfolge hingewiesen, die sich aus der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes für den Jugendaustausch zwischen beiden Ländern ergeben hatten. Weiterhin wird die »unumkehrbare« Dimension der Zusammenarbeit hervorgehoben, die sich aus den – nicht immer gut vorbereiteten – deutsch-französischen Gipfelgesprächen ergeben habe. Sie hätten für die beiden Regierungen einen Rahmen und eine Arbeitsatmosphäre geschaffen, auf der aufgebaut werden könne.

II. Ein politischer Wille?

Es bedurfte des Rücktritts von de Gaulle, immerhin einer der beiden Unterzeichner des Vertrages, um dem Vertrag neues Leben einzuhauchen. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten verbesserten sich in der Zeit Pompidou/Brandt, nicht zuletzt deshalb, weil ersterer den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft akzeptierte, den die Bundesrepublik seit längerem gefordert, den de Gaulle jedoch immer abgelehnt hatte. Die deutsch-französischen Gipfeltreffen wurden zu einem nützlichen Element der Europäischen Integration, da die eingeübten Arbeitssitzungen nun auch zu Ergebnissen führten. Nachdem auf der Haager Konferenz im Dezember 1969 beschlossen worden war, einen Stufenplan für die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion auszuarbeiten und dieser in Form des sogenannten »Werner-Plans« im Oktober 1970 vorgelegt worden war, einigten sich der französische Staatspräsident und der Bundeskanzler zum achten Geburtstag des Élysée-

³ P.-T. FRANCESCHINI, Cinq ans de traité franco-allemand. Une coopération irréversible, in: *Le Monde*, 21./22. Januar 1968.

Vertrages auf einen Kompromiß, der diesen nach dem luxemburgischen Ministerpräsidenten Pierre Werner genannten Plan zwar abschwächte, ihm jedoch die Möglichkeit zur Weiterentwicklung einräumte. Im Bezug auf den eventuellen Beitritt Großbritanniens und die Zukunft Europas wies Georges Pompidou auf die vorteilhafte Wirkung der Zeit hin und brachte seinen Wunsch zum Ausdruck, daß keine Sentimentalitäten mehr die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft und auch zwischen Frankreich und der Bundesrepublik dominieren würden. Um diese Vorstellung besser zu illustrieren, zitierte er den französischen Dichter Arthur Rimbaud:

Ah! que le temps vienne
Où les cœurs s'éprennent.

Ah! Möge die Zeit kommen
In der sich die Herzen verlieben.

Es handelte sich hier zweifellos um ein erstes Zeichen des Versuchs, einen Erinnerungsort aufzubauen, einen Raum, dem die Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gelingt. Der neunte Geburtstag im Januar 1972 wurde zum Anlaß für die Unterzeichnung des Vertrages über die Erweiterung Europas genommen, mit dem der Beitritt Großbritanniens zur EG besiegelt wurde. Zum zehnten Geburtstag 1973 verliehen Pompidou und Brandt ihren feierlichen Ansprachen besondere Wärme. Der französische Präsident erinnerte an die wesentliche Funktion einer gelungenen Gedenkfeier, die der Zukunft zugewandt sein müsse, ob es sich nun um die Europäische Integration im Westen oder die Öffnung gegenüber dem Osten und der Entspannungspolitik handele:

Es bleibt zu hoffen, daß dieser Geburtstag nicht nur feierlich an die Vergangenheit erinnern will, sondern zu einem neuen Markstein unserer Zusammenarbeit, unseres Beitrages zur Europäischen Union, unserer Bemühungen um einen dauerhaften Frieden auf unserem gesamten Kontinent wird.⁴

Nun begann die Zeit, in der der Vertrag zunehmend mystifiziert wurde, wie die Überschrift eines Artikels von Maurice Delarue in *Le Monde* vom 21./22. Januar 1973 belegt: »Die Versöhnung von Galliern und Germanen«. Zum gleichen Zeitpunkt entwickelte sich der erste Mythos: Alles habe mit de Gaulle und Adenauer begonnen. Mit dieser Interpretation wurde jedoch die Wende von 1950 vergessen, die mit der Annäherung zwischen Adenauer und Schuman verbunden ist.

Der zweite Mythos besteht darin, daß in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern seit 1963 alles zum Besten steht, was die Ära de Gaulle-Erhard vergessen macht. Es ist wohl bekannt, daß das Vergessen integraler Teil der Erinnerung ist, daß Mythen notwendig sind, um eine solide kollektive Er-

⁴ Willkommensansprache von Georges Pompidou aus Anlaß des Besuches von Willy Brandt im Élysée-Palast am 22. Januar 1973.

innerung zu schaffen und daß der Prozeß der Mystifikation durch eine gezielte Auswahl der Erinnerungen begleitet wird. Es gilt jene auszulesen, die den meisten Sinn geben und die am stärksten zur Konstruktion von Symbolen beitragen.

Aus französischer Sicht ist Charles de Gaulle als Symbol der deutsch-französischen Versöhnung naturgemäß stärker als Robert Schuman, weil er der »Held« war, der sich dem nationalsozialistischen Deutschland widersetzt hatte. Seine Vergangenheit als Chef der Résistance gab der Versöhnung nur noch weitere symbolische Kraft, doch bedurfte es der Zeit in diesem symbolbildenden Prozeß. Und diese Zeit war nach dem Rücktritt und dem Tod des Generals um so mehr gekommen, als sich die »leere Hülle« des Vertrages nach der konfliktreichen Periode zwischen 1963 und 1969 in der Ära Pompidou/Brandt langsam zu füllen begann. Wir können hier nun eine interessante Zeitenfolge beobachten: Zum einen trat der Zeitfaktor wieder auf den Plan, denn es bedurfte einer angemessenen Zeitdauer, damit sich die Erinnerung verwurzeln konnte. Dieser Prozeß wurde durch das Ableben de Gaulles und den Beginn seiner »Heroisierung« erleichtert. Zum anderen mußte die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen symbolisch unterfüttert werden, damit die Geschichte des Vertrages einen Platz in der Erinnerung findet. Aus diesem Grund konnte der Vertrag erst nach dem Tod des Helden Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft schaffen.

In der Ära Giscard/Schmidt entwickelte sich die deutsch-französische Zusammenarbeit auf beachtliche Weise und spielte eine entscheidende Rolle bei den Fortschritten der Europäischen Integration. Es ließe sich folglich vermuten, daß dieser Periode bei der Verwandlung des Vertrages von 1963 in einen Erinnerungsort eine bedeutende Funktion zukam. Wenn auch der Vertrag zu einem wirklichen deutsch-französischen Entscheidungs- und Initiativrahmen für das Zusammenwachsen Europas (Europäischer Rat, Europäisches Währungssystem, Direktwahl zum Europaparlament) avancierte, so wurden seine Geburtstage jedoch nicht eigens mit Glanz und Gloria begangen. Viel mehr waren die deutsch-französischen Gipfeltreffen von einer arbeitsamen Atmosphäre geprägt, die wenig Platz für feierlichen Pomp ließ. Valéry Giscard d'Estaing, der von sich das Bild eines Modernisierers zu pflegen beliebte, war eher der Zukunft als der Vergangenheit zugewandt und wollte sogar dem Nationalfeiertag am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation des »Dritten Reiches«, ein Ende setzen. Mit seiner Abschaffung gedachte er eine Geste zugunsten der Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu tun. Diese Idee verbesserte die Beziehungen aber in keiner Weise, da sie bereits exzellent waren, stattdessen löste er mit ihr einen Streit mit den Widerstandskämpfern und den Kriegsteilnehmern aus. Valéry Giscard d'Estaing war kein Mann historischer Symbole und sein Wille zur Vervielfältigung der Kontakte mit dem Nachbarn östlich des Rheins ging nicht mit dem Ziel einher, deutsch-französische Erinnerungs-

orte zu schaffen. Zum 15. Geburtstag im Jahre 1978 waren keine besondere Vorkehrungen getroffen worden, so daß der Historiker Gilbert Ziebura schrieb:

Wir haben es mit einem Paradox zu tun: wir leben mit dem Vertrag, ohne uns an seine Existenz zu erinnern [...]. Er ist erstarrt und zur Routine geworden, ein Monument, das Patina ansetzt.⁵

Die Dynamik der deutsch-französischen Zusammenarbeit war abgetrennt von jeglichem Symbolisierungsprozeß, hingegen hatte die Zeit Wirkung gezeigt, so daß die regelmäßigen Treffen zwischen den beiden Regierungen ihre Früchte trugen. Das Monument war weiterhin da, jedoch erstarrt und seines Sinnes enthoben. Ein Erinnerungsort verlangt jedoch danach, daß eine Verbindung zwischen der Patina der Vergangenheit und den Hoffnungen auf die Zukunft hergestellt wird.

III. Die Suche nach den Symbolen

Während der ersten Jahre seines Septennats trachtete François Mitterrand nicht danach, das Monument mit einer spezifischen Symbolik zu schmücken. Eine Wende vollzog sich erst aus Anlaß des 20. Geburtstages im Januar 1983 mit seiner Rede vor dem Bundestag am 20. Januar. Mitterrand befürwortete die Stationierung der amerikanischen Pershing- und Cruise Missiles-Raketen in Europa für den Fall, daß die Verhandlungen mit der UdSSR über den Abzug der SS 20-Raketen zu keinem Ergebnis führten.⁶ Mit dieser Haltung unterstützte er die Sicherheitspolitik von Helmut Kohl und bezog im Streit innerhalb der Bonner Sozialdemokratie Position für Helmut Schmidt, der den NATO-Doppelbeschluß gegen die Mehrheit in seiner eigenen Partei durchgesetzt hatte und wenige Monate später als Kanzler zurücktreten mußte. Um die französische Solidarität für die bundesdeutsche Verteidigungspolitik feierlich zu proklamieren, wählte Mitterrand ein ganzes Ensemble von konvergierenden Symbolen: ein Datum aus der Vergangenheit, einen runden Geburtstag des Vertrages, der für die deutsch-französische Versöhnung steht, einen Ort, den Deutschen Bundestag, das Herz der bundesdeutschen Demokratie, eine Funktion – der Präsident der Französischen Republik sprach in diesem herausgehobenen Ort der Bundesrepublik. Gleichzeitig nutzte er die Gelegenheit, um je-

⁵ Gilbert ZIEBURA, La naissance du traité, in: Documents (numéro spécial), November 1978, S. 9–20, hier S. 10.

⁶ Vgl. Hélène MIARD-DELACROIX, Les relations franco-allemandes, in: Serge BERSTEIN, Pierre MILZA, Jean-Louis BIANCO (Hg.), François Mitterrand. Les années de changement (1981–1984), Paris 2001, S. 295–310, hier S. 305.

nen Ehre zu erweisen, die sich für die deutsch-französische Annäherung und die Europäische Integration eingesetzt hatten: Auf deutscher Seite erinnerte er selbstverständlich an Konrad Adenauer, aber auf französischer Seite rief er nicht alleine die Rolle von Charles de Gaulle ins Gedächtnis zurück, sondern auch jene von Jean Monnet und Robert Schuman. Auf diese Weise holte er den Gründungsakt von 1950 aus der Vergessenheit hervor und machte mit der Neigung ein Ende, alles 1963 beginnen zu lassen. Implizit gab er damit dem Werk von Konrad Adenauer eine größere historische Tiefe, war dieser auf bundesdeutscher Seite doch sowohl beim Schuman-Plan als auch beim Élysée-Vertrag der Hauptdarsteller.⁷

Der Widerhall dieser Rede war beachtlich, Gefühle waren geweckt, die zwanzig Monate später noch stärker aufwallten: Am 22. September 1984 standen Kohl und Mitterrand in Verdun, vor dem Knochenhaus von Douaumont und hielten sich die Hand, um auf diese Weise die toten Soldaten zu ehren, die auf deutscher und französischer Seite während des Ersten Weltkrieges gefallen waren. Die gewählte Symbolik war nun ein andere. Der Einsatz einer unlieb-samen Erinnerung verfolgte das Ziel, die Bildung einer engen Schicksalsge-meinschaft zu fördern, und kam damit einer doppelten Revolution in der Aus-wahl der Symbolik gleich. Von nun an verwies die französische Erinnerung an Verdun zum einen nicht mehr nur auf den Mut der Frontsoldaten (»poilus«), ihre Vaterlandsliebe und ihren Sieg, sondern wurde zu einer geteilten Erinne-rung, einer binationalen Erinnerung, die sich auf die wechselseitigen Metz-leiden bezog und als Lektion für den Frieden in Gegenwart und Zukunft verstanden werden sollte: Nie wieder, ein solches Gemetzel ist heute dank der deutsch-französischen Freundschaft nicht mehr vorstellbar. Zum anderen wur-de eine negative Erinnerung an die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich (das Blut von Verdun) in ein gemeinsames und positives Erinne-rungserbe verwandelt, das der wechselseitigen Solidarität bei der Europäi-schen Integration dienen sollte. Bereits im Juli 1962 hatte es dafür einen Prä-zedenzfall gegeben, als erstmals de Gaulle und Adenauer den deutsch-französischen Beziehungen über eine gemeinsame negative Erinnerung die bösen Geister der Vergangenheit auszutreiben gedachten, indem sie gemein-sam an einer religiösen Zeremonie in der Kathedrale von Reims teilnahmen, die das Symbol der im Ersten Weltkrieg zerstörten Bauwerke war. Diese Epi-sode fand jedoch vor der Unterzeichnung des Vertrages statt, so daß sich die in Verdun gewählte Symbolik als wesentlich stärker erwies als jene in Reims.

Zehn Jahre später, im Jahre 1984, wandte sich die Erinnerung dem Zweiten Weltkrieg zu, was für die beiden Länder wesentlich schwieriger zu bewerk-stelligen war, da die Erinnerungen an Hitler und an Vichy die nationalen Ge-

⁷ Rede von François Mitterrand vor dem Bundestag am 20. Januar 1983; vgl. auch die Re-de von Mitterrand im Élysée-Palast am 21. Januar 1983, in der von seinem Besuch im Museum in Rhöndorf sprach, das Adenauer gewidmet ist.

wissen teilen. 50 Jahre nach der Landung der Alliierten in der Normandie, am 6. Juni 1994, stellte sich die Frage, ob es nicht endlich an der Zeit sei, zu den Feierlichkeiten auch hohe Vertreter der Bundesrepublik einzuladen. Die Antwort war schließlich negativ, als Ausgleich entschied jedoch Mitterrand, die deutschen Soldaten der deutsch-französischen Brigade und des 1992 gebildeten Eurocorps einzuladen, um sie am 14. Juli des gleichen Jahres über die Champs-Élysées defilieren zu lassen. Diese Entscheidung löste eine heftige Debatte in den Kreisen der ehemaligen Frontkämpfer und in der Presse aus. Mit Humor erinnerte Luc Rosenzweig in *Le Monde* vom 14. Juli daran, was an dieser Entscheidung des französischen Präsidenten neu war: Seit 1944 sei das einzige vielbeachtete Defilé eines Deutschen auf französischem Boden jenes von Karl Lagerfeld mit Claudia Schiffer gewesen. Als Zugeständnis an die sensiblen Gemüter wurde dann beschlossen, die deutschen Soldaten nicht zu Fuß paradiere zu lassen, um nicht schmerzhaft Bilder aus der Vergangenheit wieder aufzuleben zu lassen. Schließlich lenkten sie ihre Panzer über den Pariser Prachtboulevard und zeigten dabei ihre Köpfe aus den geöffneten Luken der Fahrzeuge. Die Erleichterung war groß, als die deutschen Soldaten mit herzlichem Applaus begrüßt wurden. Die Wette war damit gewonnen. Wieder einmal war eine für die Franzosen traumatische Erinnerung (die Aufmärsche von Wehrmachtsoldaten in den Straßen von Paris während der Besatzungszeit) in etwas Positives umgewandelt worden. Die Zeit half Wunden heilen, und dank eines sichtbaren politischen Willens war das Mittel gefunden, negative Erinnerungen in eine positive Erinnerung für die Zukunft umzuformen. Diese paradoxen Erinnerungsorte – Verdun im September 1984, die deutschen Soldaten auf den Champs-Élysées im Juli 1994 – standen nicht im Zusammenhang mit dem Vertrag von 1963, der erst im Jahr 2003 aus Anlaß seines 40. Geburtstages zur Geisteraustreibung genutzt wurde, die zuvor schon an anderen Orten so gut funktioniert hatte.

Nun wurde in Versailles eine Zeremonie organisiert, welche die Parlamente beider Länder vereinigte. Ein weiteres Mal evozierte der gewählte Ort negative Erinnerungen an eine gemeinsame Geschichte: das französische Trauma vom Januar 1871, als das Deutsche Kaiserreich im Spiegelsaal des Schlosses proklamiert worden war; das deutsche Trauma vom 28. Juni 1919, als die Unterschriften unter das »Diktat« von Versailles gesetzt worden waren. Mit den Feierlichkeiten im Jahr 2003 wollten die Politiker ihren beiden Völkern nun demonstrieren, daß sie sich den Herausforderungen der Vergangenheit zu stellen und eine Erinnerungsgemeinschaft zu bilden haben, wenn sie ihre Schicksalsgemeinschaft bestätigen wollen.

Zudem wurden aus Anlaß des 40. Geburtstages wichtige politische Entscheidungen getroffen. Nach einer Phase problembehafteter Beziehungen zwischen beiden Ländern und den dunklen Erinnerungen an den Gipfel von Nizza boten die Feierlichkeiten von 2003 die Gelegenheit, dem »couple franco-

allemand« einen neuen Schwung zu geben. Zum gleichen Zeitpunkt half die Irakpolitik des amerikanischen Präsidenten George W. Bush, wieder dichter zusammenzurücken. Im Januar 2003 fand diese neue Nähe ihren Ausdruck u.a. in den Erklärungen der beiden Länder gegen die Initiativen des Weißen Hauses. Die deutsch-französische Erklärung erinnerte nicht zufällig an die Notwendigkeit, die UNO-Resolutionen zu respektieren, und das internationale Recht besiegelte die Perspektivenübereinkunft der beiden Länder in der Außenpolitik. Etwas voreilig glaubten Frankreich und Deutschland, daß ihre parallelen Sichtweisen zur Grundlage für eine gemeinsame europäische Politik werden könnten, doch schnell zeigte sich Europa tief gespalten: Großbritannien, Spanien, Italien, Polen und vier weitere Länder verweigerten Deutschen und Franzosen ihre Solidarität und traten in der Irak-Frage an die Seite der USA. Schnell offenbarten sich die neuen Widersprüchlichkeiten, mit denen die Europäische Integration in Zukunft konfrontiert sein wird. Wenn es dem »couple franco-allemand« schlecht geht, geht es Europa schlecht, und das war schon immer so. Aber wenn es sich solide und einig zeigt, löst es Angst aus, was vorher so nicht der Fall war. Die Zeiten haben sich geändert, und viele (zukünftige) Mitglieder der Europäischen Union fürchten weniger das leadership der etwas weiter entfernten USA als die direkte und dichtere Gefahr einer deutsch-französischen Hegemonie.

Kann diese europäische Krise, die durch die Feierlichkeiten aus Anlaß des 40. Geburtstages ausgelöst wurde, den in Versailles begonnenen Prozeß gefährden, der darauf abzielt, aus dem Vertrag von 1963 einen paradoxen Erinnerungsort zu machen? Die Frage bleibt offen. Auch wenn George W. Bush den Irak-Krieg gewonnen hat, so steht es noch in den Sternen, ob er auch den Frieden erreichen wird. Die noch nicht abzusehenden Konsequenzen erlauben es seither Frankreich und Deutschland, auch bei ihren skeptischen Partnern Verständnis für eine Irak-Politik zu erlangen, die auf dem Respekt der UNO beruht, eine Politik, die übrigens von einer Mehrheit der europäischen Öffentlichkeit unterstützt wird. Wenn es Deutschen und Franzosen also gelingt, sich in ihren gemeinsamen Erklärungen weniger arrogant zu geben, so werden sie auch weiterhin eine beachtliche Kraft entwickeln, um die Europäische Integration voranzubringen. Auf jeden Fall bleibt die deutsch-französische Verbindung ungeachtet aller Erfolge und Mißerfolge in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern stärker als irgendein Verhältnis zwischen anderen europäischen Ländern; dies gilt insbesondere auch für die Verbindungen zwischen Großbritannien, Spanien und Polen. In diesem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland hat die Erinnerung mittlerweile dank geduldiger Bemühungen einen Platz eingenommen, der eine emotionale Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft garantiert.

Es scheint heute unmöglich, eine definitive Antwort auf die eingangs gestellte Frage zu geben, ist die Geschichte der deutsch-französischen Erinne-

rung doch im Fluß und noch nicht abgeschlossen. Einige abschließende Bemerkungen sollten trotzdem erlaubt sein. Zuerst ist es nicht die Rolle des Historikers, einen Erinnerungsort zu konstruieren bzw. Ratschläge zu geben, wie ein solcher zu konstruieren ist. Er sollte sich auf die Beobachtung beschränken, und es ist ihm ein leichtes zu konstatieren, daß verschiedene Erinnerungsorte »getestet« wurden, um das deutsch-französische Paar zu festigen: Reims 1962, der Bundestag 1983, Verdun 1984, die Champs-Élysées 1994 und Versailles 2003. Auf welche Weise kann sich der Élysée-Vertrag von 1963 dieser Erinnerung bemächtigen? Das Jahr 2003 hat zum einen gezeigt, daß ihm alleine dazu die Kraft fehlt, denn der Vertrag als immaterieller Erinnerungsort annektierte mit Versailles einen materiellen Erinnerungsort und spielte mit den Symbolen, um eine Linie zwischen den Traumata der Vergangenheit, der deutsch-französischen Union der Gegenwart und der Zukunft Europas zu ziehen. Dagegen ist die regelmäßige Wiederkehr seines Geburtstages ein Vorteil des Vertrages im Vergleich zu den anderen deutsch-französischen Erinnerungsorten, denn der 22. Januar erinnert nicht nur an die Kooperation zwischen beiden Staaten, sondern auch – wie die verschiedenen Beiträge in diesem Band zeigen – an die Verbindungen zwischen beiden Gesellschaften. Wenn auch das Erlernen der Partnersprache ein ständiges Problem bleibt, so sind die Erfolge in den Bereichen Erziehung und Jugend nicht zu übersehen. Zudem haben sich die Verbindungen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Hochschulwesen weiter verstärkt. Diese Veränderungen sind grundlegend.

Schließlich bleibt festzustellen, daß sich ein Erinnerungsort nicht von oben verordnen läßt, sondern erarbeitet und erworben werden muß. Wie stark auch immer der politische Wille und das Wirken der Zeit sein mögen, um eine Erinnerungsgemeinschaft aufzubauen, um eine gemeinsame Geschichte in eine gemeinsame Erinnerung zu verwandeln, so braucht es trotz allem einer gesellschaftlichen Unterfütterung und Aufnahmebereitschaft. Der Élysée-Vertrag hat in diesem Prozeß eine wichtige Rolle gespielt, denn er hat die wechselseitige Neigung auf beiden Seiten des Rheins gefördert, sich der anderen Gesellschaft zu öffnen.

Nachdem der Vertrag anfänglich durch einen doppelten politischen Mißerfolg gekennzeichnet gewesen war, aber zugleich einen historischen Kooperationsrahmen geschaffen hatte, kommt uns der Élysée-Vertrag heute wie ein Gebilde daher, das durchaus in der Lage ist, Symbole zu produzieren, die den Aufbau einer deutsch-französischen Gemeinschaft emotional unterlegen, ganz so wie ein richtiger Erinnerungsort. Aber für wie lange? Schwer zu sagen. Auf jeden Fall für eine längere Zeit, als es de Gaulle selbst vorgesehen hatte und als Rosen überdauern.

(Übersetzung: Ulrich Pfeil)

COLETTE MAZZUCELLI

DER ÉLYSÉE-VERTRAG:
DREH- UND ANGELPUNKT DER DEUTSCH-
FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN NACH 1945?

Das Ziel dieses Aufsatzes ist es, über die heutige Bedeutung des Élysée-Vertrages nachzudenken, ein historischer Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, der von den Führern beider Länder am 22. Januar 1963 unterzeichnet wurde. Eine der hauptsächlichen Thesen dieses Aufsatzes ist, daß der Élysée-Vertrag in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges ein Element der Kontinuität in den sich entwickelnden Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern darstellte. Diese Kontinuität bildete den Hintergrund für die sich im Laufe des Integrationsprozesses vertiefenden Beziehungen. Drei Ebenen sind dabei von Bedeutung: die öffentliche Meinung und ihre Einstellung zu Europa, die nationalen Führungseliten sowie die bilateralen Abkommen. Diese sollen im Zusammenhang mit der wechselnden Rolle des deutsch-französischen Duos, das immer wieder als »Motor« der europäischen Zusammenarbeit bezeichnet wird, näher untersucht werden.

Dieser uns hier vorliegende Sammelband dient als Grundlage für die Analyse der schwierigen Beziehungen, die während der 1950er und 1960er Jahre auf jeder dieser Ebenen – Gesellschaft, Führungsebene und Staat sowie auf internationaler Bühne – entstanden sind. Die dritte Ebene, die Kenneth Waltz¹ als die internationale definiert, ist in diesem Jahrhundert immer mehr zur weltpolitischen Ebene geworden. In diesem Bereich sind die Entscheidungen zwischen Krieg und Frieden, die Frankreich und Deutschland trafen, entscheidend. Man muß sich deshalb mit den Auswirkungen dieser Entscheidungen auseinandersetzen, unter Berücksichtigung der Komplexität dieser Veränderungen für das jeweilige Land selbst sowie ihrer Beziehungen zueinander. Für sie bedeutete dies nichts weniger als einen Gezeitenwechsel, als ehemalige Feinde einsehen mußten, daß sie eine unlösbare Partnerschaft innerhalb einer Schicksalsgemeinschaft verband. Der Élysée-Vertrag ist die formelle Erklä-

¹ Vgl. Kenneth WALTZ, *Man, the State and War*, New York 1959.

rung des Kooperationswillens, der bereits den Eckstein der historischen Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland bildete.

Eine weitere These dieses Aufsatzes ist, daß der Élysée-Vertrag der Kernpunkt ist, wenn man die Beziehungen zwischen dem vereinten Deutschland und Frankreich als einen sich bis zum heutigen Tag fortsetzenden Prozeß begreifen will. Dies ist besonders wichtig, wenn man bedenkt, daß die Europäische Union (EU) mit dem Entwurf einer Verfassung gerade einen weiteren Wandlungsprozeß durchläuft. Die Europäische Verfassung wird wahrscheinlich über Generationen hinweg die sich bildende Identität und das europäische Selbstbewußtsein seiner wachsenden Mitgliederzahl definieren.

I. Kultureller Austausch und Jugendpolitik: Illustration der Kontinuität in der gesellschaftlichen Kooperation?

In diesem Band legt Ansbert Baumann eindeutig dar, daß der Élysée-Vertrag auch beim kulturellen Austausch zwischen Deutschland und Frankreich Kontinuität bedeutete. Sein Beitrag setzt sich mit Teil C des Vertrages auseinander, Erziehung und Jugend. Er unterstreicht, daß 1954 Jugendfragen im Zentrum des deutsch-französischen Kulturabkommens standen. In diesem Bereich wurden die Spannungen sichtbar, die durch die Zuständigkeit der Bundesregierung für die Außenpolitik einerseits und die der Länderregierungen für die Kulturpolitik andererseits entstanden. Im Düsseldorfer Abkommen von 1955 verpflichtete sich jedes Bundesland dazu, Englisch prioritär als erste Fremdsprache an den Schulen einzuführen, nicht aber Französisch.

Eine andere Schwierigkeit, die der Äquivalenz der Studienabschlüsse, wurde erst sehr viel später in den 1980er und 1990er Jahren gelöst. Die Basisarbeit für diese wichtige Frage wurde jedoch schon in der Anfangszeit durch die regelmäßigen Konsultationen der beiden Partner geleistet. Diese Konsultationen waren ein Ergebnis des Kulturabkommens von 1954. Ein Höhepunkt der Jugendpolitik war die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW). In diesem Bereich unterstützte und unterstrich der Vertrag die weitere positive Entwicklung der deutsch-französischen Jugendpolitik und öffnete den Weg zu den Verbesserungen, die sich Anfang der siebziger Jahre einstellten. Als Ergebnis entstand eine integrierte deutsch-französische Organisationsstruktur, die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nachbarn auf diesem politischen Sektor grundlegend veränderte.

Verschiedene Beiträge dieses Bandes deuten darauf hin, daß die Unterzeichnung des Vertrages ohne die soziale und kulturelle Vorarbeit von privaten Organisationen vor 1963 nicht vorstellbar gewesen wäre. Sie machen auf die

Notwendigkeit aufmerksam, die neuen Formen des kulturellen Austausches innerhalb der Jugend zu verbreiten. Sie bieten zudem Vergleichswerte zu dem Vorgehen, innerhalb der Gesellschaft eines jeden Landes Unterstützung für diese Aktionen zu finden, und präsentieren interessante Beispiele von Initiativen privater Organisationen vor 1963, die diese These bestätigen. Gerade ihre Aktivitäten im Bildungsbereich darf man nicht aus den Augen verlieren, wenn wir uns die Veränderungen im DFJW im Laufe der siebziger Jahre vor Augen führen.

Die Tatsache, daß der Élysée-Vertrag einen Kernpunkt der bilateralen Beziehungen darstellt, sollte im Blick behalten werden, wenn wir das gegenwärtige Verhalten beider Länder gegenüber der Europäischen Union betrachten. Unter den Jugendlichen der 15 Mitgliedsstaaten wird das Europäische Bürgerrecht mit dem Recht auf Arbeit, freie Fortbewegung und Studium gleichgesetzt. Diese aus dem gemeinsamen europäischen Markt resultierenden Vorteile werden gleichfalls in Frankreich geschätzt, wo 64% der französischen Jugendlichen das Recht auf Arbeit mit einem Europäischen Bürgerrecht verbinden, 60% Bewegungsfreiheit und 50% die Möglichkeit zum Studium hervorheben. In Deutschland nennen 61% das Recht auf Arbeit, 58% die Bewegungsfreiheit und 45% die Möglichkeit zum Studium.² Es muß zukünftigen Studien überlassen werden, diese Prozentsätze, die aus Erhebungen des Eurobarometers stammen, näher zu untersuchen und sie mit Daten zur deutsch-französischen Kooperation auf dem Studiensektor zu vergleichen. Diese Statistiken müssen natürlich auf der bis zum heutigen Tag geleisteten Arbeit basieren, die durch die zahlreichen, jahrzehntelangen Austauschprogramme zwischen Bürgern und Jugendlichen in beiden Ländern erbracht wurde.

Selbst auf der Grundlage von Daten, die für die deutsch-französischen Initiativen auf Bevölkerungsebene sprechen, zieht Philippe Moreau Defarges in seiner Analyse der französischen Realität folgende Schlußfolgerung: »Die Kluft zwischen der europäischen Integration und der französischen Vorstellung zur Integration bleibt gewaltig – zu gewaltig«.³ Diese Kluft wurde bei der französischen Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union (Maastrichter Abkommen) sehr deutlich. Diese Ratifizierung zeigte den »Einfluß der öffentlichen Meinung« ebenso wie das begrenzte öffentliche Verständnis für das Ausmaß der Veränderungen, die Frankreich auf dem Weg zu einem europäischen Mitgliedsstaat mit allen damit verbundenen Rechten und Ver-

² European Commission. Eurobarometer 2001, Public Opinion in the European Union, Report 55, October 2001, http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb55/eb55_en.pdf; (Juli 2004).

³ Philippe MOREAU DEFARGES, The View from France: Steadfast und Changing, in: Simon SERFETY (Hg.), The European Finality Debate and its National Dimensions, Washington D.C. 2003, S. 114.

pflüchtungen durchmachen mußte.⁴ Der knappe Vorsprung war gerade ausreichend, um den Vertrag zur Schaffung der Europäischen Union zu ratifizieren. Das Ergebnis dokumentierte aber auch, daß sich die deutsch-französische Verständigungsarbeit nicht selbstverständlich auch in einem größeren Zuspruch für die Europäische Union ausdrückt. Diese Tatsache ist für den Fortgang der deutsch-französischen Beziehungen innerhalb Europas von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ein Vermächtnis des Élysée-Vertrages sind die ständigen Bemühungen Frankreichs und der Bundesrepublik über vier Jahrzehnte hinweg, Schülern und Studenten aller Alterstufen die jeweils andere Muttersprache näher zu bringen. Wenn man ihre kulturellen, historischen und linguistischen Unterschiede betrachtet, bedeutet dies eine nicht unerhebliche Zahl von Absprachen der beiden Nachbarn, die innerhalb von weniger als hundert Jahren drei Kriege gegeneinander geführt haben, um schließlich einen gemeinsamen Konsens in Europa zu erreichen. Dies ist ein weiterer Grund, um die Bedeutung von Sprachkenntnissen als ein Instrument der gegenseitigen Verständigung in einem lebenslangen Lernprozeß hervorzuheben. Beobachter verweisen öfters auf ein Ungleichgewicht im Erlernen der beiden Sprachen und in der Häufigkeit des Studentenaustausches. Tatsache ist, daß Franzosen seltener Deutsch lernen und Deutsche eher bereit sind, eine gewisse Zeit in Frankreich zu verbringen.⁵ Das muß ebenso berücksichtigt werden wie die Tatsache, daß die Jugendlichen in beiden Ländern immer öfter Englisch als erste Fremdsprache wählen.

Im Vertrag ist auch die Rede von »Ungleichgewichten«, einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von »Studienbedingungen, Prüfungen, Universitätsabschlüssen und Diplomen«. Diese Forderungen wurden in den Sorbonne- und Bologna-Erklärungen⁶ anerkannt, in denen zu einer intensivierten Kooperation zwischen den höheren Bildungseinrichtungen auf dem gesamten Kontinent aufgerufen wurde. Eine solche Erkenntnis wirft die Frage auf, ob es wahrscheinlich ist, daß ein europäisches Bewußtsein bei gleichzeitiger ständiger Erweiterung der Europäischen Union entstehen kann. Diese Entwicklung wird sich in der nächsten Dekade als schwierig erweisen, wenn es um die Frage der Einbeziehung der Bevölkerung in die europäischen Angelegenheiten gehen wird.

⁴ Vgl. Colette MAZZUCELLI, *France and Germany at Maastricht Politics and Negotiations to Create the European Union*, New York, London 1999, S. 207–241.

⁵ Vgl. Robert GRAHAM, Haig SIMONIAN, *Prospects for the Franco-German Relationship: The Élysée Treaty and After*, Washington D.C. 2003, S. 14.

⁶ http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/Sorbonne_declaration.pdf und <http://europa.eu.int/comm/education/socrates/erasmus/bologna.pdf>, (Juli 2004).

Die »Harmonisierung des europäischen höheren Bildungssystems«, die in der gemeinsamen Erklärung der Sorbonne angestrebt wird, setzt voraus, daß »Europa nicht nur das Europa des Euros, der Banken und der Wirtschaft ist, sondern auch das der Wissenschaft.« Die visionäre Bedeutung dieser Initiative setzt die Linie vom Élysée-Vertrag über den Vertrag zur Europäischen Union bis zum Jahrestag der Universität von Paris (Sorbonne) fort. Der Maastrichter Vertrag gab der Bildung zum ersten Mal und ausdrücklich eine europäische Dimension. In Artikel 126 wird die »Europäische Dimension« in Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip als die Förderung von Lehre und Verbreitung von Sprachkenntnissen innerhalb der Mitgliedsstaaten definiert, durch die Förderung des Austausches auf studentischer, akademischer und jugendlicher Ebene, durch die Förderung von Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen auf schulischem und universitärem Sektor und durch die Förderung von offenen Lernmethoden und Fernkursen.⁷

Am 25. Mai 1998 weiteten Frankreich und Deutschland an der Sorbonne ihre ursprünglich bilaterale Kooperation auch auf Italien und Großbritannien aus und luden die restlichen europäischen Länder ein, sich dieser Initiative anzuschließen. Ihr Bemühen, eine europäische Ebene der höheren Bildung zu schaffen, unterstreicht die Interaktion und Festigung nationaler Identitäten und gemeinsamer Interessen, die darauf abzielen, Studenten, aber auch die restliche Bevölkerung ein Leben lang von dieser Entwicklung profitieren zu lassen. Dies ist eine konkrete, sehr praktische Initiative, entstanden aus ethischer Verantwortung und bewußter Bewahrung der Erinnerung, nicht aber durch die Heraufbeschwörung eines Mythos. Sie ist für die Universität als wichtige Institution in einer »offenen Gesellschaft« eine Möglichkeit, aus der Erfahrung des Nationalismus zu lernen, oder, mit den Worten des Historikers Fritz Stern mehr philosophisch betrachtet, aus »dem Versagen der illiberalen Politik zu lernen«.⁸ Wenn sich die Union weiterhin auf Staaten ausweitet, in denen die Furcht vor ethnischen Konflikten noch eine gerade erst überstandene historische Realität ist, kommt der Fähigkeit, die Sprache des anderen zu sprechen, im übertragenen und wortwörtlichen Sinne, die zusätzliche Bedeutung eines Katalysators für die Europäische Integration zu.⁹

⁷ Hierbei handelt es sich um Artikel 150 im Vertrag von Amsterdam, 1997.

⁸ Vgl. Fritz STERN, *The Failure of Illiberalism. Essays on the Political Culture of Modern Germany*, New York 1992, S. XXXI–XXXII.

⁹ Vgl. Colette MAZZUCELLI, *The Treaty of Élysée (1963–2003). An Inquiry into the Objectives in 'Education and Youth' for the Citizens of France, Germany and Europe*. Ausführungen auf einer Podiumsdiskussion an der School of Public and International Affairs (SIPA), Columbia University, mit Hubert Védrine, Colette Mazzucelli und Fritz Stern, 27.2.2003, <http://www.columbia.edu/cu/alliance/webpages-2/Docs%20archives/NEWS-FrancoGerman%20Relations.htm>; (Juli 2004).

In einer erweiterten Europäischen Union muß die Jugend in beiden Ländern ernsthaft für die Konsolidierung der deutsch-französischen Freundschaft eintreten, wenn der traditionelle »Motor« seine Zugkraft behalten soll. Wie die ehemalige französische Europaministerin Noëlle Lenoir bemerkte, ist dies »letzen Endes die Aufgabe der Bildungssysteme beider Länder«.¹⁰

An dieser Stelle müssen wir einen Einschub machen, um zu sehen, wie sich der Wandel traditionell vollzogen hat. Für die neue Generation der europäischen Jugend sind die Schatten der Vergangenheit nicht so lang und ihre Last nicht mehr so schwer wie früher. Deshalb ist eine Revolution in den Einstellungen des Volkes zur Europäischen Integration nötig, um in der jüngeren Generation jedes Landes Begeisterung für die deutsch-französische Freundschaft zu wecken.

In Deutschland fanden Revolutionen immer von oben nach unten statt. Wie Stern erklärt, wurden »Veränderungen von der Dynastie oder von der Bürokratie verordnet«.¹¹ Ganz anders als die Franzosen suchten die Deutschen – historisch betrachtet – »immer eine Vaterfigur«.¹² Die Geschichte lehrt uns, daß »die deutsche Vorstellung vom Staat in der Regel nach dem Vorbild der Familie gestaltet ist«.¹³ Im Universitätssystem des heutigen Deutschland gibt es mehr Kontinuität als Wandel. Deshalb ist es schwierig, das Ausmaß des Einflusses abzuschätzen, den diese traditionellen Vorstellungen innerhalb dieses Systems noch immer auf den Lehrstil und die Rolle des Studenten gegenüber dem Professor haben. Haben Studenten ausreichend Gelegenheit, sich über die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich oder zum restlichen Europa zu informieren und auf welche Weise wird dadurch ein tief verwurzelt demokratisches Engagement unterstützt und initiiert, das nötig ist, um die deutsch-französische Freundschaft zu erhalten?

In Frankreich ist die Vorstellung des Volkes von Europa unauflöslich mit einem starken Staat nach dem Vorbild der Fünften Republik verknüpft. Im französischen System sind die privilegierte Stellung des Präsidenten und einer administrativen Elite in Paris feste Konstanten, selbst wenn sich der französische Staat in Reaktion auf die globale Herausforderung verändert. Zentralismus, Jakobinismus und staatliche Traditionen unterscheiden Frankreichs politisches System von dem Deutschlands. Lassen diese Unterschiede vermuten, daß französische Universitäten durch ihr Bildungssystem eine bessere Basis für die tief verwurzelte deutsch-französische Freundschaft bilden?

¹⁰ Noëlle LENOIR, *France and Germany: The Odd Couple or Future Motor of an Enlarged Europe?*, in: Susan STERN, Elisabeth SELIGMAN (Hg.), *Desperately Seeking Europe*, London 2003, S. 313.

¹¹ STERN (Anm. 8), S. XXVIII.

¹² Ibid.

¹³ Ibid.

Die Antworten auf diese Fragen und die damit verbundenen Auswirkungen auf die europäische Jugend werden sich wohl im Lauf der Zeit verändern. Die Lehren der Geschichte und soziologische Analysen bieten uns noch andere interessante Einsichten. In »Democracy in America« identifizierte Alexis de Tocqueville bereits die Herausforderungen, denen sein eigenes Land heute gegenübersteht. Seine Schriften sind noch immer aktuell und rufen uns ein französisches Vermächtnis in Erinnerung. Aristokratische und monarchische Traditionen machen seine demokratische Kultur recht kompliziert. Es ist auffallend, daß im heutigen Frankreich, wie im Amerika der Epoche Tocquevilles, Bildung, einschließlich der Auseinandersetzung mit einer starken Immigration, und administrative Dezentralisation die wichtigsten Waffen gegen die weitverbreitete Selbstgefälligkeit der Elite sind, die die größte Bedrohung für die Demokratie darstellt.

Es ist kein Zufall, daß die Mehrheit der Wahlverweigerer bei den französischen Parlamentswahlen im Jahr 2002 Furcht und Resignation empfand. Die Menschen im Norden und Osten des Landes fühlten sich von den Politikern übergangen. Die späte Anbindung der östlichen Departements an den TGV war für die dortige Bevölkerung angesichts der raschen Veränderungen durch die Globalisierung noch unverständlicher. Zudem läutete die Einführung des Euro eine neue Ära auf dem Kontinent ein. Dennoch ist es ein Zeitalter, in dem Autorität, Legitimität und vor allem Identität in Frage gestellt werden. Bei den Parlamentswahlen, deren Ausgang im wesentlichen von der Mehrheit der Nicht-Wähler bestimmt wurde, sind die ethischen Auswirkungen der Ergebnisse in bezug auf die Verantwortung der Politiker wie auch der Bürger ausschlaggebend.

Mißtrauen in die Politik ist weitverbreitet in einem in Paris zentralisierten, elitären System. Die Bevölkerung der Regionen fühlt sich manipuliert. In ihrem Streben nach mehr lokaler Macht wissen sie nicht viel über die nationale Politik. Auch an politischer Bildung mangelt es. In diesem Zusammenhang muß sich die Bildung vor allem mit der Selbstgefälligkeit innerhalb der politischen Kaste und der Öffentlichkeit auseinandersetzen. Die Parlamentswahlen waren ein deutlicher Hinweis auf diese Tatsache. Unzweifelhaft ist es eine dringend gebotene Notwendigkeit, »der Bevölkerung eine wirkliche politische und staatsbürgerliche Bildung zukommen zu lassen«.¹⁴

In den Parlamentswahlen im Jahr 2002 rückte die Forderung in den Vordergrund, den Menschen eine Stimme in der französischen Europa-Politik zu geben. Und dieses Stimmrecht sollte über Referenden zu Reformen des Europäischen Unionsvertrages, über die eingestandenermaßen nur, wenn überhaupt,

¹⁴ Colette MAZZUCELLI, Marie-Claude FISCHER, The Absent Majority in France, (unveröffentlichter Artikel).

vage Kenntnisse vorhanden sind, hinausgehen. Dies gehört zur Legitimität auf nationaler Ebene, die sich entscheidend auf die europäische Politik auswirkt. Das »demokratische Defizit« ist zunächst und zuallererst ein nationales Defizit. Es ist ein grundsätzliches Dilemma in nahezu allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Dies sollten sich Beobachter der europäischen Szene immer vor Augen führen. Nur allzu oft hören wir Klagen über den Zentralismus in Brüssel, insbesondere in der Europäischen Kommission. Es trifft zu, daß die Kommission das Vorschlagsrecht in der europäischen Gesetzgebung hat. Dennoch ist es der Ministerrat, der die Interessen der Mitgliedsstaaten repräsentiert und das ausschlaggebende Gewicht in allen Entscheidungen hat. Außerdem muß der Ministerrat noch mit den Mitgliedern eines immer selbstbewußter werdenden Europäischen Parlaments verhandeln.

In einem Jahrhundert, das von der Schaffung und Erhaltung von Netzwerken dominiert wird, ist Autorität eine komplizierte Angelegenheit. Der zunehmende Einfluß der Netzwerk-Gesellschaft in der Ära der Weltpolitik läßt Macht immer diffuser werden. Den älteren nationalen Institutionen in Frankreich, die Politikern und Bürgern als Bezugsrahmen dienen, mangelt es an der Flexibilität, die Netzwerke brauchen, um innerhalb und über die Grenzen hinaus zu funktionieren. Mitten in all diesem Wandel ist es nicht verwunderlich, daß sich das Volk verwirrt und übergangen fühlt. Die heimischen Institutionen, die so vertraut waren, bieten keine exklusive Identität mehr. Das wird besonders im sich schnell verändernden Europa deutlich, das sich verzweifelt darum bemüht, in der Welt mit einer einzigen Stimme zu sprechen. Empfindungen von Desorientierung und Ausschluß führen auf nationaler Ebene zu einer Verweigerungshaltung. Dieses Phänomen hat für die europäische Einheit bedenkliche Auswirkungen.

Wenn, mit den Worten von Jean Monnet, die Europäische Gemeinschaft eine »neue politische Form« ist, dann muß die Bildung des Bürgers dieser neuen Herausforderung gerecht werden, wenn man einen Krieg vermeiden will. Ein neues Bildungssystem mit globalen Verästelungen, in dem Deutsche sich mit den Bürgern Frankreichs oder anderer europäischer Länder, der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt austauschen, ist Kernbestandteil eines lebenslangen Lernprozesses im Informationszeitalter. Es ist von großer Bedeutung, zu begreifen, daß das Entstehen eines öffentlichen europäischen Raums nur im Kontext einer Gesellschaft möglich ist, die mit übernationalen Netzwerken im Bereich der Kommunikation, der Energie und des Transports verknüpft ist. Wenn auch Frankreich aus diesen Netzwerken Nutzen ziehen möchte, muß sich die passive Mehrheit der Notwendigkeit bewußt werden und sich darauf vorbereiten, an ihrer Herstellung mitzuwirken. Ein Bildungssystem, das sich auf die Nutzung solcher Netzwerke gründet, fördert aktives Lernen mit Konzentration auf dem zwischenmenschlichen Dialog. Dieses innovative Bil-

dungssystem kann durchaus mit den französischen Besonderheiten in Übereinstimmung gebracht werden.

Die Alternativen für die Mehrheit der Verweigerer sind eindeutig: Entweder sie verharren weiterhin in lautem Schweigen oder sie handeln mutig und mit deutlich hörbarer Stimme. In seinem Buch »La fin de la démocratie«¹⁵ behauptet der Unterstaatssekretär der Vereinten Nationen, Jean-Marie Guéhenno, daß die Debatten der Zukunft ethischer Natur sein werden, in denen die Politik wiedergeboren werden wird. Lokale demokratische Formen der Teilnahme, die von der Basis ausgehen, werden für diese Revolution verantwortlich sein, in den bereits etablierten Demokratien ebenso wie in den neu entstehenden. Der Rückzug der Öffentlichkeit, so wie wir ihn in Frankreich beobachten konnten, könnte durch eine auf gemeinsamer Verantwortlichkeit basierenden Solidarität überwunden werden. So wie wir Kontinuität inmitten des Wandels in der Kooperation der Gesellschaft beobachten können, so sollte uns der Gebrauch der Technik die Grenzen menschlicher Möglichkeiten in einer Welt komplexer Interdependenzen bewußt machen.¹⁶

II. Der Einfluß von Führerschaft auf bilaterale Kooperation: Ein Versuch von oben, Mythen abzubauen und Erinnerung zu gestalten?

Die Bedeutung von historischen Führern und ihren Auffassungen von nationalen Interessen ist eine andere Dimension in unserer Analyse über die Bedeutung des Élysée-Vertrages, heute, mehr als 40 Jahre nach seiner Unterzeichnung. In der Folge des Zweiten Weltkrieges war es Adenauers wichtigstes Anliegen, Deutschland fest im Westen zu verankern, und zwar als gleichberechtigtes Mitglied innerhalb des europäischen Wiederaufbaus. Dieses Ziel verdeutlicht die entscheidende Rolle, die die deutsch-französischen Beziehungen in den Augen des Kanzlers spielten.

Die damals auftretenden Spannungen zwischen de Gaulles Bestrebungen, Europa von den Vereinigten Staaten zu emanzipieren und Adenauers Vision einer deutsch-französischen Aussöhnung existieren auch heute noch in den Beziehungen beider Länder – mit einer bedeutenden Einschränkung: Infolge des Krieges gegen den Irak fordern Deutschland und Frankreich die Schaffung einer neuen Basis für die transatlantischen Beziehungen, die in Zukunft den

¹⁵ Vgl. Jean-Marie GUÉHENNO, *La fin de la démocratie*, Paris 1993 (englische Ausgabe: *The end of the nation-state*, Minneapolis 1995).

¹⁶ Vgl. MAZZUCELLI, FISCHER (Anm. 14).

Diskussionen zwischen den USA und den einzelnen Ländern über die Entscheidung von Krieg und Frieden mehr Spielraum einräumen sollen. Dieses Beharren auf einer neuen Grundlage steht im Gegensatz zu den Ansichten einer Reihe anderer europäischer Nachbarn, die entweder schon Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind oder ihr demnächst beitreten werden.

Dies ist nur ein Aspekt innerhalb der europäischen Kooperation, in der die neue gemeinsame Linie des deutsch-französischen Denkens das Tandem nicht in das Zentrum der wechselnden Allianzen stellt. Statt dessen entsteht eine Auseinandersetzung, in der es Chirac und Schröder nicht recht gelingt, die anderen europäischen Politiker zu überzeugen, ihre Ideen zu übernehmen, damit Europa in weltpolitischen Fragen künftig mit einer Stimme spricht.

Für Frankreich geht es heute hauptsächlich darum, die Beziehungen zum vereinten Deutschland in einer Weise zu gestalten, die es ihm erlaubt, seine ursprüngliche Führungsrolle in einer sich erweiternden Union zu erhalten. In diesem Sinne bleibt Europa ein Instrument der französischen Diplomatie, das dem Land Einfluß und Macht in der Welt sichert. In Deutschland fordert die Vereinigung immer noch einen hohen Preis in Form von Geld- und Ressourcentransfer vom westlichen in den östlichen Teil des Landes. Das deutsche Ziel der Osterweiterung bietet zusätzliche nationale Sicherheit, da sich die Grenzzlinien weiter nach Osten verschieben. Außerdem können so die Beziehungen zu mehreren anderen Nachbarn im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union ausgebaut werden.

Der Vorrang der Sicherheitspolitik, also Konfliktvermeidung, wird von den deutschen Politikern unablässig gegenüber der Europäischen Union und den Vereinten Nationen hervorgehoben. Die französische Präferenz für bilaterale Kooperation in der Außenpolitik der Union steht im Gegensatz zur deutschen Vorliebe für eine eher integrierte, multilaterale Vorgehensweise. Dieser Gegensatz fand sein Pendant schon in den Differenzen über die Weltpolitik zwischen de Gaulle und Adenauer, als der Élysée-Vertrag unterzeichnet wurde.

Man muß fairerweise anmerken, daß der Generationenwechsel selbstverständlich die Art und Weise beeinflusst, in der Staatsbürger eines jeden Landes ihr Gegenüber wahrnehmen. Allerdings sind die Institutionen und administrativen Strukturen, sowohl national als auch europäisch, innerhalb derer sich die neuen Generationen einer sich schnell wandelnden Welt anpassen müssen, zu einer Angleichung weniger fähig. Dieser Umstand führte zu einer Kontinuität im ökonomischen, politischen und sozialen Austausch zwischen Frankreich und Deutschland, der schon in der Zeit vor 1963 entstanden war.

Diese Differenzen in den jeweiligen Ansichten zur Weltpolitik bestehen auch heute noch zwischen Frankreich und Deutschland. Mit ihnen müssen wir uns auseinandersetzen, wenn wir über den Begriff der »gemeinsamen Erinnerung« zwischen den beiden Nachbarn sprechen wollen. Hier geht es um folgende Frage: Wie sollen wir mit der unterschiedlichen und oft gegensätzlichen

Rezeption der Schaffung einer kollektiven Erinnerung in den beiden Gesellschaften und den fortbestehenden unterschiedlichen Ansichten über die nationalen Interessen umgehen?

Erfahrungen innerhalb der Eliten haben Noëlle Lenoir zu der Ansicht geführt, daß es in den deutsch-französischen Beziehungen »ganz eindeutig den Willen gibt, das Europäische Projekt zusammenzuschweißen – und nicht eine bereits vorhandene Übereinstimmung über die Konzeption dieses Projektes – der, dank eben dieser Spannung, diese unvergleichliche Dynamik des deutsch-französischen Motors schafft«.¹⁷

Wenn man sich dies vor Augen führt, kann eine Desillusionierung vermieden werden, die unausweichlich entsteht, wenn man die nicht vorhandene Einigkeit über das Ausmaß der Differenzen betrachtet, die zwischen beiden Ländern bestehen. Noch wichtiger wäre es, den Bürgern in beiden Ländern die Möglichkeit zu geben, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, dieses Europa zusammenzuschweißen. Damit könnte man ihnen gleichzeitig ihre eigenen Vorteile in der Einheit des Kontinents vor Augen führen. In anderen Worten: Der Ansatz, von oben nach unten zu agieren, der ein Produkt der Ära ist, in der Monnet, Schuman, Adenauer und de Gaulle den Integrationsprozeß begannen, kann diesen Integrationsprozeß nicht länger vorantreiben. Die Distanz zwischen den Eliten und den Bürgern hat sich zu einer Kluft erweitert. Dies ist ein schreckliches Vakuum, das Raum für traditionelle Machtpolitik und extreme Tendenzen läßt, die den Aufbau der Europäischen Einheit bedrohen.

Wie die Ereignisse des letzten Jahrzehnts auf dem Balkan zudem gezeigt haben, sind nationale Führer ebenso fähig Mythen zu schaffen und wieder-aufleben zu lassen wie gegen sie anzutreten. Das läßt den Menschen die Möglichkeit, durch Unterstützung oder Ablehnung ihrer Führer über das Schicksal ihrer eigenen Gemeinschaft zu entscheiden. Da sich Europa nun anschiekt, eben diese Gebiete, in denen die Erinnerung an nicht weit zurückliegende Tragödien noch frisch ist, zu integrieren, obliegt es dem französischen und deutschen Volk, in gemeinsamer Aktion das »richtige Verhalten«, den politischen Willen und die emotionalen Bindungen zu schaffen, die es ermöglichen, daß die Erinnerung den ihr gebührenden Platz einnimmt. In diesem Sinne mag der Élysée-Vertrag zum einen als Prüfstein dienen, um den Weg zu illustrieren, den diese beiden Staaten gewählt haben, und zum anderen auch als eine Gelegenheit, die die beiden Gesellschaften ergriffen haben, um eine gemeinsame Geschichte in eine gemeinsame Erinnerung zu verwandeln.

¹⁷ LENOIR (Anm. 10), S. 308.

III. Bilaterale Beziehungen als »Motor« der Europäischen Integration: Frankreich und Deutschland im Zentrum von Integration oder Differenzierung?

Die Bedeutung des deutsch-französischen »Motors« für die Europäische Integration und im weiteren Sinne auch in den transatlantischen Beziehungen ist die dritte Ebene, die mit Blick auf internationale Dimensionen von Krieg und Frieden erörtert werden soll. Lily Gardner Feldman zeichnet vier Variablen auf, um den Begriff der Aussöhnung in den Beziehungen Deutschlands zu verschiedenen Ländern, einschließlich Frankreich, zu erklären. Diese Variablen sind: Geschichte, Institutionen, Führung und internationaler Kontext.¹⁸

Jede dieser Variablen ist wichtig. Die letzte Variable ist heute von größter Bedeutung. Dies wird offensichtlich, wenn man die Auseinandersetzungen innerhalb Europas betrachtet, die größtenteils ein Ergebnis des Gezeitenwechsels in den transatlantischen Beziehungen seit 1989 sind. Die Art der Führung auf beiden Kontinenten ist entscheidend und hat enorme Auswirkungen auf den Ablauf der Ereignisse in den europäischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Der Kontext, in dem diese Politiker handeln müssen – nach dem Kalten Krieg, inmitten einer Kommunikationsrevolution und nach individuellen und kollektiven Traumata im Anschluß an den 9.11. (Fall der Berliner Mauer) und den 11.9. (Terroranschläge auf die USA) – ist ausschlaggebend.

Den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern kommt genauso eine tragende Rolle zu, wie bereits das in La Celle-Saint Cloud (19. Oktober 1954) unterzeichnete Abkommen demonstriert hatte. Nicht der Élysée-Vertrag brachte den entscheidenden Durchbruch in den deutsch-französischen Beziehungen, sondern eben dieses Handelsabkommen. Hier wird deutlich, daß bei den bahnbrechenden Fortschritten in der innereuropäischen Kooperation und hier besonders auf wirtschaftlicher Ebene der Élysée-Vertrag bei der Ausweitung bilateraler Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg für Kontinuität stand.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Handelsbeziehungen während der Jahre der bilateralen deutsch-französischen Beziehungen so entscheidend auf die politische Annäherung auswirkten, kommt dieser historischen Analyse am heutigen Tag ein beachtliches Gewicht zu. Von herausragender Bedeutung sind zur Zeit die französischen und deutschen Positionen innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Es gibt eindeutig Meinungsunterschie-

¹⁸ Vgl. Lily GARDNER FELDMAN, *The principle and practice of »reconciliation« in German foreign policy: relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic*, in: *International Affairs*, 75 (1999) 2, S. 333–356.

de, die Frankreich und Deutschland in Gegensatz zur Europäischen Kommission und anderen Mitgliedsstaaten bringen, vor allem in Hinsicht auf die Einhaltung der strikten Konvergenzkriterien. Die Kriterien der WWU wurden ursprünglich von Deutschland als eine Vorbedingung für die Zustimmung zum Maastrichter Abkommen gefordert.¹⁹ Im Jahre 2003 waren jedoch Berlin und Paris nicht in der Lage, die Kriterien einzuhalten, und überschritten die vormalig von ihnen selbst gesetzten Grenzwerte. Die Konsequenzen waren nicht zu übersehen: eine größere Unsicherheit in der Eurozone während einer Phase weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten sowie kompliziertere Beziehungen, die Deutschland und Frankreich von den kleineren Mitgliedsstaaten (u.a. die Niederlande) entfernten. So wuchs die Skepsis am europäischen Integrationsprozeß.²⁰

Die WWU-Frage führt dazu, die möglichen Auswirkungen der entstehenden deutsch-französischen Beziehungen innerhalb einer größeren Union zu hinterfragen. Werden die beiden Länder gemeinsame Standpunkte entwickeln, die nicht mehr länger der Kern sind, um den sich die anderen konzentrieren? Herrscht statt dessen ein weniger konstruktiver Trend vor, in dem Frankreich und Deutschland den Kern bilden, gegen den alternative Koalitionen, einschließlich jetziger und zukünftiger Mitgliedsstaaten, nun ihre eigenen Positionen innerhalb Europas formulieren? Sind diese Koalitionen, wenn auch flüchtig und instabil, die Regel für zukünftige Verhandlungen innerhalb der Europäischen Union?

Über diese Fragen muß sehr genau nachgedacht werden, weil die Antworten darauf unvermeidlich mit der Geschichte der europäischen Integration und dem Schicksal des Aufbauprozesses verwoben sind. Seit dem Schuman-Plan 1950, der von Frankreich Einfallsreichtum in der Kreation und von Deutschland Bereitschaft zu Verpflichtungen verlangte, haben die beiden Länder einen Grad der Aussöhnung erreicht, der, mit den Worten von Lily Gardner Feldman, »eher pragmatisch und ehrlich (gewesen ist); leichter zu erreichen, aber vielleicht weniger tiefgehend in den Beziehungen zwischen der Gesellschaft und dem Staat als im deutsch-israelischen Fall, in dem die moralischen, psychologischen und politischen Hürden höher waren«.²¹

Es ist letzten Endes diese Aussöhnung, von der das Schicksal dieses Kontinents abhängt, obwohl sich die traditionelle Dynamik, die der deutsch-französische »Motor« in den Integrationsprozeß einbrachte, inzwischen verändert hat, oder wie Robert Frank in seinem Beitrag formuliert, wenn das

¹⁹ Vgl. MAZZUCELLI (Anm. 4), S. 101–133.

²⁰ Vgl. John VINOCUR, Hum of activity at EU, or is that a ho-hum?, in: *International Herald Tribune*, 18.5.2004, S. 2.

²¹ GARDNER FELDMAN (Anm. 18), S. 346.

deutsch-französische Paar nicht funktioniert, schreitet die europäische Integration nicht voran.²² Diese Einsicht zwingt uns dazu, heute eine Gefahr darin zu sehen, daß das »Paar« sich zu sehr der eigenen Nabelschau hingibt. Sind Frankreich und Deutschland nur noch damit beschäftigt, an die Zukunft ihrer eigenen Beziehungen zu denken? Der Élysée-Vertrag und die Kontinuität, für die er über Generationen steht, legen eine konstruktive Erinnerung nahe. Die Suche nach Symbolen, um einen einzigartigen Bund zu schließen, der Vergangenes, Gegenwärtiges und Zukünftiges im Bewußtsein ihrer Gesellschaften miteinander vereint, dauert weiter an.

Dennoch kann eine andere Erinnerung wieder erwachen: jene an Nationalismus und die Identifizierung der Bevölkerung mit einem »heroischen« Ziel. Die Bedeutung des »Rangs« im (außen-)politischen Denken der Führungsschicht und ihr Stolz auf einen starken Staat mit einer staatsbürgerlichen Mission unterscheidet Frankreich von anderen Großmächten. Dieser Stolz ist ein Ausdruck französischer Besonderheit, die immer noch zu spüren ist und besonders innerhalb der Eliten mit einer Zukunftshoffnung verbunden ist. In Deutschland ruft die nationalistische Vergangenheit Scham und Furcht hervor, die das Land bis in die heutige Zeit verfolgt und seine Aktionen auf internationaler Bühne hemmt. Diese Erinnerungen können und sollten nicht verneint oder ausgelöscht werden; sie müssen lebendig im Bewußtsein bleiben, wenn neue kollektive Erinnerungen geschaffen werden sollen.

Obwohl es zutrifft, daß die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland intensiver ist als irgendeine der Allianzen zwischen Großbritannien, Spanien, Polen oder anderen Staaten Europas, wäre es dennoch unklug, sich auf diesen Umstand zu verlassen. Das Band zwischen Frankreich und Deutschland ist *sui generis* – wie auch das des europäischen Integrationsprozesses selbst – so untypisch, wenn wir einen Blick in die Geschichte werfen. Es ist sowohl aus Triumphen und Tragödien als auch aus »trial and error« geknüpft und sollte gemeinschaftsbildend wirken. Solch eine Gemeinschaft muß mehr als nur akzeptiert werden. Sie muß geliebt werden, man muß sich innerlich mit ihr identifizieren, Franzosen wie Deutsche. Sie muß ihr Geschichtsbewußtsein ebenso verkörpern wie ihre gegenwärtigen Probleme und ihre gemeinsame Zukunft.

Nachdem beide Völker bis dahin Frieden nur als Abwesenheit von Krieg kannten, mußte nach 1945 die Bedeutung von Frieden an positive und konstruktive Werte gebunden, die es Schritt für Schritt zu entwickeln galt. Die Übereinstimmung, die Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder in Opposition zu Präsident George W. Bush's Irakpolitik entdeckten, kann keine Basis sein, auf der man eine gemeinsame Außenpolitik oder eine allgemeine Politik der Europäischen Union aufbaut. Die deutsch-französische Freund-

²² Dieses Argument findet sich im Beitrag von Robert Frank.

schaft, eben weil sie auf eine feindselige Vergangenheit zurückblickt, kann nur auf der Basis von Brüderlichkeit aufbauen, in der die zu schaffende Gemeinschaft in einer echten Freundschaft verankert ist, die vom französischen und deutschen Volk geteilt wird, jedes für das jeweils andere. Die Ablehnung der Politik eines dritten Landes ist keine Basis für gegenseitige Freundschaft, noch weniger eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland, oder, in einem größeren Rahmen, in Europa als Ganzem.

Es besteht immer das Risiko, daß zwei oder mehrere Länder, deren Vergangenheit von Konflikten und Auseinandersetzungen gekennzeichnet ist, Gemeinsamkeit über den Antagonismus zu einem angenommenen Gegner definieren. Die Gefahr ist allerdings sehr groß, daß Meinungsunterschiede zu Tage treten, und sei es nur, weil die im Entstehen begriffene Gemeinschaft sowohl Symbole erwartet, die das öffentliche Bewußtsein dieser Gemeinschaft inspirieren, als auch auf Taten hofft, die dieser Gemeinschaft, der die Völker Treue geloben wollen, Respekt von außen einbringen.

Wenn wir die Risiken abwägen, denen Frankreich und Deutschland sowie Europa als Ganzes vierzig Jahre nach dem Élysée-Vertrag gegenüberstehen, müssen wir die möglichen Auswirkungen des Bestrebens, ein deutsch-französisches Kerneuropa innerhalb eines eher lose definierten europäischen Integrationsprozesses zu bilden, berücksichtigen. Wenn die Europäische Konvention derart ausfällt, daß Frankreich Gefahr läuft, eine weniger bedeutende Rolle in einem größeren Europa zu spielen, wird die traditionelle Beziehung zur Bundesrepublik ein größeres Gewicht erhalten. Dennoch, die deutsch-französische Freundschaft wurde im Élysée-Vertrag nicht als Gegenmittel zu einem eher lose konzipierten Integrationsprozeß mit dem Ziel schrittweiser Erweiterung konzipiert.²³

Wolfgang Schäuble (CDU), der sich für enger verbundene Kerngruppen innerhalb der Europäischen Union einsetzte, hat sich über die Vision einer engeren deutsch-französischen Union Gedanken gemacht:

Im Moment müssen wir uns fragen, ob es klug ist, uns schon jetzt Gedanken darüber zu machen, was passiert, wenn die Union scheitert. Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland muß die europäische Integration voranbringen und nicht einen Keil hineintreiben. Leider war sie in jüngster Zeit eher die Ursache für Spaltungen.²⁴

Der Élysée-Vertrag bietet seinerseits einen Rahmen sowohl für politische als auch für kulturelle Beziehungen. Es gibt in Wahlergebnissen bestätigte Anzeichen, die auf ein geringeres Engagement und eine zunehmende Apathie in den

²³ Vgl. Mihaela GHERGHISAN, Core Franco-German Union considered, in: EUObserver.com, 13.11.2003.

²⁴ John VINOCUR, Europe: Grand vision of a French-German union not »a reality«, in: *International Herald Tribune*, 21.11.2003, S. 4.

deutsch-französischen Beziehungen und Europa hinweisen. Während der französischen Parlamentswahlen 2002 war die große Zahl der Enthaltungen das auffälligste Ergebnis. In den Augen vieler innerhalb und außerhalb Frankreichs war dies ein Zeichen für Apathie und Unzufriedenheit innerhalb des Volkes mit erheblichen internationalen Auswirkungen. Wie der Leitartikel in *Le Monde* vom 14. Mai 2002 andeutet, haben »die Wahlen zwei Mehrheiten geschaffen, eine innerhalb des Parlaments und eine andere außerhalb, die die Mehrheit der Bevölkerung vertritt, die »entweder revoltiert oder bewußt außerhalb des öffentlichen Lebens steht«²⁵. Dieses Ergebnis sollte als Warnzeichen für alle demokratischen Regierungen gewertet werden, inklusive der Vereinigten Staaten. Selbstzufriedenheit ist ebenso gefährlich wie Langeweile oder Frustration, die eine sich verweigernde Mehrheit gegenüber einem demokratisch gewählten, politischen Establishment zum Ausdruck bringen kann.

Für die deutsch-französischen Beziehungen und die Stärke der Europäischen Integration ist es von größter Wichtigkeit zu begreifen, daß »liberale Demokratien den Zusammenbruch riskieren, wenn die politische Teilnahme nicht in effektiven, legitimierten Institutionen verankert ist«.²⁵ Individuen und Gruppen, die sich zwischen oder, noch wirksamer, während der Wahlen bewußt abseits halten, drücken ihre Unzufriedenheit anfangs noch durch Apathie aus. Wie groß ist in diesem Szenario die Wahrscheinlichkeit, daß die Werte der liberalen Demokratie bedroht sein könnten?²⁶ Hier müssen wir die Wahrnehmung der breiten Masse in gewissen Regionen Frankreichs und in den östlichen Teilen Deutschlands berücksichtigen, wo zwischen Gewinnern und Verlierern immer größere Lücken klaffen. Noch wichtiger ist jedoch das Wissen darüber, daß diese Ungleichheiten das direkte Ergebnis der weitergehenden Integration Deutschlands und Frankreichs innerhalb Europas sind.

Wenn Frankreich und Deutschland weiterhin im Kern des Integrationsprozesses stehen wollen, müssen sie sich bewußt werden, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sein wird, das Ziel des Élysée-Vertrages zu verwirklichen, an das an seinem 40. Geburtstag erinnert wurde. Es ist eine Herausforderung für ihre Staatsführer, weiterhin eine allgemeine Zustimmung zu der historischen Freundschaft der beiden Länder wachzuhalten, um auf diese Weise die sich im Aufbau befindliche Gemeinschaft zu unterstützen. Am Vorabend der Erweiterung der Europäischen Union gewinnt dieses Ziel eine bis dahin noch nie dagewesene Bedeutung, insbesondere weil die Tendenzen zur Abgrenzung gegen einen deutsch-französischen Kern in den anderen Ländern

²⁵ Ira KATZNELSON, *Desolation and Enlightenment Political Knowledge After Total War, Totalitarianism and the Holocaust*, New York 2003, S. 130.

²⁶ Vgl. Shmuel N. EISENSTADT, *Paradoxes of Democracy Fragility, Continuity and Change*, Baltimore, London 1999.

Europas stärker werden. Neben der Kontinuität, für die der Élysée-Vertrag ein Meilenstein nach dem Zweiten Weltkrieg war, könnte der Vertrag auch eine Bedeutung als »Erinnerungsort« für zukünftige Generationen gewinnen.

Dies ist nur möglich, wenn sich diese Generationen mit der Freundschaft zwischen ihren Ländern identifizieren, sich heute selbst engagieren und willentlich für die Realisierung des Vertrags einsetzen. Die größere Herausforderung, und deshalb auch die größere Wahrscheinlichkeit, ist, daß die deutsch-französische Freundschaft heute konstruktiv als ein Eckstein in einem viel größeren kontinentalen Prozeß der europäischen Einigung funktionieren sollte. In diesem Zusammenhang gibt es eine Kluft, die die französischen und deutschen Politiker von ihren Völkern trennt, und zwar in der Frage des Verständnisses der Europäischen Integration. Der Natur widerstrebt dieses Vakuum, das der traditionellen Machtpolitik und extremistischen Tendenzen einen großen Platz einräumt, als eine Alternative zu der ursprünglichen Vision von der Europäischen Einheit.

Es gibt neue Gegenkonzepte zum deutsch-französischen Kern in der Europäischen Integration, die durch die jüngsten, wenn auch vorübergehenden Koalitionen repräsentiert werden. So schwierig es für die französischen und deutschen Politiker zu akzeptieren scheint: Tatsache ist, daß der traditionelle »Motor« eher die Ursache für zunehmende Differenzierung denn Einheit ist. Es gibt keinen Ersatz für die historische deutsch-französische Aussöhnung, deren Kontinuität der Élysée-Vertrag in seinem Vermächtnis von Freundschaft und Kooperation zelebriert. Mehr denn je braucht Europa diese Aussöhnung, um zu demonstrieren, daß jahrhundertlange Konflikte zwischen Ländern nicht bedeuten müssen, daß die Feindschaft ewig weitergehen muß. Der Élysée-Vertrag als Dreh- und Angelpunkt der deutsch-französischen Beziehungen unterstreicht, daß Frieden sehr viel mehr als die Abwesenheit von Krieg ist.

(Übersetzung: Birgit Schöne-Martens)

HANS-DIETRICH GENSCHER

EUROPA IN EINER NEUEN WELTORDNUNG: FRAGEN AN PARIS UND BERLIN¹

Es ist der Deutsch-Französische Vertrag von 1963, der uns heute in Paris zusammenführt. Sie werden sich morgen mit dem Zustandekommen des Vertrages, mit der Entwicklung seither und mit den Wirkungen des Vertrages in die Zukunft befassen. Das wird noch einmal deutlich machen, wie weit der Weg ist, den wir seitdem zurückgelegt haben und wie weit die Perspektiven reichen, die er eröffnet.

Der 40. Jahrestag gibt auch Anlaß genug, sich mit der Zukunft der privilegierten deutsch-französischen Beziehungen und ihrer künftigen Bedeutung zu befassen. Der Vertrag war ganz sicher nicht der Beginn eines neuen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Weit in die Zukunft denkende Persönlichkeiten auf beiden Seiten des Rheins streckten frühzeitig die Hand aus. Die Namen Jean Monnet und Robert Schuman ragen dabei besonders heraus. Von besonderem Gewicht waren die Stimmen derjenigen, die aus den Konzentrationslagern Hitlers kamen und die sich für ein neues und besseres Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen einsetzten. Es gehört zu den glücklichen Fügungen der Geschichte, daß es in den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg in unseren Ländern hervorragende Persönlichkeiten gab, die als französische Präsidenten und als deutsche Bundeskanzler die deutsch-französische Partnerschaft als europäische und historische Verantwortung betrachteten, als Sache von Moral und Ethik, als Sache der Vernunft und des Herzens verstanden. Ich nenne dabei auf französischer Seite vor allem Charles de Gaulle, Georges Pompidou, Valéry Giscard d'Estaing, François Mitterrand und nun Jacques Chirac. Und auf der deutschen Seite in der Nachfolge von Konrad Adenauer Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl und nun Gerhard Schröder.

Für mich ist der heutige Tag auch Anlaß, den französischen Kollegen zu danken, mit denen ich 18 Jahre lang zusammenarbeiten durfte. Sie alle haben Hervorragendes für unsere Beziehungen und für Europa geleistet. Die persön-

¹ Dieser Text beruht auf der Rede, die Bundesaußenminister a.D. Hans-Dietrich Genscher anläßlich der Eröffnungsveranstaltung des Kolloquiums »1963: année pivot des relations franco-allemandes?« am 19. Januar 2003 an der Pariser Sorbonne hielt.

lichen Beziehungen, die mich mit Jean François-Poncet und Roland Dumas verbinden, möchte ich besonders hervorheben. Ich möchte in meinen Dank auch meinen Amtsvorgänger Walter Scheel einbeziehen, an dessen großes Engagement als europäischer und deutscher Abgeordneter und als Mitglied der Bundesregierung für die deutsch-französischen Beziehungen und für Europa ich 1974 anknüpfen konnte. Der Élysée-Vertrag wurde zur Krönung des bis 1963 erreichten Fortschritts und zur Perspektive für die künftige Zusammenarbeit. Er bekräftigte in feierlicher Form den Willen der beiden Staaten, den Weg zueinander und für die europäische Einigung entschlossen fortzusetzen. Er war auch Ausdruck des Wunsches nach gegenseitiger Vergewisserung über den Willen zu künftiger Gemeinsamkeit. Und er entsprang gewiß auch der Absicht der beiden Akteure, die deutsch-französische Partnerschaft über ihre eigene Zeit hinaus zu sichern. Die Früchte dieser Partnerschaft sind heute unübersehbar. Das bewußt zu machen, ist wichtig genug.

Die feierliche Bekräftigung durch die Veranstaltungen hier in Frankreich am 22. Januar und am Tag danach in Deutschland entspricht der historischen Bedeutung unserer Partnerschaft. Ich schließe darin ausdrücklich die gemeinsame Sitzung der beiden Parlamente ein. Es war ja der Deutsche Bundestag gewesen, der mit der Präambel zum Vertragsgesetz damals Sicherungen einbauen wollte. Seine Reise nach Frankreich an diesem Jahrestag bestätigt, daß die damaligen Vorbehalte die Sorgen von gestern waren. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß die deutsch-französische Kooperation für Europa in jüngster und allerjüngster Zeit neue Impulse erhalten hat. Paris und Bonn haben das Tor für die Aufnahme der neuen Mitglieder geöffnet.

Ermutigend ist auch die Absicht von Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder, im Sicherheitsrat eng zusammen zu arbeiten. Die Vorschläge des französischen Präsidenten und des deutschen Bundeskanzlers für den Verfassungskonvent sind der ernsthafte Versuch, den Beratungen des Konvents Orientierung zu geben und ihnen neue Dynamik zu verleihen. Die Richtung, in die die Vorschläge zielen, ist zu begrüßen. Das gilt für die bessere Effizienz der Entscheidungsprozesse, für die Stärkung der Institutionen, für die demokratische Legitimierung des Kommissionspräsidenten, für mehr Kontinuität in der Ratspräsidentschaft sowie für die Verbesserung der außenpolitischen Willensbildung und die Stärkung der Vertretung der Union nach außen durch Konzentration auf eine Person. Es liegt jetzt in der Hand des Konvents, die Vorschläge in sein Gesamtkonzept einzufügen und sich um die Klärung der Fragen zu bemühen, die die Vorschläge aufwerfen. Das gilt besonders für eine klare Kompetenzverteilung zwischen Kommissionspräsident und Ratspräsident. Daß die Außenminister beider Staaten jetzt dem Konvent angehören, weist ihnen eine maßgebliche Rolle für die Verwirklichung der Vorschläge zu. Daß es sich in dieser entscheidenden Frage um eine deutsch-französische In-

itiative handelt, hat erhebliche Bedeutung. Das sollten auch die Kritiker erkennen.

Es entspricht der staatsmännischen Weisheit Adenauers und de Gaulles, daß sie den Vertrag nicht durch Konkretisierung in seinen Wirkungsmöglichkeiten einengten. Man widerstand der Gefahr, der Phantasie der Geschichte Fesseln anzulegen. Die Fragen, die wir uns heute stellen müssen, lauten: Hat die privilegierte deutsch-französische Partnerschaft noch immer ihre überragende Bedeutung für das Verhältnis unserer Völker und für Europa oder hat sie sich durch die Entwicklung seit Abschluß des Élysée-Vertrages überholt? Was bedeutet die bevorstehende Erweiterung für unsere Partnerschaft? Der Befund, zu dem ich komme, spricht ohne jede Einschränkung für die unverminderte, ja für die größere Bedeutung dieser einzigartigen Beziehung zwischen zwei Nachbarstaaten und -völkern.

Es ist richtig, daß die Lage in Europa zum Zeitpunkt des Abschlusses des Élysée-Vertrages eine gänzlich andere war als heute. Der Kalte Krieg hatte damals einen Höhepunkt erreicht, der Bau der Mauer in Berlin sollte nach dem Willen seiner Auftraggeber zum Symbol der Versteinerung der deutschen und europäischen Teilung werden. Heute dagegen ist das vereinte Deutschland Partner der deutsch-französischen Beziehungen. Einen historischen Beitrag zur Einbeziehung der neuen Bundesländer in die damalige Europäische Gemeinschaft (EG) mit ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes hat ein Franzose geleistet, nämlich der Präsident der Kommission Jacques Delors. Wir verstanden sein Verhalten als Ausdruck des Willens der Europäischen Gemeinschaft und unseres Partners Frankreich, zur Einheit der Deutschen beizutragen. Die Deutschen in den neuen Bundesländern machen mit der deutsch-französischen Partnerschaft eine neue Erfahrung aufrichtiger Überwindung der Schatten der Vergangenheit. Das sollte auch Anlaß sein, die neuen Bundesländer in besonderer Weise in diese Partnerschaft einzubeziehen. Warum – so muß man mit Alfred Grosser fragen – ist nicht der Ministerpräsident eines neuen Bundeslandes zuständig für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit? Das um so mehr, als sich mit Bernhard Vogel, dem Ministerpräsidenten von Thüringen, eine dafür hervorragend geeignete Persönlichkeit geradezu anbietet.

Wer über die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen und damit über die Zukunft Europas spricht, muß auch an die Haltung Frankreichs erinnern, als es in den Jahren 1989 und 1990 um die Herbeiführung der deutschen Einheit ging. Darüber zu sprechen ist notwendig, weil sich Mutmaßungen und Behauptungen über die Haltung François Mitterrands in jener Zeit leicht zu einem Gift für das Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen mischen können. Dabei war es François Mitterrand, der mir am 29. November 1989 erklärte, die deutsche Einheit sei eine historische Notwendigkeit und Frankreich stehe dabei an der Seite der Deutschen. Er stellte nicht die Frage nach

dem Ja oder Nein zur deutschen Einheit, sondern ihn beschäftigte in jener Zeit und auch in dem Gespräch, auf das ich Bezug nehme, die Frage nach dem künftigen Weg eines vereinten Deutschland. Und er formulierte diese Frage mit den Worten: »Wird das vereinte Deutschland den europäischen Weg fortsetzen oder wird es die alten Wege beschreiten?« Das bedeutete in der konkreten Situation, ob Deutschland an seinen Zusagen aus dem Jahre 1988, gegeben auf dem Europäischen Rat in Hannover zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion, festhält oder nicht.

Irritationen, die durch eine mißverständliche Diskussion in Deutschland und auch durch mißverständliche Erklärungen aus Deutschland zum Zeitplan für die Wirtschafts- und Währungsunion entstanden waren, konnten durch Klarstellung schnell überwunden werden. Klarstellung bedeutet Bekräftigung des bisher Vereinbarten und nicht die Verabredung einer Gegenleistung für das französische »Ja« zur deutschen Einheit. Unter französischem Vorsitz erklärte der Europäische Rat am 9. Dezember 1989:

Wir streben die Stärkung des Zustands des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozeß muß sich auf friedliche und demokratische Weise unter Wahrung der Abkommen und Verträge sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien im Kontext des Dialogs der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein.

In dieser Phase europäischer und deutscher Einigungspolitik verstand sich Frankreich auch als Sachwalter Polens für die Anerkennung der dauerhaften Sicherheit seiner Westgrenze. Man darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß das Grundgesetz in seiner Präambel die Politik unseres Landes auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, auf die Einigung Europas und auf die Bewahrung des Weltfriedens verpflichtete. Auf die Frage, welches die Grenzen des vereinten Deutschland sein sollten, hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes bewußt keine Antwort gegeben. In der Diskussion über die Teilnahme Polens als dem einzigen Land, das mit Deutschland eine offene Grenzfrage hatte, an den »Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen«, unterbreitete ich meinem französischen Kollegen und Freund Roland Dumas den Gedanken, Polen dann hinzuzuziehen, wenn über die Grenzen des vereinten Deutschland geredet wurde. Das sollte am besten bei dem dritten Treffen im Rahmen der »Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen«, das in Paris stattfand, geschehen.

Der besonderen Bedeutung des Schicksals Polens für unsere beiden Staaten und für Europa entsprach es auch, daß ich ein Jahr später meinem französischen Kollegen Roland Dumas und meinem polnischen Kollegen Krzysztof Skubiszewski vorschlug, an Goethes Geburtstag in Weimar im Jahre 1991 zusammenzukommen, um mit der Schaffung des »Weimarer Dreiecks«, der östlichen Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft, das gehörige Gewicht zu schaffen. Es sollte unterstreichen, daß die Öffnung der EG nach Osten ein ge-

meinsames Ziel von Deutschen und Franzosen sein und nicht durch alte Rivalität belastet werden sollte. Die Auswahl des Ortes sollte über die politische Bedeutung des Treffens hinaus die kulturelle Dimension des europäischen Einigungsprozesses unterstreichen. Gleichzeitig aber war die Wahl des Ortes Weimar mit Blick auf das benachbarte Buchenwald Ausdruck der historischen Verantwortung aus der jüngsten europäischen und das heißt auch der deutsch-französischen und deutsch-polnischen Geschichte. In Weimar wurde auch die Antwort auf die Frage gegeben, welche Bedeutung die deutsch-französischen Beziehungen in einer neuen, um unsere östlichen und südöstlichen Nachbarn erweiterten Gemeinschaft haben würde. Paris und Berlin sollten sich daran erinnern, wenn Warschau Mitglied der Europäischen Union (EU) geworden ist.

Heute ist Europa nicht länger geteilt. Der Kalte Krieg ist überwunden. Rußland als Rechtsnachfolger des Gegners von gestern, der Sowjetunion, ist der EU und dem Atlantischen Bündnis partnerschaftlich verbunden. Sieben Länder aus dem damaligen sowjetischen Machtbereich werden bald Mitglied unserer Europäischen Union sein, zwei weitere haben als Assoziierungspartner die Anwartschaft darauf. Die internationale Entwicklung ist gekennzeichnet von immer stärkerer Kooperation und immer stärkerer globaler Interdependenz. In einer solchen Entwicklung kann kein Land und keine Region mehr autonom handeln, eine Einsicht übrigens, der zu folgen die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Probleme haben, obwohl der große Erfolg amerikanischer Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zur Eindämmung des sowjetischen Einflusses und zur Überwindung der Teilung der Welt nur durch Kooperation – und das vornehmlich mit Europa – möglich war. Diese enge transatlantische Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Verbündeten wird auch in Zukunft gebraucht.

Neue Herausforderungen stehen vor Europa. Wo also liegen Aufgaben und Verantwortung für die beiden Nachbarn am Rhein? Der Blick zurück auf das 20. Jahrhundert erlaubt die Feststellung, das nach zwei schrecklichen Weltkriegen in der ersten Hälfte und nach der Nacht des Faschismus über Deutschland und Europa in den 1930er und 1940er Jahren es in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts für die europäische Staatskunst darum ging, die Einigung der Demokratien im freien Teil Europas entschlossen voranzubringen und gleichzeitig die Teilung des Kontinents und das heißt auch die Teilung Deutschlands und den Kalten Krieg friedlich zu überwinden. Keine dieser Entwicklungen wäre vorstellbar gewesen ohne das historische Werk der Aussöhnung zwischen Franzosen und Deutschen. Unsere Länder handelten dabei immer mehr in der Einsicht, daß ihre nationalen Interessen am besten gewahrt sein würden, wenn Europa immer stärker zusammenwächst. Sie widerstanden immer wieder der Versuchung, einen Gegensatz zwischen nationalen und europäischen Interessen zu konstruieren und sich so in falsche Al-

ternativen zu verirren. Bei dieser Übereinstimmung muß es unverrückbar bleiben.

Der europäische Einigungsprozeß wurde von Anfang an bestimmt von dem Grundgedanken der Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. So war es schon im »Europa der Sechs« der Fall, das mit Frankreich, Italien und Deutschland drei größere und mit den Niederlanden, Belgien und Luxemburg drei kleinere Staaten umfaßte. Das neue partnerschaftliche Verständnis war nur möglich, weil die größeren Staaten zu der Einsicht gelangt waren, daß ihr Gewicht, ihre geographische, zahlenmäßige und wirtschaftliche Größe nicht größere Rechte, wohl aber größere Verantwortung bedeuten. Aus dieser Verantwortung heraus müssen Berlin und Paris auch in Zukunft ihre Rolle in der und für die Europäische Union sehen. An dem Maßstab der größeren Verantwortung müssen sich unsere Länder in allen Bereichen messen lassen. Das gilt übrigens auch für den Reformwillen und die wirtschaftliche Wachstumsförderung, die derzeit von unseren Partnern zu Recht von Deutschland als der größten Volkswirtschaft in der EU erwartet wird. Das Beispiel der deutsch-französischen Aussöhnung und die Akzeptanz der Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sowie die Erkenntnis, daß nationale Interessen und die Vertiefung und Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses zwei Seiten derselben Medaille sind, führte zu einer neuen Kultur des Zusammenlebens der Staaten und Völker innerhalb der EU.

So bewirkte die Einzigartigkeit der deutsch-französischen Partnerschaft jene Erfolgsgeschichte, die die Völker Europas in einer neuen Form zusammengeführt hat. Frankreich und Deutschland haben dabei die Rolle des »Motors« übernommen. Die neue Kultur des Zusammenlebens ist indessen mehr, als das Wort »Motor« zur Beschreibung eines von gleichen Interessen bestimmten Verhaltens zum Ausdruck bringt. Heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, steht die europäische Staatskunst vor der Herausforderung, die Einheit Europas zu vollenden. Dazu gehört die Erweiterung der Europäischen Union, wie sie soeben beschlossen worden ist und wie sie mit den bestehenden Assoziierungsverträgen in Aussicht genommen wurde, aber dazu gehört auch die langfristige Bestimmung des Verhältnisses der Europäischen Union zu den europäischen Völkern jenseits der polnischen Ostgrenze. Das schließt das große russische Volk ein und nicht aus. Das Gleiche gilt für die anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion.

Zu Recht hatte de Gaulle mit seinem Wort von Europa vom Atlantik bis zum Ural weit hinausgewiesen über die Grenze, die damals markiert wurde durch den Eisernen Vorhang und auch über die Ostgrenze Polens. An der polnischen Ostgrenze beginnt eben nicht Westasien, sondern Osteuropa. Eine immer engere Kooperation mit den dort lebenden osteuropäischen Völkern wird sich zum Nutzen aller Europäer auswirken. Die gemeinsamen politi-

schen, sicherheitspolitischen, ökonomischen und ökologischen Interessen mit Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion verlangen eine strategische Partnerschaft mit ihnen. Eine solche Politik wäre wie die amerikanisch-russische strategische Partnerschaft ein wichtiger Beitrag zu globaler Stabilität. Präsident Putin hat im September 2001 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag in Berlin der Europäischen Union die Hand entgegengestreckt.

Heute geht es für Europa gleichzeitig darum, in einer neuen Weltordnung seinen Platz einzunehmen. Das ist die zweite große Herausforderung für die europäische Staatskunst. Wie wird diese neue Weltordnung aussehen, wenn Europa nicht handelt? Und wie sollte sie aussehen, wenn Europa sich selbst und seinen Grundwerten treu bleiben will? Die europäische Politik kann und darf sich nicht ohne Beachtung der globalen Entwicklungen vollziehen. Europäische Politik nach innen und außen muß einem sich grundlegend verändernden Umfeld Rechnung tragen. Die globalen Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen, betreffen alle Lebensbereiche. Massenwanderungen als Folge von Überbevölkerung und wirtschaftlicher Not, Unterentwicklung, Armut, Seuchen und Wachstumsschwäche, Undurchsichtigkeit der globalen Finanzmärkte anstelle von Transparenz, die Sorge um die natürlichen Lebensgrundlagen, die Gefahren der organisierten Kriminalität in enger Verwandtschaft mit dem internationalen Terrorismus, die Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen – auf keine dieser Herausforderungen kann es noch eine wirksame nationalstaatliche Antwort geben. Es gibt keine wirksame deutsche, keine französische, keine belgische und keine spanische Antwort. Es gibt nur die europäische Antwort. Und das gilt erst recht für die Herausforderungen und die Chancen der Globalisierung insgesamt.

So erweist sich, daß die deutsch-französische Aussöhnung und Partnerschaft, und als Folge davon die europäische Einigung, nicht nur die Antwort auf die Irrtümer und die Irrwege der europäischen Geschichte sind, die Antwort auf Jahrhunderte lange europäische Bürgerkriege und auf die zwei Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Ihre historische und ethische Verankerung wird fortbestehen bleiben, aber immer deutlicher wird erkennbar, daß diese europäische Einigung auch die einzig mögliche Antwort der Europäer auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist. Eine Herausforderung, die mit dem Wort »Globalisierung« in ihrer Komplexität nur sehr unzureichend beschrieben wird. Geistige Führung in Europa verlangt heute, das Bewußtsein dafür zu stärken, welche Chancen in dieser Entwicklung liegen können und welche Verantwortung Europa dafür trägt, daß eine globale Architektur entsteht, die den Grundideen Geltung verschaffen, denen Europa seinen Neuanfang nach dem Zweiten Weltkrieg verdankt. Es sind unsere gemeinsamen Werte.

Es sind aber auch die Folgerungen, die aus diesen Grundwerten zu ziehen sind, nämlich Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung, Kooperation und nicht

Konfrontation. Es ist der Wille zu multilateralem Handeln in einer Welt fortschreitender Interdependenz. Wieder ist es die gemeinsame Aufgabe von Franzosen und Deutschen, der europäischen Politik in dieser Ausrichtung Impulse zu geben. Und es ist ja ganz unbestreitbar, daß sowohl die Schaffung des Weltwirtschaftsgipfels Ausdruck globaler Verantwortungsbereitschaft war und bleibt, und daß die Schaffung der Europäischen Währungsunion ein wichtiger Beitrag zu globaler finanz- und währungspolitischer Stabilität ist. Wir müssen uns bewußt sein: Die bipolare Weltordnung, gekennzeichnet durch das Gleichgewicht des Schreckens zwischen Washington und Moskau, gehört der Vergangenheit an. Was tritt an ihre Stelle? Wird es eine unipolare Weltordnung sein, zentriert auf die Vereinigten Staaten von Amerika und deshalb von ihnen auch dominiert? Oder tritt an die Stelle der bipolaren eine multipolare Weltordnung mit regionalen Kraftzentren in allen Teilen der Welt, eine Weltordnung also, in der neben den uns eng verbundenen Vereinigten Staaten, dem mit Abstand stärksten Land der Welt, Rußland, das geographisch größte, China, das volkreichste Land der Welt, Indien, die größte Demokratie der Welt, und Japan bestimmende Faktoren sein werden?

Und welche Rolle spielen die regionalen Zusammenschlüsse, die es in allen Teilen der Welt gibt, unter denen aber unsere Europäische Union durch Geschichte, durch kulturelle Identität, durch die institutionelle Verbindung durch einen gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum die mit Abstand am weitesten fortgeschrittene ist? Entwickelt sich diese neue Weltordnung von selbst? Sollen wir Europäer diese Entwicklung sich selbst überlassen, oder anderen oder vielleicht den USA allein? Braucht nicht auch die entstehende neue Weltordnung Rahmenbedingungen, wie sie innerhalb unserer Staaten selbstverständlich sind? Rahmenbedingungen aber, auf die sich die Staaten, der private Sektor und auch internationale Organisationen – staatliche und private – verständigen müssen, die also nicht auferlegt werden können.

Welche Rolle werden in Zukunft internationale Einrichtungen wie der Weltwährungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) neben den unverzichtbaren Vereinten Nationen (UN) einnehmen? Und welchen Beitrag müssen wir Europäer leisten zur Architektur einer neuen Weltordnung, die um Gerechtigkeit für alle Weltregionen bemüht sein muß, wenn die Aussichten auf globale Stabilität verbessern werden sollen? Soll es eine Welt der Über- und Unterordnung sein, oder nicht doch besser eine kooperative Weltordnung, eine multipolare anstelle einer unipolaren, hegemonialen Weltordnung? Wo ist unser Platz in dieser Weltordnung? Und wie kann der Partner, dem wir durch unsere Grundwerte und durch die Geschichte am engsten verbunden sind, nämlich die USA, davon überzeugt werden, daß die Partnerschaft mit den Europäern der Anker für globale Stabilität sein muß? Das alles verlangt natürlich auch Gleichberechtigung zwischen Europäern und Amerikanern. Sache der Europäer ist es allerdings, im Interesse der Anerken-

nung ihrer Gleichberechtigung auch selbst für Gleichgewichtigkeit zu sorgen. Und liegt die Stärkung Europas nicht auch im Interesse der USA? Europa und Amerika sind im globalen Kontext die engsten Partner. Und sie müssen es bleiben. Ist es nicht auch so, daß manche transatlantischen Probleme weniger die Folge sind von zuviel Amerika als vielmehr von zuwenig Europa?

Unsere Europäische Union muß sich also als ein globaler Mitspieler verstehen. Das alles verlangt von den Mitgliedern der Europäischen Union den Willen zum gemeinsamen Handeln. In Deutschland gibt es den ungeschriebenen Verfassungsgrundsatz der Bundestreue. Ich wünsche mir, daß sich die Mitgliedsstaaten unserer Europäischen Union stets vom Willen der Unionstreue leiten lassen. Eine solche Gesinnung bewirkt für Europa weit mehr als die Einzelbestimmungen einer Verfassung das je zu garantieren vermögen. Die Geschichte der EU hält viele Beispiele bereit, für ein gemeinsames Handeln der Europäer nach außen oder mit Wirkung nach außen – schon in der Vergangenheit.

Das deutsch-französische Zusammenwirken hat dabei stets eine entscheidende Rolle gespielt. Das gilt für die Initiative Helmut Schmidts und Valéry Giscard d'Estaings für die Bildung des Weltwirtschaftsgipfels ebenso wie für die Schaffung des europäischen Währungssystems als Vorläufer der Wirtschafts- und Währungsunion. Für deren Schaffung gilt das Gleiche. Es gilt für wichtige Beiträge zur Lösung der Nahost-Frage. Man erinnere sich nur der Erklärung von Venedig, deren Grundelemente in allen Lösungsvorschlägen für den israelisch-palästinensischen Konflikt auch heute noch gültig sind. Und schließlich gilt das auch für die Meinungsführerschaft der Europäer im KSZE-Prozeß, der die Rahmenbedingungen für die Überwindung der Ost-West-Teilung geschaffen hat. Hatte noch die amerikanisch-sowjetische Erklärung von 1972 auf jede Wertorientierung der Gestaltung des Verhältnisses von Washington und Moskau verzichtet, so setzten die Europäer 1975 mit der Schlußakte von Helsinki die Prinzipien unserer Werteordnung als Grundlage des Zusammenlebens der europäischen Völker gegenüber der Sowjetunion durch. Die konkreten Ableitungen dieses Wertekatalogs im sogenannten Korb 3 der Schlußakte von Helsinki wurden zur Berufungsgrundlage der Bürgerrechtler überall im sowjetischen Machtbereich.

Die gegenwärtige internationale Diskussion über die Rolle der Vereinten Nationen im Irak-Konflikt verlangt eine eindeutige Position der Europäer. Es war ein großer Erfolg der französischen Außenpolitik, daß für die Zustimmung zur Entschließung 1441 sowohl die USA wie die arabischen Staaten, aber auch Rußland und China gewonnen werden konnten. Mit dieser Entschließung ist das weitere Vorgehen in die Hand des Sicherheitsrats gelegt, also dorthin, wo es nach der Charta der UN auch gehört. Und dort muß es auch bleiben. Oder, um es anders auszudrücken, die Entscheidung über eine militärische Aktion gegen den Irak liegt nicht bei einem oder zwei Ländern,

sie liegt allein beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Es ist 40 Jahre nach Abschluß des Élysée-Vertrages zu begrüßen, daß Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder sich in dieser so wichtigen Frage für ein gemeinsames Vorgehen im Sicherheitsrat ausgesprochen haben. Das sollte aber kein Einzelfall bleiben. Es muß zu den vornehmsten Aufgaben der Europäer gehören, die Vereinten Nationen in ihren Rechten zu stärken.

Vier derzeitige Mitglieder des Sicherheitsrates gehören der EU an. Das ist unter 15 Mitgliedstaaten nicht wenig, wenn sie gemeinsam handeln – wenn! Und wenig ist es auch nicht, wenn zwei der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates EU-Staaten sind. Schließlich hat Europa auch im Falle des Irak Anspruch auf die Beachtung seiner Interessen als unmittelbarer Nachbar der Region, als unmittelbar Betroffener von Stabilität oder Instabilität im Nahen Osten. Über den konkreten Fall hinausgehend, heißt das: Europa muß jetzt seinen Platz einnehmen in der neuen Weltordnung, den Platz, der seinem Gewicht, seiner Bedeutung und der Würde seiner Völker entspricht. Es kann dabei Unverwechselbares einbringen, nämlich die historisch begründete Gewißheit, daß Frieden und Stabilität nur auf Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Völker gegründet werden können. Das verlangt eine gerechte Weltordnung, in der alle Regionen unserer Welt zu ihrem Recht kommen können. Das muß auch gelten, wenn es um die Öffnung der Märkte der Industriestaaten für die Produkte der Dritten Welt geht. Es geht letztlich um eine gerechte Weltordnung, die bestimmt ist durch die Herrschaft des Rechts und nicht durch das Recht des oder der Stärkeren.

Die neue Kultur des Zusammenlebens in der Europäischen Union ist keineswegs nur eine Geisteshaltung, die auf Europa beschränkt ist. Und Toleranz, gegenseitige Achtung und Gleichberechtigung dürfen nicht auf den Umgang der westlichen Staaten untereinander beschränkt bleiben. Der sogenannte »Kampf der Kulturen« ist genauso wenig zwangsläufig wie nationalistische oder gar chauvinistische Gegensätzlichkeit. Das Handeln auf der Grundlage unserer gemeinsamen Wertvorstellungen vermag das zu überwinden. Der Kampf gegen den Terrorismus, in dem wir Europäer Seite an Seite mit unseren amerikanischen Partnern stehen, ist alles andere als eine Auseinandersetzung zwischen Christen und Moslems, auch wenn sich Terroristen zu Unrecht auf ihren islamischen Glauben berufen.

Die Fähigkeit von Franzosen und Deutschen, nach einer wechsellvollen und schmerzlichen Geschichte, ein Beispiel zu geben für Versöhnung, für gemeinsame Verantwortung und für gemeinsames Handeln, ist eine Erfahrung, die auch in anderen Teilen der Welt helfen kann, vermeintlich unüberwindbare Gegensätze doch friedlich zu überwinden. Dazu gehört der Wille, der Politik den Vorrang zu sichern. Das verlangt von Europa aber auch die Fähigkeit, der internationalen Rechtsordnung Geltung zu verschaffen. Deshalb ist die Stärkung der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität so wich-

tig. Deshalb hat sie Wirkung über die Selbstverteidigung Europas hinaus. Heute, 40 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages, können wir eine positive Bilanz ziehen. Der gemeinsame Weg ist befestigt. Seine Zukunft ist klar, solange wir uns von unseren gemeinsamen Grundwerten und Erfahrungen und von unserer gemeinsamen europäischen Berufung und unserer globalen Verantwortung für globale Gerechtigkeit leiten lassen. Eine neue und gerechte Weltordnung, die diesen Namen verdient, braucht ein einiges und entschlossenes Europa. Sich dessen bewußt zu sein und dieses Europa als wichtigen Faktor der globalen Ordnung zu verstehen, gehört zu der großen Verantwortung, die Franzosen und Deutsche tragen.

ANHANG

Dokument: Der Élysée-Vertrag von 1963

Gemeinsame Erklärung zum 22. Januar 1963

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer, und der Präsident der Französischen Republik, General de Gaulle, haben sich

- zum Abschluß der Konferenz vom 21. und 22. Januar 1963 in Paris, an der auf deutscher Seite der Bundesminister des Auswärtigen, der Bundesminister der Verteidigung und der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen; auf französischer Seite der Premierminister, der Außenminister, der Armeeminister und der Erziehungsminister teilgenommen haben,
- in der Überzeugung, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine Jahrhunderte alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, daß das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neu gestaltet,
- in dem Bewußtsein, daß eine enge Solidarität die beiden Völker sowohl hinsichtlich ihrer Sicherheit als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung miteinander verbindet,
- angesichts der Tatsache, daß insbesondere die Jugend sich dieser Solidarität bewußt geworden ist, und daß ihr eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft zukommt,
- in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerläßlichen Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches Ziel beider Völker ist, mit der Organisation und den Grundsätzen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, wie sie in dem heute unterzeichneten Vertrag niedergelegt sind, einverstanden erklärt.

Geschehen zu Paris am 22. Januar 1963 in zwei Urschriften in deutscher und französischer Sprache

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Adenauer

Der Präsident der Französischen Republik
de Gaulle

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Im Anschluß an die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland und des,Präsidenten der Französischen Republik vom 22. Januar 1963 über die Organisation und die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wurden die folgenden Bestimmungen vereinbart:

I. Organisation

1. Die Staats- und Regierungschefs geben nach Bedarf die erforderlichen Weisungen und verfolgen laufend die Ausführung des im folgenden festgelegten Programms. Sie treten zu diesem Zweck zusammen, so oft es erforderlich ist und grundsätzlich mindestens zweimal jährlich.
2. Die Außenminister tragen für die Ausführung des Programms in seiner Gesamtheit Sorge. Sie treten mindestens alle drei Monate zusammen. Unbeschadet der normalen Kontakte über die Botschaften treten diejenigen leitenden Beamten der beiden Außenministerien, denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten obliegen, allmonatlich abwechselnd in Bonn und Paris zusammen, um den Stand der vorliegenden Fragen festzustellen und die Zusammenkunft der Minister vorzubereiten. Ferner nehmen die diplomatischen Vertretungen und die Konsulate der beiden Staaten sowie ihre ständigen Vertretungen bei den internationalen Organisationen die notwendige Verbindung in den Fragen gemeinsamen Interesses auf.
3. Zwischen den zuständigen Behörden beider Staaten finden regelmäßige Zusammenkünfte auf den Gebieten der Verteidigung, der Erziehung und der Jugendfragen statt. Sie beeinträchtigen in keiner Weise die Tätigkeit der bereits bestehenden Organe – Deutsch- Französische Kulturkommission, Ständige Gruppe der Generalstäbe –, deren Tätigkeit vielmehr erweitert wird. Die Außenminister sind bei diesen Zusammenkünften vertreten, um die Gesamtkoordinierung der Zusammenarbeit zu gewährleisten.
 - a) Der Verteidigungs- und der Armeeminister treten wenigstens einmal alle drei Monate zusammen. Ferner trifft sich der französische Erziehungsminister in den gleichen Zeitabständen mit derjenigen Persönlichkeit, die auf deutscher Seite benannt wird, um die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zu verfolgen.
 - b) Die Generalstabschefs beider Staaten treten wenigstens einmal alle zwei Monate zusammen; im Verhinderungsfalle werden sie durch ihre verantwortlichen Vertreter ersetzt.

- c) Der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen oder sein Vertreter trifft sich wenigstens einmal alle zwei Monate mit dem französischen Hohen Kommissar für Jugend und Sport.
4. In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren und in regelmäßigen Abständen ihrer Regierung einen Bericht über den Stand der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu erstatten. Die Kommission hat ferner die Aufgabe, zweckmäßige Anregungen für die Ausführung des Programms der Zusammenarbeit und dessen etwaige Ausdehnung auf neue Gebiete zu geben.

II. Programm

A. Auswärtige Angelegenheiten

1. Die beiden Regierungen konsultieren sich vor jeder Entscheidung in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen. Diese Konsultation betrifft unter anderem folgende Gegenstände:
 - Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der europäischen politischen Zusammenarbeit;
 - Ost-West-Beziehungen sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich;
 - Angelegenheiten, die in der Nordatlantikvertragsorganisation und in den verschiedenen internationalen Organisationen behandelt werden und an denen die beiden Regierungen interessiert sind, insbesondere im Europarat, in der Westeuropäischen Union, in der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen.
2. Die auf dem Gebiet des Informationswesens bereits bestehende Zusammenarbeit wird zwischen den beteiligten Dienststellen in Bonn und Paris und zwischen den Vertretungen in Drittstaaten fortgeführt und ausgebaut.
3. Hinsichtlich der Entwicklungshilfe stellen die beiden Regierungen ihre Programme einander systematisch gegenüber, um dauernd eine enge Koordination durchzuführen. Sie prüfen die Möglichkeit, Vorhaben gemeinsam in Angriff zu nehmen. Da sowohl auf deutscher als auch auf französischer Seite mehrere Ministerien für diese Angelegenheit zuständig sind, wird es

Sache der beiden Außenministerien sein, die praktischen Grundlagen dieser Zusammenarbeit gemeinsam festzulegen.

4. Die beiden Regierungen prüfen gemeinsam die Mittel und Wege dazu, ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Gemeinsamen Marktes in anderen wichtigen Bereichen der Wirtschaftspolitik, zum Beispiel der Land- und Forstwirtschaftspolitik, der Energiepolitik, der Verkehrs- und Transportfragen, der industriellen Entwicklung ebenso wie der Ausfuhrkreditpolitik, zu verstärken.

B. Verteidigung

I. Auf diesem Gebiet werden nachstehende Ziele verfolgt:

1. Auf dem Gebiet der Strategie und der Taktik bemühen sich die zuständigen Stellen beider Länder, ihre Auffassungen einander anzunähern, um zu gemeinsamen Konzeptionen zu gelangen. Es werden deutsch-französische Institute für operative Forschung errichtet.
2. Der Personalaustausch zwischen den Streitkräften wird verstärkt; er betrifft insbesondere die Lehrkräfte und Schüler der Generalstabsschulen; der Austausch kann sich auf die zeitweilige Abordnung ganzer Einheiten erstrecken. Zur Erleichterung dieses Austausches werden beide Seiten um den praktischen Sprachunterricht für das in Betracht kommende Personal bemüht sein.
3. Auf dem Gebiet der Rüstung bemühen sich die beiden Regierungen, eine Gemeinschaftsarbeit vom Stadium der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsvorhaben und der Vorbereitung der Finanzierungspläne an zu organisieren. Zu diesem Zweck untersuchen gemischte Kommissionen die in beiden Ländern hierfür betriebenen Forschungsvorhaben und nehmen eine vergleichende Prüfung vor. Sie unterbreiten den Ministern Vorschläge, die diese bei ihren dreimonatlichen Zusammenkünften prüfen und zu deren Ausführung sie die notwendigen Richtlinien geben.

II. Die Regierungen prüfen die Voraussetzungen, unter denen eine deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes hergestellt werden kann.

C. Erziehungs- und Jugendfragen

Auf dem Gebiet des Erziehungswesens und der Jugendfragen werden die Vorschläge, die in den französischen und deutschen Memoranden vom 19. September und 8. November 1962 enthalten sind, nach dem oben erwähnten Verfahren einer Prüfung unterzogen.

1. Auf dem Gebiet des Erziehungswesens richten sich die Bemühungen hauptsächlich auf folgende Punkte:

a) Sprachunterricht

Die beiden Regierungen erkennen die wesentliche Bedeutung an, die der Kenntnis der Sprache des anderen in jedem der beiden Länder für die deutsch-französische Zusammenarbeit zukommt. Zu diesem Zweck werden sie sich bemühen, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der deutschen Schüler, die Französisch lernen, und die der französischen Schüler, die Deutsch lernen, zu erhöhen.

Die Bundesregierung wird in Verbindung mit den Länderregierungen, die hierfür zuständig sind, prüfen, wie es möglich ist, eine Regelung einzuführen, die es gestattet, dieses Ziel zu erreichen.

Es erscheint angebracht, an allen Hochschulen in Deutschland einen für alle Studierenden zugänglichen praktischen Unterricht in der französischen Sprache und in Frankreich einen solchen in der deutschen Sprache einzurichten.

b) Frage der Gleichwertigkeit der Diplome

Die zuständigen Behörden beider Staaten sollen gebeten werden, beschleunigt Bestimmungen über die Gleichwertigkeit der Schulzeiten, der Prüfungen, der Hochschultitel und -diplome zu erlassen.

c) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung

Die Forschungsstellen und die wissenschaftlichen Institute bauen ihre Verbindungen untereinander aus, wobei sie mit einer gründlicheren gegenseitigen Unterrichtung beginnen; vereinbarte Forschungsprogramme werden in den Disziplinen aufgestellt, in denen sich dies als möglich erweist.

2. Der deutschen und französischen Jugend sollen alle Möglichkeiten geboten werden, um die Bande, die zwischen ihnen bestehen, enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen. Insbesondere wird der Gruppenaustausch weiter ausgebaut.

Es wird ein Austausch- und Förderungswerk der beiden Länder errichtet, an dessen Spitze ein unabhängiges Kuratorium steht. Diesem Werk wird ein deutsch-französischer Gemeinschaftsfonds zur Verfügung gestellt, der der Begegnung und dem Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und jungen Arbeitern zwischen beiden Ländern dient.

III. Schlußbestimmungen

1. In beiden Ländern werden die erforderlichen Anordnungen zur unverzüglichen Verwirklichung des Vorstehenden getroffen. Die Außenminister stellen bei jeder ihrer Zusammenkünfte fest, welche Fortschritte erzielt worden sind.

2. Die beiden Regierungen werden die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Entwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit laufend unterrichtet halten.
3. Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der die Verteidigung betreffenden Bestimmungen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.
4. Die beiden Regierungen können die Anpassungen vornehmen, die sich zur Ausführung dieses Vertrages als wünschenswert erweisen.
5. Dieser Vertrag tritt in Kraft, sobald jeder der beiden Vertragschließenden dem anderen mitgeteilt hat, daß die dazu erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Geschehen zu Paris am 22. Januar 1963 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Adenauer

Der Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland
Schröder

Der Präsident der Französischen Republik
de Gaulle

Der französische Premierminister
Pompidou

Der französische Außenminister
Couve de Murville

Auswahlbibliographie

Quelleneditionen

- Les rapports mensuels d'André François-Ponçet, Haut-Commissaire français en Allemagne 1949–1955, hg. von Hans Manfred BOCK, 2 Bde., Paris 1996.
- Bericht der Arbeitsgruppe des Deutschen Bundestages und der Assemblée nationale zum Deutsch-Französischen Jugendwerk, 23. Juni 2004.
- JARDIN, Pierre, KIMMEL, Adolf, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation, Opladen 2002.
- MÖLLER, Horst, HILDEBRAND, Klaus (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963, 3 Bde., München 1997.

Literatur

- BAUMANN, Ansbert, Die organisierte Zusammenarbeit. Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Elysée-Vertrags (1958–1962), Ludwigsburg 2002 (dfi compact, 1).
- , Begegnung der Völker? Der Élysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969, Frankfurt a. M. 2003.
- BERNATH, Markus, Wandel ohne Annäherung. Die SPD und Frankreich in der Phase der Neuen Ostpolitik 1969–1974, Baden-Baden 2001.
- BITSCH, Marie-Thérèse (Hg.), Le couple France – Allemagne et les institutions européennes. Une postérité pour le Plan Schuman, Brüssel 2001.
- BOCK, Hans Manfred (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, Opladen 1998.
- (Hg.), Deutsch-Französische Begegnung und europäischer Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003, Opladen 2003.
- BRAND-CRÉMIEUX, Marie-Noëlle, Les Français face à la réunification allemande, automne 1989 – automne 1990, Paris 2004.
- BÜHRER, Werner, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986.
- Centre d'Etudes d'histoire de la Defense (CEHD), Centre d'Etudes en Sciences Sociales de la Defense (C2SD) (Hg.), Bilan et perspectives de la coopération militaire franco-allemande de 1963 à nos jours, Paris 1999.

- COHEN, Yves, MANFRASS Klaus (Hg.), Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990.
- CONZE, Eckart, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995.
- DEFrance, Corine, La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955, Straßburg 1994.
- , Les Alliés occidentaux et les universités allemandes 1945–1949, Paris 2000.
- ECK, Jean-François, Les entreprises françaises face à l'Allemagne de 1945 à la fin des années 1960, Paris 2003.
- GRAHAM, Robert, SIMONIAN, Haig, Prospects for the Franco-German Relationship: The Élysée Treaty and After, Washington D.C. 2003.
- Haus der Geschichte (Hg.), Vis-à-vis: Deutschland – Frankreich, Bonn 1998.
- HERBST, Ludolf, Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989.
- HOCHSTUHL, Kurt (Hg.), Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000, Stuttgart 2003.
- JURT, Joseph (Hg.), Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation, Freiburg im Breisgau 1993.
- KAELBLE, Hartmut, Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880, München 1991.
- , Les relations franco-allemandes de 1945 à nos jours. Défis, acquis, options nouvelles, Sigmaringen 2004 (Conférences annuelles, 10).
- KNIPPING, Franz, LE RIDER Jacques (Hg.), Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950, Tübingen 1987.
- KÖNIG, Mareike, SCHULZ, Matthias (Hg.), Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen, Stuttgart 2004.
- KOOPMANN, Martin, Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965, Baden-Baden 2000.
- LAPPENKÜPER, Ulrich, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der »Erbfeindschaft« zur »Entente élémentaire«, München 2001.
- LEBLOND, Laurent, Le Couple franco-allemand depuis 1945. Chronique d'une relation exemplaire, Paris 1997.
- LEFÈVRE, Sylvie, Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1955. De l'Occupation à la coopération, Paris 1998.
- LEGOLL, Paul, Charles de Gaulle et Konrad Adenauer. La cordiale entente, Paris 2004.

- LEMERCIER, Michel, Une année privilégiée dans l'histoire des rapports franco-allemands (1.7.1962–30.6.1963), Bern 1992.
- LINSEL, Knut, Charles de Gaulle und Deutschland (1914–1969), Sigmaringen 1998.
- LOTH, Wilfried, PICT, Robert (Hg.), Charles de Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991.
- MAELSTAF, Geneviève, Que faire de l'Allemagne? Les responsables français, le statut international de l'Allemagne et le problème de l'unité allemande 1945–1955, Paris 1999.
- MAILLARD, Pierre, De Gaulle et l'Allemagne. Le rêve inachevé, Paris 1990.
- , De Gaulle et le problème allemand, les leçons d'un grand dessein, Paris 2001.
- MANFRASS, Klaus (Hg.), Paris – Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner. Beiträge zum deutsch-französischen Verhältnis in Kultur, Wirtschaft und Politik seit 1949, Sigmaringen 1984.
- MARCOWITZ, Reiner, Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle, 1958 bis 1969, München 1996.
- MARTENS, Stefan (Hg.), Vom »Erbfeind« zum »Erneuerer«. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993.
- MARTENS, Stephan (Hg.), L'Allemagne et la France. Une entente unique pour l'Europe, Paris 2004.
- MAZZUCELLI, Colette, France and Germany at Maastricht Politics and Negotiations to Create the European Union, New York, London ²1999.
- MEIMETH, Michael, Frankreichs Entspannungspolitik der 70er Jahre. Zwischen Status quo und friedlichem Wandel. Die Ära Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing, Baden-Baden 1990.
- MÉNUDIER, Henri, Das Deutsch-Französische Jugendwerk. Ein exemplarischer Beitrag zur Einheit Europas, Bonn 1991.
- (Hg.), Le couple franco-allemand en Europe, Asnières 1993.
- MEYER-KALKUS, Reinhart, Die akademische Mobilität zwischen Deutschland und Frankreich (1925–1992), Bonn 1994.
- MIARD-DELACROIX, Hélène, Partenaires de choix? Le chancelier Helmut Schmidt et la France (1974–1982), Bern 1993.
- PFEIL, Ulrich, »Comme un coup de tonnerre dans un ciel d'été«. Französische Reaktionen auf den 17. Juni 1953. Verlauf – Perzeptionen – Interpretationen, Berlin 2003.
- , Die »anderen« deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich, 1949–1990, Köln 2004.
- POIDEVIN, Raymond, BARIÉTY, Jacques, Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen, München 1982.

- RÖSEBERG, Dorothee (Hg.), Frankreich und »Das andere Deutschland«. Analysen und Zeitzeugnisse, Tübingen 1999.
- ROSOUX, Valérie-Barbara, Les usages de la mémoire dans les relations internationales. Le recours au passé dans la politique étrangère de la France à l'égard de l'Allemagne et de l'Algérie, de 1962 à nos jours, Brüssel 2001.
- SCHÖTTLER, Peter u.a. (Hg.), Plurales Deutschland – Allemagne plurielle, Göttingen 1999.
- SCHUKER, Stephen A. (Hg.), Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, München 2000.
- SCHWARZ, Hans-Peter (Hg.), Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969, Bonn 1985.
- , Eine Entente Élémentaire. Das deutsch-französische Verhältnis im 25. Jahr des Élysée-Vertrages, Bonn 1990.
- , Erbfreundschaft. Adenauer und Frankreich, Bonn 1992.
- SIMONIAN, Haig, The privileged partnership. Franco-German relations in the European Community 1969–1984, Oxford 1985.
- SOUTOU, Georges-Henri, L'alliance incertaine: les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954–1996, Paris 1996.
- STEINKÜHLER, Manfred, Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969, Berlin 2002.
- VAILLANT, Jérôme (Hg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984.
- VAÏSSE, Maurice, La Grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969, Paris 1998.
- WEINACHER, Michèle, Valéry Giscard d'Estaing et l'Allemagne. Le double rêve inachevé, Paris 2004.
- WEISENFELD, Ernst, Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945, München 1986.
- WILKENS, Andreas, Der unstete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974, München 1990.
- (Hg.), Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1960, Sigmaringen 1997.
- (Hg.), Le Plan Schuman dans l'Histoire. Intérêts nationaux et projet européen, Brüssel 2004.
- WOYKE, Wichard, Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Tritt, Opladen 2000.
- ZAUNER, Stefan, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994.
- ZIEBURA, Gilbert, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Stuttgart ²1997.

Personenindex

- Acheson, Dean 65
- Adenauer, Konrad 11, 18, 20, 22, 24–26, 28, 30–32, 36f., 52–61, 63⁺⁵, 7, 64, 65⁺¹³, 66f., 68⁺²¹, 69⁺²⁴, 70, 71⁺³⁵, 72⁺³⁷, 73, 74⁺⁴⁷, 75–79, 83–94, 96f., 101–104, 106f., 125, 133, 135, 137, 139, 144, 150, 170–176, 178⁺²⁹, 30, 179–181, 183, 186, 188⁺¹⁴, 195, 239, 241, 244, 257–259, 267, 269, 279, 284
- Adline, Raymond 223³¹
- Ailleret, Charles 136
- Bahr, Egon 88
- Ball, George 54
- Bartholomew, Frank H. 178²⁹
- Basdevant, Jean 154, 203, 209
- Battiston, Patrick 43
- Beaumarchais, Charles 78⁶⁸
- Berg, Fritz 187
- Bevin, Ernest 65
- Blank, Theodor 131
- Blankenhorn, Herbert 36, 55, 149
- Boucher, Maurice 221²⁶
- Boyer, Robert 209⁵¹
- Brandt, Willy 50f., 89, 96, 107, 109, 112–117, 123, 209, 239, 241⁴, 242, 267
- Brentano, Heinrich von 24, 55f., 70, 73, 75
- Breschnew, Leonid 122
- Briand, Aristide 31⁸⁶, 32
- Bury, Hans Martin 9
- Bush, George Walker 246, 262
- Carstens, Karl 138
- Carter, Jimmy 120, 122
- Chaban-Delmas, Jacques 132, 140
- Chirac, Jacques 9f., 31f., 258, 262, 267f., 276
- Chruschtschow, Nikita S. 13, 53, 70, 71⁺³⁵
- Couve de Murville, Maurice 22, 57, 69, 72³⁹, 73, 78, 83, 87, 148, 176, 197¹, 202, 284
- David, Claude 222²⁶
- Debré, Michel 72⁺³⁹, 73, 75, 110, 172
- De Gaulle, Charles 10f., 16–18, 20–22, 24–26, 28–31, 32⁺⁸⁶, 87, 37, 51–61, 62⁺², 63⁺⁷, 64, 66⁺¹⁴, 67, 68⁺²¹, 69⁺²², 24, 25, 70, 71⁺³⁵, 72⁺³⁷, 73, 74⁺⁴⁷, 75f., 77⁺⁶², 78f., 81–83, 84⁺¹⁶, 85–97, 101–104, 106–113, 124, 132f., 135–139, 144, 150, 162, 170–177, 178⁺³⁰, 179–181, 183, 195, 202, 239–242, 244, 257–259, 267, 269, 279, 284
- Dehler, Thomas 22
- Delors, Jacques 269
- De Margerie, Roland 68¹⁸, 77⁶¹, 207
- Dufhues, Josef Hermann 24
- Dulles, John Foster 70
- Dumas, Roland 50, 268, 270
- Du Rivau, Jean 34, 39, 41, 219
- Eisenhower, Dwight David 53, 70
- Erhard, Ludwig 23f., 50, 56, 60, 84, 88, 90, 94, 96f., 102–107, 130, 137f., 180, 239, 241
- Erlanger, Philippe 207⁴⁰
- Fanfani, Amintore 176
- Feix, Léon 27
- Fischer, Joschka 36
- Fouchet, Christian 37, 74, 75⁺⁵³, 89, 97, 170⁺², 173f., 177f., 204⁺²⁹, 205, 239
- François-Poncet, André 206⁺³⁵, 218
- François-Poncet, Jean 268
- Fuzier, Claude 25
- Genet, Jean 120
- Genscher, Hans-Dietrich 50, 118, 211, 267¹
- Giscard d'Estaing, Anne-Aymone 122
- Giscard d'Estaing, Valéry 32, 50, 117–125, 139f., 209, 242, 267, 275
- Goethe, Johann Wolfgang von 270
- Grosser, Alfred 35f., 211⁶¹, 217, 220, 222²⁶, 223, 227f., 269
- Guéhenno, Jean-Marie 257
- Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 24
- Hallstein, Walter 55, 90
- Hase, Günther von 94
- Hassel, Kai-Uwe von 54
- Hausenstein, Wilhelm 222
- Heck, Bruno 154
- Henle, Günter 186
- Herbst, Axel 120f.
- Hitler, Adolf 27, 87, 267

- Jansen, Josef 78⁶⁸, 147²
 Jaujard, Jacques 201
 Jobert, Michel 115–117
 Johnson, Lyndon B. 88

 Kalkbrenner, Georg 221f.
 Kant, Immanuel 29
 Karl der Große 63
 Kennedy, John Fitzgerald 14, 16, 53, 56, 58, 73, 88, 136
 Kiesinger, Kurt-Georg 51, 96, 107–111, 204²⁹, 205³¹
 Klaiber, Manfred 41
 Kohl, Helmut 32, 50, 101, 124, 140, 213, 243f., 267
 Krone, Heinrich 53²¹, 59
 Kusterer, Hermann 83

 Lagerfeld, Karl 245
 Lang, Jack 212
 Lenoir, Noëlle 9, 254, 259
 Léotard, François 212
 Lübke, Heinrich 75, 84, 109
 Lucet, Charles 78⁶⁸

 Macmillan, Harold 54f., 69²⁴, 84, 88
 Maillard, Pierre 82f.
 Malraux, André 198, 202f.
 Maltzan, Vollrath von 190
 Mao Zedong 96
 McNamara, Robert Strange 136, 138
 Marshall, George C. 185
 Mayrisch, Emile 185
 Mendès France, Pierre 188^{*14}
 Messmer, Pierre 132
 Mitterrand, François 25, 32, 50, 120, 123f., 140, 243, 244^{*7}, 245, 267f.
 Monnet, Jean 32, 65, 79, 86, 91, 135, 171f., 244, 256, 259, 267
 Moreau, Jean 34, 218
 Mounier, Emmanuel 220

 Ollenhauer, Erich 23
 Osterheld, Horst 83

 Palewski, Gaston 155
 Peyrefitte, Alain 29f., 60, 81–83, 84¹⁶, 85, 87, 89–91, 94f., 97, 180
 Pferdmenges, Robert 186
 Pineau, Christian 148
 Poincaré, Raymond 55
 Pompidou, Georges 50f., 75, 88f., 111–117, 209, 239, 241^{*4}, 242, 267, 284

 Raimond, Bernard 212
 Ranke, Leopold von 32
 Reagan, Ronald 122
 Reusch, Hermann 186
 Ricard, Pierre 187
 Rousset, David 39
 Rován, Joseph 34, 37, 39, 210, 219–221, 227
 Rueff, Jacques 69

 Santelli, César 218
 Sattler, Dieter 149, 206
 Schäuble, Wolfgang 263
 Scheel, Walter 268
 Schiffer, Claudia 245
 Schmid, Carlo 32, 33⁹⁴, 220
 Schmidt, Helmut 32, 50, 117–125, 139f., 209, 242, 267, 275
 Schmittlein, Raymond 218
 Schröder, Gerhard (Außenminister) 24, 50, 56–58, 75^{*51}, 78, 96f., 104f., 137, 216, 284
 Schröder, Gerhard (Bundeskanzler) 9f., 32, 128, 258, 267f., 276
 Schumacher, Kurt 39
 Schumacher, Harald »Toni« 43
 Schuman, Robert 31⁸⁶, 32, 33^{*96}, 53, 64, 65^{+12, 13}, 66, 86, 188, 241f., 244, 259, 261, 267
 Schumann, Maurice 113f.
 Seydoux, François 68¹⁸, 71, 77⁶⁵, 110, 153, 200, 203
 Seydoux, Roger 203
 Skubiszewski, Krzysztof 270
 Spaak, Paul-Henri 177
 Stalin, Josef 95
 Starke, Heinz 59
 Strauß, Franz Josef 24, 56, 106, 131f., 141
 Stresemann, Gustav 32
 Sudreau, Pierre 150

 Tasca, Catherine 212
 Tharradin, Lucien 39f.
 Tocqueville, Alexis de 255
 Tüngel, Richard 39

 Vermeil, Edmond 217
 Villiers, Georges 187f.
 Vogel, Bernhard 269

 Wehner, Herbert 22f.
 Werner, Pierre 240

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Jacques BARIÉTY (geb. 1930), bis zu seiner Emeritierung Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Paris IV–Sorbonne

Ansbert BAUMANN (geb. 1967), Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen

Hans Manfred BOCK (geb. 1940), Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Kassel

Werner BÜHRER (geb. 1950), Dr. habil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der TU München

Corine DEFRANCE (geb. 1966), Dr. habil., Forscherin am CNRS (IRICE-Paris)

ROBERT FRANK (geb. 1944), Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Paris I–Sorbonne-Panthéon

Florence GAUZY (geb. 1968), Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Hans-Dietrich GENSCHER (geb. 1927), Außenminister der Bundesrepublik Deutschland 1974–1992, Bundesvorsitzender der FDP 1974–1985

Ulrich LAPPENKÜPER (geb. 1959), Professor am Historischen Seminar der Universität Bonn

Colette MAZZUCELLI (geb. 1962), Dr. phil., Forscherin am Institut für politische Wissenschaften der Columbia University New York und an »Sciences Po« Paris

Henri MÉNUDIER (geb. 1940), Professor für Germanistik am Institut d'Allemand d'Asnières der Universität Paris III–Sorbonne Nouvelle

Ulrich PFEIL (geb. 1966), Dr. habil., Historiker am DHI Paris

Hans-Peter SCHWARZ (geb. 1934), bis zu seiner Emeritierung Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn

Andreas WILKENS (geb. 1957), Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Metz

